

Reinhard Wittram

**Meinungskämpfe  
im baltischen Deutschtum**

während der Reformepoche  
des 19. Jahrhunderts

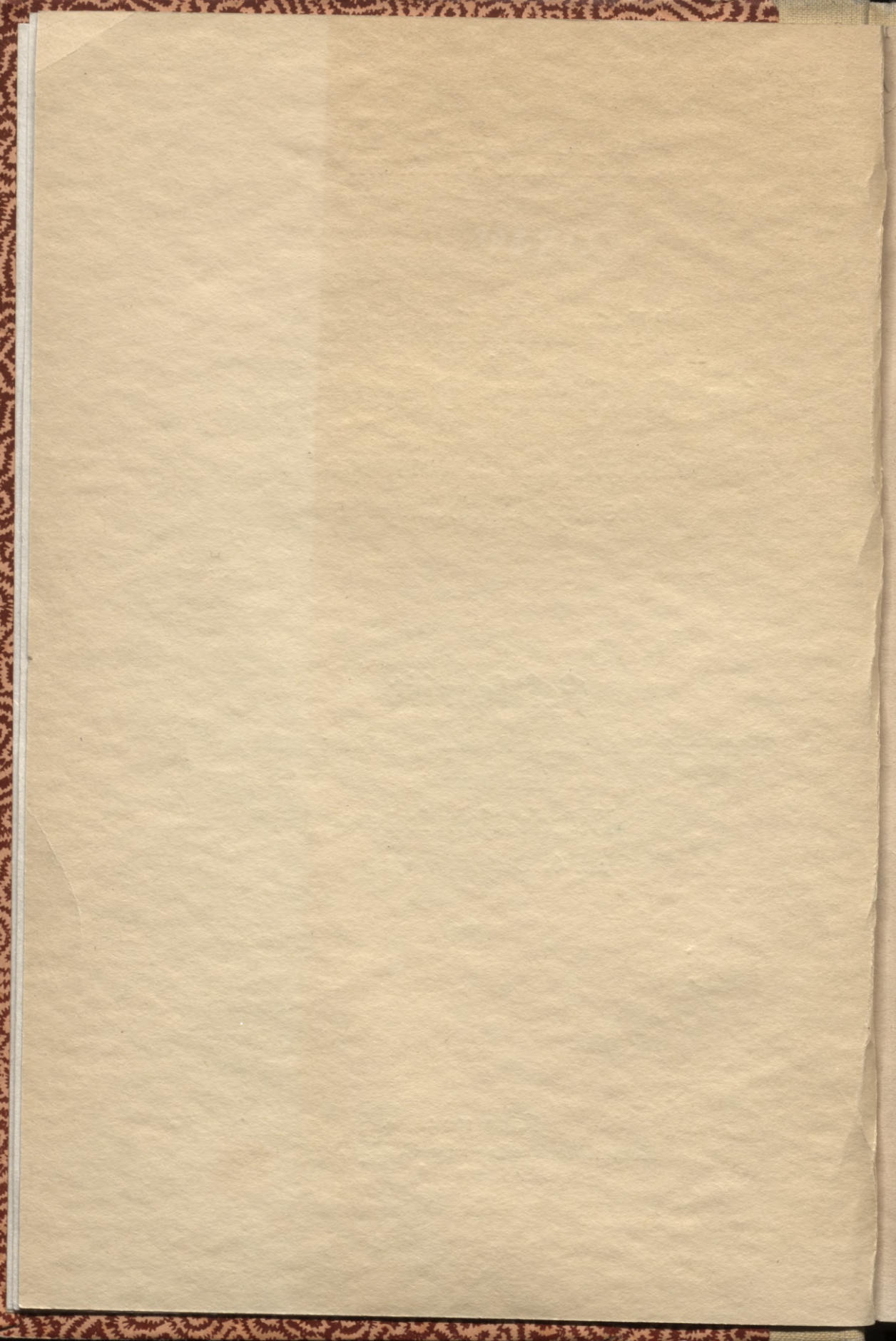
**festschrift**

der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga  
zu ihrer

**Hundertjahrfeier**

am 6. Dezember 1934

Riga 1934  
Kommissionsverlag von E. Bruhns



B  
9(4)18

Reinhard Wittram

819205

**Meinungskämpfe  
im baltischen Deutschtum**

während der Reformepoche  
des 19. Jahrhunderts

**Festschrift**

der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga  
zu ihrer

**Hundertjahrfeier**

am 6. Dezember 1934

Riga 1934  
Kommissionsverlag von E. Bruņis

#40831k



L.V.B.  
302713



Buchdruckerei „W. F. Häder“, Riga,  
Balasta eelä 3.



Dem Gedächtnis meines Vaters



# I n h a l t

|  | Seite |
|--|-------|
| <b>Vorwort</b> . . . . .   | VII   |
| <b>I. Kapitel</b> . . . . .  | 1     |
| <b>Samilar von Fölkersahm</b> . . . . .  | 1     |
| Der Mensch . . . . .   | 1     |
| Weltanschauung . . . . .   | 3     |
| Nationalgefühl . . . . .   | 6     |
| Politisches Programm . . . . .   | 8     |
| Verhältnis zu Adel und Ritterschaft . . . . .  | 16    |
| <b>II. Kapitel</b> . . . . .   | 21    |
| <b>Die Entwicklung der Parteigegegensätze</b> in Livland von der Begründung der liberalen Landtagspartei bis zum Beginn der Russifizierung | 21    |
| 1. Die Fölkersahmsche Partei . . . . .   | 23    |
| 2. Zwischenspiel . . . . .   | 27    |
| 3. Die Dettingensche Partei . . . . .  | 28    |
| 4. Die Reformpartei . . . . .  | 48    |
| 5. Die Konserватiven . . . . .   | 62    |
| <b>III. Kapitel</b> . . . . .  | 78    |
| <b>Die öffentliche Meinung</b> in Livland am Vorabend der Russifizierung   | 78    |
| 1. Die Baltische Monatschrift . . . . .  | 78    |
| 2. Die rigaschen deutschen Tageszeitungen . . . . .  | 96    |
| Die Tageszeitungen und ihre Redakteure . . . . .   | 96    |
| Die deutsche Presse und der erste nationale Wahlkampf . . . . .  | 108   |
| Die konservative Wendung . . . . .   | 120   |
| 3. Der Broschürenstreit . . . . .  | 127   |
| <b>Beilagen:</b>   |       |
| I. Entwurf einer Verfassungsreform von N. v. Dettingen 1870 . . . . .  | 137   |
| II. Entwurf einer Verfassungsreform von E. v. Meusenkampff 1871 . . . . .  | 140   |
| III. Edm. v. Heyking, Die Wandlung der politischen Sympathien der Balten. Btg. f. St. u. L. 1878 . . . . .                                 | 144   |
| <b>Quellennachweise</b> . . . . .  | 148   |



## Vorwort

Die wissenschaftliche Rechtfertigung dieser Schrift ergibt sich aus ihrer Fragestellung, die einige bisher wenig beachtete Seiten der politischen Vergangenheit einer einst in hohem Grade geschichtsbildenden deutschen Volksgruppe erschließt.

Im einzelnen ließe sich folgendes sagen. Eine neue Darstellung der politischen Persönlichkeit Hamillar von Fölkersahms ist schon lange als notwendig empfunden worden; das Buch von R. Baron Stael von Holstein über ihn (1907) ist im wesentlichen nur Materialsammlung — als solche allerdings unschätzbar. Die Parteikämpfe innerhalb der livländischen Ritterschaft waren bisher nur ausschnittsweise bekannt; auch der Hauptgegenstand der Kämpfe, die Verfassungsfrage, bedurfte namentlich für die 1870er Jahre mehrfach sachlich ergänzender Darstellung. Das dritte Kapitel der vorliegenden Arbeit stellt in gewisser Hinsicht die Fortsetzung meiner vor drei Jahren erschienenen Abhandlung über den „Liberalismus baltischer Literaten“ dar. Die Geschichte der Baltischen Monatschrift wird bis zu dem Zeitpunkt fortgeführt, wo die Zeitschrift aufhört, ein Instrument im inneren politischen Kampf zu sein. Die baltischen Tageszeitungen beanspruchen eine über das Tagespolitische hinausgehende geschichtliche Bedeutung für jene Monate, in denen die Einführung der russischen Städteordnung in den Ostseeprovinzen das baltische Deutschtum zu neuen politischen Entscheidungen zwang. — Fölkersahm war es, der ein neues politisches Empfinden im baltischen Deutschtum einbürgerte und einen Gegensatz hervorrief, der drei Generationen erfüllte, bis die Russifizierung am Ende des Jahrhunderts alle Voraussetzungen veränderte. Äußere Abgrenzung und innere Einheit der drei ungleichen Kapitel ergeben sich daher.

Es konnte nicht meine Aufgabe sein, Landesgeschichte zu schreiben. Auch lag es nicht in meiner Absicht, in dieser Schrift ein Stück Geschichte der baltischen nationalen Frage zu bieten — so gewiß meine Arbeit von einer Seite her dazu beisteuert. Worauf es mir ankam, war die Herausarbeitung einiger für das baltische Deutschtum maßgebender politischer Haltungen. Daß Livland hierbei in den Vordergrund rücken mußte, ist aus mehr als einem Grunde natürlich. Der genialste und zugleich radikalste unter den baltischen Landespolitikern des 19. Jahrhunderts gehörte mit seinem Lebenswerk und seinen politischen Wirkungen Livland an; nur in der livländischen Ritterschaft entwickelte sich ein politisches Parteileben; nur in Riga, der Hauptstadt Livlands, dem Tagungsort des livländischen Landtages, gab es eine politische Presse mit eigenem Gewicht; nur in Livland fanden die Zeitideen ein geistig-gesellschaftliches Klima, in dem sie zu einer zwar bescheidenen, aber eigenartigen Blüte gelangen konnten; in Livland stand die

Wiege sowohl der lettischen, als auch der estnischen Nationalidee. Trotzdem erscheint die Geschlossenheit des Bildes, das ich zu zeichnen versucht habe, dadurch beeinträchtigt, daß ich auf Estland und Kurland nicht habe gesondert eingehen können. Der Verzicht auf Estland ergab sich aus dem Umstande, daß die Bearbeitung der Reformbestrebungen innerhalb der estländischen Ritterschaft kürzlich von anderer Seite in Angriff genommen worden ist. Für Kurland hätten wegen des Fehlens jeglicher Vorarbeiten zugleich die Umrisse der Landesgeschichte geboten werden müssen, wodurch der Rahmen dieses Buches gesprengt worden wäre. An sich ist es nachgerade unzulässig geworden, die deutsch-baltische Geschichte des 19. Jahrhunderts immer noch nur unter dem Gesichtswinkel einer der Provinzen zu betrachten. Es ist höchste Zeit, daß wir von der Entwicklung in Kurland und Estland diejenige Anschauung gewinnen, die wir seit den Arbeiten A. von Tobiens von Livland immerhin besitzen. So stark Livland bei der von mir gewählten Fragestellung in den Vordergrund zu treten hatte, so gewiß auch manche der livländischen Gesinnungen für das ganze baltische Deutschtum charakteristisch sind — die Abrundung des Bildes bleibt ein Bedürfnis, dessen Befriedigung wenigstens für Estland demnächst erwartet werden kann.

---

Die baltisch-deutsche Geschichtsschreibung ist seit jeher zu einem großen Teil politische Geschichtsschreibung gewesen. Sie verteidigte das angefochtene Lebensrecht des baltischen Deutschtums, indem sie der Verkennung und Verzerrung seit den Tagen Katkows die ruhig angeschaute geschichtliche Leistung entgegenhielt. Gegenüber diesem gewissermaßen „außenpolitischen“ kam der „innerpolitische“ Gesichtspunkt zu kurz. Wir operierten mit dem „Balten“ als einer festen Größe und wurden nicht gewahr, daß sie sich auflöste und wandelte. Zudem wir immer aufs neue vom äußeren Druck das Gesetz des Handelns empfangen, wurden wir uns selber fremd.

Die vorliegende Schrift sollte ursprünglich, als ich 1928 mit der Arbeit begann, eine Auseinandersetzung mit dem Liberalismus werden. Ich wollte den baltischen Liberalismus in seiner Wurzel begreifen und die Macht seiner Tradition in der Auffassung des 19. Jahrhunderts durch eine kritische Darstellung brechen. Während der Arbeit ist mir in steigendem Maße klar geworden, wieviel mehr von unserer Überlieferung der Nachprüfung bedarf. Die Zeitwende unserer Tage ist eine totale. Zu den Erlebnissen des letzten unerhört reichen Jahres gehört dies, daß sich uns auch die Dinge der Vergangenheit in neuen Tiefenverhältnissen darstellen. Um einen neuen Ansatz unserer baltischen Geschichtsauffassung zu ringen, ein neues gültiges Geschichtsbild zu gewinnen, ist eine Aufgabe geworden, der wir uns nicht entziehen dürfen, wenn wir die Wissenschaft dem Leben verpflichtet wissen. Mehr darüber zu sagen muß einer andern Gelegenheit vorbehalten bleiben.

Wer auf dem Boden alter Nationalitätenkämpfe Geschichte zu schreiben unternimmt, trägt doppelte Verantwortung. Je gewissenhafter wir der Wahrheitspflicht des Historikers Genüge zu leisten suchen, je strenger wir gegen uns

sind, desto unbefangener werden wir uns unsere Aufgaben nicht nur von den Bedürfnissen der Wissenschaft, sondern auch von den Forderungen unserer geschichtlichen Stunde stellen lassen dürfen.

---

Über Art und Umfang der Quellen zu meiner Arbeit gebe ich am Schluß des Buches gesondert Rechenschaft. Das Thema verlangte die Heranziehung von möglichst viel privatem Material. Die Durchführung der Arbeit wäre nicht möglich gewesen, wenn ich nicht gerade hierbei vielfache freundliche Unterstützung gefunden hätte. Die mir zugänglich gemachten Briefe und privaten Aufzeichnungen sind umso wertvoller, als unendlich vieles dieser Art in den langen baltischen Kriegs- und Revolutionsjahren zugrundegegangen ist. Die Stürme, die 1905/06 und 1917/19 über unser Land hinweggegangen sind, haben zugleich mit dem alten baltischen Leben ein gutes Stück seiner Überlieferung zerstört.

Es ist mir unmöglich, allen einzeln zu danken, denen ich für Auskünfte und Nachforschungen verpflichtet bin. Wertvollstes Material verdanke ich dem Herrn Landrat a. D. Arved von Dettingen-Ludenhof, der Familie von Mensenkampff, Frau L. von Anrep geb. Baronesse Staël v. Holstein, Dipl.-Agr. Th. Laackewitz, Stadtarchivar i. R. D. Greiffenhagen-Reval, Frau L. Frey geb. von Pezold-Dorpat, Fräulein J. von Kästner-Kassel, Rechtsanwalt Ernst Hillner-Riga. Mehrere Briefauszüge aus dem Nachlaß C. Schirrens hat Direktor W. Wulffius-Riga mir mitgeteilt. Für stets freundliches Entgegenkommen schulde ich dem Bibliothekar der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga Herrn C. von Stern herzlichen Dank.

Hatte die Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaft die äußeren Vorbedingungen für den Beginn der Arbeit geschaffen, so bin ich für die Ermöglichung der Fortsetzung und des Abschlusses der Deutschen Akademie in München zu Dank verpflichtet. Im Zusammenhang hiermit gedenke ich in aufrichtiger Dankbarkeit des gütigen Interesses, das Professor Dr. H. Rothfels meinen Bestrebungen entgegengebracht hat.

Riga, Herderinstitut, im Juni 1934

Dr. Reinhard Wittram



## I. Kapitel

### Hamilkar von Fölkersahm

#### Der Mensch

Die Herkunft des Genialen aus seinem Volke ist ein Geheimnis. Von Eltern und Voreltern her können wohl einzelne Züge des genialen Sohnes, nie dessen innerstes Wesen erhellet werden. Was wir vom vornehmen Elternhause Hamilkar von Fölkersahms wissen, ist nicht viel. Der Vater, Georg Friedrich, war ein Kurländer des philosophischen Jahrhunderts, als Dreißigjähriger an der Unterwerfung Kurlands unter die russische Herrschaft beteiligt, seit 1829 Zivilgouverneur von Livland, „jeder Zoll ein Grand-Seigneur“ des ancien régime<sup>1)</sup>; die Mutter, Benigna Voigt, Tochter eines herzoglich kurländischen Finanzrats, in ihrer Jugend eine gefeierte Schönheit, zweimal vermählt, „eine elegante, aber keine vornehme Erscheinung“, in ihrer Denkrichtung aufgeklärt, die grande dame, die ihre Wirtschaft den Deuten überließ. Der Lebenszuschnitt im Hause war breit, ja verschwenderisch, mit einem starken Zug ins Regellose; die Zimmereinrichtung ganz uneinheitlich. Dieser Breitwürfigkeit der Lebensführung entsprach eine Gastfreundschaft großen Stils. Das Haus war das Jahr hindurch voller Gäste. Sein Gepräge aber erhielt es vom Geist der Aufklärung: wie die Mutter den sechsjährigen Hamilkar in seinem Zweifel an der Existenz des Teufels bestätigte, so galt im Fölkersahmschen Hause der logische Verstand überhaupt am meisten.

Hamilkar von Fölkersahm, das drittjüngste von neun Kindern<sup>2)</sup>, geboren 1811, strebte nach verkürztem Schulbesuch in Riga ungestüm ins Weite. Ein mächtiger Entfaltungstrieb beherrschte sein Wesen, und was in seiner komplizierten Natur angelegt war, fand in einem kurzen Leben — mit 45 Jahren war es zu Ende — rasche und stürmische Entwicklung. Bewegung war sein Element. Das Wesen des Lebens war ihm das „rasche, fortwauernde Verbrauchen von Zukunft“; „in die Vergangenheit, sei es auch die nächste, zu blicken“, war seiner Natur zuwider<sup>3)</sup>. Dabei war er eine spekulativ veranlagte Natur, auf Erkenntnis gerichtet, aber im Grunde weder ein Denker noch ein Grübler. Auch sein Denken, dialektisch und radikal, war ein Ausdruck seines Entfaltungsdranges, seinem

1) Fr. v. Brackel, Aus meinem Leben (1896), B. W. 1903, 56, 342 ff., gekürzt wiederabgedruckt Mitteil. Erinnerungen, 1911. Diesen Aufzeichnungen verdanken wir eine anschauliche Schilderung des Elternhauses von H. v. F. über den Gouverneur v. F. vgl. J. Eckardt d. Ä. Mitteil. Er. S. 270 ff.

2) Gen. Hdb. d. balt. Ritt., Teil Kurland, S. 251, wonach Staël, 4 zu berichtigen.

3) Reisebriefe, Staël 77.

Wesen nach Improvisation, bei aller Intensität und allem Scharfsinn ohne das eigentlich wissenschaftliche Bedürfnis. Ein strenges Wort über den Geist der 40-er Jahre mit seinen „rhetorisch angelegten Köpfen“, der „„coulant“ = intellektuellen Begabung“<sup>1)</sup> enthält auch auf Fölkersahm bezogen einen wahren Kern. Dasselbe meint, nur anders gewandt, eine Charakteristik der livländischen Generation um 1850, die ein Wesensmerkmal Fölkersahms und seiner Zeitgenossen darin sieht, daß sie „Naturalisten“, Dilettanten, Praktiker waren<sup>2)</sup>. Fölkersahms Denkenergie richtete sich auf alle äußeren und inneren Gegenstände; sein Lieblingsstudium war die Psychologie, — eine Neigung, der ein sensibles Bedürfnis nach Selbstanalyse entsprach. Man weiß, daß Schiller sein Lieblingsdichter war — obwohl er das Theater nicht liebte —, und man könnte versucht sein, die Schillersche Definition des Idealisten auf ihn in Anwendung zu bringen: „im Theoretischen ein unruhiger Spekulationsgeist . . . im Praktischen ein moralischer Rigorism“. Man hat sein ganzes Leben als den Versuch charakterisiert, einen Ausgleich zwischen den Ansprüchen seines inneren Wesens und der Realität herbeizuführen. Indes ist seine Natur widerspruchsvoller gewesen, als daß man sie mit den Worten „jeder Boll ein Idealist“<sup>3)</sup> erschöpfend kennzeichnen könnte. Er war ein leidenschaftlicher Mensch. „Er war“, schrieb einer seiner Freunde nach seinem Tode, „so wenig zu einem erwerbssamen livländischen Landadelmann, als zu einem guten livländischen Ehemann und Hausvater geschaffen. Ich habe ihn sehr geliebt, aber vielfach Ursache gehabt sehr mit ihm unzufrieden zu sein . . .“<sup>4)</sup>. Als Fölkersahm die Tragödin Rachel hatte spielen sehen, schrieb er: „Als die Rachel sprach, war mir wohl, ich war in dieser elektrischen Eigenschaft in meinem Element . . . Nur jemand, der selbst die ganze Tiefe und die ganze Glut, die durch die völlige Entfaltung und den Kampf der Leidenschaften im menschlichen Herzen möglich ist, kennt, kann diese vibrierenden Worte ganz begreifen“. Er bekennt sich zur „Gleichgültigkeit gegen alles, was nicht das Innerste, das Herz im Herzen der Menschen ist“<sup>5)</sup>. Seine Naturverbundenheit ging sehr tief; uns sind von seinen vielen persönlichen Konflikt Züge überliefert, die erkennen lassen, wie heftig in ihm Dämonisches sein Wesen trieb<sup>6)</sup>; und nur von hier aus werden verständlich sowohl seine Lust am feinen politischen Spiel, mag er noch so oft über die Last und die Mißhelligkeiten der Gegnerschaften geklagt haben, als auch die Hemmungen, die Bitterkeit, das Mißtrauen, die ihn zuzeiten besaßen. Auf dieser Grundlage versteht man es, wenn seine Freunde von Zeit zu Zeit darüber klagten, daß er „seine materielle Periode“ habe<sup>7)</sup>, und wenn seine Gegner über der schroffen Rücksichtslosigkeit seines Machttriebes, dem

1) Woldemar v. Bock, *VB.* II, 62.

2) [J. E. Cardt], *Die Generation vor uns*, *BM.* 1888, 34, wiederabgedruckt unter dem Titel „Die Generation um 1850“, *Altlibl. Gr.* 354.

3) J. E. Cardt 452. 4) Staël, 291. 5) Reisebriefe, Staël, 80.

6) Über die Wirkung seiner Rede *N. v. Dettingen* (1866), *B. M.* 1927, 204: „ . . . wie eine Brandung gegen das felsige Ufer schlägt und aus dem schwarzen Himmel von feurigen Blitzen durchzuckt wird, so sprach Fölkersahm, wenn seine Rede uns durchzuckte und elektrisierte“.

7) Staël, 12, später auch Brevern, 182; vgl. J. E. Cardt, 447, 469.

Selbstbewußtsein seines Latendranges, dem auch die Färbung der Eitelkeit nicht fehlte, den Adel seiner Gesinnung vergaßen. Und schließlich entsprang doch alles — die große naive Künstlerschaft seiner Reden und Kauferien, seine wechselnden Stimmungen, seine derbe Lebenslust, das Talent für den Gesprächston geistreichen Spottes und die faszinierende Kraft seines Ethos — dem gleichen, vielfach verflochtenen und geheimnisvoll verborgenen Wurzelboden seiner genialen Natur.

### Weltanschauung

Daß Fölkersahm vom Jungdeutschthum und der Hegelschen Philosophie seine entscheidenden geistigen Eindrücke empfing, ist bekannt. Immatrikuliert als Student der Rechtswissenschaften in Berlin am 7. November 1829 unter dem Rektorate Hegels, geriet er für sein ganzes Leben in den Bann des dialektischen Idealismus, so kurze Zeit er auch in Berlin an seiner Quelle gesehnen. 1830 ist er wieder in Livland, studiert kurze Zeit in Dorpat, heiratet, wird Beamter der staatlichen Meß- und Regulierungskommission in Walk und darauf Landwirt, erst in Kurland, dann auf seinem 1838 erworbenen Gute Rujen-Großhof in Livland. Die Eindrücke seines ersten Aufenthalts in Deutschland hat er dann in bewußter Arbeit vertieft, als er vom Herbst 1843 bis zum Spätsommer 1845 mit seiner Familie in Deutschland weilte. Zu der Weltanschauung, die er als Jüngling und als Mann erwarb, hat er sich bis an sein Ende bekannt.

Der allgemeine Charakter von Hamiltar v. Fölkersahms Weltanschauung ist erschöpfend gekennzeichnet worden<sup>1)</sup>. Die philosophische Abhandlung „Beziehungslehre“, die er 1843 schrieb, zeigt ihn als Pantheisten. Indem er alle Transzendenz verwirft, stellt er unter dem Begriff der Liebe die absolute Beziehung als das Seiende hin. Sein philosophisches System weist nicht nur eine starke innere Abhängigkeit von Hegel auf, sondern zeigt auch Berührungspunkte mit Fichte und Schelling. Im ganzen muß seine Weltanschauung dem klassischen deutschen Idealismus zugerechnet werden, zu dem sie auch in ihrem optimistischen Fortschrittsglauben gehört. In sehr wesentlichen Zügen freilich stellt sie sich zugleich den Jung-Hegelianern an die Seite: in der radikalen Ablehnung des Versuchs einer Synthese von Christentum und Idealismus und in der revolutionären Konsequenz bei der Anwendung der autonomen ethischen Grundsätze auf die Lebensfragen. Diese Erscheinungsform seiner weltanschaulichen Haltung soll nun noch ein wenig schärfer beleuchtet werden.

Es ist bekannt, daß Fölkersahm mit Ferdinand Walter befreundet war<sup>2)</sup>. Dieser bedeutende evangelische Geistliche war, gleich nachdem er livländischer Generalsuperintendent geworden war, aufgefordert worden, die Beerbigungsrede für Fölkersahm zu halten. Die Rede<sup>3)</sup>, die statt eines Bibeltextes den Wahlspruch Fölkersahms zum Thema hatte, verrät deutlich die Schwierigkeit, die Walter empfunden haben muß. Walter erkennt nicht nur die ehrliche Wahrheitsjuche

<sup>1)</sup> Staël, 10, 65 ff., 71 ff.

<sup>2)</sup> J. Eckardt d. Nelt., 256 ff.; F. Walter, 266.

<sup>3)</sup> Gehalten am 24. April 1856 in der St. Jakobikirche in Riga, gedruckt J. Walter, 301 ff. Das Referat des Dhrenzeugen J. Eckardt d. Nelt., 257 ff., ist im ganzen übereinstimmend.

Fölkersahms an, er weist darauf hin, daß Fölkersahm in seiner Sehnsucht nach Liebe von der „Herzenseite der Wahrheit“ gemußt habe und daß seine Forschungen nach Wahrheit mit der Erkenntnis der sittlichen Hoheit Christi abschlossen. Die Rede, die in ihrer kraftvoll mahnenden Sprache einen starken Eindruck hinterließ, ging in diesen Formulierungen bis hart an die Grenze des Möglichen, ja fast schon darüber hinaus. Daß „beide auf verschiedenem Boden standen“<sup>1)</sup>, wußten die Zeitgenossen; in Notizen und Aussprüchen tritt Fölkersahms Ablehnung der christlichen Voraussetzungen klar zutage. So etwa, wenn er schrieb, es habe „nichts den moralischen Aufschwung und Fortschritt so sehr gehemmt, als die Vorstellung von Erbsünde, von Abfall, ursprünglich Bösem“<sup>2)</sup>; wenn er in einem Aphorismus bemerkt, nichts sei übler, als wenn der Mensch nie mit sich selbst allein sein könne, und diese Bemerkung u. a. auch dahin erläutert: „wenn er keine Gefühle mehr haben kann ohne Worte oder Gedanken, keine Andacht ohne Gebet, ohne Bitte, keinen Schmerz ohne Trost“<sup>3)</sup> usw. In einem anderen aus der Zahl der bekanntgewordenen Aphorismen ist wohl von „Pflichten gegen Gott“<sup>4)</sup> die Rede, sein pantheistischer Gottesbegriff aber hat mit dem christlichen nichts zu tun<sup>5)</sup>. Auf dem Hintergrunde seiner idealistischen Weltanschauung erweist sich auch die Fassung seines berühmten Wahlspruchs: „Nicht die Rechte, die jemand ausübt, sondern die Pflichten, die er sich auferlegt, geben ihm den Wert“ als keine zufällige. An die Wendung: „Pflichten, die er sich auferlegt“ hat Ferdinand Walter in seiner Beerdigungsrede die Frage geknüpft, ob es „ein Unchristliches“ sei, daß gesagt ist: „die Pflichten, die er sich selbst auflegt“, — um die Frage sofort zu verneinen. Charakteristisch bleibt die Wendung doch wohl: der Wahlspruch, die Devise jedes echten Adels, konnte in dieser Fassung nur aus einer idealistischen Haltung hervorgehen<sup>6)</sup>.

Positiv lutherisch eingestellte Zeitgenossen empfanden den Gegensatz zu seiner Weltanschauung bei Gelegenheit von Gesprächen u. U. sehr stark. Einen un-  
gemein lebendigen Widerhall solcher Streitgespräche vernehmen wir aus einem Brief der Gattin des Dorpater Theologen Alexander von Dettingen, geschrieben Jenzel, 20. Juni 1854, knapp zwei Jahre vor Fölkersahms Tode: „Daß die Unterhaltung immer sehr rege war, brauche ich kaum zu sagen, da ich Euch von Fölkersahm schon schrieb; aber angenehm war sie nicht immer, denn ich halte Fölkersahm für einen wahren Satan! Besonders abends, als wir nach dem Tee unter den herrlichen großen Eschen im Park saßen und Punsch tranken, traten noch viel mehr, als ich es bisher gehört, seine schrecklichen Ansichten zu Tage, und als wir Damen um 1 Uhr zu Bett gegangen waren, da hörte ich noch immer von weitem aus dem Park vorzüglich seine und Alexanders Stimme

1) J. Eckardt d. Älter., 256.

2) Staël, 74 f.; vgl. auch 100.

3) J. Eckardt, 455.

4) J. Eckardt, 459.

5) Über Pflicht und Verpflichtung vgl. auch den Aphorismus bei J. Eckardt, 458 f.

6) Vgl. „Beziehungslehre“, Staël, 68, 70.

schallen, die sich ernstlich und furchtbar stritten, so daß Alexander um 3 Uhr ganz ergriffen herauf kam und ganz unglücklich war über die entsetzlichen Aussprüche, die Fölkersahm getan und denen leider, leider August und Gori völlig beigestimmt hätten. Das Christentum, ja die Religion überhaupt ist ihm die furchtbarste Tyrannei und jede Grenze unerträglich. Mit der größten Ruhe trägt er dann die äußersten Konsequenzen dieser seiner Menschenvergötterung vor, wie z. B. die Ehe ein greulicher Zwang sei, wie auf diesem Gebiet völlige Freiheit herrschen müsse u. dgl., und wenn er auf die Folgen aufmerksam gemacht wird und ob er denn nicht sehe, was dadurch entstehen würde, so sagt er: ja, nachdem man die Menschen so lange geknechtet, verstehen sie natürlich die Freiheit nicht mehr zu gebrauchen<sup>1)</sup>.

Zu den hier zuletzt angedeuteten Ansichten stimmen die Formulierungen über das Wesen der Liebe in Fölkersahms philosophischem Glaubensbekenntnis: „Treue ist nur ein staatsbürgerlicher konventioneller Begriff“. Sie ist bejahte Liebe, die Liebe an sich aber ist nie untreu. „Beharren bei einer Liebe kann nie Pflicht sein“, weil es in der Liebe überhaupt keinen Vorsatz oder Kampf gibt... Der bloß sinnliche Genuß zweier Menschen bedeutet das Aufgeben des menschlichen zu Gunsten des tierischen Standpunkts. „Wollust ist der sinnliche Verkehr zweier Leichen“. Sünde aber ist, lieben zu können und es nicht zu tun. Denn die Liebe ist Glück und Glück und Liebe ist Leben, und nur im Glück entfaltet sich der Mensch, nie im Unglück, daher ist Glück Pflicht, wie es die Liebe ist<sup>2)</sup>.

Sehr moderne Anschauungen vertrat Fölkersahm auch hinsichtlich der Stellung der Frau, der er bei Gelegenheit eines gesellschaftlichen Disputs die „volle Gleichberechtigung“ mit dem Manne zuzusprechen unternahm<sup>3)</sup>. Im Sinne seiner Weltanschauung lag es auch, wenn er in der Jugenderziehung Autorität und Zwangsrecht des Erziehers radikal verwarf und alles auf die vernünftigste Einsicht, die freie Überzeugung des zu Erziehenden gründen wollte<sup>4)</sup>. Sein Glaube an die Fähigkeit des Menschen, die sittliche Vollkommenheit zu erreichen<sup>5)</sup>, ließ ihn tiefe Erschütterungen erleben. Nikolai v. Dettingen schreibt am 19. Juni 1855<sup>6)</sup>, während des Krimkrieges: „Fölkersahms Hauptausspruch ist jetzt: Ich schäme mich, ein Mensch zu sein! was er hauptsächlich auf die greulichen Men-

1) v. Dettingensches Familienarchiv. Für den Ruf Fölkersahms bezeichnend ist folgende Äußerung derselben Brieffschreiberin vom Januar 1854 aus Dorpat: „Dem Christentum steht er unendlich fern und vergöttert nur den Gott im Menschen. Sich gehen lassen, der großen Natur freien Lauf lassen, das ist ihm das einzig Richtige und eine Unterordnung des menschlichen Willens unter den göttlichen erscheint ihm klein und eines großen Mannes unwürdig. Dabei soll er einer der großartigsten, imponierendsten Menschen sein und dieser gefährliche Mann ist Augusts intimster Freund! Seine einzige Richtschnur, einzige Größe und Erkennungsvermögen der Wahrheit ist ihm die menschliche Vernunft, was er „Philosophie“ nennt.“

2) Staël, 69. Die referierenden Sätze sind von Staël.

3) J. Eckardt d. Älter., 255 f.

4) [J. Eckardt], Erinnerungen an die 50-er und 60-er Jahre. St. Pet. Btg. 1902, 188; wieder abgedruckt: Aus vergangenen Tagen, 208 ff.

5) „Der Mensch kann vollkommen gut werden“ usw. Staël, 75.

6) v. Dettingensches Familienarchiv.

schenschlächtereien in der Krim bezieht". Die Grundlage aller dieser Anschauungen war das autonome Ethos, das sein Wesen und Wirken durchzog und ihn für seine jüngeren politischen Anhänger auch zum sittlichen Führer machte. Der 28-jährige Nikolai v. Dettingen bekennt sich, wenn auch nicht ohne Widerspruch, zu ihm, „der einem die tiefsten Rätsel der sozialen, politischen und persönlichen Verhältnisse in klarster und anschaulichster Weise auf dem Boden der Sittlichkeit zu lösen weiß“<sup>1)</sup>.

Die Zahl derer aber, die mit ihm in weltanschaulicher Hinsicht übereinstimmten, war und blieb eine kleine. Im konservativ-patriarchalischen Livland war Hamillar Fölkersjahn eine revolutionäre Erscheinung, „landes- und standesüblichen Vorurteilen längst entwachsen und in mancher Rücksicht zum einsamen Menschen geworden“<sup>2)</sup>, der seinen Ruf des Radikalismus in erster Linie seinen „philosophischen Belleitäten“, seiner „Neigung zu philosophisch ausschauenden Abstraktionen“ verdankte<sup>3)</sup>. Ein Mann, dessen Glaube ihn uns entfernt.

### Nationalgefühl

Anderes stand es mit seinem nationalen Empfinden. Auch hier vernehmen wir einen neuen Ton.

Zwar Deutschland erlebt er ähnlich wie die meisten Livländer im 19. Jahrhundert; die Phasen dieses Erlebnisses lassen sich in seinen Briefen deutlich nachweisen. Als er 1843 zum zweiten Mal nach Deutschland kommt, gesteht er „schon der bloße Übertritt aus meinem Geburtslande in mein Vaterland“ habe ihn mit Befriedigung erfüllt. „Es war nicht dasselbe neugierige Verlangen nach Fremdartigem, was mich als junger Mensch bei einem gleichartigen Schritt begleitete, sondern im Gegenteil das Gefühl der Übereinstimmung meiner inneren Entwicklung mit der äußeren Umgebung, wie wir denn wohl alle, erzogen unter dem Einfluß deutscher Sitte, mit ihrem sinnigen Streben, ihrer prunklosen Ordnung und gemüthlichen Formen, uns heimisch fühlen werden in einer Umgebung, die sogleich, selbst in ihren kleinen einzelnen Theilen, das wirklich Gewordene, organisch Besonnene erkennen läßt, im Gegensatz zu dem künstlich erzwungenen Gemachten, das bei uns . . . jeden Fortschritt, jede Einrichtung bezeichnet“<sup>4)</sup>. Im Mai 1844 fällt eine Bemerkung über die „ohnehin widerwärtige preußische Eitelkeit“<sup>5)</sup>. Gern ist er am Rhein: „und wirklich gibt es keine andere Gegend, die der deutschen Gefühlsweise so entspricht, als diese. Das sind die Bilder, das ist die Natur, an welcher deutsche Poesie und deutsches Gefühl sich ausgebildet“<sup>6)</sup>. Paris verläßt er mit Vergnügen, betritt „mit einigem Wohlgefallen den deutschen Boden“, sieht „mit Lust die deutschen Gesichter wieder“<sup>7)</sup>. Aber

1) Riga, 16. Mai 1854. v. Dettingensches Familienarchiv.

2) [J. E d a r d t], Die Generation um 1850, Mittheil. Gr., 355.

3) [J. E d a r d t], Erinnerungen an die 50-er und 60-er Jahre, Aus vergangenen Tagen 210.

4) An Friedrich v. Sivers, Berlin 12. Nov./31. Okt. 1843, S t a ò l, 59.

5) a. a. D. 77.

6) An Friedrich v. Sivers, Paris 15. Sept. 1844, a. a. D. 81.

7) a. a. D. 86.

auch die Kritik ist da: der Blick für die Schattenseiten des deutschen Lebens ist geschärft, die industrielle Umwälzung mit ihren nachteiligen sozialen Folgeerscheinungen nimmt seine Aufmerksamkeit gefangen; das Leben in den Ostseeprovinzen erscheint in günstigerem Licht — vielleicht ist die „ausgleichende Beleuchtung der Vergangenheit“ daran schuld, „aber etwas weniger kleinlich, als die Leute hier, sind wir jedenfalls“<sup>1)</sup>.

Seiner Zugehörigkeit zum Deutschtum ist Fölkersahm sich mit Wärme bewußt. Wiederholt hat sein Nachdenken das Wesen des Deutschen gesucht. Auch ihm war das deutsche Volk das eigentlich philosophische. Auf dem Hintergrunde von Fölkersahms Glücksphilosophie erkennt man den hohen Rang, den er ihm mit den Worten zuweist: „Der Südländer sucht Genuß, der Engländer Behaglichkeit und Zufriedenheit, der Russe wie der Orientale Macht und Glanz, der Franzose das Vergnügen, und sie alle finden es oft, — der Deutsche sucht Glück und findet es nie“<sup>2)</sup>. Mehr noch als die Franzosen haben die Deutschen die Erkenntnis gefördert: die „philosophische Bewegung des Deutschen“ schiebt die Irrtümer nicht nur beiseite, sondern verzehrt sie. „Es ist Deutschlands Aufgabe, die Gespenster, welche das neu gestaltende Leben der Menschen und Völker durch ihren unheimlichen Spuk stören, auf immer in ihre Gräber zu bannen“<sup>3)</sup>.

Die Nation ist für Fölkersahm ein geistiges Wesen. So empfand er schärfer als manche seiner Standesgenossen die geistige Grenze gegenüber Rußland. Als Nikolai I. 1846 beim Empfang der livländischen Agrardeputierten betont hatte: „restez donc chevaliers selon vos droits et vos institutions, mais soyez aussi des Russes de coeur et d'âme“<sup>4)</sup>, ist Fölkersahm nicht im Zweifel darüber, daß die kaiserlichen Worte „natürlich auch ihre üblen Partien“ hatten, „z. B. einiges über „Russen und Deutsche“, daß wir nicht Deutsche, sondern Livländer und als solche Russen wären u. dgl.“<sup>5)</sup>.

In den schweren vierziger Jahren mag ihm Sinn und Forderung der neuen geschichtlichen Stunde Erlebnis geworden sein, die Gewißheit, daß auch die Provinzialgeschichte ins Zeichen der geistigen Kämpfe des nationalistischen Zeitalters getreten war. Hierauf deutet die Schlußwendung in der Abschiedsrede vom März 1850. Fölkersahm entließ als Landmarschall den Landtag „mit der Hoffnung, daß in Zukunft wie bisher es der Ritterschaft gelingt, das gei-

1) An Friedrich v. Sivers, Dresden 9. Dez. 1844, Staël, 88.

2) J. Eckardt, 454.

3) J. Eckardt, 454. Vgl. auch die Forderung nach dem „glänzenden Hervortreten nun mehr wahrnehmbarer deutscher Tugenden“ im Brief an F. v. Sivers 18. Okt. 1845, Staël, 100.

4) Samson, Tagebuch, 64; auch LB. II, 110 ff.

5) An Friedrich v. Sivers, Petersburg, 4. März 1846, Staël 112. Wesentlich anders ist die Wirkung einer Einzelaudienz des Landmarschalls v. Liliensfeld auf diesen und den alten Landrat v. Samson. Samson, Tagebuch 67; auch bei Staël, 113.

ftige Erbe ihrer Väter — den wahren Reichtum der Ritterschaft zu erhalten und zu vermehren“<sup>1)</sup>.

Später ist Fölkersahm bei einem Parteikonflikt auf dem Landtag als „Vertreter des Deutschtums“ gefeiert worden. Als der livländische Landtag nach Ausbruch des Krimkrieges eine Huldigungsadresse an den Kaiser zu richten beschloß, brachte Fölkersahm einen Entwurf zur Abstimmung, der sich von dem des konservativen Landmarschalls dadurch unterschied, daß hier in überaus geschickter Weise an die Gegenseitigkeit des Verhältnisses von Kaiser und Ritterschaft erinnert wurde: die Ritterschaft habe in Seiner Majestät „stets den Schutzherrn ihrer höchsten, unveräußerlichen Güter, ihres Glaubens, ihrer Sprache und der Sitte ihrer Väter verehrt“, und „neben diesem Schutze“ ein Maß für ihre Opfer zu denken, würde ihr „im Widerspruch mit der ritterlichen Gesinnung“ erscheinen. „Als diese Sätze von Fölkersahms kräftigem, sonorem, durchdringendem, von innerer Glut erfülltem Organe im Saale vorgetragen wurden, ging eine gehobene Stimmung durch die Brust eines jeden Patrioten“, berichtet ein Landtagsteilnehmer<sup>2)</sup>. Fölkersahms Entwurf wurde abgelehnt, da die Konservativen den Landtag beherrschten. Damals (1854) waren die Liberalen die Intransigenten, und in ihre Rechtsbewahrung trug Fölkersahm einen Hauch echten Nationalempfindens.

#### Politisches Programm

Den „livländischen Mirabeau“ hat Julius Ehardt Hamillar von Fölkersahm genannt, und der Vergleich stimmt in zweifacher Hinsicht: auch bei Fölkersahm liegt die doppelte Paradoxie vor, daß ein Edelmann Revolutionär ist und daß ein Revolutionär konservativ handelt. Das Feld von Fölkersahms staatsmännischem Wirken war nur ein Provinziallandtag, die Bedeutsamkeit seiner Leistung erschöpft sich jedoch nicht im Provinziellen — sofern es richtig ist, in der Agrarfrage die eigentliche Schicksalsfrage des baltischen Landes zu erblicken. Als Hamillar von Fölkersahm sich 1838 durch den Erwerb des Rittergutes Rujen-Großhof die politische Arena in Livland erschlossen hatte, begann das Agrarproblem von neuem akut zu werden. Als schöpferischer Agrarpolitiker hat Fölkersahm seine Stellung in der livländischen Landesgeschichte.

Schöpferisch war er allerdings weniger in Bezug auf die Ideen als auf ihre Verwirklichung. Daß die Grundgedanken der Fölkersahmschen Agrarreform nicht von Fölkersahm, sondern von anderen stammten, ist wiederholt betont worden<sup>3)</sup>. Uns kommt es hier darauf an, die charakteristische Eigenart in der Fassung dieser Gedanken bei Fölkersahm nachzuweisen, den Punkt zu zeigen, an dem sein politisches Programm aus seiner ganzen geistigen Haltung begriffen werden muß<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Landtagsrezess 1850, S. 137 f.

<sup>2)</sup> Staël, 282; 274 ff. Auch die Motivierung des Antrags (1867), F's Porträt im Ritteraal aufzustellen, gedenkt seiner „deutschen Gesinnung“. Staël, 295.

<sup>3)</sup> So von Staël 296 und von Tobien, Agr. II, 52; 188.

<sup>4)</sup> Zwar sagt [J. Ehardt], Erinn. an die 50-er und 60-er Jahre, a. a. O. 210: „Mit F's politischem Programm hatten die philosophischen Belleitaten, in denen er sich erging und die er mit besonderer Vorliebe auf die Probleme der Ehe und Liebe, des Eigentums und der

Es ist sehr möglich, daß den ersten Anstoß zu seiner agrarpolitischen Wirksamkeit jenes Erlebnis gegeben hat, das durch Julius Ehardt's unvergleichlich lebendige Nacherzählung berühmt geworden ist<sup>1)</sup>: Föllkersahm reitet zu einem Bauernhof hinaus, den er einziehen will, und erblickt den Bauern, wie er im Begriff steht, das Dach seines neuerbauten Hauses mit der Baukrone zu schmücken. „Was ich in jenem Augenblicke empfand, vermag ich nicht zu schildern. Die ganze Schmach unserer öffentlichen Zustände drückte mit ihrem Bleigewicht auf meine Schultern; ich wandte mein Pferd um und ritt langsam nach Hause. Ich gelobte mir in diesem Augenblicke, daß es anders werden müsse, daß ich selbst und meine Mitbrüder daran verhindert werden müßten, unsere Hände nach den Früchten fremden Schweißes auszustrecken, daß ich nicht ruhen wollte, ehe die Baukrone auf dem livländischen Bauernhause vor Attentaten sichergestellt werde, die man im Namen des Rechts ausübte“.

Es erscheint durchaus wahrscheinlich, daß die Initiative zum Handeln bei Föllkersahm nicht von einem intellektuellen, sondern von einem sittlichen Erlebnis geweckt worden ist. Die Fähigkeit zu einem sittlichen Urteil dieser Art war ebenso zeitbedingt wie Föllkersahms Weltanschauung; die Farbe der Leidenschaft gab allen seinen Urteilen der Charakter des Mannes. War aber der sittliche Ausgangspunkt einmal gefunden, so mußte Föllkersahm die politischen Forderungen im Sinne seiner theoretischen Denkweise entwickeln. So kennzeichnet sein erstes Auftreten auf dem livländischen Landtag von 1842 ein dreifacher Rigorismus: die fordernde Kraft seiner sittlichen Überzeugung, die Strenge seiner gedanklichen Konstruktion und die Ungeduld seiner Leidenschaft.

Das erste agrarpolitische Programm, das Föllkersahm mit seinen Gefinnungsgegnossen am 15. und 16. November 1841 in Guseküll ausgearbeitet hatte<sup>2)</sup>, der radikalste Entwurf jener Jahre, war von ihm selbst schon nach einigen Wochen fallengelassen worden. In Guseküll hatte man neben temporären Maßregeln eine radikale Umgestaltung ins Auge gefaßt, die als das Ziel der Agrarreform die Schaffung bäuerlichen Grundeigentums vorsah — ein Ziel, das der leitende Gedanke bleiben sollte —, zugleich aber als den Weg dazu die befristete, folglich zwangsweise käufliche Abtretung eines noch zu bestimmenden Teiles des Grund und Bodens an den Bauer. Das war sehr radikal und widersprach dem seit der Bauernverordnung von 1819 geltenden Recht, das den Gutsherrn als Eigentümer des gesamten Grund und Bodens anerkannte, nicht nur tatsächlich, sondern im innersten Prinzip — mochte es auch eine Übertreibung sein, diese Gedanken bereits als sozialistische anzusprechen<sup>3)</sup>. Gegen den Plan der Zwangs-

sozialen Gegensätze ausdehnte, schlechterdings nichts zu schaffen“. So einfach liegt es u. A. nach nicht. Wichtig ist, daß seine Weltanschauung weit radikaler war als sein politisches Programm. Der Zusammenhang zwischen beiden kann aber nicht bestritten werden. — Die Bemerkung über F. („der konservativ fühlte und urteilte, aber liberal handelte“) im „Grundriß“ von L. Arbusow (1918, S. 294) ist unzutreffend. Eher ist die Umkehrung richtig.

<sup>1)</sup> J. Ehardt, 450.

<sup>2)</sup> Tobien, Agr. II, 381 ff.; vgl. auch 54 ff.

<sup>3)</sup> Wie W. v. Bock in einem anderen Zusammenhang tut. W. II, 682, 684 f.

ablösung erhoben sich gleich nach der Versammlung in Guseküll aus dem Kreise der Teilnehmer so schwere Bedenken, daß Föllkersahm sich veranlaßt sah, ihn fallen zu lassen <sup>1)</sup>. Man hat aber durchaus den Eindruck, daß der Verzicht bei Föllkersahm kein grundsätzlicher, sondern nur ein taktischer war, wenn er auch nie mehr auf die Idee des Zwangsverkaufs zurückgekommen ist. Mündlicher Überlieferung zufolge ist man das Mißtrauen gegen Föllkersahm, er könnte den Plan doch wieder hervorholen, nie ganz losgeworden <sup>2)</sup>.

Man versteht dieses Mißtrauen, wenn man Föllkersahms erstes parlamentarisches Auftreten auf dem Landtag im Februar 1842 verfolgt <sup>3)</sup>. Der Landtag hatte über die Vorschläge der im Dezember vom Adelskonvent eingesetzten Agrarkommission zu befinden, die im Januar in Dorpat getagt und unter dem maßgebenden Einfluß des alten Landrats Reinhold von Samson ausgesprochen bauernfreundliche Beschlüsse gefaßt hatte. Die Vorschläge zielten auf die Sicherung des bäuerlichen Grundbesitzes ab; der 1819 fallengelassene Grundsatz der Unentziehbarkeit des Bauernlandes sollte wieder aufgenommen, der Arbeitspächter geschützt und der bäuerliche Erwerb von Grundeigentum erleichtert werden. Statt nun diesen praktischen Vorschlägen beizutreten, sprach Föllkersahm sich in seiner ersten agrarpolitischen Landtagsrede am 10. Februar 1842 gegen eine Verschmelzung der Bauernverordnungen von 1804 und 1819 und damit gegen den Gedanken des Pächterschutzes und der Unentziehbarkeit des Bauernlandes aus. Das Gesetz von 1819, das den Adel und die Bauern in dem Recht des Grundeigentums gleichstelle, sei ausreichend; die einzige Aufgabe des Adels sei die Förderung des Landverkaufs. Bei der zweiten Lesung der Kommissionsvorschläge trat Föllkersahm wieder gegen die vorgesehene Scheidung von Hof- und Bauernland nach den herrschenden Besitzverhältnissen auf; wolle man aber einen solchen bleibenden Unterschied schaffen, „so müsse allem zuvor erst die Bestimmung des Adels und der Bauerschaft als Stände im Staate festgestellt und danach über das Maß Vereinbarung getroffen werden, wieviel Land der Adel behalten und wieviel der Bauer erhalten solle. Die Entscheidung dieser Vorfrage müsse das Prinzip feststellen“ <sup>4)</sup>. Die entscheidende Zuspitzung erfuhr die Debatte, als der Landtag die beiden Fragen, ob „die politische Existenz des Bauerstandes auf Benutzung des Grundes und Bodens basiert“ und ob das „unbeschränkte Benutzungsrecht des Grundherrn... aufrechterhalten“ werden solle, nacheinander bejaht hatte; in die dadurch entstandene unklare Situation hinein stellte Föllkersahm am 14. Februar die erregende Frage, ob der Landtag „einen Grundherrn für berechtigt halte, alle Wirte seines Gutes zu vertreiben, die ganze Gemeinde zu sprengen?“ Nach scharfen Konflikten im Saal und vermittelnden Verhandlungen außerhalb des Saales wurde die Frage am 17. Februar einstimmig verneint. Damit war das unbeschränkte Benutzungs-

<sup>1)</sup> F. an Fr. v. Sivers, 29. Dez. 1841. Staël, 16; Tobien, Agr. II, 57, 71 f.

<sup>2)</sup> Tobien, Agr. II, 58.

<sup>3)</sup> Erzählt auf Grund der Landtagsrezesse und zeitgenössischer Aufzeichnungen von Staël, 24 ff. und ergänzend von Tobien, Agr. II, 71 ff.

<sup>4)</sup> Landtagsrezes S. 47.

recht des Gutsherrn tatsächlich ein beschränktes geworden. Unter dem Druck des Generalgouverneurs Baron Pahlen beschloß der Landtag dann am 21. Februar mit 107:76 Stimmen, der Bauerngemeinde als solcher — nicht dem einzelnen Pächter — ein unentziehbares Nutzungsrecht an einem qualifizierten Teil des Bauernlandes zu gewähren. Dieser Beschluß entsprach grundsätzlich dem von der Dorpater Kommission gewünschten Bauernschutz. Fölkersahm, der den Bauernlandgedanken ursprünglich verworfen hatte, stimmte ihm jetzt zu, nachdem das Standesrecht des Bauern auf die Nutzung des Landes auch prinzipielle Anerkennung gefunden hatte.

Man spürt, was Fölkersahm von den älteren Liberalen trennt: die Befürchtung, daß über den Maßnahmen zum Schutz des Pächters der zentralen Forderung, dem Bauern zum Grundeigentum zu verhelfen, nicht rasch genug Folge gegeben werden könnte; vor allem aber der theoretische Hintergrund seiner Bauernpolitik, der zunächst nur in blassen Umrissen sichtbar wurde. Es ist eine andere Art zu denken, als bei den beiden neben Fölkersahm hervorragenden Liberalen der Ritterschaft: den alten Landräten R. v. Samson, dem klugen Praktiker, und R. Baron Bruiningk, dem reinen Menschenfreunde.

Auf die Haltung Fölkersahms fällt von späteren Äußerungen her ein noch helleres Licht. Als der Landtag im Dezember 1842 wieder zusammentrat, hatte die Lage sich grundlegend gewandelt: die Konservativen beherrschten den Saal. Es gelang Fölkersahms geschickter Taktik gerade noch zu verhindern, daß der Landtag die Beschlüsse vom Februar in aller Form in Frage stellte. Im übrigen war die Niederlage der Liberalen eine vollständige. Fölkersahms persönliche Stellung schien ebenfalls eine schlechtere geworden zu sein. Im Februar war er von seinen Freunden als Landmarschall-Kandidat aufgestellt worden und hatte 56 Stimmen erhalten. Jetzt konnte er mit Sicherheit nur auf 27, äußersten Falls auf 40 Stimmen rechnen. Bei allen Wahlen fiel er durch, obwohl seine Erscheinung imponierte. „Liegt es ohne mein Wissen in meiner Art zu sein“ — schrieb Fölkersahm rückblickend später <sup>1)</sup> — „in meinem Standpunkt oder in der äußeren Stellung, ich weiß es nicht, aber ich habe in der letzten Zeit den festen Glauben gewonnen, daß meine Gegenwart der guten Sache eher schadet als nützt“. Es wird wohl wieder der den Praktikern des Landtags fremde Geist einer politischen Programmatik gewesen sein, der gegen den „auf der Rednerbühne stets so elegant Maßvollen“ <sup>2)</sup> einnahm. Am 14. Dezember 1842 hatte Fölkersahm im Kampf gegen die eigenmächtigen konservativen Delegierten der Ritterschaft <sup>3)</sup> die Frage gestellt: „Dürfen Mitglieder der Ritterschaft, geleitet von der Überzeugung, daß es dem Lande nütze, von der Verfassung abweichen?“ und damit viel Opposition erregt. „Die Frage veranlaßte“ — heißt es im Protokoll <sup>4)</sup> — „eine lange mit Lebhaftigkeit geführte

1) Am 3. Febr. 1844 an Fr. v. Sivers (Staël, 64).

2) Erinnerungen von W. v. Bock (Staël, 57).

3) Staël, 52 f.

4) Landtagsrezeß vom 14. Dez. 1842, S. 33.

Diskussion, in welcher der Herr Baron Föllkersahm seine Frage gegen den Vorwurf der zu großen Allgemeinheit und der Gefährlichkeit zu verteidigen . . . hatte.“ Der Saal stimmte Föllkersahm der Sache nach zu, als Landrat Samson eine konkretere Fassung des Beschlusses vorgeschlagen hatte. So kam es Föllkersahm auch in der Bauernfrage nicht so sehr darauf an, praktische Verbesserungen für den Augenblick zu erreichen, als vielmehr bestimmte prinzipielle Voraussetzungen zur Anerkennung zu bringen. Nach dem Februar-Landtag schrieb er einem Freunde<sup>1)</sup>: „Wie sehr ich mit allem meinem Streben, meinen Wünschen und Gedanken dem Entwicklungsgang von mir als wahr erkannter Ideen in der Zeit angehöre, brauche ich nicht zu sagen . . .“ Und nach dem Dezember-Landtag äußerte er<sup>2)</sup>: „Nach dem Erlebten müsse die Sache neu und anders angefaßt werden, und zwar vom Standpunkt „unabweisbar sozialer Forderungen.““

Föllkersahm hat seine agrarpolitische Wirksamkeit erst drei Jahre später fortgesetzt, nachdem er auf der großen ausländischen Reise, die er im Herbst 1843 antrat, seine Kenntnisse erweitert und seine politische Einsicht vertieft hatte. Im Spätsommer 1845 zurückgekehrt, wurde er im Januar 1846 neben dem Landrat Samson von der Regierung in ein Petersburger Komitee berufen, das die livländische Agrarfrage wieder aufnehmen sollte, nachdem der Landtag vom September 1844 die 1842 anerkannten Grundsätze wieder verlassen hatte. In den Petersburger Komiteesitzungen im Frühjahr 1846 und bei der Arbeit der ritterschaftlichen Kommission, die vom 25. Oktober 1846 bis zum 18. März 1847 tagte, konnte Föllkersahm seine Gedanken in vollem Maße zur Geltung bringen, und auf dem Landtag vom August/September 1847 führte er sie in Livland zum Siege.

Das Agrarprogramm Föllkersahms vom Frühjahr und Herbst 1846, das in der livländischen Agrar- und Bauernverordnung von 1849 provisorisch und im Gesetz von 1860 endgültig verwirklicht worden ist, hat eine so eingehende Analyse und Würdigung erfahren<sup>3)</sup>, daß hier nur die für Föllkersahm charakteristischsten Züge hervorgehoben werden sollen.

In Petersburg hatte Föllkersahm den Bauernlandgedanken zu verteidigen. Sein Hauptgegner war Samson, der seine Anschauungen seit 1842 völlig geändert hatte. Der Gegensatz zwischen diesen beiden Anhängern einer Bauernreform ist von Samson mehrfach sehr treffend formuliert worden; er ging sehr tief und war auch in der Verschiedenheit der Persönlichkeiten begründet. Samson, hervorragender Jurist, der „mehr Klugheit und Gewandtheit, als feste politische Prinzipien“ besaß<sup>4)</sup>, war ganz auf das vom Augenblick praktisch Gebotene gerichtet; Föllkersahm, philosophisch, aber nicht juristisch geschult, war für Samson ein zu abstrakter „Metaphysiker“<sup>5)</sup>. Weil er bei seinem Reformplan von allgemeinen Grundsätzen für die Konsolidierung des ganzen Bauernstandes ausging,

1) Baron Th. Krüdener, Staël, 45 f.

2) Zu W. v. Bock, Staël, 57. Über die Erinnerungen W. v. Bocks vgl. unten S. 19.

3) Durch T o b i e n, Agr. II, 130 ff., 149 ff., 189 ff.

4) Nach dem Urteil G e o r g v. B r e b e r n s, Erinnerungen, S. 72.

5) S a m s o n, Tagebuch, S. 83; auch 77.

hieß seine Methode dem alten Juristen die „analytische“; seine eigene, die den einzelnen Bauern zum Ausgangspunkt nahm, nannte Samson die „synthetische“<sup>1)</sup>. Fölkersahm brachte den Gegensatz zu Samson auf die Formel: jener vertrete nur ein „Prinzip der Gnade“, während er ein „Rechtsprinzip“ festgestellt haben wolle<sup>2)</sup>. Damit ist sehr viel gesagt: der innerste Ausgangspunkt war bei beiden ein verschiedener.

In seiner Gesamtkonzeption ist die Sicherung des Bauernlandes in der Nutzung der Bauernschaft für Fölkersahm von ebenso nachgeordneter Bedeutung wie der gesamte Bauernschutz<sup>3)</sup>. Das Ziel seiner Reform ist die Schaffung von bäuerlichem Grundeigentum, der Weg dazu die Vernichtung des Fronpacht-systems und der Übergang zur Geldpacht. Es ist sehr interessant und bisher zu wenig bemerkt worden, daß diese Auffassung sich im Keim bereits in der ersten agrarpolitischen Landtagsrede Fölkersahms vom 10. Februar 1842 vorfindet: auch dort die Absage an den Bauernschutz und der Hinweis auf das Grundeigentum als das einzige Ziel. Auf einer höheren Stufe kehrt derselbe Grundgedanke wieder, wobei Fölkersahm nun allerdings auch den Bedürfnissen des Augenblicks Rechnung trägt: außer der Anerkennung eines bäuerlichen „Kollektiv-Fideikommisses“ wird, unter Beibehaltung des Grundsatzes freier Pachten, die Einführung eines strengen Arbeitsregulativs für die Fronpacht vorgesehen; alles aber nur für den „transitorischen Zeitraum“ des Pachtverhältnisses. Das eigentlich Neue an Fölkersahms Agrarreform, ihr genialer Zug ist „der Sprung über das gesamte Pachtsystem hinweg“<sup>4)</sup>, wenn auch ihre praktische Bedeutung vornehmlich in der Wiederherstellung des Bauernschutzes zu sehen ist<sup>5)</sup>.

Zwei Bestandteile des Fölkersahmschen Reformwerks sind am meisten angegriffen worden. Der eine war die Bauernrentenbank, das von Fölkersahm nach sächsischem Muster entworfene Kreditinstitut, das ausschließlich der Förderung des Bauernlandverkaufs dienen sollte und seiner Aufgabe infolge entscheidender Mängel im Aufbau — an denen Fölkersahm nicht schuld war — nicht entsprechen konnte. Der andere war die sog. „Fronabolitionsordnung“, d. h. diejenigen Bestimmungen, die auf die Erschütterung des Arbeitspacht-systems hingenzielten. Die Augen der Gegner sahen scharf: man wollte schon in diesen Bestimmungen ein sozialistisches Element entdecken<sup>6)</sup>. „Daß bis jetzt das Wort

1) Samson, Tagebuch, S. 109. Hiernach ist Rothfels, S. 9, Anm. 4 zurecht-zustellen.

2) Samson, Tagebuch, S. 75.

3) Tobien, Agr. II, 150.

4) J. Eckardt, 465.

5) Tobien, Agr. II, 158.

6) W. v. Bock 1855: „Das ist, was ich das sozialistische Element in unserer Agrar- und Bauerverordnung nenne: diese prinzipielle Verneinung des Eigentums, diese... Ansicht... daß die Klasse der relativ Reichen und Wohlhabenden dazu da sei, um — nicht etwa zum Besten des Gesellschafts = Ganzen besteuert, nein, um zum Besten einer andern Klasse, der par excellence sogenannten „Arbeiter“ gebrandschatzt zu werden“. *WB.* II, 685; 1864 bezeichnet Bock die Fronabolition als „zwischen Freiheit und Zwang mitten inne schwebend“. *Suum cuique*, *B. M.* 1864, 9, 84.

Zwangverkauf gedruckt noch nirgends zu lesen ist, ändert an diesem Sachverhalt nichts<sup>1)</sup>). Ist auch daran festzuhalten, daß die Agrar- und Bauernverordnung von 1849 „volkswirtschaftlich-philanthropischen Anschauungen entsprossen“<sup>2)</sup> ist und besonders in der Begünstigung des Prinzips wirtschaftlicher Bewegung ihren liberalen Grundzug verrät, so wird andererseits zugegeben werden können, daß Föllkersahms ganzer Sinnesrichtung sozialistische Gedankengänge nicht fernlagen<sup>3)</sup>. Ja, man wird vielleicht sogar sagen dürfen, daß Föllkersahms agrarpolitische Einstellung in ihrem innersten Ausgangspunkt mehr sozialistisch als liberal war.

Die Agrarpolitik stand bei Föllkersahm in den wenigen Jahren seiner öffentlichen Wirksamkeit so im Vordergrund, daß seine Einstellung zu den übrigen Landesfragen nicht einmal ganz leicht zu ermitteln ist. Man hat Föllkersahm den Vorwurf gemacht, er habe für die Notwendigkeit einer Erweiterung des bürgerlichen Güterbesitzrechts kein Verständnis gehabt<sup>4)</sup>. Als in den 1860-er Jahren die Frage des Güterbesitzrechts auf der Tagesordnung stand, erschien der Liberalismus des Föllkersahmschen Zeitalters als einseitiger „Agrarliberalismus“, nur auf die Bauernfrage zugespitzt<sup>5)</sup>. Richtig ist, daß weder das Verfassungsproblem, noch die bürgerliche Frage, noch die Nationalitätenfrage zur Zeit von Föllkersahms Wirksamkeit aktuell waren. Als einmal (1842) die Frage der Vertretung der kleinen Städte auf dem Landtag zur Sprache kam, ist Föllkersahm für das Recht der kleinen Städte eingetreten: „seiner Meinung nach könne... dieses Recht garnicht in Frage gestellt werden“<sup>6)</sup>. Seine Argumentation hielt sich im übrigen im Rahmen von Zweckmäßigkeitserwägungen, ohne den prinzipiellen Charakter der Angelegenheit zu berühren. Die Frage des Stimmrechts der Landsassen, ebenfalls ein Streitpunkt späterer Jahre, tauchte nur auf dem Landtage von 1847 einmal auf. Föllkersahm brachte am 2. Oktober 1847 einen Antrag hinsichtlich des Stimmrechts der Landsassen „bei allen das Eigentum berührenden Landtagsverhandlungen“ ein, bekannte sich damit also zum Gedanken einer Erweiterung ihrer Rechte; der Antrag wurde mit dem Hinweis auf das Provinzialrecht abgelehnt<sup>7)</sup>.

In Föllkersahms Landmarschallzeit fiel die obrigkeitliche Schließung der Buchhandlungen in Riga und Dorpat. Daß Föllkersahm in seiner amtlichen Eigenschaft für die Wiederherstellung des Buchhandels zu wirken versuchte<sup>8)</sup>,

1) *W. II*, 684.

2) *Tobien, Agr. II*, 191.

3) Hierzu die Bemerkung von *J. Cardt* (467) über *F.*, „der sich den Begriff des Eigentums erst gefallen ließ, nachdem er ihm philosophisch gerechtfertigt worden war...“

4) *W. v. Voß, W. II*, 667 ff.

5) Gegen diese Auffassung *J. Cardt*, a. a. O. 466 f.

6) Landtagsrezesß Februar 1842, S. 131 f.

7) Landtagsrezesß 1847, S. 59, 168, 196 f.

8) Residier- und Konventsrezesß 1849, S. 238 f.

stimmt zu dem Bilde, das wir uns von ihm zu machen haben. Den Kirchen- und Volksbildungsfragen stand Fölkersahm fern <sup>1)</sup>.

Es bleibt die Frage nach dem Zusammenhang der Agrarpolitik Fölkersahms mit seiner landespolitischen Einstellung. Wie sah Fölkersahm seine Agrarpolitik, die einem sittlichen Rigorismus entsprang, im Rahmen der Landespolitik? Welche allgemeinpolitische Bedeutung wies er ihr zu?

Den „schier überkühnen Experimentator auf dem Felde der heteronomen agrarischen Reform in Livland“ hat ein Gegner Fölkersahm genannt <sup>2)</sup>. Auf die gleiche Seite seiner Agrarpolitik zielte der offene Vorwurf des Landesverrats, der einmal in Kurland gegen ihn laut wurde <sup>3)</sup>. Den Augen der Gegner stellte sich das Bild so dar: Fölkersahm, der das Vertrauen der russischen Regierung genoß, operierte in Petersburg gegen seine livländischen Mitbrüder und setzte die Agrarreform durch, indem er es nicht verschmähte, mit Hilfe der Regierung dem Landtag Schach zu bieten. Fölkersahm selbst hat es anders angesehen. In einem rückhaltlosen Schreiben an einen Freund, reich an Bitterkeit über erlittene Unbill, spricht sich sein landespolitischer Glaube aus <sup>4)</sup>: „Denn ich habe, vor Gott, die feste Überzeugung, daß gerade wir alle die einzigen Glieder in der Repräsentation sind, die die Provinz vor völligem Untergang retten, die das notwendige gute Vernehmen mit der Regierung dauernd fesseln und zugleich die Pflichten gegen die Bevölkerung erfüllen können und werden“. Bei der Beurteilung der Politik Fölkersahms ist ferner im Auge zu behalten, daß das Bewußtsein korporativer Zusammengehörigkeit der Ritterschaft gegenüber der Regierung damals überhaupt nicht sehr ausgeprägt war: die hervorragendsten Glieder der Ritterschaft beider Lager gingen in der Vertretung landespolitischer Interessen eigene Wege <sup>5)</sup>.

Die baltische Geschichtsschreibung hat später eines der größten landespolitischen Verdienste Fölkersahms darin gesehen, daß seine Reform die Provinz auf agrarrechtlichem Gebiet gerade noch rechtzeitig für immer vom russischen Reiche schied, — eine Erkenntnis, zu der sich auch die Gegner unter seinen Zeitgenossen nach seinem Tode bekannten <sup>6)</sup>. Daß Fölkersahm die Gefahr, die dem Lande vom russischen Zentralismus drohte, deutlich sah und sich eben durch sie in seinem staatsmännischen Handeln zur Eile angetrieben fühlte, dafür gibt es einen besonders sprechenden Beleg in einer Äußerung, die einer seiner Anhänger

<sup>1)</sup> Vgl. Bruining I, 234 Anm.

<sup>2)</sup> W. v. Bock, W. II, S. 65 und 676, 2. Anm.; vgl. S. 113 Anm.

<sup>3)</sup> Staël, 164 ff.

<sup>4)</sup> An Fr. v. Sivers 10. April 1848, Staël, 209, auch ff.

<sup>5)</sup> Vgl. Bruining I, 222, 223.

<sup>6)</sup> Landrat v. Kahlen auf dem Februar/März-Landtag 1878 (Landtagsrezep S. 1111, 1113): „Meine Herren, mein damaliger Standpunkt bei Gelegenheit der Abolition der Fronen war in den Reihen der Konservativsten aller Konservativen. Die Fronen aber wurde aboliert, und ich glaube, heut ist keiner im Saal, der diese Reform nicht als eine Wohlthat ansehen würde“... „Ist wohl jemand noch im Saale, der glauben könnte, daß, wenn wir gestern noch die Fronen gehabt hätten, wir nicht heute bereits die Semstwo hätten?“

in lebendiger Schilderung überliefert hat<sup>1)</sup>. Es war im Ramingzimmer der „Musse“ in Riga, nach einem gemeinsamen Essen: „So stand er vor uns und sprach, weit in das Leere schauend: „Ich sehe den großen Felsen im Osten und zu Füßen die grünen Auen unserer Heimat. Es bröckelt der Fels, und Stein um Stein stürzt verwüstend in die blühenden Saaten. Wie lange dauert's, und unsere Saaten sind zerstört und vernichtet. Wehe uns, wenn uns das Schicksal unvorbereitet trifft! Darum gilt es zu schaffen und zu stützen, solange es noch Zeit ist!“ Lautlos hörten wir die warnende Stimme des Propheten.“

### Verhältnis zu Adel und Ritterschaft

Das Schicksal Fölkersahms hat einen Zug echter Tragik. Der Schöpfer des Gesetzes, das eine spätere Generation als einen Ruhmestitel der livländischen Ritterschaft ansehen lernte, verlor noch vor dem Ablauf seines landmarschallamtlichen Trienniums das Vertrauen seiner Standschaft. An kaum einem andern livländischen ritterschaftlichen Führer schieden sich Freund und Feind so scharf wie an ihm.

Von einem großen Kreise von Freunden geliebt und verehrt, von einer ständig wachsenden Schar von Feinden und Gegnern bekämpft, ja gehaßt, erlitt Fölkersahm seine erste schwere Niederlage bei der Landmarschallswahl von 1851. Im November 1848 war er mit 61 zu 34 Stimmen zum Landmarschall gewählt worden; im November 1851 erhielt er nur 53 Stimmen; gewählt wurde mit 98 Stimmen der konservative Landrat Baron Gustav Nolden. Bei der Landratswahl im Mai 1854 war das Verhältnis fast das gleiche: Fölkersahm unterlag mit 60 gegen 98 Stimmen. War die Zahl seiner Anhänger die gleiche geblieben, so hatte sich die Zahl seiner Gegner im Lauf der Jahre fast verdreifacht.

Wie ist diese Entwicklung, wie das Maß der Erbitterung zu erklären, mit dem Fölkersahm bekämpft wurde?<sup>2)</sup> Der Hinweis auf den allgemeinen Wandel der Ideen, den geistigen Umschwung von den 40-er zu den 50-er Jahren reicht dazu nicht hin. Zu wiederholten Malen ist es auf dem Saal zu heftigen Zusammenstößen gekommen. Als Landmarschall hatte Fölkersahm auf dem außerordentlichen Landtag von 1850 einen Geschäftsordnungskonflikt mit dem Landtag, der zu einer ungewöhnlich schroffen Erklärung von 39 konservativen Landtagsgliedern führte<sup>3)</sup>. Auf dem Landtag von 1851, der den Gegner zum Landmarschall wählte, gab wieder eine geschäftsordnungsmäßige Meinungsverschiedenheit Anlaß zu einer Bewahrung der Konservativen, die diesmal von 83 Landtagsgliedern unterzeichnet wurde<sup>4)</sup>. Infolge dieses Konflikts trat Fölkers-

1) G. v. Sivers = Nerjell, Staël, 228.

2) Am 16. Mai 1854 schreibt ein erregt teilnehmender Parteigänger Fölkersahms, Nikolai v. Dettingen, vom Landtag, Fölkersahm und August v. Dettingen würden, wenn sie reden wollten, „mit tierischem Gebrüll“ überschrien. (Abschriften aus dem v. Dettingenschen Familienarchiv Ludenhof, Gef. f. Gesch. u. Altde Riga).

3) Staël, 229 ff.; 237 ff.; 242.

4) Staël, 252 ff.

fahm vor Schluß des Landtags von der Leitung zurück. Er beschloß seine Tätigkeit als Landmarschall auf diese Weise sogar ohne eine Abschiedsrede. In beiden Fällen zeigte sich bei Fölkersahm eine gewisse Schroffheit und Reizbarkeit in der Versammlungsleitung, die anstieß. Geschadet hat Fölkersahm auch ein Schritt, der dem nur im lettischen Teil Livlands Besitzlichen die notwendige Voraussetzung zur Wiederwahl schaffen sollte, der Pfanderwerb von Duckershof im estnischen Distrikt unmittelbar vor dem Zusammentritt des Landtags, der nur einen im estnischen Teil bezüglichen Edelmann wählen durfte<sup>1)</sup>. Auch als Präsident der Rentenbank hatte Fölkersahm Reibereien und Unannehmlichkeiten<sup>2)</sup>.

Hinter all diesen schweren Konflikten steht mehr als die Unzufriedenheit der Gegner mit Fölkersahms politischer Methode, mag auch Fölkersahms zugleich sensitive und selbstbewußte Art zur Verschärfung der Gegensätze nicht wenig beigetragen haben. Letzten Endes handelt es sich doch um einen geistig-weltanschaulichen Gegensatz von unüberbrückbarer Weite und Tiefe. Fölkersahm stand an der Schwelle einer neuen Zeit. Was ihn von seinen Gegnern, ja wohl auch von den meisten seiner politischen Anhänger schied, war die mehr geahnte als klar erkannte Tatsache, daß er innerlich bereits jenseits der Schwelle stand.

Wenn man das Verhältnis Fölkersahms zu Adel und Ritterschaft aufhellen will, bedauert man den endgültigen Verlust unschätzbarer zeitgenössischer Materialien doppelt. Immerhin lassen sich aus den wenigen erhaltenen Zeugnissen einige Anhaltspunkte zu einem vorsichtigen Urteil gewinnen.

Von allen Anfeindungen, denen Fölkersahm ausgesetzt war, hat ihn am tiefsten eine Äußerung getroffen, die Anfang Februar 1848 auf dem kurländischen Landtag fiel. Der Landbote für Erwahlen Baron Adolf Hahn-Muppen machte der Familie Fölkersahm, ohne sie zu nennen, öffentlich den Vorwurf zweimaligen Landesverrats; den Namen der Familie nannte er später privatim<sup>3)</sup>.

Der alte Zivilgouverneur Fölkersahm machte daraufhin eine Eingabe an den kurländischen Landtag; als diese erfolglos blieb, wandte er sich mit einer Supplik an den Kaiser. Hamillar Fölkersahm schrieb ebenfalls an den kurländischen Landtag, mit dem gleichen Ergebnis. In Kurland berief man sich darauf, daß der Name Fölkersahm öffentlich nicht genannt und Baron Hahn auf dem Landtag zur sofortigen Zurücknahme der Äußerung veranlaßt worden war. Fölkersahm wünschte nun, daß die livländische Ritterschaft von sich aus einschreite, und richtete einen entsprechenden Antrag an das Landratskollegium. Der Adelskonvent lehnte ein Eingreifen ab, da die Angelegenheit als eine private anzusehen sei. Fölkersahm fühlte sich nun „von beiden Ritterschaften zurückgestoßen“. Aus den Briefen an einen Freund, den Landrat Friedrich

<sup>1)</sup> Staël, 247 f. Ein Anhänger schrieb ihm in Bezug auf dieses offenbar nur auf Drängen einiger Freunde unternommene Manöver: „Es hat das Lager Ihrer Feinde bedeutend vermehrt und Ihnen manchen rechtschaffenen Freund abgewandt“. A. a. O. 248.

<sup>2)</sup> Staël, 260 ff.; 265 ff.

<sup>3)</sup> Staël, 189 ff.

v. Sivers, spricht ein Übermaß an Bitterkeit und Erregung. Am 10. April 1848 schreibt er ihm aus Petersburg Duzende von Bogen. Er stehe zwischen zwei Pflichten. Das Wohl der Bevölkerung, das Beste der Provinz verlange, daß er ausharre. Aber: „Ich bin überzeugt, daß so, wie die Sachen sich gestalten, nicht allein ich austreten, sondern auch meine Matrikeln zurückgeben muß, und daß auch Ihr recht tut auszutreten, die Ihr die Ansicht vertrittet, daß in mir das Kollegium beleidigt worden und man darauf keine Rücksicht genommen“<sup>1)</sup>. Die Sache nahm einen anderen Verlauf: der furländische Landtag richtete eine Adresse an Fölkersahm, die ihm Genugtuung geben sollte, aber einer Bestrafung Hahns, die Fölkersahm wünschte, natürlich nicht gleichsam; die Supplik seines Vaters hatte nicht den gewünschten Erfolg; als aber Hamillar Fölkersahm im November 1848 zum Landmarschall gewählt worden war, mußte er darin den vollkommensten Vertrauensbeweis sehen, den die Ritterschaft ihm geben konnte. Diese Deutung gab der Wahl auch eine offizielle Adresse seiner Anhänger, die damit unter die Angelegenheit Hahn den Schlußstrich zog.

Hat Fölkersahm im Frühjahr 1848 unzweifelhaft mit dem Gedanken an einen Austritt aus der Matrikel gespielt, so fällt von hier aus ein etwas unsicheres Licht auf eine Äußerung von ihm zur gleichen Frage, die er unmittelbar nach seiner Wahl zum Landmarschall im November 1848 tat. Damals verurteilte er die Austrittsabsicht eines unzufriedenen konservativen Mitbruders: „Solche bisher unerhörte Fälle“, sagte er auf einer Abendgesellschaft, „von Opposition gegen den Willen aller, der sogar soweit geht, alle Gemeinschaft der Korporation aufzugeben und Schritte zu tun, die notwendig alles Bestehende auflösen müssen, sind ein Beweis, daß unsere Zustände faul sind“<sup>2)</sup>. Zugegeben, daß die psychologische Veranlassung in beiden Fällen eine verschiedene war — jetzt handelte es sich um Opposition gegen Landtagsbeschlüsse, damals um Selbstschutz bei einer Ehrenkränkung —, so bleibt doch angesichts der bestimmten Form seiner Äußerung die Frage: hat er seine Ansicht seit dem Frühjahr geändert? Sind die Worte des Landmarschalls aus einer Sorge für das Ganze geboren, die dem einsam kämpfenden Landrat fremd war?

Noch einmal sollte Fölkersahm sich in die Stellung hoffnungsloser Opposition gedrängt fühlen. Es war im Mai 1854 auf dem letzten Landtag, den er mitmachte, zwei Jahre vor seinem Tode. Zur Debatte stand die Huldigungsadresse der livländischen Ritterschaft an den Kaiser nach dem Ausbruch des Krimkrieges. Fölkersahms Entwurf war abgelehnt worden. Am Abend des Abstimmungstages (14. Mai) fand eine Parteiversammlung statt, auf der sehr weitgehende Entschlüsse erwogen wurden. Die Berichte darüber sind widersprechend. Woldemar v. Bock erzählt in seinen Erinnerungen auf das anschaulichste, Fölkersahm habe die Versammlung aufgefordert, „ihren Austritt aus der Ritterschaft sofort zu erklären und sich außerhalb derselben als neue politische Körperschaft zu konstituieren“<sup>3)</sup>. Baron Paul Ungern schreibt am 15. Mai in

1) Staël, 209.

2) Brief von P. Baron Ungern = Sternberg 21. Nov. 1848, Staël 284 f.

3) Staël, 280.

einem Privatbrief, man habe in der Parteiversammlung „viel und lebhaft diskutiert“, „ob wir alle alles im Stich lassen und den Saal und Landtag verlassen sollten“<sup>1)</sup>. Also nicht Austritt aus der Ritterschaft, sondern nur Verlassen des Landtags. Bei der Gegenüberstellung der beiden Berichte ist im Auge zu behalten, daß Bock seine Erinnerungen — in denen er sich selbst sehr in den Vordergrund rückt — fast 50 Jahre nach den Ereignissen aufgezeichnet hat<sup>2)</sup>; der Brief Ungerns ist am Tage nach der Sitzung geschrieben. Auch ist nicht zu verkennen, daß Bocks Darstellung ausgesprochen feindselig ist. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß Bock, der jede Szene mit größter Bestimmtheit schildert, vielleicht bei einer anderen Gelegenheit, einem anderen Zusammentreffen Fölkersahm in diesem Sinne hat reden hören. Daß Fölkersahm zu einem so revolutionären Schritt wie einer Sprengung der Matrikel innerlich fähig war, kann ohne weiteres angenommen werden. Im Frühjahr 1848 hat er den Austritt aus der Ritterschaft erwogen; damals hielt dieser Absicht nicht etwa die Rücksicht auf die unantastbare Einheit der Korporation, sondern nur der Gedanke an seine politische Aufgabe das Gleichgewicht. Unter Fölkersahms Aphorismen findet sich — leider undatiert — ein geistreicher Ausspruch, der seine allgemeine Einschätzung des Adels kennzeichnet: „In der bürgerlichen Gesellschaft nimmt, wie in den Gebirgsgegenden, mit der Höhe die kräftige Vegetation ab. Am schönsten ist sie bei mäßiger Erhebung über der Ebene. Der Adel ist der Bewohner der Region, wo die Verkrüppelung der Natur beginnt und aus den Bäumen — Sträucher werden. Die Fürsten sind in der Schneeregion, sie, die, wie die Gletscher mitunter, ein prachtvolles Schauspiel darbieten, aber nichts anderes erzeugen als Lawinen“<sup>3)</sup>. Dazu stimmt es, wenn ein Freund ihm nach der Niederlage von 1851 schrieb: „Daß Du Mensch bist und nie etwas anderes sein willst, als Mensch, dieses weiß ich. . .“<sup>4)</sup>. Allerdings sagte Ferdinand Walter in seiner Beerdigungsrede von ihm, daß er „sich durch und durch ein Edelmann fühlte“<sup>5)</sup>; gewiß ist dieses aber in einem zugleich höheren und allgemeineren Sinne gemeint. Wie weit Fölkersahm sich innerlich von seinen Mitbrüdern entfernt hatte, wird anschaulich in jenem bitteren Wort, mit dem Julius Eckardt die unvergeßliche Szene seines Zusammenseins mit Fölkersahm zu Ende gehen läßt. Es war 1853, auf der Terrasse eines rigaschen Gartenrestaurants; abwechselnd spielten zwei Musikkapellen. Fölkersahm sprach im Kreise bürgerlicher Freunde über Landespolitik; zuletzt sagte er scherzend: „Die Notwendigkeit, diese ununterbrochene Musik zweier verschiedener Gesellschaften anhören zu müssen, erinnert mich an die Lage, in welcher ich mich schon seit einiger Zeit

1) Staël, 282 f.

2) Mündl. Mitteilung von A. v. Tobien (gest. 27. 7. 1929) etwa anderthalb Jahre vor seinem Tode an den Verfasser. — Staël, der diesen Umstand nicht in Betracht zieht, erklärt beide Berichte für „qualitativ vollkommen gleichwertig“ (284) und verzichtet auf eine Erklärung des Widerspruchs.

3) J. Eckardt, 467.

4) Staël, 259.

5) F. Walter, a. a. D. 301.

befinde. Haben die Livländer in ihrem Geschrei über meinen Verrat und meinen unheilvollen Einfluß eine Pause gemacht, so fangen die Kurländer gewiß in demselben Tone wieder an und so geht es fort in infinitum. Sie wissen, daß ich das Glück habe, beiden Korporationen anzugehören“.

Samillar von Fölkersjahm mag in seinem Verhältnis zu Adel und Ritterschaft geschwankt haben. Es hat sicher Zeiten gegeben, in denen er völlig selbstverständlich in seinem Stande daheim war. Wenn er aber die Feindschaft spürte, die ihm entgegenschlug, wenn er sich unter seinen Mitbrüdern einsam fühlte, einsam mit seiner Philosophie, seinem Zweifel und seiner Sendung, dann mag er sich der ganzen ständischen Welt seiner Heimat unendlich fern gefühlt haben. Dann mag ihn die Lust angewandelt haben, in titanischer Auflehnung die alten Formen zu sprengen — oder aber allem den Rücken zu kehren. Zwei Wochen vor seinem Tode schrieb ihm ein Freund<sup>1)</sup>: „Deine Seelenwunden kann ich mir nicht anders erklären, als Du fühlst die Kraft, Großes zu leisten, und kannst die Fesseln nicht ertragen, die Dir unser Land auferlegt“. Und ein anderer treuer Freund schrieb lange nach seinem Tode<sup>2)</sup>: „Fölkersjahm hat sich Kopf und Flügel zerschmettert an dem engen Käfig unserer kleinen Verhältnisse . . .“

Warum zerriß er nicht die Fesseln? Warum entwich er nicht aus dem engen Käfig? Die Antwort kann nur lauten: weil seine innere Gebundenheit doch stärker war als sein stürmischer Freiheitsdrang. Gebunden fühlte er sich durch sein Werk, seine Berufung: wirken konnte er nur innerhalb der politischen Korporation. Gebunden war er — vielleicht stärker als er es selbst wußte — durch seine Liebe zur Heimat; er trug in seinem Wesen tief eingeprägt die Eigentümlichkeiten des Landes und war bei aller Freiheit des Geistes ein Livländer in Liebe und Haß. Gebunden war er nicht am wenigsten durch seine Freunde. „Ich habe keine andere Kräftigung als die Eurer Freundschaft“, schrieb er einmal<sup>3)</sup>, und immer wieder klingt es durch seine Briefe: die Freunde sind ihm Stütze und Halt, sie sind ihm eigentlich die Heimat<sup>4)</sup>.

Trost gewährte ihm auch der in allen Zweifeln immer von neuem behauptete Glaube an den endlichen Sieg seiner Sache. Auf einem Bankett der Geschlagenen nach der Landmarschallswahl im November 1851 schloß Fölkersjahm eine Ansprache mit den Worten<sup>5)</sup>: „Mögen unsere Gegner für den Augenblick die Gewalt haben, — die Macht bleibt bei uns!“ Und damit hatte er recht. Die alte Zeit ging zu Ende. Die Feinde haßten in Fölkersjahm nicht nur den gefährlichen und schroffen Gegner auf dem Gebiet der agraren Reformen, — sie ahnten in ihm, dem freisinnigen Parlamentarier, den unheimlichen Boten eines im Tiefsten fremden Geistes.

1) F. v. Sivers-Gusefäll, Staël, 290.

2) G. v. Brevern, Staël, 291.

3) An Fr. v. Sivers, 12. Febr. 1848, Staël, 196.

4) Vgl. Staël, 64, 87, 133, 204, 212.

5) [S. Eckardt], Erinn. an die 50er u. 60er Jahre, a. a. D., 215.

## II. Kapitel

### Die Entwicklung der Parteigegensätze

in Livland von der Begründung der liberalen Landtagspartei  
bis zum Beginn der Russifizierung

Ein untrügliches Zeichen, daß die neue Zeit auch in den baltischen Provinzen Einzug hielt, war die Entstehung politischer Parteien. Gegensätze, auch prinzipieller Natur, hatte es auf den Landtagen natürlich auch früher gegeben, und auch früher schon hatten sie zu Gruppenbildungen geführt. Erinnert sei nur an die Epoche der heftigen Kämpfe um die ersten Agrarreformen von 1795—1818. Das Neue, das nun ins Leben der Provinzen trat, war nicht nur die äußere Form des parteilichen Zusammenschlusses, auch das Wesen der Gegensätze änderte sich.

Noch 1835 hatte sich in Livland eine Gesinnungsgruppe ohne Parteicharakter gebildet, ein „sittlich-ideal gerichteter „Tugendbund“ zur Belebung des livländischen Patriotismus“<sup>1)</sup>. Diese Verbindung, die den Namen „Jung-Livland“ trug, erstrebte möglichste Annäherung der drei Ostseeprovinzen untereinander, Wahrung ihrer Eigenart bei treuester Loyalität, Hebung des Landvolkschulwesens und Förderung des Volkswohls im allgemeinen. Also eine Gesinnungsgemeinschaft romantisch-liberalen Geistes, von der die nur wenige Jahre später entstandene Fölkersahmsche Partei sich scharf abhebt<sup>2)</sup>. Es ist ein neuer, herber Ton, der jetzt an klingt.

Fölkersahm war es, der den Geist des bürgerlichen 19. Jahrhunderts auf Livland übertrug, indem er die Theorie mit vollem Bewußtsein zur beherrschenden politischen Macht erhob. Zur Erklärung des modernen politischen Gegensatzes von konservativ und liberal genügt es nicht, auf die beiden menschlichen Urtriebe des Beharrens und Gestaltens hinzuweisen. Was dem politischen Liberalismus, dem treibenden Prinzip des 19. Jahrhunderts, seine Eigenart verleiht, ist vornehmlich zweierlei: seine Verbindung mit einer ganz bestimmten dogmatischen Anschauung der Welt, einem historischen geistigen System, dessen letzter Schlüssel der Glaube an den Fortschritt ist; und, davon untrennbar, jene kämpferische Organisation, die der politischen Auseinandersetzung ein neues Gepräge gab. Gegen den Dogmatismus einer in tiefer Selbstverständlichkeit, in historischer Fraglosigkeit lebenden Ordnung erhob sich ein neuer Dogmatismus: der totale Anspruch einer zu immer größerer Bewußtheit gelangenden Wissenschaft.

<sup>1)</sup> v. Dettingen, 373. Zu diesem Kreise gehörte, außer Alexander v. Dettingen, dem Landmarschall von 1839—42, namentlich Prof. Dr. Alexander v. Reutz (B. v. Bok in LB. II, 664).

<sup>2)</sup> Der Landmarschall Alexander v. Dettingen, begeistertes Mitglied von „Jung-Livland“, sprach vom Parteiwesen 1842 als von „ordnungswidrigen Koalitionen“ (Staël, 38; vgl. Dettingen, 372).

Politisches Parteileben hat sich nur in Livland, nicht auch in Estland und Kurland entwickelt, obwohl es natürlich auch dort an ausgebildeten politischen Gegensätzen nicht fehlte. Der Grund für diese auffallende Erscheinung liegt gewiß nicht nur darin, daß die beiden andern Provinzen keinen Fölkersahm hatten. Ein scharfer Beobachter hat schon 1862 manches zur Erklärung der Besonderheit Livlands angeführt<sup>1)</sup>: die reicheren ständischen Verhältnisse, das regere geistige Leben, die größere politische Gefährdung. In Livland war die Stoßkraft politischer Ideen verhältnismäßig noch am stärksten — so gering sie im baltischen Deutschland im ganzen war<sup>2)</sup>. Hinzugefügt werden muß ein Hinweis auf die Unterschiede der Landesverfassung Liv-, Est- und Kurlands.

Allen drei Provinzen gemeinsam war die Form der gutsherrlichen bzw. städtisch-ständischen Aristokratie. Träger der Selbstverwaltung des Landes war der Stand der zur Adelsmatrikel gehörenden Rittergutsbesitzer. Stimmberechtigt waren in jeder Provinz einige hundert Personen. War schon die Größe der drei Provinzen recht verschieden, so lag ihr Hauptunterschied im Wesen der Landesvertretung. Nur in Livland hatte der Landtag, die Versammlung aller volljährigen Rittergutsbesitzer, zu denen noch zwei Vertreter der Stadt Riga kamen, ein starkes Eigengewicht. In Estland regierte auf Grund der Verfassung und geheiligter Tradition das Landratskollegium mit dem Ritterschaftshauptmann an der Spitze; der Landtag war demgegenüber von geringerer Bedeutung. Der kurländische Landtag war zum Unterschied vom livländischen und estländischen eine Deputiertenkammer; die Landboten waren an die Instruktionen ihrer Kirchspiele gebunden. Das politische Schwergewicht lag mithin in Estland beim Ritterschaftshauptmann und im Kollegium der 12 Landräte, in Kurland der Form nach in den Kirchspielen, der Sache nach im Ritterschaftskomitee bzw. beim Landesbevollmächtigten, und nur in Livland außer beim Adelskonvent auch in der Landtagsversammlung selbst. Es gab also im Grunde nur in Livland die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Bildung landständischer politischer Parteien.

Zu den wichtigsten Rechten des Landtags gehörten das Recht der Gesetzesinitiative und das der direkten Eingabe an den Monarchen; darüber hinaus konnte alles, was auf das Wohl des Landes Bezug hatte, Gegenstand der Landtagsverhandlung sein. Der Besuch des Landtags, der regelmäßig alle drei Jahre, meist häufiger, zusammentrat, wechselte recht stark. Der livländische Landtag von 1848, der Fölkersahm zum Landmarschall wählte, war von ungefähr 90—100 stimmberechtigten Herren besucht; als 1851 gegen 150 Stimmberechtigte erschienen waren, galt das als außergewöhnlich<sup>3)</sup>; doch war z. B. der Reformlandtag von 1842 noch stärker besucht gewesen. Der Junilandtag 1870, an dem mehr als 300 Personen teilnahmen, davon mehr als 200 Stimmberechtigte, war „so stark besucht, wie kaum einer zuvor“<sup>4)</sup>.

1) [A. h. Boetticher], Der livländische Landtag von 1862, 8 f.

2) Schaudinn, S. 28.

3) [J. Eckardt], Erinn. an die 50er u. 60er Jahre, a. a. O. 212 f.

4) Eb. v. Dettingen, Biogr. 33.

Dies war der Rahmen, innerhalb dessen sich das Parteileben zu entfalten begann.

### 1. Die Fölkersahmsche Partei

Am 15. November 1841 versammelten sich bei Friedrich v. Sivers-Guseküll 18 Personen, unter ihnen Hamillar von Fölkersahm, um die Agrarfrage zu beraten<sup>1)</sup>, die durch die Einsetzung der sog. Dorpater Kommission eine neue Wendung erhalten hatte. Schon auf dem Landtag von 1839 hatte Fölkersahm einige Gesinnungsgenossen um sich geschart<sup>2)</sup>; der eigentliche Gründungsakt seiner Partei ist die Zusammenkunft in Guseküll. Auf den beiden Landtagen des Jahres 1842 entwickelte sich dann das Parteiwesen im parlamentarischen Kampf. Auch die Konservativen schlossen sich zusammen. Mit Recht ist das Jahr 1842 für Livland als „die eigentliche Geburtszeit der Fraktionen“ bezeichnet worden<sup>3)</sup>.

Interessant ist die Tatsache, daß die ersten Mitglieder der liberalen Partei fast sämtlich älter waren als Hamillar Fölkersahm. Es war also zunächst durchaus nicht die Partei der Jugend. Der Hausherr in Guseküll, Friedrich v. Sivers, geboren 1792, ein Stiefneffe des berühmten Ranzenschen Friedrich v. Sivers, war bei der Begründung der Partei fast 50 Jahre alt, ebenso sein Vetter Ernst v. Sivers-Walguta; fünf Jahre jünger war G. v. Stryk-Bollenhof; die Kreisdeputierten Wilh. v. Stryk-Brinkenhof und Fr. v. Transehe-Selsau, ebenso Baron Wolff-Lysohn, waren an die 40; nur wenig älter als der 30-jährige Fölkersahm waren die Schwäger Baron Th. Krüdener-Neu-Suislep und Karl v. Mensenkampff-Larwaß. Jünger war der 25-jährige Woldemar v. Bock, der spätere Schriftführer der Fraktion<sup>4)</sup>. Von den Genannten gehörten Sivers-Guseküll und Krüdener-Neu-Suislep zu den nächsten Freunden Fölkersahms. Friedrich v. Sivers, ausgezeichnete Landwirt, 1847–1856 Landrat, war einer von denen, die Fölkersahms Stellung in Livland begründeten<sup>5)</sup>. Durch mehrjährigen Militärdienst den „provinziellen Vorurteilen“ entfremdet, sah er in Fölkersahm den unumschränkten Führer. Aus seinen Briefen an ihn spricht eine Hingabe, Liebe und Bewunderung, die immer wieder den beträchtlichen Altersunterschied zwischen ihnen vergessen macht. Von den sechs Krüdeners, deren Unterschriften 1848 auf der Vertrauenskundgebung für Fölkersahm standen, war Th. v. Krüdener ihm am nächsten befreundet; er und ein Vetter huldigten seinem Andenken, indem sie ihre Söhne nach ihm Hamillar nannten. Unter den Jüngeren war der Ritterschaftsnotar Baron Rudolf Engelhardt (geb. 1816) Fölkersahms nächster Mitarbeiter. Sein Anteil am Reformgesetz war dadurch bedeutend, daß er die Redaktion innehatte. In der Parteiversammlung konnte sein scharfer analytischer Verstand die intuitive Begabung Fölkersahms ergänzen<sup>6)</sup>.

1) Tobien, Agr. II, 54; das Protokoll der Versammlung II 381 ff.; Staël, 14.

2) Staël, 12, 14.

3) Staël, 56.

4) Staël, 57.

5) Staël, 13; über Fr. v. Sivers vgl. den Nachruf in der Baltischen Wochenschrift 1869, 19/20 vom 14. Mai (auch Rev. Btg. 1869, 116/117).

6) Staël, 160; Tobien, Agr. II, 166.

Er wird als ein ernster, männlicher Charakter gerühmt. Seine erkämpfte freisinnige Lebensanschauung behielt er bis zu seinem frühen Tode (1850)<sup>1)</sup>.

Später schloß sich am meisten die Jugend an Fölkersahm. Fölkersahm hatte die Gabe, auf junge Menschen einzugehen und sie mit sich fortzureißen. Man brachte ihm eine Verehrung und Bewunderung entgegen, die bisweilen an Schwärmerei grenzte. Intime Gegner lächelten gelegentlich darüber und sprachen vom „Fölkersahmkultus“. Ganz im Banne Fölkersahms standen die Brüder v. Dettingen, die später die Führung der liberalen Partei übernahmen. Der ernste, strenge Burchard v. Klot (geb. 1821), später Hofgerichtsadvokat, war ein ebenso überzeugter Anhänger wie der lebenslustige Armin v. Samson-Septull<sup>2)</sup> (geb. 1808, später Vizepräsident des Livländischen Hofgerichts).

Die zahlenmäßige Stärke der Partei schwankte. Bei der entscheidenden Abstimmung auf dem Februarlandtag 1842 stimmten 107 Landtagsglieder für den liberalen Antrag (dagegen 76). Fölkersahm vereinigte damals als Landmarschallkandidat 56 Stimmen auf seine Person. An einer Parteiversammlung Mitte Februar nahmen 33 Landtagsglieder teil<sup>3)</sup>. Im Dezember, nach dem Umschwung der politischen Stimmung, zählten die Liberalen nur noch 27 Personen. Bei der Landratswahl 1847 erhielt Fölkersahm 45 Stimmen, zum Landmarschall gewählt wurde er 1848 mit 61 Stimmen. Die Kundgebung seiner Anhänger nach seiner Wahl trug 48 Unterschriften. 1851 gehörten 53 Landtagsglieder zur liberalen Partei<sup>4)</sup>. Bei der Landratswahl 1854 erhielt Fölkersahm 60 Wälle. Scheint es demnach, daß eine Angabe, die von 50—60 treuen Parteigenossen spricht<sup>5)</sup>, das Richtige trifft, so muß doch angenommen werden, daß sich zu den Parteiversammlungen in der Regel weniger Personen einfanden<sup>6)</sup>. Es wird eben einen engeren und einen weiteren Kreis gegeben haben. Die Form der Partei war keine allzu feste. Es gab einen Schriftführer, die Versammlungen wurden parlamentarisch geleitet, Beschlüsse durch Abstimmungen herbeigeführt. Am Anfang wird einmal ein Restaurant an der Düna („London Tavern“) als Versammlungsort genannt<sup>7)</sup>, später versammelte

1) Brief Eduard v. Dettingens an seinen Bruder Nikolai, Rom 12./24. März 1851, v. Dettingensches Familienarchiv. Ein Brief Rudolfs an seinen jüngeren Bruder Moriz v. Engelhardt (den späteren Dorpater Professor), von dem mündliche Überlieferung weiß, hat sich leider nicht mehr auffinden lassen. Er enthielt wohl Ähnliches, wie die mündliche Äußerung, von der Moriz von Engelhardt in einem späteren Brief berichtet: Rudolf v. Engelhardt war nach schweren inneren Kämpfen zur Einsicht gelangt, daß die Menschen „absolut einsam“ seien, wenn sie, wie er, an den persönlichen Gott nicht mehr glaubten. (R. v. Engelhardt, Die deutsche Universität Dorpat, 1933, 337 Anm. 1.)

2) H. v. Samson, G. H. Kirchenpauer (1891), 89.

3) Staël, 31.

4) Staël, 249.

5) Ed. v. Dettingen in seinen Erinnerungen (Staël, 160).

6) W. v. Bock schildert eine erweiterte Parteiversammlung im Jahre 1854, an der 60—70 Personen teilnahmen — „reichlich das Doppelte des durchschnittlichen Parteibestandes“ (Staël, 278.)

7) Staël, 31.

man sich während der Landtagszeiten regelmäßig im Zimmer 35 des Hotels St. Petersburg. War Fölkersahm selbst auch kein Organisator, so war er es doch, der die Partei zusammenhielt. Seine Überlegenheit war so groß, daß es niemandem in den Sinn kam, ihm die Führung streitig zu machen. Er war das Haupt der Partei, von ihm lebte sie, er wurde nicht müde, wieder und wieder seine Grundsätze zu entwickeln und den Gesinnungsgenossen das Ziel und den Weg zu weisen. Auch außerhalb der Parteiversammlungen kam man zusammen. Man pflegte gemeinsam in der „Musse“ zu speisen, bisweilen auch Ausfahrten zu veranstalten — nach „Coudray“, einem Gasthaus in der Nähe Rigas, wo Fölkersahm beim Glase Wein den ganzen suggestiven Zauber seiner Persönlichkeit entfaltete.

Am Anfang der Partei stand der Mann, nicht ein Programm. „Die Kraft der praktisch vorliegenden Fragen führte die Gleichgesinnten zu gemeinsamem Kampf zusammen“<sup>1)</sup>. An der Einstellung zur Frage der Agrarreform entschied es sich meist, wer im weiteren Sinne, — an der Stellung zu Fölkersahm, wer im engeren Sinne zur Partei gehörte. Ein allgemeines ideelles Programm hatte die Partei wohl nicht; der geistige Hintergrund war mehr oder weniger nur stimmungsmäßig vorhanden. Ein Bewußtsein vom Zusammenhang des livländischen Reformeifers mit „den echten Ideen der Zeit“ mögen aber nicht nur „Fölkersahm und wenige andere Auserwählte“<sup>2)</sup> gehabt haben. Zwar ist es richtig, wenn man den politischen Gehalt der Fölkersahmschen Partei auf die Formel „Agrarliberalismus“ gebracht hat<sup>3)</sup>; ihr geistiger Gehalt ist mit dieser Charakteristik nicht erschöpft. Stand Fölkersahm mit seinem weltanschaulichen Radikalismus auch mehr oder weniger allein, so war doch die allgemeine liberale Stimmung innerhalb der Partei recht stark. Das zeigte sich besonders deutlich bei einem bezeichnenden Anlaß zu Beginn der 50-er Jahre. Der Landtag im November 1851 hatte über die Stiftung von Stipendien für livländische Edelleute beraten. Die Konservativen hatten sich — ganz im Sinne der Einstellung Kaiser Nikolais I. — gegen den Geist der Universität Dorpat und für den Gedanken der Militärerziehung ausgesprochen; die Liberalen waren auf der Seite der Universitätsbildung zu finden gewesen. Am 15. Juli 1852 veranstalteten die Liberalen eine Parteiversammlung in Kremon, auf der die

<sup>1)</sup> Staël, 19.

<sup>2)</sup> J. Eckardt, 1856 und 1866 (Die baltischen Provinzen, 475).

<sup>3)</sup> W. v. Bock 1855, WB. II, 678; [G. Bertholz], Zivl. Korrespondenz B. M. 1863, 7, 185 kennzeichnet die Partei: „welche . . . aufrichtig das Bauernwohl wollte, aber eine Kräftigung unserer politischen Gesamtkonstitution oder „KonzeSSIONen an den Bürgerstand“ nicht zu ihrer Aufgabe gemacht hatte und auch bezüglich des Bauernstandes eigentlich nur für die Wirte besorgt gewesen ist“. Vgl. auch die Erinnerung W. v. Bocks an ein „Convivium“ der Blüte der liberalen Partei am Stiftungstage der Livonia 1844 oder 1847, auf dem ein Toast auf „Beseitigung der den livländischen Adel und Bürgerstand trennenden Schranken“ fast gar keinen Anklang gefunden haben soll. (WB. II, 667, Anm. 2, dsgl. 679.) Dagegen läßt eine andere Bemerkung Bocks (a. a. D. 674) darauf schließen, daß die Partei nicht nur durch das Agrarprogramm, sondern auch durch „sehr viele andere wesentliche Punkte“ zusammengehalten wurde.

Begründung einer Unterstützungskasse für unbemittelte Studenten der Universität Dorpat beschlossen wurde<sup>1)</sup>. Der Name der Neugründung — „Stiftung vom Jahre 1851 für akademische Bildung“ — offenbart den Zusammenhang mit dem Prinzipienstreit des Vorjahres. Die 22 Gründer — an ihrer Spitze Fölkersahm — wollten dadurch für den Gedanken wissenschaftlicher Bildung, zugleich für die Universität Dorpat demonstrieren. Auch in der Bestimmung, daß die Stipendien „an Studierende jeder Nation, jeden Glaubens, jeden Standes und jeder Fakultät“ sollten ausgereicht werden können, steckt die liberale Tendenz. Alljährlich am Jahrestage der Stiftung sollte die Partei sich versammeln. Hier mußte man vom engen Zusammenhang des Liberalismus und der Bildung, hier stand man bewußt auf dem Boden der Zeitideen — mochte man die Partei im Bewußtsein der Unvollständigkeit ihrer theoretischen Grundlagen immerhin auch nur die „sogenannte“ liberale Partei nennen<sup>2)</sup>.

Die geistigen Voraussetzungen der Fölkersahmschen Partei wurden nicht von allen Liberalen geteilt. Einer ganz anderen Welt gehörte der alte Bauernfreund Landrat Karl Baron Bruiningk an. Sein Sohn Karl gehörte zur Fölkersahmschen Partei, Sohn und Großsohn waren unter den Unterzeichnern der Stiftung von 1851. Er selbst sah in Fölkersahm den berufenen Vollen der Agrarreform, von dem ihn aber nicht nur politische Meinungsverschiedenheiten trennten.

Bruiningk war auf agrarpolitischem Gebiet der Radikalere, sein Agrarprogramm sah u. a. Normierung der Pachten und Zwangsablösung der Frone vor. Er verzichtete auf seine Forderungen, als er die Unmöglichkeit, sie durchzusetzen, erkannte<sup>3)</sup>. Sein Radikalismus, in dem man auch ein sozialistisches Moment entdecken mag, entsprang seiner religiösen Grundhaltung. Bruiningk, 1782 geboren, in Herrnhuter Anstalten erzogen, war eine innig religiöse, zur Schwärmerei neigende Natur; in seiner Jugend Bewunderer Merkels, sah er seine Lebensaufgabe in der Verbesserung der bäuerlichen Verhältnisse. Den Antrieb zum Handeln empfing er nicht von der fordernden Kraft des Prinzips, sondern von der christlichen Nächstenliebe. Er war ein echter Liberaler, der das Jahr 1848 erwartungsvoll miterlebte. Seine Arbeit galt der Förderung des Fortschritts auf allen Gebieten. Die Landwirtschaft und das Schulwesen lagen ihm besonders am Herzen, er erkannte auch die Bedeutung der Industrie für die Wirtschaft. Unter Berufung auf List wies er dem neugegründeten Verein zur Beförderung der Landwirtschaft und des Gewerbefleißes den Weg<sup>4)</sup> und unterstrich bei dieser wie bei jeder anderen Gelegenheit die Notwendigkeit, die ihm die dringendste war: Emporhebung der unteren Stände. Am Abend seines Lebens, fast ein Jahr vor seinem Tode, schrieb Bruiningk voller Anerkennung

1) Staël, 271 f.

2) *DB*, II, 679 (1855).

3) Bruiningk, 214 ff., 233 f.

4) *Znland* 1845 Nr. 10.

an Hamilkar Fölkersahm<sup>1)</sup>, — ohne die Kluft zu sehen, die ihn bei aller Übereinstimmung vom neuen Führer der Ritterschaft trennte. Beide wollten das „Bauernwohl“, ebenso wie ja auch der Reformfreund Reinhold von Samson. Aufklärung und Pietismus scheinen noch eine verwandte soziale Haltung zu bewirken: so verschieden die beiden alten Freunde Samson und Bruiningk in ihrem religiösen Empfinden waren — die Art ihres Liberalismus war die gleiche, gewissermaßen „unpolitische“. Fölkersahm und seine Partei heben sich scharf von ihr ab; erst der radikale Liberalismus verändert die Gesichter ganz. So ist es denn auch kein Zufall der individuellen Veranlagung, sondern ein symptomatischer Zug, daß die gefühlstarke Frömmigkeit des alten Bruiningk im Bannkreise Fölkersahms keinen Platz hatte.

## 2. Zwischenpiel

Der Parteigegensatz der Konservativen und Liberalen hatte sich in der livländischen Ritterschaft im Fölkersahmschen Jahrzehnt so fest ausgeprägt, daß ein Versuch, den Prinzipienstreit durch die Begründung einer Mittelpartei zu überwinden, an der Ablehnung beider Seiten scheiterte. Wir wissen von diesem Plan nur durch Woldemar v. Bock<sup>2)</sup>, der im Mittelpunkt dieser Bestrebungen stand. Danach ist die Anregung von Woldemar v. Peterfen (geb. 1808, gest. 1859), dem Landtagsdeputierten der Stadt Riga, ausgegangen, der an einem der letzten Tage des Landtags vom Mai 1854 an Bock mit dem Vorschlage einer Parteigründung herantrat. Bock setzte sich mit Conrad v. Brasch-Nya, einem verhandlungsbereiten Konservativen, in Verbindung, der ihm am 9. August 1854 seine Gedanken über die Bildung einer Mittelpartei in einem Schreiben entwickelte, dem ein zur Verbreitung bestimmter Aufsatz über dasselbe Thema beigelegt war; ein zweites Exemplar des Aufsatzes wurde durch H. v. Hagemeister-Mt-Drostenhof in Umlauf gesetzt. Leider sind uns weder der Brief, noch der Aufsatz Braschs erhalten. Worum es sich handelte, kann nur aus der Antwort Bocks vom 6. Februar 1855 geschlossen werden<sup>3)</sup>. Bock bemühte sich darum, ein positives Programm aufzustellen, da eine lediglich zum negativen Zweck der Überwindung des Parteistrites begründete Verbindung bestenfalls nur eine äußerliche Glättung der Gegensätze bewirken könnte. Die Frage, von der er ausgeht, steht jenseits des agrarpolitischen Gegensatzes und lautet bezeichnenderweise: „Wie versammeln wir in einen Brennpunkt, wie retten wir all die verstreuten und täglich mehr von Auflösung und Untergang bedrohten Elemente des deutschen und protestantischen Lebens in Livland?“ Das Programm enthält folgende vier Punkte:

„I. In der Landsassenfrage: Aufnahme jedes unbescholtenen deutsch-

1) 2. Nov. 1847, unvollständig bei Staël, 164; vgl. Bruiningk, 233 f.

2) *VB II.*, 670–89; Staël, Fölkersahm, 288 f. (Bocks Erinnerungen). Der *VB II.* 671 und F. Walter, 306 f. teilweise gedruckte Brief Bocks an Generalsuperintendent Walter ist mir in einer Abschrift nach dem im Nachlaß F. Walter befindlichen Original durch die Freundlichkeit von stud. H. Thimme zugänglich geworden.

3) *VB II.*, 673–88.

protestantischen Landsassen in die Matrikel, sobald er es wünscht, und möglichste Aufmunterung zu diesem Wunsch in jeder Art. II. In der Bürgerfrage: Sorgfältigste Benutzung jeder Gelegenheit, die sich darbietet, den Bürgerlichen den Erwerb von Rittergütern zu erleichtern, beziehungsweise zu ermöglichen. III. In der Bauernfrage: Tod der Fronabolutionsordnung, — es lebe die Rentenbank. IV. In der Geistlichkeitsfrage: [. . . einige Gesichtspunkte, wie sich Schonung der Brüdergemeinde mit den wohlverstandenen Interessen der evangelisch-lutherischen Landeskirche vereinigen ließe. . . .]“

Am 11. September 1855 teilte Bock, der von Brasch keine Antwort erhalten hatte, seine Gedanken auszugsweise dem Generalsuperintendenten F. Walter mit. Dieses Schreiben Bocks an Walter bezeichnet die letzte uns bekannte Phase der Verhandlungen. Die Sache verlief im Sande. Mag das Scheitern des Planes z. T. auch auf die mangelnde politische Eignung der Persönlichkeit Bocks zurückzuführen sein — er war schon damals der Sonderling, als der er uns später begegnen wird —, so liegt der eigentliche Grund doch tiefer. Wie kam es, daß die Neugründung unterblieb, obwohl das „exklusive Parteitreiben“<sup>1)</sup> von vielen beklagt wurde?

Zunächst ist hier an die besonderen Umstände des nächsten Landtages zu erinnern, der erst nach dem Tode Fölkersahms zusammentrat. Mit Fölkersahm war die treibende Kraft des Parteilebens ausgeschieden, und viele mögen erwartet haben, daß die Gegensätze nun an Schärfe verlieren würden<sup>2)</sup>. Der außerordentliche Landtag vom November 1856 stand unter der Führung von Baron Gustav Nolcken und war in der Bauernfrage von konservativen Tendenzen beherrscht. Gegenüber den „Ideen von 1856“ mußte die liberale Minderheit den Agrarliberalismus verteidigen. Der agrarpolitische Gegensatz, den Bock zugunsten größerer Landesfragen überwinden wollte, war noch nicht tot, er lebte noch einmal mit alter Stärke auf. Liberal hieß, wer Fölkersahms Werk verteidigte, konservativ, wer er angriff. Und die Gefahr von außen, die Bock als eine so dringende Mahnung zu neuer Gruppierung empfand, schien eben damals ihre Schrecken zu verlieren. Der Tod Nikolais I. (21. Februar 1855), die Thronbesteigung Alexanders II. eröffneten neue Aussichten. Neue landespolitische Fragen traten auf, und die alten Parteiparolen füllten sich mit neuem Inhalt. Es sollte noch ein ganzes Menschenalter vergehen, bis der Streit um das liberale und konservative Prinzip auf livländischem Boden unter dem Zwang äußeren Druckes von einer neuen Fragestellung überwunden wurde.

### 3. Die Oettingensche Partei

Das Erbe Fölkersahms in der Führung der Liberalen hatte August v. Oettingen angetreten. Durch seine Wahl zum Landmarschall 1857 wurde er bis zu einem gewissen Grade neutralisiert. „Bisher“, schrieb sein Bruder Eduard v. Oettingen

1) P. Baron Ungern-Sternberg, 22. Mai 1854, Staël, Fölkersahm, 283.

2) Vgl. F. Walter, 304.

1860<sup>1)</sup>, „haben wir für unsere liberale Anschauung und Gesinnung ein Organ in einer tüchtigen Persönlichkeit gehabt, zuerst Fölkersahm und nachher August, die sich berufen fühlten, während der Diskussion darüber zu wachen, daß unsere Interessen nicht Schaden litten, während jetzt, wo August als Landmarschall nicht diskutieren kann und dieses auch fast übergewissenhaft vermeidet, wir uns ohne Haupt und wachsame Organ fühlen.“ Der Parteizusammenhalt lockerte sich, ja es konnte sogar der Eindruck entstehen, daß die Parteien sich auflösten<sup>2)</sup>. Ein alter Gegner des Parteiwesens glaubte in dieser Entwicklung das Wachsen und Erwachen des „öffentlichen Geistes“ bei beiden alten Parteien erblicken zu können<sup>3)</sup>, eines Geistes, der die Aufstellung neuer landespolitischer Gesichtspunkte ermöglichte. Tatsächlich blieb der Landtag in zwei Lager aufgeteilt, und für jede der beiden Gruppierungen, die bei allen Abstimmungen in Erscheinung traten, erhielt sich der Name einer Partei. Die Liberalen nannte man der Einfachheit halber gelegentlich auch weiterhin die „Fölkersahmsche Partei“<sup>4)</sup>, während die konservative Partei an den Namen Molken geknüpft blieb. Je mehr der agrarpolitische Gesichtspunkt, das eigentliche Motiv der Parteibildung, in den Hintergrund trat, desto weniger Sinn hatten die alten Gruppierungen<sup>5)</sup>. Es war aber nicht nur die Tradition, die sie zusammenhielt, auch wäre es falsch, in ihnen nur „Personalcliquen“ zu sehen<sup>6)</sup>. Fanden auch die Reformanträge W. v. Bock 1862 bei den Liberalen durchaus geteilte Aufnahme, während andererseits der Führer der Konservativen Baron Molken unter ihren Befürwortern war, so ist doch daran festzuhalten, daß die Gruppen sich im ganzen gesehen auch weiterhin nach dem Grade ihrer Reformbereitschaft unterschieden.

„Schon jetzt“, hieß es 1862 in der Baltischen Monatschrift<sup>7)</sup>, „von einer liberalen Partei innerhalb einer der ständischen Korporationen reden zu wollen, erscheint uns als ein Mißverständnis.“ Am Maßstabe etwa des binnendeutschen Parteiwesens gemessen kann zu Beginn der 1860-er Jahre in Livland von

1) Biogr., 11.

2) Rig. Ztg. 1864, 115: „Es ist heute zu spät, in Erwägung zu ziehen, ob es richtig war, jene alten und erprobten Parteien am Ausgang des vorigen Jahrzehnts aufzulösen und den Elementen, aus denen sie sich mühsam zusammengesetzt hatten, wiederzugeben.“ — [G. Berthold] in der Livl. Korr. B. M. 1863, 7, 186: „Die einst nach ihm [erg. Fölkersahm] benannte Partei existiert als solche vielleicht gar nicht mehr. . .“

3) W. v. Bock, LB II., 689. Über Bock s. u. S. 70.

4) So z. B. Th. Voetticher 1860 (Wittram, 17); W. v. Bock spricht in seinen Erinnerungen (Staël, Lieven 17) von der „ci-devant Fölkersahmschen, seit dessen Tode aber bedeutend angewachsenen Partei Dettingens“.

5) Livl. Korr. B. M. 1862, 6, 182.

6) W. v. Bock (Staël, Reformbewegungen, B. M. 1906, 62, 262). Ein andermal will Bock das livländische Parteiwesen treffender „Konföderationswesen“ genannt wissen LB III, 5, 111.

7) A. Bulmerincq, Baltische Presse, B. M. 1862, 5, 87.

Parteien keine Rede sein<sup>1)</sup>. Erst der Landtag vom März/April 1864 führte eine straffere Zusammenfassung herbei.

Noch am 19. März 1864 schrieb ein Konventsglied nach Hause<sup>2)</sup>, „daß, trotz mancher sehr leidenschaftlicher Diskussionen, auf dem Saale noch keine abgeschlossene Parteibildung sichtbar geworden“ sei. Der Grund dafür lag hauptsächlich in der Art der Verhandlungsgegenstände. Es ist schon richtig — wie es in einer zeitgenössischen Beobachtung hieß<sup>3)</sup> —, daß die vorliegenden Aufgaben „sich viel schwieriger zu einer Parteibildung und planmäßigem Manövrieren“ eigneten, „als es bei der im Grunde einfachen Bauernfrage der Fall war“. Das Bedürfnis danach lag aber vor und wurde schon zu Beginn des Jahres empfunden. Ein Befürworter der Parteibildung fand seinen Weg sogar in die Tagespresse<sup>4)</sup>. „Eine Partei“, hieß es dort, „vertritt eine Funktion, und sie ist als organisches Glied einer gesetzgebenden Versammlung ebenso notwendig, als diese selbst für das politische Leben überhaupt.“

Unter Führung von Arthur v. Richter, dem Schwager Eduard v. Dettingens, und Nikolai v. Dettingen rekonstruierten sich zuerst die Liberalen; ihnen folgten die Konservativen unter Baron Nolcken und dem Hofgerichtsassessor Baron L. Saß<sup>5)</sup>. In den nächsten Jahren stand man einander dann bei den vielen wichtigen Reformfragen<sup>6)</sup> wieder in den alten Gruppierungen mehr oder weniger geschlossen gegenüber. Den Stamm der Liberalen bildeten die alten Parteigänger Fölkersahms; neben ihnen machte sich eine radikalere Gruppe bemerkbar<sup>7)</sup>. Die Führung hatten die Gebrüder Dettingen, ohne daß einer von

1) Eine treffende Kennzeichnung des libländischen Parteiwesens enthält die Zuschrift eines ungenannten ritterschaftlichen Landtagsmitgliedes an die Rig. Ztg. 1864, 25; allerdings wird hier das ideelle Moment unterschätzt: „Die jüngste Geschichte unserer Landtage legt Zeugnis davon ab, bis zu welchem Grade persönliche und rein private Beziehungen in politische Fragen hinüberspielen; Gruppen hat es bei uns zu Zeiten gegeben, aber keine politischen Parteien. Fluktuierend und unbeständig, nur abhängig vom Behagen oder Unbehagen an dem einzelnen zu diskutierenden Gegenstände, sind diese Gruppen kaum mehr gewesen, als die auf eine politische Versammlung übertragene Gewohnheit geselligen Sichgehenlassens . . . Es fehlt ihnen der nötige Ernst und das klar vor Augen schwebende Ziel.“

2) Staël, Lieben, 40.

3) Rig. Ztg. 1864, 90.

4) Zuschrift von „einem ritterschaftlichen Landtagsmitgliede“, Rig. Ztg. 1864, 25.

5) W. v. Bock, Erinnerungen (Staël, Lieben, 40): „Die rekonstruierte liberale Partei begann in dem nach der Schifferbrückenstelle belegenen sogenannten „Düna-Pavillon“ zu tagen. Die unausbleibliche Folge davon war, daß sich alsbald die Gegner in einem oberen Zimmer der Ehrlich'schen Konditorei (im Minus'schen Hause) einrichteten. Die Rolle des „Einpeitschers“ hatte im Düna-Pavillon Richter, ev. Nikolai Dettingen, bei Ehrlich: Saß übernommen.“ Vgl. auch VII 666. — Auf diese Zusammenkünfte beziehen sich die Andeutungen in der Rig. Ztg. 1864, 86 vom 13. April („Aus der Gesellschaft“).

6) Vgl. die Darstellungen bei Staël, Reformbewegungen, B. II. 1906, 62, 257 ff., 321 ff.; 1907, 63, 66 ff., 111 ff. Freigebung a. a. O. 181 ff., 276 ff., Lieben (1906).

7) „Die Anhänger von Samson (Urbs) und Widdendorff, genannt die Ardenner oder ultra Roten“ . . . N. v. Dettingen, 16. März 1864.

ihnen wie seinerzeit August allgemein anerkannt überragte<sup>1)</sup>. Zeitweilig sprach man von einem politischen „Triumvirat“ (Ed. v. Dettingen — Arthur v. Richter — Fürst Paul Lieven<sup>2)</sup>). Richter ging später eigene Wege, Lieven wurde 1866 als Landmarschall nicht wiedergewählt und schied aus dem Landesdienst aus. Eduard v. Dettingen wurde mehr und mehr die Seele der liberalen Partei, und er blieb es, auch als Ende der 1860-er Jahre eine neue Generation ins politische Leben einrückte.

Diese junge Generation, die um 1840 geborene, machte sich erstmalig auf dem Landtage im November 1867 stärker geltend. In ihr kündigte sich eine neue Zeit an. Innerhalb der liberalen Partei bildete sich immer deutlicher ein Gegensatz zwischen Älteren und Jüngeren heraus; die nächsten Jahre stehen im Zeichen der Auseinandersetzung von Vätern und Söhnen.

Zunächst bewirkte „Jung-Livland“ eine kräftige Belebung der liberalen Partei. Eduard v. Dettingen berichtet darüber in einem Brief vom Novemberlandtag 1867<sup>3)</sup>:

„Kürzlich hatten wir hier anwesenden liberalen Parteiglieder eine Besprechung, deren Ergebnis der Beschluß war, zur Belebung unserer Partei und dem Bedürfnis der herausstrebenden jungen Generation entgegenkommend, für den Landtag einen Raum zu mieten und in demselben zweimal wöchentlich regelmäßige freie, jedem Edelmann zugängliche Versammlungen unter einem gewählten Präsidenten abzuhalten, in denen alle wichtigeren Landtagsvorlagen von dazu ernannten Referenten aktenmäßig dargelegt und so den Landtagsgliedern eine Basis für ihre Abstimmung auf dem Saal geschaffen würde. Denn im Saal kann die Verhandlung nie so erschöpfend und die Akten darlegung so eingehend sein, als sie auf der Parteiversammlung möglich ist. Wir freuen uns, daß die jungen Leute dieses Bedürfnis so lebhaft empfinden. Ihr Wunsch, daß hier bindende Abstimmungen erfolgen sollten, wurde von uns Älteren, die die Fölkersfahmsche Zeit erlebt haben, rundweg zurückgewiesen, weil dadurch gerade die besten Elemente sich zurückgestoßen fühlen werden.“

Präsidenten der liberalen Partei wurden Eduard und Nikolai von Dettingen; als Referent über die Frage der Justizreform findet sich Ernst v. Mensenkampff genannt<sup>4)</sup>. Die Versammlungen fanden im alten Sitzungslokal der Fölkersfahmschen Partei, dem Zimmer 35 des Hotels St. Petersburg, statt.

Anderthalb Jahre später, während des Märzlandtags 1869, machten die „jungen Leute“ sich selbständig, indem sie sich zu einer festen Gruppe zusammenschlossen und zu bindenden Abstimmungen übergingen. Die Sezession erhielt

1) „Unserer Partei fehlt ein richtiger Führer“, schrieb N. v. Dettingen am 12. März 1865. Arthur v. Richter war seines Erachtens doch „ein Aristokrat der alten Schule“.

2) Ein konservativer Gegner fällt über den Fürsten Lieven das harte Urteil „Creatur der Dettingenschen Clique“ (Staëhl, Erinnerungen, Ms. 203).

3) Biogr., 27. Mit Recht ist Eduard v. Dettingen der „getreueste Historiograph der Landtagsverhandlungen“ genannt worden (Balt. Geistesleben 1929, 5/6, 387; 431.). Der Wert, der seinen Schilderungen innewohnt, rechtfertigt ihre wörtliche Einschaltung an dieser Stelle.

4) Dettingen, Biogr. 28.

den Namen „0,35“. Die Vorgänge innerhalb der liberalen Partei, die zu dieser Trennung führten, hat Eduard v. Dettingen in seinen Briefen anschaulich geschildert. Im März 1869 schrieb er:

„Gestern abend war ich bei Ernst Mensenkampff, wo ich eine lebhaftere Gesellschaft beisammen traf: der alte Landrat Mensenkampff, seine Söhne James und Ernst, Fritz Jung (Sekretär des ritterschaftlichen statistischen Büros), Rechtsanwalt Dr. Gürgens u. a. Wir diskutierten mit großem Eifer über die Chancen einer Parteibildung, ihre Licht- und Schattenseiten. Ernst Mensenkampff wollte durchaus ein festes, zu unterzeichnendes Programm, und wer nicht unterschreibt, scheidet eben aus, und meinte, wir würden bei solchem Vorgehen — und wenn auch nur 10 nachblieben — stärker sein als jetzt mit 60—80, die da kommen und gehen und uns jeden Augenblick im Stich lassen. Jung verlangte sogar Majorisierung. Ich wehrte mich mit aller Macht gegen solche Pläne, wohl einsehend, wieviel tüchtige Kräfte wir auf diese Art verlieren würden. Mein Plan und Ziel ist folgender: Ein Programm — wenngleich schwer zu präzisieren und in Worte zu fassen — ohne bindende Verpflichtung diene als Fahne, um die sich die Partei schart. Dann soll sich in der Partei ein Kern bilden, der sich mit dem Programm einverstanden erklärt, zusammenhält und berät und in Nr. 35 allen, die sich für Landtagsvorlagen interessieren, diese vorträgt, durchdiskutiert, Einwänden begegnet und zu überzeugen sucht, aber ohne Abstimmung. Die jungen Leute waren damit garnicht zufrieden, während der alte Mensenkampff und ich nicht mehr zugeben wollten...“

„Infolge unserer Verhandlungen mit den jüngeren Leuten unserer Partei, J. und E. Mensenkampff, Meyendorff u. a., hat sich herausgestellt, daß diese andere Ziele haben und andere Mittel anwenden wollen als wir bisher und sich vermutlich von Nr. 35 abzweigen werden. Wenn Hermann Samson-Urbs ihr Führer werden sollte, stehe ich für nichts, denn ich fürchte nach gemachten Erfahrungen, daß er in seinen Mitteln nicht sehr wählerisch sein werde. Mensenkampff und Leon Meyendorff geben mehr Bürgschaft, sind aber sehr jung und ideal denkend. Sie können uns aber auch nützen, wenn sie durch ihre Opposition die Partei zur Klarheit brächten...“

„Fast jeden Abend verbringen wir in Nr. 35<sup>1)</sup>. Den jugendlicheren Elementen nachgebend, haben wir zwei Abende über die Zweckmäßigkeit eines schriftlich niederzulegenden und zu unterschreibenden Programms, sowie über Majorisierung debattiert und zwar in bester Ordnung. Es läßt sich voraussehen, daß wir zu einer Bindung nicht greifen werden; denn die Diskussion in Nr. 35 ist doch eine einseitige, d. h. ohne die Gegner und darum nicht entscheidend...“

„In den letzten Tagen haben sich die Anschauungen in Nr. 35 dennoch geteilt. Die älteren Glieder sind vorzugsweise aus praktischen Gründen gegen eine Majorisierung, während alle jüngeren Kräfte, deren es wirklich viele gute

<sup>1)</sup> Die erste große Parteiversammlung, von 60—70 Personen besucht, fand am 17. März statt (N. v. Dettingen, 18. März 1869).

gibt, sich dafür erklärt haben. Wir haben alles versucht, um die Trennung zu verhindern<sup>1)</sup>; dennoch blieben sie dabei, in der Meinung, daß ein festerer Kern mehr nützen werde als die Teilnahme der ca. 30 Dissidenten an der Parteiversammlung, und konstituierten sich derart, daß sie bei uns in allen Verhandlungen mit diskutieren, nachher aber an einem anderen Ort über die Sache abstimmen und sich majorisieren. Diese Abzweigung wird nicht viel schaden, solange diese Jugend ehrlich mit uns arbeitet und sich nicht von H. Samson und Reinhold Liphart<sup>2)</sup> in die Fingsterne führen läßt. Nur H. Samson erscheint nicht bei uns, er verachtet uns unsrer „Molligkeit“ wegen...“

„In unserer Parteiversammlung präsidiert Nikolai und hat es bei seiner unleugbaren Gabe dafür recht gut gemacht. Nur bei Konstituierung der Sezeßion hat er einmal losgelassen, einige gründlich verärgert und sich den Vorwurf der Herrschsucht zugezogen. Die Sezeßion besteht aus etwa 20 Personen, und wir haben Alfred Engelhardt gebeten, auch dort einzutreten, um mehr Gegengewicht gegen H. Samson zu haben. Der alte Mensenkampff ist in heller Verzweiflung darüber, daß seine beiden Söhne und beiden Schwiegersöhne Reinhold Staël und Max Dettingen sich zu dem „Berg“ bekennen. Dennoch stehen wir mit den Bergleuten ganz freundlich. Ernst Mensenkampff, Präses des Bergs, hat natürlich von seinem Vater am meisten zu leiden und hat uns Brüder zum Mittag zu sich geladen, um den Alten beruhigen zu helfen. Max Dettingen ist sehr lebendig und vertritt in der Regel die extremere Anschauung...“

„Wie unsere Absichten von der Gegenpartei entstellt und was für Räubergeschichten über unsere „Wählerei“ erzählt werden, kannst Du Dir denken. Doch das schadet alles nichts!“

Knapp ein Jahr später, im Januar 1870, wurde eine Wiedervereinigung der beiden Gruppen erreicht. Eduard von Dettingen schreibt darüber (Januar 1870):

„In Nr. 35 wird der Mangel an Leben schmerzlich empfunden. Da der Konvent gleichzeitig mit dem Landtag tagt, sehen wir zu unseren Abendstungen kein Konventsglied. Auch die jungen Leute von 0,35 sind trotz des guten Willens doch nur mit halbem Herzen bei uns. Wir leben zum größten Teil von Ernst Mensenkampff, dem Präsidenten von 0,35 und Protokollführer der großen Kommission, d. h. vom Material, das er für 0,35 gesammelt hat. Alles das hat die heißblütigen Brüder August und Nikolai zu der Ansicht gebracht, daß nur durch eine baldige Fusion mit 0,35 wir älteren Elemente uns wieder erfrischen werden. Eine Unterhandlung ist im Gange und eine Einigung nur

<sup>1)</sup> Nikolai von Dettingen schrieb darüber: „In letzter Zeit haben uns die Kämpfe innerhalb unserer Partei mehr Sorge und Arbeit gemacht, als alle Landtagsvorlagen. Unsere jugendlichen Parteigenossen dachten sich von uns loszusagen, und wir setzten alles daran, um einen so gefährlichen Bruch zu vermeiden“ (B. M. 1927, 211).

<sup>2)</sup> Über Dr. Reinhold v. Liphart-Dorma (geb 1839, gest. 1870 in Leipzig) heißt es in einem Nachruf (Fig. Btg. 1870, 83): „Er war eigentlich kein baltischer, sondern vielmehr ein neugermanischer Edelmann; weder feudal noch patriarchalisch gesinnt, aber ein Sohn des Eisenbahnzeitalters und der industriellen Epoche“.

möglich, wenn wir uns zu dem System des Majorisierens bequemen. Eine Besprechung bei uns ergab, daß die meisten Glieder von Nr. 35 einer Fusion geneigt waren. Solche wie Hermann Wrangell-Turneshof wollen freilich davon nichts wissen und meinen, die von 0,35 seien zu jung und grün, um sich von ihnen majorisieren zu lassen, und ferner: 0,35 sei ja gerade deshalb ausgeschlossen, um sich von der Herrschaft der Dettingens freizumachen. Sie würden sich daher jetzt schönstens bedanken, wieder unter diesen Druck zu kommen. Ich, meinerseits, suche diese Bestrebungen zunächst als „Hemmschuh“ aufzuhalten, bis sie allgemein durchgesprochen und reifer geworden sind . . .“

„Augusts Bemühungen ist es gelungen, unsere Freunde von 35 allmählich zu überzeugen, daß, um noch politisches Gewicht zu haben, wir einem Programm und dem Prinzip des Majorisierens huldigen müssen. Daraufhin konstituierten wir uns heute in 35, wo 22 Personen sich fürs erste für Majorisierung aussprachen. 0,35 schloß sich darauf an die alte Mutter wieder an, da keine Differenz uns mehr trennte. Somit sind wir z. Bt. 50, die als Partei organisiert sind, und es werden wohl noch 10 hinzutreten. Einige Gesinnungsgenossen, die sich unter das Joch des Majorisierens nicht beugen wollen, bleiben als passive Glieder bei der Partei, scheinen aber unter dieser Meinungsverschiedenheit sehr zu leiden. Du kennst meine Gabe der Fügsamkeit, und darum ist mir der Eintritt nicht schwer geworden. Dagegen wurde es Deinem Bruder Arthur [v. Richter] fürchterlich schwer, so daß ich glaube, er tritt morgen wieder aus. Seine energische und zugleich willkürliche Natur, noch dazu mit einer politischen Richtung, die von der unsrigen doch sehr abweicht — alles das wirkt bei ihm gegen uns. Beruhigend ist es uns in hohem Grade, daß auf diese Weise 35 vor dem Aussterben bewahrt worden und wir die jüngeren tüchtigen Kräfte wiedergewonnen haben . . .“

Die vereinigten Liberalen haben in der Zeit ihres gemeinschaftlichen Wirkens das Problem der Steuer- und Verfassungsreform aufgerollt. Im Juni 1871 setzte die liberale Partei eine Kommission ein, die unter dem Vorsitz von Landrat August v. Sivers-Guseküll alles auf die Reformfragen bezügliche Material prüfen und von sich aus der Parteiversammlung Vorschläge machen sollte. Wie ernst die Kommission ihre Arbeit nahm, geht daraus hervor, daß sie zwei ihrer Glieder, Baron Leon Meyendorff-Ramkau und Guido v. Samson-Kawershof, zum Studium der Einkommensteuer nach Finnland sandte. Als die Kommission am 12. Nov. 1871 zu ihrer ersten Sitzung in Riga zusammentrat, ließ sich in der Steuerfrage keine Einigkeit erzielen, und drei Kommissionsglieder — außer den beiden genannten noch Hermann v. Samson-Urbs — reichten einen selbständigen Entwurf eines Steuergesetzes ein <sup>1)</sup>.

Es scheint, daß innerhalb der großen Partei ein organisatorischer Zusam-

1) „An die bevorstehende Versammlung der liberalen Landtagspartei“, als Ms. gedruckt, 72 S. Unterzeichnet den 17. Dezember 1871 von Guido v. Samson-Kawershof, Leon Baron Meyendorff-Ramkau, H. v. Samson-Urbs. Archiv Puderfüll. In der Bibl. der Ges. f. Gesch. u. Altertde. zu Riga ein Umschlag mit den ersten 8 Seiten der Broschüre.

menhalt von 0,35 mit einem Präsidenten und Kreisvorständen weiterbestand <sup>1)</sup>. Schon auf dem Landtag im Mai/Juni 1872 kam es über der Frage des Majorisierens wieder zur Trennung. Die Partei gab die bindenden Abstimmungen auf, und die Jüngeren machten sich wieder selbständig, — um es zu bleiben. Allerdings scheint man auch weiterhin stets in enger Fühlung miteinander gestanden und eine Art Besuchsverhältnis aufrechterhalten zu haben. 0,35 galt immer gewissermaßen als Zweigstelle der Gesamtpartei.

Die Briefe Eduard v. Dettingens geben ein lebendiges Bild der äußeren Vorgänge. Nach mehreren parlamentarischen Erfolgen erlitten die Gebrüder Dettingen auf dem Landtag im Frühjahr 1869 eine persönliche Niederlage: sie fielen bei den Kreiswahlen gegen eine knappe Mehrheit durch. Nichtsdestoweniger siegte im Juni 1870, im Zusammenhang mit dem bekannten sog. Kathedraalfonflikt <sup>2)</sup>, Nikolai v. Dettingen als Landmarschallkandidat der liberalen Partei über Nolkken <sup>3)</sup>. 1875 wurde N. v. Dettingen zum ersten permanent residierenden Landrat gewählt. Mit seinem Bruder Eduard zusammen vertrat er die gemäßigtere Richtung, während August v. Dettingen die Radikalen unterstützte.

Es ist erstaunlich, wie formbildend die sechs Brüder Dettingen in Livland gewesen sind. Bei aller individuellen Verschiedenheit stellen sie einen einheitlichen Typus dar, der zugleich eine bestimmte historische Erscheinungsform Livlands verkörpert. Ja, die Tradition, die von ihnen ausstrahlte, war so stark, daß namentlich im livländischen Literatentum die Dettingensche geistig-politische Richtung lange als gleichbedeutend mit echt livländischer Gesinnung gelten konnte. Keine der anderen Provinzen hat den Typus des ständischen Liberalen vom Schlage der Dettingens in ähnlich repräsentativer Form hervorgebracht, wie ja auch die Verbindung von landespolitischem und akademischem Geist, die in

<sup>1)</sup> E. v. Mensenkampff an H. v. Samson 16. Mai 1871 (Durchschlag in der Steuerakte im Archiv Puderfäll). Da hier M. als selbständiger Einberufer einer Parteiversammlung erscheint, andererseits aber wohl kaum Präsident der ganzen Partei gewesen ist, kann nur auf das Weiterbestehen von 0,35 geschlossen werden.

<sup>2)</sup> Tobien, *Ritt.* I, 51–57.

<sup>3)</sup> Die Vorgänge auf dem Junilandtag 1870 haben in der Broschüre von [Jegór v. Sivers-Haudenhof], „Livlands lebendiges Recht“, Berlin 1870, VIII f. eine irreführende Deutung erfahren. Schon W. v. Bock weist in den *PB.* III, 5, 109 (1871) darauf hin, daß die „liberale Verfassungspartei“, die nach Sivers auf dem Junilandtag 1870 „einen vollständigen und für die Zukunft entscheidenden Sieg über die konservative Partei“ davongetragen habe, nicht, wie Sivers es verallgemeinernd darstellt, mit der alten liberalen Partei identisch sei. Die „liberale Verfassungspartei“, deren Konstituierung Bock ins Jahr 1867 verlegt, ist nun aber auch nicht etwa — wie Bock a. a. O. 110 eindeutig annimmt — mit 0,35 identisch. Vielmehr scheint es, daß Bock die Bezeichnung „Partei“ auf eine Gesinnungsrichtung anwendet, die seinem eigenen landespolitischen Patriotismus entsprach und die 1867 in Livland durchdrang, ohne eine Organisationsform zu finden. Jedenfalls ist die Darstellung des Parteiwesens bei Bock noch viel schiefser als bei Sivers. — N. v. Dettingen grenzt sich gelegentlich sehr entschieden gegen die Siverssche Broschüre ab (im Gespräch mit Subalov, Tagebuch, Petersburg 24. Sept. 1870).

der verschiedenen Berufsstellung der Brüder zum Ausdruck kam, spezifisch livländisch war.

Die Grundlage ihrer liberalen Gesinnung empfangen sie gleich vielen Standesgenossen in der Krümmerschen Erziehungsanstalt in Werro <sup>1)</sup>. Ihrem politischen Denken wies Föllkersahm den Weg. Ihr Liberalismus ließ sie den Druck des nikolaitischen Systems als so unerträglich empfinden, daß sie an Auswanderung dachten. Zwei Brüder — Georg (Gori) und Eduard — reisten nach Amerika, um die Möglichkeiten einer Überfiedlung zu prüfen. Auch Nikolai strebte in die Neue Welt und kehrte der Heimat den Rücken <sup>2)</sup>. Nach einigen Jahren waren die Pläne aufgegeben, und alle Brüder suchten sich ihren Wirkungskreis in Livland.

So verschieden die Stellungnahme der Brüder in religiöser Hinsicht war — Alexander war Professor der lutherischen Dogmatik, August ein Skeptiker, um nur die äußersten Gegensätze anzudeuten —, das geistige Gesamtbild der Dettingens ist doch sehr einheitlich. Vielleicht liegt ihre stärkste und charakteristischste Gemeinsamkeit in ihrem Verhältnis zur Bildung. Getragen vom Ethos des deutschen ästhetischen Idealismus, ergriffen vom Zuge moderner Wissenschaft und wurzelnd in einer ständischen Welt, die eben damals zum Bewußtsein ihres Nationalcharakters erwachte, mußten sie ganz und gar durchdrungen sein vom zentralen Wert deutscher geistiger Bildung. Unmittelbar zeigte sich das auf dem Landtag bei jeder Gelegenheit. August v. Dettingen war unter den entschiedensten Verteidigern der Universitätsbildung, als 1851 über die Erteilung von Stipendien debattiert wurde <sup>3)</sup>. Eduard v. Dettingen griff 1860 in die Landtagsdebatte ein, als über die Gründung einer Ritterschule verhandelt wurde, und sprach gegen eine adelige Erziehungsanstalt zugunsten allständischen Bildungswesens <sup>4)</sup>. Nikolai v. Dettingen stellte 1872 als Landmarschall den viel-

<sup>1)</sup> Zur Charakteristik der Gebrüder v. Dettingen: A. v. Dettingen, Nikolai v. D. (B. M. 1927, 193) und August v. D. (B. M. 1928, 114); Die Gebrüder v. Dettingen (Baltisches Geistesleben 1929, 5/6); R. v. Engelhardt, Die deutsche Universität Dorpat, 1933, bes. 152 ff., 241 ff., 371 ff.; E. v. Schrenck, Baltische Kirchengeschichte der Neuzeit, 1933, 84 ff.

<sup>2)</sup> Der Zug nach Amerika, dem Lande der Freiheit, war um die Mitte des Jahrhunderts in Livland recht stark. Außer von den Dettingens wissen wir von Jegor v. Sivers (=Raudenhof), der im Frühling 1850 nach Zentralamerika reiste. Julius Eckardt, der seine eigene Amerika-Schwärmerei eingesteht, kennt mehrere Fälle (Die balt. Prov., 448). Nacheinander sind 4 Brüder der Literatenfamilie Guleke nach Amerika ausgewandert; der erste 1854. Die Auswanderungsfrage war auch Gegenstand der Aussprache bei den Juli-Zusammenkünften im Natal, zu denen sich die Jugendfreunde um Ferdinand Walter versammelten (J. Eckardt d. Ä., Erinnerungen an Bischof Dr. F. Walter, B. M. 1870, 19, 562 f.). Das Interesse für Amerika erhielt sich. Eduard v. Dettingen erzählt in einem Brief vom kurländischen Landtag in Mitau Okt. 1862: „... Die Gräfin Medem, eine liberalisierende Intelligenz Mitaus, pumpte mich gehörig über Amerika und meine Ansichten darüber aus...“ Die B. M. veröffentlichte 1867—69 „Amerikanische Briefe“.

<sup>3)</sup> s. oben S. 25.

<sup>4)</sup> vgl. Brief v. Nov./Dez. 1860 (Biogr. 10), s. u. S. 67 Anm. 3.

umstrittenen Antrag auf Begründung eines ritterschaftlichen Landesgymnasiums für Kinder aller Stände, der nach zweitägigen Debatten angenommen wurde<sup>1)</sup>. Wie die drei Politiker unter den Brüdern auf Bildung drängten, so waren die drei andern in ihrer Berufsstellung als akademische Lehrer alles andere als exklusive Fachvertreter; ihre Eigenart bestand in ihrer Aufgeschlossenheit gegenüber dem Gesamtbereich der Kultur, in der Universalität ihrer Bildungsinteressen.

Begreift man das Wesen der Gebrüder Dettingen aus ihrem Verhältnis zur geistigen Bildung, so erklären sich daraus alle anderen Züge. Verständlich wird der Hochmut, mit dem sie auf die mindergebildeten Standesgenossen herabsahen<sup>2)</sup>. Auch ihr Eintreten für den deutschen Bürgerstand erhält daher seinen besonderen Akzent. Sie blieben — im Gegensatz zu Fölkersahm — trotz ihres gelegentlichen Radikalismus Aristokraten auch im ständischen Sinn<sup>3)</sup>. Die Rechtfertigung der ständischen Aristokratie aber — es ist nicht zu viel gesagt — ergab sich ihnen letzten Endes aus dem besonderen Wesen einer Aristokratie, die sich mit Recht zugleich als Bildungsaristokratie empfinden durfte. So ist auch ihr starkes und empfindliches Nationalgefühl durchsetzt vom Bewußtsein des Vorrangs der deutschen Kultur. Ihr Stolz, ihre Festigkeit gegenüber dem russischen Druck, aber auch ihr häufig verletzendes Auftreten entsprang dem Überlegenheitsgefühl einer in sich gesättigten Kulturtradition. Der Kosmos des deutschen Gedankens, in dem sie lebten, erzog sie zum Bewußtsein einer Souveränität, die ihrem Auftreten gegenüber den russischen Gewalten gelegentlich den Charakter eines Großmachtanspruchs verlieh. Man hat häufig den Eindruck — namentlich bei August und Gori —, daß sie sich durchaus nicht nur als die Vertreter Livlands fühlen — des armen, gedrückten deutschen Livland —, sondern in erster Linie als Wortführer der unermesslich reichen deutschen Kultur- nation. Damit hängt auch ein Zug zusammen, der nicht nur aus dem Zeitpunkt ihres hoffnungsreichsten Wirkens, nicht nur aus Temperament und Anlage erklärt werden kann: ihr Optimismus. Schwer faßbar, im einzelnen nicht leicht nachweisbar, durchzieht diese Stimmung das Wirken der ganzen liberalen Generation, die wie keine andere ihre Hoffnungen stückweise zerbrechen sah. Die Liberalen des Dettingenschen Typus behaupteten ihren Kulturoptimismus gegenüber allen Enttäuschungen; ihre geistige Heimat, in der sie wurzelten, blieb ihnen ja unerschütterter.

1) Vgl. A. v. Dettingen, N. v. D., B. M. 1927, 236 f.

2) Eduard v. Dettingen schrieb im Nov./Dez. 1860 (Biogr. 10) über den livländischen Landtag: „Es ist was eigentümliches mit dieser Menge hausbackener, naturwüchsiger Männer, leider oft korrumpiert durch falsche Auffassung von Standespflichten, eine wogende Menge, die durch Reizung der Ehre oder durch sentimentale Auffassung und Darstellung am leichtesten fortgerissen werden kann...“ In ähnlichem Sinn N. v. Dettingen Dez. 1871 (Dettingen, B. G. 424).

3) N. v. Dettingen lobt am 19. Nov. 1875 den Kurator Saburov: „Er hat eine so ausgesprochene Vorliebe für historische Entwicklung und ständische Selbstverwaltung, wie sie nur ein vernünftiger Balte haben kann“.

Vielleicht darf man die älteren livländischen Liberalen „soziale Individualisten“ nennen. Ihre Abneigung gegen den Abstimmungszwang der Partei verrät den starken individualistischen Zug, dem andererseits ein ausgeprägtes soziales Empfinden entsprach. Gewiß gab es unter ihnen — auch schon unter den Brüdern Dettingen — je nach der Anlage große Verschiedenheiten. Korporatives Empfinden aber trat ihnen allen im Blut, und die Familienhaftigkeit des baltischen Lebens band sie alle in den sozialen Kreis von Sippe und Freundschaft, Stand und Korporation<sup>1)</sup>. Es fällt keineswegs aus dem Rahmen, sondern kennzeichnet vielmehr ihre Gesinnung, wenn Eduard v. Dettingen den Glückwunsch an seinen Sohn Erich zur Aufnahme in die Livonia mit dem Hinweis verbindet, „daß der Mensch im Leben nichts vermag, sondern nur durch seine Eingliederung in die Gemeinschaft und selbstverleugnenden Dienst in ihr in den Stand gesetzt werde, seine sittlichen Aufgaben im Leben zu erfüllen“<sup>2)</sup>.

Der Landesdienst, zu dem sie sich berufen fühlten, stand ihnen je länger desto ausschließlicher im Zeichen des Abwehrkampfes gegen den russischen Feind. Auch das Verfassungsproblem, das von der Mitte der 60-er Jahre an nicht mehr zu Ruhe kommt, sehen sie ganz im Schatten der russischen Gefahr, — während den jüngeren Gliedern der liberalen Partei außerdem die baltische Nationalitätenfrage mit wachsender Deutlichkeit vor Augen trat.

Die Sezession der liberalen Partei — 0,35 — galt als Fortschritts- oder auch als Verfassungspartei. Die Anträge auf Verfassungsreform — nicht weniger als vier —, die dem Landtage im März 1869 vorlagen, waren aber ebenso wie die Reformanträge der früheren Jahre<sup>3)</sup> mehr oder weniger nur die Sache einzelner Personen. Arthur v. Sivers beantragte die Einsetzung einer Kommission, „mit der Aufgabe, wo nötig unter Verständigung mit den livländischen Städten, die gegenwärtige Landesverfassung zu revidieren . . .“<sup>4)</sup> Der Antrag, der vor allem „ein innigeres Zusammenschließen aller deutschen Elemente“ fordert, gehört seiner Begründung nach noch in die Zeit des Kampfes zwischen Adel und Bürgertum. Moderner ist ein Antrag von Ernst v. Sivers-Walguta begründet, der einer zu wählenden Reformkommission die Aufgabe gestellt wissen will, den Virilandtag in einen Deputiertenlandtag zu verwandeln, der von allen drei Ständen getrennt beschickt wird. Der Bürgerstand stehe „durch die Geschichte, Nationalität und politische Intelligenz“ dem Adel sehr nahe, und die Beteiligung des Bauernstandes, dieser „konservativen, auf den solidesten Grund-

1) Vgl. Dettingen, 349 (Vorwort des Herausgebers R. v. Engelhardt).

2) Sept. 1880, Biogr. 42.

3) Liberale Verfassungsreformen (bzw. die Einsetzung einer Kommission dafür) hatten beantragt: 1864 J. v. Sivers-Raudenhof und 7 Mitunterzeichner; 1865 Baron Ungern-Sternberg-Korast, Generalmajor F. v. Ditmar-Neu-Jennern; 1866 J. v. Sivers-Raudenhof. (Tobien, Ritt. I, 388 f., Staël, Freiebung, B. M. 1907, 63, 190, 288 ff., 293 f.)

4) 18. Februar 1869, ZNA. 296 V vol. I (Rettl. Staatsarchiv 675) S. 1—5.

lagen hingestellten“ Bevölkerung, erscheine „von richtig geleiteter Politik gebieterisch gefordert“<sup>1)</sup>. Wieder, wie schon 1864 und 1866, trat auch Jegor v. Sivers-Raudenhof mit einem Antrage hervor: es soll — ähnlich wie nach v. Sivers-Walguta — eine Kommission mit der Maßgabe eingesetzt werden, die Umwandlung der Virilstimmenversammlungen des Land- und Kreistages in Repräsentativversammlungen herbeizuführen; der neue Landtag ist aus Abgeordneten der drei Wahlverbände des großen und kleinen Grundbesitzes und der Städte zusammenzusetzen, wobei Groß- und Kleingrundbesitz paritätisch vertreten sein sollen<sup>2)</sup>. In seiner Rede vom 1. April begründete Sivers seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, „daß die Aufgabe der Vormundschaft, welche die Ritterschaft gegenüber dem Lande 1710 in Anspruch nahm, erlöschen“ müsse<sup>3)</sup>. Die drei Anträge wurden ebenso abgelehnt wie ein Kollektivantrag von Dr. Reinhold v. Riphart-Torma, Ernst v. Sivers-Walguta und Oskar v. Anrep-Homeln, der städtische und bäuerliche Delegierte mit den Rechten von Landfassen zum Landtag hinzuziehen wollte. Die knappe und nachdrückliche Motivierung weist auf die Gefahr einer Dekonzentrierung landsfremder Formen durch die russische Regierung hin<sup>4)</sup>. Auch dieser Antrag, der am 24. Februar — also vor der Konstituierung von 0,35 — eingereicht worden war, ging nicht von der Partei als solcher aus.

Die mit diesen Anträgen Sympathisierenden waren die Radikalen, eine kleine Gruppe. Als ihr geistiges Haupt wurde der nicht persönlich anwesende Akademiker Alexander v. Middendorff angesehen<sup>5)</sup>. Diese Annahme erscheint nicht unberechtigt. Zwischen Middendorff und einigen der Radikalsten gab es Beziehungen<sup>6)</sup>, und an geistiger Bedeutung überragte er sie alle.

Middendorff war eine ungewöhnliche Erscheinung. Geboren 1815 in St.

1) 2. März 1869, a. a. O. S. 6–10. Am 18. Sept. 1872 schreibt Ernst v. Sivers-Walguta an Ernst v. Mensenkampff (Archiv Paderküll, Steuer-Akte), seine „verunglückten Anträge“ hätten gemeinschaftlich den Fehler gehabt, „von einer persona ingrata gestellt zu sein und zu wenig in der Form durchgearbeitet und in den Geistern vorbereitet zu sein“. — Sivers fügt einen „Vorschlag zur Einleitung einer Verfassungsänderung“ bei (sehr flüchtige Hf., 1 1/3 S. folio).

2) J. v. Sivers, Zur Revision der litauischen Verfassung. Als Manuskript gedruckt [1869]. Der Antrag ist vom 11. März 1869 datiert.

3) Landtagsrezepß 1869, 244.

4) RA. 103/L. (Zettl. Staatsarchiv 444), S. 44–46.

5) Graf Alexander Keyserling an Baron A. v. Behr Dorpat, 13. April 1869: „In Livland zerreißen sich die Parteien. Die Nolkens, die substantielle Partei, haben in den Wahlen mit Anstrengung gesiegt und die Dettingens aus der Repräsentation und den Wahlposten des Dörpt-Berrofchen Kreises hinausgedrängt. Dagegen hat sich eine radikalere Partei, die z. B. den Landtag sofort durch Repräsentanten aller Bauerngemeinden verstärken will usw., unter dem Banner des auf dem Landtag nicht persönlich erschienenen Middendorff aufgetan und im Pernauschen Kreise einige Wahlen durchgesetzt. Sie heißen die Ardennen, nach dem von Middendorff importierten Pferdeschlage.“ (Keyserling I, 558).

6) Daß zwischen Middendorff und J. v. Sivers Beziehungen bestanden, geht aus einem Brief Middendorffs an G. Verkholz v. 8. April 1867 hervor. Seine Verbindung mit S. v. Samson-Urbs ist mehrfach bezeugt.

Petersburg, einer estländischen Familie entstammend, studierte er anfangs in Dorpat Medizin, wurde dann Zoologieprofessor in Kiew, 1850 Mitglied, 1865 Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg. Er hatte sich als Forschungsreisender einen großen Namen gemacht, als er 1857 in Livland ansässig wurde. 1860 nahm ihn die livländische Ritterschaft in ihre Matrikel auf. Er war eine mächtige Natur: genial, scharfen Verstandes, rasch zupackend, formlos, dabei liebenswürdig und warmherzig, im Alter eigenwillig bis zur Sonderbarkeit, univervell gebildet und zugleich getragen von einem ungestümen Tatendrang, der jedes praktische Wirkungsfeld beherrschte. Seine Weltanschauung war die eines Empirikers. Der letzte Schluß faustischer Weisheit war auch ihm der Satz: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß“<sup>1)</sup>. Sehr bezeichnend ein stark aufklärerisch anmutender Ausspruch in seiner Tischrede zum 50-jährigen Doktorjubiläum R. G. v. Baers 1864: „In dieser Vergänglichkeit alles menschlichen Treibens steht nur eines fest, wächst nur eines immer höher und hehrer heran, das ist die göttliche Leuchte des Wissens, die Flamme der Aufklärung der Menschengeschlechter. Langsam, aber unfehlbar, immer vorschreitend, immer wachsend, leuchtet sie sogar in die Finsternis der Massen tiefer und tiefer hinein“<sup>2)</sup>. Dem Christentum und der Kirche stand er fern, seine Äußerungen darüber sind gelegentlich zynisch<sup>3)</sup>. Aber er war kein platter Aufklärer, dazu war er viel zu naturnah, zu vital. Eine briefliche Äußerung von ihm atmet Goethesche Kraft, auch in der überraschenden Prägnanz der Formulierung: „... und auf diesem Erdballe läuft doch schließlich alles auf das Göttliche im Viehischen hinaus“<sup>4)</sup>. Verb-geistreich war er oft, und in späteren Jahren enthalten seine Briefe manches schöne und tiefe Wort.

Die livländischen Dinge sah er mit größter Unbefangenheit an. Er kam von außen heran und übte scharfe Kritik. Vielleicht ist er der Radikalste unter allen livländischen Reformfreunden gewesen. An den Landtagen nahm er selten teil<sup>5)</sup>. Seine Stimme aber hatte Geltung. Er verband eine über jeden Zweifel erhabene deutsch-livländische Gesinnung mit großem Ansehen in Petersburg. Auch sein autoritatives Fachwissen auf landwirtschaftlichem Gebiet — er war von 1862—1882 Präsident der Livländischen Ökonomischen Sozietät — gab ihm eine Stellung. Von 1869—1872 war er Kreisdeputierter. Bei der Landmar-

1) S. Dalton, Lebenserinnerungen II, 255 ff. Danach in „Die Widdendorff-Abende in Petersburg“, B. M. 1906, 62, 302 ff.

2) Rig. Ztg. 1864, 218.

3) So etwa im Brief an G. Berkholz vom 11. Febr. 1883.

4) An G. Berkholz, 25. November 1872. — Man nannte ihn den „Löwen“.

5) Vgl. folgende Äußerung (Brief an G. Berkholz 8. April 1867): „Da ich keine Gründe habe nach Riga zu kommen, wohl aber zwei bevorstehende Gründe im Anzuge sind von dort fortzubleiben, indem Festlichkeiten zum Empfange S. Kais. Majestät und ein Landtag bevorstehen sollen...“ usw. Am 25. Nov. 1872 schrieb er demselben: „Wenn Du die Gründung dieser Zeitung zu einem Deiner unbesonnenen Streiche rechnest, so müßte man vielen wünschen, daß sie doch bald ihre Besinnung verlieren möchten. Der Majorität des livländischen Adels wünsche ich das von Herzen.“

schallswahl im Juni 1870 erhielt er 69 wählende, 133 nichtwählende Stimmen<sup>1)</sup>. Sein Blick für das politisch Notwendige war scharf. So etwa, wenn er 1866 die Schaffung einer wohlfeilen, wirklich volkstümlichen Zeitung als Gegengewicht zu den estnischen und lettischen Volksblättern für dringend erklärt und kurzweg dazu bemerkt: „Es ist das die wichtigste Unternehmung, die wir ins Werk zu setzen haben — nächst den Eisenbahnen. Nur so können wir unsere Zukunft retten“<sup>2)</sup>.

Es ist sicher, daß Middendorff eine Heranziehung der Bauern zur Landesvertretung schon in den 60-er Jahren für unausschiebbar hielt<sup>3)</sup>. Möglicherweise sind mehrere der hierauf gerichteten Anträge in dieser Zeit unter seinem Einfluß entstanden.

Das Programm freilich, auf das sich im März 1869 die liberale Sezession — 0,35 — verpflichtete, war bedeutend gemäßigter. Man dachte sich den Ausbau der Landesverfassung stufenweise, mit dem Ziel, „daß die Wahrung und auch die Ausübung der einem einzelnen Stande zum Vorteile des ganzen Landes verliehenen Vorrechte, wie das Recht der Selbstverwaltung, des Kirchen- und Schulpatronats, der Gesetzesinitiative, das Wahlrecht, gemäß ihrem wahren Sinn, künftighin sämtlichen Ständen gemeinschaftlich zustehen und obliegen solle“<sup>4)</sup>. Das bedeutete: Umwandlung des Virillandtages in eine Delegiertenversammlung, Mitwirkung des Bürger- und Bauernstandes auf dem Kreis- bzw. Landtage — wenn auch erst in der Zukunft. Der Weg dazu sollte über folgende Maßnahmen führen: Freigebung des passiven Wahlrechts für alle Ämter

1) Vgl. G. Bertholz an B. Hehn 27. Dez. 1863: „Ich stehe jetzt beinahe dafür, daß unser öfter vorgebrachter Scherz, Middendorff werde noch livländischer Landmarschall werden, Wahrheit wird. Die Immatrikulierten selbst haben ihn schon zu diesem Behufe ins Auge gefaßt, zwar nicht für die nächste, aber die übernächste Landmarschall-Wahl.“ Der Familienüberlieferung nach hat Middendorff seine Wahl von der Bedingung abhängig gemacht, daß der livländische Landmarschall die monarchische Stellung des estländischen Ritterschaftshauptmannes erhalte. Er war aber ohne Ehrgeiz in dieser Richtung. Das Kreisdeputiertenamt hofft er, wie er am 10. Okt. 1871 seiner Schwägerin Baronin P. Schilling, geb. v. Hippius, schreibt, „zum Frühjahr abschütteln zu können“.

2) Brief an G. Bertholz 30. Oktober 1866. Über den Plan als solchen vgl. Schaudinn, S. 47.

3) Am 8. Januar 1865 schrieb er aus Hellenorm seiner Schwägerin Baronin P. Schilling: „Man hat mich fast für unsinnig gehalten, wenn ich seit sechs Jahren immer wieder darauf zurückgekommen bin, nur eine den Bauern vom Adel selbst angebotene Vertretung könne uns vor bösen Wirren retten. Jetzt, glaube ich, ist das Maß so weit vollgelaufen, daß wir eine Bauernvertretung anderer Art, durch Staatsbeamte, oktroyiert erhalten werden. George Dandin!“ — Der Gedanke, deutsche Landarbeiter ins Land zu ziehen, stand für ihn ganz im Zeichen sozialer Erziehungsarbeit. Tobien, Agr. II, 361 f.

4) Mitgeteilt von Max v. Dettingen 1880 in seiner „Offenen Antwort auf den Offenen Brief des Herrn H. v. Samson“, S. 9 f. Vgl. hierzu die Äußerung Ernst v. Mensenkampfs in seinem Brief an H. v. Samson 16. Mai 1871: „Wollen wir die wichtigen Rechte unseres Landtages uns auch in Zukunft bewahren, so können wir das nur tun, indem wir die übrigen Stände unseres Landes zur Ausübung derselben heranziehen, wie wir das übrigen in unserem Parteiprogramm auf das allerunzweideutigste anerkannt und ausgesprochen haben.“

mit Ausnahme der Repräsentationsämter; Erteilung des vollen Stimmrechts auf dem Landtage an alle nicht immatrikulierten Rittergutsbesitzer; Wiederherstellung des den Städten gebührenden Vertretungsrechts auf dem Landtage; Gewährung vollen Stimmrechts auf dem Kirchspielskonvent an die Vertreter der Landgemeinden.

Es scheint, daß dieses Programm in der Folge von der ganzen liberalen Partei als das ihre angesehen worden ist<sup>1)</sup>.

Was in diesen Jahren erreicht wurde, war im Vergleich zum Fernziel der Liberalen nicht allzu viel: Erweiterung der Rechte der Landsassen, Zulassung jeder ein Rittergut besitzenden Stadt zur Vertretung auf dem Landtage, Kirchspielsreform<sup>2)</sup>. Immer deutlicher schieden sich im liberalen Lager die Ansichten. Die älteren Mitglieder der Partei, darunter Nikolai und Eduard v. Dettingen, wollten dem Kleingrundbesitz eine Vertretung nur auf dem Kreistag einräumen und den Virillandtag im wesentlichen unverändert erhalten. Von Nikolai v. Dettingen ist das Konzept eines Verfassungsreformentwurfs aus dem Jahre 1870 erhalten<sup>3)</sup>, in dem die Dringlichkeit der Verfassungsreform unter dem Gesichtspunkt der unvermeidlichen Steuerreform verfochten wird. In der Begründung finden sich die meisten Argumente, die in den folgenden Jahren wieder und wieder für eine Reform ins Feld geführt werden sollten. Der Entwurf selbst ist sehr konservativ. Der Kreistag soll durch Kirchspielsdelegierte erweitert werden, die von den Rittergutsbesitzern und Gemeinderepräsentanten gemeinschaftlich zu wählen sind und auch bäuerlichen Standes sein können. Eduard v. Dettingen dachte sich als Verbindung zwischen Kreis- und Landtag einen Konvent, der z. T. von der Kreisversammlung, z. T. vom Landtag gewählt werden sollte; das Steuerbewilligungsrecht wies er dem Kreistag zu.

Zum Führer des linken Flügels der Partei, der für Aufhebung des Virillandtags und Schaffung eines von allen drei Ständen besetzten Delegiertenlandtags eintrat, wurde mehr und mehr Ernst v. Mensenkampff, der in August v. Dettingen eine starke Stütze besaß<sup>4)</sup>. Auch Mensenkampffs Reformentwurf

1) „Tatsache ist es, daß vom Anfang der siebziger Jahre bis zum letztverflohenen Landtag [1878] die liberale Partei mit einem fest formulierten Programm existiert hat.“ [E. v. Mensenkampff], „Zur Reformfrage“, Btg. f. St. u. L. 1879, 221.

2) Vgl. T o b i e n, Mitt. I, 389 ff.

3) E. Beilage I.

4) E d u a r d v. D März 1871 (Dettingen, B. G. 432); N i k o l a i v. D. (B. M. 1927, 229 f.). — „August geht in Fragen der Verfassungsreform viel weiter als wir Brüder. Immer mehr stellt es sich heraus, daß er mit seinen politischen Anschauungen zur äußersten Linken neigt, während Eduard und ich mehr zum Zentrum gehören“ (N. v. D., 14. Sept. 1871). — In seinem Tagebuch notiert N i k o l a i v. D. N i g a, 6. Sept. 1871: „Gespräch mit August... Seine radikalen Anschauungen über eine vorzunehmende Verfassungsreform. Sein Grundsatz: womöglich absolute Freiheit und nur dann Beschränkung, wenn diese als notwendig nachgewiesen ist. Mein Grundsatz: (für unsere Verhältnisse und Zustände) Festhalten an den bestehenden Formen und nur dann Veränderung und Erweiterung, wenn diese als notwendig nachgewiesen sind“. — Und am 26. Sept.: „Nicht ganz ohne Grund wird er in Petersburg Gambetta genannt“.

ist uns erhalten <sup>1)</sup>. Am radikalsten wirkt darin die Freigabe des passiven Wahlrechts für den Landmarschall und die Kreisdeputierten; nur die Landräte müssen immatrikulierte Edelleute sein. Die Heranziehung von Stadtvertretern wird damit begründet, daß nur das „stammesgleiche bürgerliche Element“ eine Stärkung derjenigen bedeuten könne, die dem Lande seine Privilegien erhalten wollen, — „während die estnischen und lettischen Delegierten nur zu leicht ein revolutionäres Element im Landtage bilden werden“.

Dem Mai/Juni-Landtag 1872 lagen wieder drei Anträge vor, die einen tieferen Eingriff in die Landesverfassung bezweckten.

Am radikalsten war Hermann v. Samson-Urbs <sup>2)</sup>. In lapidaren Sätzen entwarf er ein revolutionäres Programm, das keinerlei Aussicht auf Annahme hatte. Der erste Punkt verlangte: „Die Beratung und Beschlußfassung über sämtliche die Steuerreform betr. Anträge ist zu vertagen, bis eine Reform bzw. Erweiterung des Willigungsrechts durch entsprechende Umgestaltung des Landtages praktisch durchgeführt worden“. Das hieß die genaue Umkehrung des bisherigen Vorgehens fordern. Die Kreistage, auf denen Delegierte der Bauerngemeinden Sitz und Stimme erhalten, sollen den Landesauschuß wählen, der die Funktionen des Adelskonvents übernimmt. Außerdem wählt jeder Kreistag je 7 Kreisdelegierte, die zusammen mit den Gliedern des Landesauschusses den Delegiertentag bilden. Der Delegiertenlandtag tritt in allen nicht speziell die Adelskorporation betreffenden Angelegenheiten an die Stelle des alten Landtags. In wichtigen Fällen sollen allgemeine Landtage einberufen werden, auf welchen außer den Gliedern des Delegiertenlandtags auch alle übrigen Glieder der Kreistage Sitz und Stimme haben. Nur die Ämter des Landmarschalls und der Landräte werden dem besitzlichen immatrikulierten Adel vorbehalten. — Der Antrag erhält eine besondere Schroffheit durch den Verzicht auf jede Begründung.

Ganz anders im Ton und in der Tendenz ist der nächst diesem am weitesten gehende Antrag des Ritterschaftssekretärs M. v. Grünewaldt <sup>3)</sup>. In ausführlichen Darlegungen wird der Versuch gemacht, dasjenige Maß einer Reform zu ermitteln, das die Voraussetzung für eine allmähliche und ungestörte Fortentwicklung der Provinzialverfassung schafft, ohne die Rechtskontinuität des Landtags zu gefährden. Der Antragsteller glaubt den richtigen Mittelweg darin gefunden zu haben, daß der Landtag sich zunächst ohne Hinzuziehung anderer Bevölkerungskreise in einen Delegiertentag verwandelt, dessen sämtliche Glieder gleiches Stimmrecht genießen. In Zukunft sollen auch Bauernvertreter

<sup>1)</sup> S. Beilage II.

<sup>2)</sup> 7. Mai 1872, MA. 296 V vol. I (Lettl. Staatsarchiv 675), S. 56—57.

<sup>3)</sup> 21. März 1872, a. a. O. S. 17—36. Die Grundzüge finden sich bereits gleichlautend formuliert in Grünewaldts Denkschrift: „Die Aufgabe des nächsten Landtages in der libländischen Verfassungsfrage“, Riga, 23. Mai 1871 (Archiv Puderküll, Steuer-Akte). — Grünewaldt, geb. 1827 in Estland, war gelehrter Zoologe, 1852—57 auf wissenschaftlichen Reisen in Sibirien, libländischer Ritterschaftssekretär von 1862 bis zu seinem am 21. September 1873 erfolgten Tode.

gewählt werden, aber auch dann „müßte der gegenwärtige Adelskonvent fortfahren, den Mittelpunkt der Landtagsversammlung zu bilden“ — „zur Sicherung des Übergewichts des konservativ-germanischen Elements“. Weiter heißt es: „Diese vielleicht nicht dauernde Konzession an die historische Berechtigung des indigenen Adels erscheint nicht zu hoch gegriffen in einem Lande, wo 4 verschiedene Volksstämme nebeneinander zu leben und sich zu entwickeln berufen sind.“

Ausgangspunkt für den Antrag ist die anerkannte Notwendigkeit, den Bauer auch an der Bewilligung der Steuern, zu deren Zahlung er mit fortschreitendem Bauerlandverkauf herangezogen werden muß, teilnehmen zu lassen. Die obrigkeitliche Bestätigung der vorgeschlagenen Verfassungsänderung sei zu erhoffen, „in Anbetracht ihres internen, an eine einfache Opportunitätsfrage der Landtags-Geschäftsordnung grenzenden, reformatorisch-vorbereitenden Charakters“. Die Ritterschaft sei bisher „weder von oben noch von unten“ zu einer Verfassungsreform gedrängt worden, — ob diese Ruhe andauern werde, sei mindestens zweifelhaft sowohl im Hinblick auf die Reichsreformen als auch „angesichts des sich bei der einheimischen Landbevölkerung immer mehr regenden und künstlich leicht aufzustachelnden Selbstgefühls“.

Der dritte Antrag stammte vom Landrat H. v. Hagemeister-Alt-Drostenhof<sup>1)</sup> und ging ebenfalls von der Steuerfrage aus, von der „Wahrheit, daß nur der Steuern zahlen kann, der sie auch mitbewilligt“. Der Zeitpunkt für eine autonome Reform sei — „scheinbar wenigstens“ — günstig, „da, infolge der letzten Kriegsergebnisse [1870/71], deutsches Wesen und deutsches Kulturleben wieder einmal Anerkennung finden“. Die bei einer radikalen Steuerreform notwendig werdenden Opfer an Landtagsrechten müssen in der Erwägung in Kauf genommen werden, „daß wir . . . eine Kräftigung und Solidarität der provinziellen Interessen herstellen, wie sie das jetzige lose Gefüge der örtlichen Bevölkerungsgruppen nie und nimmer bieten kann“. Den Delegiertentag lehnt Hagemeister für den Augenblick ab; die Ausführungen darüber wirken wie ein abgerundetes Plaidoyer der konservativen Partei. Wird ein Delegiertentag mit Hinzuziehung bäuerlicher Vertreter noch „die Stufe der Reife, patriotischer Hingebung und politischer Bildung“ besitzen, deren das Land besonders gegenwärtig bedarf? Es gilt, „deutsches, protestantisches Kulturleben auf der gegebenen historischen Basis [zu] erhalten und weiter zu entwickeln“. Wird der Delegiertenlandtag nicht, „zusammengesetzt aus den verschiedenen Elementen der hiesigen Volksstämme und den Nationalitätsgelüsten der Volksfraktionen nachgebend, eine Beute werden der nationalen Antagonismen und, was noch schlimmer ist, den unserer Entwicklung widerstrebenden Tendenzen zur wirksamen Handhabe dienen?“ Auch nur einige Gegner livländischer Gesinnungen können viel Unheil anrichten. „Es wird die Sprachenverwirrung provoziert, die Frage zur Entscheidung der Regierung gebracht, und uns fremde Sprachen werden gleichberechtigt, wenn nicht gar zur Zukunftssprache.“ Zahllose Konflikte sind vorauszusehen, die der Regierung „die

1) 4. April 1872, a. a. D. S. 40—52.

zwingende Gelegenheit bieten zu unabsehbaren Eingriffen“. So muß denn der bisherige Landtag erhalten bleiben — wenigstens so lange noch, „bis die angestrebte größere Bildung der unteren Volksschichten, und vor allem der Bauerlandverkauf, ein größeres Verständnis für die wahren provinziellen Bedürfnisse, für die Solidarität der Interessen werden bewirkt haben“.

Im Zusammenhang mit der Steuerreform und zum Zweck der Heranbildung des Landvolks für die Vertretung der Landesinteressen dürfte sich nach Hagemeister folgende Organisation empfehlen: Rittergutsbesitzer und Gemeindeälteste wählen auf den Kirchspielsversammlungen gemeinschaftlich Delegierte in die Kreisversammlung, die zu einer Delegiertenversammlung umgestaltet wird; das passive Wahlrecht wird dabei freigegeben; die Kreisversammlungen bewählen die Gouvernements-Steuerkommission. Damit wäre die Teilnahme der Bauern an den Willigungen sichergestellt, ohne daß die Zusammensetzung des Landtags geändert zu werden brauchte. Zur Bearbeitung der ganzen Materie beantragt Hagemeister die Einsetzung einer Kommission.

Gemeinsam war den drei völlig verschiedenen Anträgen nur das eine: das Verlangen nach einer Reform. Bei der Behandlung im Adelskonvent und auf dem Landtag wurden die Anträge zusammengefaßt. Die Majorität der Kreisdeputierten sprach sich für die Einsetzung einer Kommission aus; Ernst v. Mensenkampff empfahl die Annahme des Grünewaldtschen Antrags, zu dem er ein Amendement einbrachte. Die Majorität der Landräte stellte sich zu allen Anträgen völlig abweisend. In beiden Kammern gab es Minoritäten, die sich ebenfalls äußerten: die Landräte Mensenkampff, Hagemeister, Wolff, Sivers und Wrangell erklärten sich für die Wahl einer Kommission, und die Kreisdeputierten Brasch, Loudon, La Trobe und Knorring sowie der Kassadeputierte Brasch teilten die ablehnende Auffassung der Mehrheit der Landräte.

Die sehr interessante Debatte auf dem Landtag am 2. und 3. Juni 1872 läßt erkennen, daß man sich innerhalb der liberalen Partei nicht zu einigen vermochte. Die Redner der Gruppe Mensenkampff schlugen sich für den Antrag Grünewaldt, die sofortige Schaffung eines Delegiertenlandtags; erst als die Ablehnung dieses Antrags wahrscheinlich wird, wünschen auch sie eine Kommission. Eduard v. Dettingen, der dreimal das Wort nimmt, ist der Sprecher des Sentiments der Kreisdeputierten, das die Einsetzung der Kommission empfiehlt. Auf diesem Landtag spalteten sich die Jüngerer wieder von „Nr. 35“ ab, weil die Partei das Prinzip des Majorisierens aufgab. Es ist durchaus möglich, daß die Verfassungsfrage den Anlaß zur Trennung gab. Vermutlich wünschten die Jüngerer ein geschlossenes Eintreten für den Grünewaldtschen Antrag, wozu die Älteren sich nicht verstehen wollten.

Von Einfluß auf die Haltung eines großen Teiles der Partei mag die resignierte Einstellung N. v. Dettingens gewesen sein. Als Landmarschall war er von den Parteiversammlungen ausgeschlossen, indirekt — schon durch seinen Bruder Eduard — wirkte sich seine Meinung doch wohl aus. Noch im Februar 1871 hatte er aus Petersburg geschrieben, man müsse dem Gedanken einer Verfassungsreform ernstlich nähertreten: „Halten wir den Zeitpunkt für dgl. Vor-

schläge nicht für geeignet, so schweigen wir lieber. Das Pferd muß aber fertig gefattelt im Stalle stehen, damit wir beim ersten Alarmzeichen in den Kampf ziehen können“<sup>1)</sup>. Ein Jahr später, am 10. März 1872, schrieb er aus Riga: „Mich stimmt es wehmütig, daß im Augenblick meine liebsten Freunde sich gegenseitig montieren für die Idee, den Virillandtag in eine Delegiertenversammlung umzugestalten. Sie kommen mir vor wie Kinder, die „Gerichter machen“ und glauben, daß sie davon satt werden können. Oder liegt die Wahrheit bei ihnen und ich bin das Kind, das, weil es schon zu alt geworden, die Zeichen der Zeit nicht mehr begreift und aus Altersschwäche das Alte und schon Schwache erhalten möchte? Ich wünschte jedem dieser jungen Heißsporne ein paar Jahre Landmarschalldienst — die Kur würde sehr heilsam sein! . . .“<sup>2)</sup> Ganz leise gab der Landmarschall auch während der Landtagsdebatte am 3. Juni seine Einstellung zu erkennen. Auf die direkte Frage des konservativen Reformgegners dim. Landrat Conrad v. Brasch, ob er das Eintreten in eine Verfassungsreform für gefährlich halte oder nicht, antwortete er: „er sei nicht mehr so entschieden Braschs Gegner wie früher“<sup>3)</sup>.

Von den Anhängern des M. v. Grünewaldtschen Antrages sprachen außer Mensenkampff Samson-Kawershof, Grünewaldt-Nahof, Tiefenhausen-Inzeem. Ein Argument, das Grünewaldt sehr wirkungsvoll vorbrachte, kennzeichnet die Auffassung der jungen Generation. „Wenn wir aber in unserer jetzigen Stellung starr stehen bleiben, so werden Sie mir zugeben, daß wir uns einen Feind schaffen in der eigenen Heimat und im eigenen Lande, der viel größere Gefahr bringt als die von der Regierung“<sup>4)</sup>. Samson verwickelte sich in eine persönliche Polemik. Tiefenhausen — er stand damals, 29-jährig, erst am Anfang seiner politischen Laufbahn — übte eine so scharfe Kritik am Virillandtag, daß die Versammlung „Schluß!“ rief. Trotzdem ließ er es sich nicht nehmen, noch einen Nachteil des Virillandtags hervorzuheben: „Das sind die Parteien. Ich glaube, daß ein Virillandtag, eine so große Menge von Gliedern, unmöglich ist ohne Parteien, und andererseits glaube ich, daß die Parteien für die Entwicklung des Landtages nicht gedeihlich sind; aber sie sind ein notwendiges Übel in der Weise, wie wir sie haben, d. h. ohne geschlossene Gliederung und ohne rein sachliche Behandlung“<sup>5)</sup>. — Es ist dieses einer der seltenen Fälle, wo die

1) 21. Februar 1871; am 18. Februar schrieb er: „Die letzte Ostseekomitee-Sitzung hat mich wieder davon überzeugt, wie wichtig für uns die Frage der Verfassungsreform ist, zu welcher wir immer mehr und mächtiger gedrängt werden.“ Am 15. Februar äußerte er offen die Ansicht, „daß wir wohl in Zukunft, wenn erst der größte Teil der Bauernländereien verkauft sein wird, auch das Bauerland auf dem Landtag vertreten sein lassen würden.“ (Tagebuch).

2) o. D. veröffentlicht B. M. 1927, 235. Sinngemäß, aber nicht durchweg wörtlich übereinstimmend die Briefauszüge in der Bibliothek der GGA in Riga. — Im Tagebuch findet sich unter dem 26. 9. 71 die Notiz: „Diskussion mit Moritz Grünewaldt über Verfassungsreform“, es folgt die Kritik an seinem Antrag, die B. M. 1927, 229 veröffentlicht ist.

3) Landtagsrezess vom 3. Juni 1872.

4) a. a. D. S. 742. Der Redner ist nicht der Ritterschaftssekretär (Sch aud in u, 150), sondern Axel v. Grünewaldt-Nahof und Wellenhof, geb. 1832.

5) a. a. D. S. 692.

Existenz der Parteien öffentlich erwähnt wird. Die Art der Erwähnung ist charakteristisch: auch die jüngeren Glieder der liberalen Partei empfanden das Parteiwesen als ein Übel, wenn auch als ein notwendiges. Die Partei war allen, die noch in der Standschaft wurzelten, nur ein praktisches Hilfsmittel, unter keinen Umständen der Träger und Vermittler ihres Lebensgefühls. Auch die älteren Glieder der Partei, die an ihr hingen, weil die Erinnerung an die große Zeit Samillar Fölkersahms mit ihr verknüpft war, haben in ihr nie mehr gesehen, als ein beschränktes Mittel zum Zweck. Weil diese Empfindung überwog, weil es sich eben um eine Partei innerhalb eines noch immer kräftigen Standes handelte, konnten die im ganzen nicht zahlreichen Glieder der Ritterschaft, die geistig entwurzelt und entfremdet waren, der Partei nicht das Gepräge der großen Weltanschauungsparteien des Westens geben.

Immerhin wurden die „jungen Heißsporne“, wie Dettingen sie nannte, von den älteren Freunden vielfach als Theoretiker und Ideologen empfunden. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß nicht nur die klare taktische Erkenntnis der Gefahrenlage angeichts des erwachenden „Selbstgefühls der Landbevölkerung“ ihr Handeln bestimmte, sondern zugleich auch ein unbekümmerter ethischer Schwung. „Ich halte es für die erste Pflicht der Ritterschaft“, erklärte Moritz v. Grünewaldt am Schluß der Debatte über die Reformanträge, „Rechnung zu tragen und gerecht zu sein gegenüber den Wünschen derjenigen Stände, die mit ihr im Lande leben, also als Ritterschaft dem übrigen Lande gegenüber . . .“<sup>1)</sup>. Als auf dem gleichen Landtag über die Erweiterung der Landsassenrechte verhandelt wurde, bezeichnete Ernst v. Mensenkampff die Heranziehung der Landsassen unter einem ganz bestimmten Gesichtspunkt als eine Stärkung der Ritterschaft: „Die Stärkung liegt darin, daß wir Gerechtigkeit üben“<sup>2)</sup>. Und Nikolai v. Dettingen klagte, daß seine eigene Partei, „beseelt und getrieben von Gerechtigkeitsgefühl und Menschenrecht“, den Bau des alten Hauses untergrabe, — des Hauses, das „Geburtsort, Pfleger und Hüter dieser edlen Gefühle“ sei<sup>3)</sup>. Auch in der Wendung vom „entschiedenen Postulat der Neuzeit“<sup>4)</sup> klingt etwas vom menschenrechtlichen Idealismus an — jenem Haupt- und Grundgefühl des politischen Liberalismus, das hier allerdings mehrfach in einer eigentümlichen Verbindung mit anderen Empfindungen auftritt. Der Liberalismus traf in den Ostseeprovinzen auf eine alte aristokratische Tradition, die, aus verschiedenen — nicht nur liberalen — Quellen gespeist, das Wesen des Adels vornehmlich in seiner sozialen Funktion verstehen lehrte. In welcher Weise diese Einstellung auch von livländischen Konservativen geteilt wurde, soll ein späterer Abschnitt zeigen. Für das Ethos des livländischen ständischen Liberalismus ist die wechselnde Mischung von liberalem und sozialem Empfinden bezeichnend.

<sup>1)</sup> a. a. D. S. 783.

<sup>2)</sup> a. a. D. S. 821.

<sup>3)</sup> B. M. 1927, 230.

<sup>4)</sup> Baron Alexander Wolff, Landtagsrezesß a. a. D. S. 711.

Die Abstimmung über die Reformanträge fand am 6. Juni 1872 statt. Mit 69 gegen 60 Stimmen wurde das Konfiliium der Majorität der Landräte angenommen: „In Berücksichtigung der derzeitigen politischen Verhältnisse ist auf die vorliegenden beachtenswerten 3 Anträge zurzeit nicht einzugehen“. Damit war auch der Antrag auf Einsetzung einer Kommission gefallen.

#### 4. Die Reformpartei

In den nächsten Jahren lag die Initiative zur Verfassungsreform mehr oder weniger ganz bei der Mensenkampffschen Gruppe. Von 1875—1880 wurden die letzten Versuche unternommen, in Livland eine eigenständige Verfassungsreform in die Wege zu leiten. Es handelt sich im ganzen um drei Anträge, die nacheinander eingebracht wurden.

Dem Landtag vom Mai/Juni 1875 lag ein ausführlich begründeter Antrag von Ernst v. Mensenkampff vor, der nur die Einsetzung einer Kommission bezweckte, „mit dem Auftrage, einen den veränderten Verhältnissen sowie der in Aussicht stehenden Steuerreform entsprechenden Entwurf für den Ausbau der Verfassung auszuarbeiten“<sup>1)</sup>. Der Verzicht auf ein konkretes Reformprojekt wird in erster Linie damit begründet, daß der Landtag bisher noch nie über einzelne Projekte eingehend beraten habe und noch nie über eine Generaldebatte hinausgekommen sei; daher müsse zunächst im Prinzip die Reformbedürftigkeit festgestellt werden. Die Notwendigkeit einer Reform wird von den Steuerverhältnissen und der bevorstehenden Einführung der Friedensrichter-Institutionen hergeleitet. Den breitesten Raum nimmt die Darlegung der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Steuermodus ein. „Die einzig mögliche rationelle Lösung der Grundsteuerreformfrage“ sieht Mensenkampff in einer Steuerausgleichung, bei welcher der gemeinsame Betrag der Landesprästanden (die auf dem Bauerland ruhen) und der Landeswilligungen (die von den Rittergütern getragen werden) gleichmäßig auf Hof- und Bauerland repartiert wird; es ist einleuchtend, daß in diesem Fall die Bauern zur Willigung der Steuern herangezogen werden müssen<sup>2)</sup>. — Die Einführung der Friedensrichter-Institutionen ist mit der Schaffung eines neuen Wahlkörpers verbunden, der bei der Verfassungsreform u. U. auch als politischer Körper verwertet werden könnte. — Auch der Hinweis auf die „Gefahr einer staatlichen Einmischung“, die bei einem Hinausschieben des Reformwerks in bedeutendem Maße wachse, fehlt in den einleitenden Sätzen nicht.

Bei der Begründung seines Antrages auf dem Landtag am 31. Mai hielt Mensenkampff es für notwendig zu betonen, daß er keine „Umsturzideen“ im Sinn habe. — Das Sentiment der Kreisdeputierten — für die Kommission — wurde von Eduard v. Dettingen vertreten. Die kurze Debatte endete damit, daß die Entscheidung über den Antrag auf den nächsten Landtag vertagt wurde.

Die Verhandlung auf dem nächsten Landtage — im Februar 1877 — stand unter einem ungünstigen Stern. Hierzu wirkten zwei Umstände zusammen.

<sup>1)</sup> 10. April 1875. MA 296 V vol. I (Vetfl. Staatsarchiv 675), S. 62—66.

<sup>2)</sup> Über den Unterschied zwischen „Prästanden“ und „Willigungen“ und die Entscheidung des Landtags von 1877 vgl. T o b i e n, Ritt. II, S. 77, 82 f.

Wenige Tage vorher hatte die lange vorbereitete große Aussprache über die Steuerreform stattgefunden. Man war sich klar darüber gewesen, daß eine Gleichstellung von Hof- und Bauerland bei der Veranlagung der beiden Steuern (Prästande und Willigungen) eine Verfassungsreform zur Folge haben mußte. Mithin spitzte sich alles auf die Frage zu, die am 12. Februar zur Abstimmung kam: „Soll bei Durchführung der Steuerreform eine Scheidung zwischen schatzfreiem und steuerpflichtigem Lande [d. h. Hof- und Bauerland] im Prinzip angenommen werden?“ Wurde die Frage bejaht, so konnte die Notwendigkeit einer Verfassungsreform nicht mehr damit begründet werden, daß die Bauern zur Willigung der gemeinsamen Landessteuer herangezogen werden müßten. Die starke Mehrheit von 102 bejahenden gegen 69 verneinende Stimmen zeigte, wie sehr der Landtag von den Argumenten der Konservativen — deren wirkungsvollster Sprecher Arthur v. Richter war — beherrscht wurde<sup>1)</sup>. Ungünstig für die Verhandlung über den Mensenkampffschen Antrag war ferner, daß er am 17. Februar zu sehr später Stunde vorgenommen wurde, als die Versammlung schon auseinanderstrebte.

Die Konservativen behandelten es als selbstverständlich, daß der Antrag abgelehnt werden würde, da mit der Entscheidung in der Steuerfrage ein Hauptmotiv für die Verfassungsreform fortgefallen sei. Bezeichnend für die Stimmung im Saal ist die kurze Begründung, mit der Mensenkampff für seinen Antrag eintrat; er unterstrich seine Liebe zur alten Verfassung: „Mir hat es bei der Abfassung meines Antrages wahrlich nicht daran gelegen, die Verfassung zu stürzen, sondern zu stützen“<sup>2)</sup>.

Als einziger Liberaler außer dem Antragsteller sprach Friedrich v. Ditmars-Alt-Fennern, auch einer von den Jungen (geb. 1843), dem ein langjähriger Aufenthalt im Auslande den Blick für das Allgemeine und Prinzipielle des livländischen Verfassungsproblems geschärft hatte. Dem Argument der Hinfälligkeit einer Reformforderung infolge der Vorentscheidung in der Steuerfrage begegnete er mit dem Einwand: „Erst in zweiter Linie sind es die Rücksichten auf die bäuerlichen Verhältnisse, welche diesen Antrag stützen, in erster Linie ist es das Interesse unserer Autonomie und die Bedürfnisse der öffentlichen Lage unserer politischen Dinge . . .“<sup>3)</sup>. Sehr interessant sind die grundsätzlichen Bemerkungen in Ditmars' Rede. Damals<sup>4)</sup> formulierte er den Satz, daß jede Verfassung nur so lange lebensfähig sei, als sie der richtige Ausdruck der Besitz-

1) Ein sehr selbständiger und eigentwilliger Konservativer, Baron R. Staël v. Solstein-Uhla, urteilte hierüber in seinen Erinnerungen (M. S. 479) folgendermaßen: „Meinem Gefühl nach ist daher die Steuerfrage dieses Jahr unglücklich gelöst und kann ich nicht glauben, daß wir bei dem diesjährigen Beschluß werden bleiben können. Landrat Richter hat auch hier sich als Verfassungsretter geriert, doch scheint mir der Standpunkt, den er augenblicklich eingenommen, für unsere Verfassung gefährlicher als nützlich“. Daß die Landratswahlen zugunsten der Liberalen ausfielen (Tobien, Mitt. I, 393), zeigt, wie fließend die Grenzen zwischen den Parteien waren.

2) Landtagsrezeß S. 895.

3) Landtagsrezeß S. 897.

4) Nicht erst 1879 (Tobien a. a. O. Anm. 1).

und Machtverhältnisse eines Landes sei; „tritt zwischen beiden ein Widerspruch ein, so ist die Gefahr für die herrschende Klasse am größten“. — „Wir haben die Macht der Ritterschaft zu erhalten, da sie die einzige Garantie unserer höchsten Güter und unserer berechtigten Sonderstellung ist; wir müssen sie auf eine breitere Basis stellen; um es kurz zu sagen, was ich meine: wir müssen aus der allein bestimmenden Macht des Landes zur Vormacht des Landes werden“<sup>1)</sup>.

Zum Schluß der Rede findet sich das Eingeständnis, die öffentliche Meinung und die Stimmung des Landtags habe den Redner veranlaßt, von einer Erweiterung des Antrages Abstand zu nehmen („Ja, meine Herren, Sie werden mir Absolution geben, ich war noch demokratischer, als der Antragsteller selbst“).

Am 18. Februar 1877 wurde der Antrag Mensenkampff mit 72 gegen 71 Stimmen abgelehnt. Es ist schwer zu sagen, wie dieser Stimmsatz zustande gekommen ist; das Ergebnis der Abstimmung in der Steuerfrage deutet darauf hin, daß die konservative Mehrheit tatsächlich eine größere war.

Auch der im nächsten Jahr, auf dem Landtag im Februar/März 1878 vorgebrachte Reformantrag verfiel der Ablehnung. Diesmal handelte es sich wieder um einen Antrag auf unmittelbare Veränderung der Landesverfassung, und zwar um einen Kreisordnungsentwurf. Als Antragsteller zeichneten Eduard v. Dettingen, Baron Heinrich Tiefenhausen und Ernst v. Mensenkampff, was darauf schließen läßt, daß die alten Liberalen und die Reformler eine gemeinsame Grundlage gefunden hatten. Der Entwurf, geschrieben von der Hand Eduard v. Dettingens, der damals wieder das Präsidium in Nr. 35 innehatte, ist datiert Jellin, 17. Dezember 1877<sup>2)</sup>. Die „Ermägungen“, die dem Antrag vorangestellt sind, beginnen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Schaffung von Kreis-Landesversammlungen, um sich dann zu allgemeineren Gesichtspunkten zu erheben: neben der Bemerkung, daß die Reform der Kreisverfassung für die Integrität der politischen Grundrechte des Landtags nicht gefährlich sei, daß andererseits nach Einführung der Friedensrichterordnung die Beibehaltung von Standesgerichten eine Anomalie bilden würde, steht der Satz: „daß es politisch angezeigt sein möchte, die bereits faktisch gleichen Interessen des Klein- und Großgrundbesitzes durch eine gemeinsame Vertretung solidarisch zu machen“. Am Schluß findet sich das übliche Argument, daß der Ausbau der Verfassung ihren Fortbestand eher gewährleisten werde, als das absolute Festhalten an allen ihren Formen und Einrichtungen.

Der Kreisordnungsentwurf selbst ist bekannt<sup>3)</sup>. Es scheint, daß der nicht sehr glückliche Plan, die bäuerliche Kreisvertretung statt auf den Kleingrundbesitz auf die Gesamtgemeinde (in der Person des Gemeindeältesten) zu gründen, von Eduard v. Dettingen herrührte<sup>4)</sup>, der bei Wahlkörpern mit den „noch sehr unentwickelten“ Bauergrundbesitzern die Gefahr der Wahlagitation kommen sah. Hatte der Entwurf schon durch die — an sich günstigen — Kammervoten

1) Landtagszeitschrift S. 901.

2) MZ Nr. 389/K, (Vetl. Staatsarchiv Nr. 413).

3) T o b i e n, Mitt. I, 394.

4) Vgl. die Rede, in der er dafür eintrat, Landtagszeitschrift 1878, S. 1022.

wesentliche Änderungen erfahren, so gaben die Antragsteller selbst von vornherein zu verstehen, daß es ihnen auf die Einzelheiten des Entwurfs nicht ankomme. Nach Dettingen sprach Tiefenhausen für den Antrag<sup>1)</sup>. Bemerkenswert an der Rede ist die bewußte Ablehnung einer ideologischen Begründung: „Die Zeiten sind zu ernst, als daß wir irgendwie uns dem Luxus einer Doktrin hingeben könnten. Wir dürfen weder in konservativer, noch in liberaler Weise doktrinär sein“. Dieser Antrag entspringe keineswegs — Tiefenhausen formuliert es in dieser naturalistischen Härte — „irgendwelcher Idee, irgendeinem doktrinären Standpunkte“. Zum Schluß distanziert er sich vom Entwurf selbst: „und ich kann mich mit Entschiedenheit nicht für alle diese Punkte des Entwurfs erklären“<sup>2)</sup>. Noch am selben Tage gaben die Antragsteller den Entwurf vollständig preis<sup>3)</sup>. Veranlassung dazu war ihre eigene wachsende Skepsis, vor allem aber das Fehlen jeder Aussicht auf Annahme.

Der Ursachen für diesen Mißerfolg sind viele. Der Landmarschall hatte in seiner Eröffnungsrede vor einer Verfassungsreform gewarnt. Das Beispiel der ersten baltischen Stadtverordnetenwahlen auf Grund der neuen Städteordnung schreckte: „Sie sehen“, sagte ein konservativer Redner, „mit welcher Wucht bei der ersten Wahl die nationale Agitation sich regt! Wollen Sie das auf dem Lande einführen . . .?“ Kurz vor Zusammentritt des Landtags waren die anonymen „Wetterleuchten“-Briefe Hermann v. Samsons erschienen und hatten die Reformfreunde in den Verdacht eines landesverräterischen Radikalismus gebracht. Gegen einen der Antragsteller, Ernst v. Mensenkampff, herrschte eine starke Verstimmung<sup>4)</sup>, die es vielleicht auch erklärt, weshalb er kein mal das

1) Die Rede ist — leider nicht ganz wortgetreu — veröffentlicht Tobien, Ritt. I, 521 ff. Die Abweichungen bestehen darin, daß die mehrfach ungeschickte Redeform beim Abdruck geglättet ist, weitläufige Wendungen und der Schluß gestrichen sind. Sachlich von Belang ist eine einzige Änderung: statt „und das, meine Herren, ist auch der Grund dieses Antrages“ steht bei Tobien: „ . . . meines Antrages“, wodurch der Anschein aufkommt, als sei Tiefenhausen der eigentliche Träger der Aktion. — Ein Lesefehler ist S. 523 „Leitmittel“; im Rezeß steht „Bindemittel“.

2) Landtagsrezeß vom 28. Februar 1878, S. 1057.

3) Eb. v. Dettingen: „Der Entwurf selbst ist, wenn ich so sagen soll, nicht mehr existent“ (a. a. O. S. 1082).

4) R. v. Staël-Hlla erzählt in seiner subjektiven Art (Erinnerungen, Mf. S. 506), es sei in der Zeitung für Stadt und Land „ein schmähhcher Artikel“ erschienen, „in dem die Konservativen als unwissend und ungebildet geschildert wurden. Den Besitzern der Zeitung, dem Kreisdeputierten v. Mensenkampff und Max v. Dettingen, wurde mit Recht der bitterste Vorwurf gemacht . . . Infolge dieses Vorfalles hatte Mensenkampff bei der Wahl der Kreisdeputierten nicht eine einzige Stimme, obgleich er bisher ein fleißiges und nützliches Glied des Convents gewesen war“. Richtig ist jedenfalls, daß Mensenkampff bei der Wahl durchfiel; er erhielt bei den Deputiertenwahlen seines Kreises nur 3, 9 und 4 Stimmen (Landtagsrezeß 1878, S. 128). Anstoß erregt hatte vermutlich der Artikel über die „Wetterleuchten“-Briefe vom 12. Februar (Ztg. f. St. u. L. 1878, 36). Auf Wirkungen dieser Art beziehen sich wohl die Anspielungen in den Nachrufen auf M.: seine Beziehungen zur Presse hätten ihm auch viel Bitteres eingetragen.

Wort nahm. Aber den Antrag brauchte nicht einmal ballottiert zu werden: durch Aufstehen und Sitzbleiben entschied sich am 1. März die Ablehnung mit großer Majorität.

Sehr viel ernster war der Kampf um ein Amendement, auf das die Liberalen sich einigten, als man den Kreisordnungsentwurf fallen lassen mußte: Kreisdeputierter R. v. Staël-Neu-Anzen (Schwager Ernst v. Mensenkampffs) versuchte die Lage zu retten, indem er die Einsetzung einer Kommission vorschlug, mit dem Auftrag, für den nächsten Landtag einen Kreisordnungsentwurf auszuarbeiten, der dem Kleingrundbesitz (statt den Gemeinden) eine Vertretung auf den Kreisversammlungen sichere. Zugunsten des Staëlschen Amendements verzichtete Eduard v. Dettingen auf das von ihm beantragte Ballottement, ebenso Landrat v. Kahlen, dessen Eingreifen übrigens einen vorzeitigen Schluß der Debatte verhinderte. Die Debatte verschärfte sich immer mehr, da die Konservativen sich plötzlich einer neuen Lage gegenüberfanden: was sich als Amendement ausgab, erschien ihnen als neuer Antrag — oder vielmehr als der ewig wiederkehrende, von Landtag zu Landtag geschleppte leidige Antrag auf Einsetzung einer Verfassungskommission, in Bezug auf den Conrad v. Brasch-Mya herbe bemerkte: „Die Herren haben gewiß eine Beharrlichkeit, aber das Bedürfnis nach einer Kommission ist nicht da“<sup>1)</sup>. Eine Probeabstimmung verlief unentschieden; ein konservativer Redner meinte gar, der Antrag wäre angenommen worden, wenn er ordnungsgemäß über die Kammern an den Saal gekommen wäre. Die Abstimmung am nächsten Tage ergab eine Niederlage der Liberalen mit der starken Minderheit von 81 zu 112 Stimmen<sup>2)</sup>.

Zum letzten Mal trug die Reformpartei 1880 aus eigener Initiative auf Verfassungsreform an. Es handelte sich wieder um einen Kreisordnungsentwurf<sup>3)</sup>, diesmal ohne Eduard v. Dettingen. Als Antragsteller zeichneten unter Führung von Baron Heinrich Tiefenhausen, Baron Reinhold Staël und Ernst v. Mensenkampff im ganzen 13 Mitglieder der Reformpartei (wie „0,35“, umbenannt, jetzt hieß). Der Antrag verzichtet auf jede Begründung und sieht vorsichtigerweise von vornherein die Einsetzung einer Kommission vor.

Die Aussichten waren ungünstiger denn je. Hatten die Liberalen bisher wenigstens regelmäßig die Meinung der Mehrheit der Kreisdeputierten für sich gehabt, so hatte sich das jetzt verschoben: die Mehrheit war ablehnend. Das Sentiment der Minorität freilich trat mit den bekannten Argumenten für den Antrag ein: die Reform sei unaufschiebbar im Hinblick auf die Gefahren von außen und innen; durch sie allein könne „die zur Erhaltung der landesstaatlichen Eigenart und politischen Sonderstellung Bivlands notwendige Solidarität aller Bevölkerungsgruppen gekräftigt und in Begegnung der landesfeindlichen Agitation, welcher die ländliche Bevölkerung ausgesetzt ist, aufrechterhalten

1) Landtagsrezepé 1. März 1878, S. 1122.

2) a. a. O. 2. März 1878 S. 1266 f. Die Angaben bei T o b i e n, Mitt. I, 397, bes. Anm. 3, sind entsprechend obiger Darstellung zu berichtigen.

3) T o b i e n, Mitt. I, 398.

werden“. Die Majorität der Landräte — es sind die alten Liberalen Ed. v. Dettingen, Richard und Friedrich Barone Wolff, Hermann Baron Wrangell, Georg v. Stryk — empfahl, vornehmlich in Anbetracht der Überlastung des diesjährigen außerordentlichen Landtags, den Antrag zum nächsten Landtag zurückzustellen.

Die Reformpartei mußte erkennen, daß sie zur sofortigen Verhandlung über ihren Antrag nicht einmal die Unterstützung der Altliberalen besaß. Infolgedessen beantragte Tiesenhausen seinerseits die Vertagung. Die kurze Debatte am 18. September 1880 drehte sich nur hierum. Die Konservativen wollten runde Abweisung, sie fürchteten sogar die schwache Bindung, die im Vertagungsbeschluß liegen konnte. Zum ersten Mal spielt in ihren Erwägungen die Rücksicht auf die Macht der oppositionellen baltischen Presse eine große Rolle: nur nicht zugeben, daß die Verfassung reformbedürftig ist, auch das leiseste Eingeständnis wird demagogisch ausgenutzt werden. Als eine Probeabstimmung eine ansehnliche Mehrheit gegen den Vertagungsantrag ergab, zog Tiesenhausen die Vorlage zurück.

Damit endete die Epoche der unabhängigen livländischen Initiative zur Reform der Landesverfassung. In den nächsten Jahren hatte sich der Landtag bereits mit den Reformwünschen der Regierung zu befassen.

Vom starken Leben innerhalb der livländischen Reformpartei sind nur verwehte Klänge auf uns gekommen. Es war ein Zeichen von Selbstbewußtsein und Zielstrebigkeit, daß man nach den Erfahrungen des Landtags vom Februar/März 1878 aus der allzu privaten Sphäre von „0,35“ heraustrat, um als fest geschlossene „Reformpartei“ auch nach außen Aktivität zu entfalten<sup>1)</sup>. Eine wichtige Voraussetzung dafür war vorhanden: der Partei stand eine Tageszeitung zur Verfügung, die „Zeitung für Stadt und Land“, mit der einzelne Glieder der Reformpartei schon lange verbunden waren, als die beiden Schwäger Ernst v. Mensenkampff und Max v. Dettingen im Frühling 1876 das Blatt auch käuflich erwarben. 1878/79, als die vom „Wetterleuchter“ eingeleitete publizistische Debatte über das Reformproblem in vollem Gange war, ist in zwangloser Folge sogar eine Art Parteikorrespondenz herausgegeben worden<sup>2)</sup>. Hier

<sup>1)</sup> Vgl. [E. v. Mensenkampff], „Zur Reformfrage.“ Btg. f. St. u. L. 1879, 221.

<sup>2)</sup> Von dieser „Correspondenz“ genannten Schriftenfolge sind im ganzen mindestens 6 Hefte erschienen (als Manuskript gedruckt, Dorpat, C. Mattiesen 1879). Der Katalog der Hig. Stadtbibliothek verzeichnet sechs Hefte, nennt aber nur bei zweien die Titel; die Hefte selbst waren in der Bibliothek nicht aufzufinden. Tobien hat nur eine dieser Schriften gekannt. In Puderfüll habe ich folgende vier Hefte gefunden: [Dr. Balthasar] Baron Campenhause, Politische Vertretung des bäuerlichen Grundbesitzes oder der Landgemeinde (Rosenbeck, 16. Januar 1879); E. v. Mensenkampff, Zur Verfassungs-Reform-Frage (Puderfüll, im März 1879); S. Baron Tiesenhausen, Zur Frage über die Vertretung des Kleingrundbesitzes oder der Gemeinde (Inzeem, im März 1879); Guido v. Samson, Entgegnung (Cassinorm, 8. Juni 1879). Wie sich aus diesen Aufsätzen schließen läßt, ist jedenfalls schon im Dezember 1878 ein „Correspondenz“-Heft mit einem Beitrag von G. v. Samson-Cassinorm

und in der Zeitung bemühten sich die Führer der Partei um die Klärung des Reformprogramms, das im Frühjahr 1879 in allgemeinen Umrissen offiziell angenommen wurde. Publizistik und Landtagsrede, Wort und Schrift spiegeln vielfältig den Ideengehalt der Reformbewegung wider und zugleich auch die individuelle Eigenart ihrer Träger.

Ernst von Mensenkampff stammte aus der Fölkersahmschen Tradition: sein Vater war einer der treuesten Parteigänger, ein Bruder seiner Mutter, Theodor v. Kruedener, einer der nächsten Freunde Fölkersahms. Von Dorpat her stand Ernst v. Mensenkampff dem einige Jahre älteren Julius Eckardt freundschaftlich nahe, mit dem er einen hervorstechenden Wesenszug teilte: Fleiß und Arbeitsfähigkeit. Ein Nachruf weiß von seinem sachlichen Ehrgeiz<sup>1)</sup>. Seine Freunde liebten ihn wegen seiner Güte und Aufopferungsfähigkeit. Den Bauern war er ein milder Herr. Er ist oft betrogen worden, ihm fehlte der scharfe Blick für menschliche Schwächen. Das reiche Erbe, das er beim Tode seines Vaters antrat, schmolz zusammen, weil er mit vollen Händen zu geben pflegte, wo immer er zu helfen mußte. Er starb im November 1887 mit 47 Jahren an der Schwindsucht, nachdem er im Juni zum Landrat gewählt worden war.

„Wenn dereinst der Geschichtsschreiber“, heißt es in einem Nachruf<sup>2)</sup>, „die rege Epoche der sechziger und siebziger Jahre unparteiisch darstellen wird, so wird Ernst Mensenkampff in den Mittelpunkt derselben zu stehen kommen.“ Im Mittelpunkt stand er in der Tat, wenn er auch nicht die Härte besaß, einer Partei und dem Lande seinen Willen aufzuzwingen. Aus den Trümmern seiner Bibliothek spricht die Vielseitigkeit seiner Interessen. Die sozialpolitische Literatur seiner Zeit war ihm vertraut, auch Philosophisches hatte ihn angezogen. Thering's „Kampf ums Recht“ hat er mit dem Bleistift gelesen, und wir fühlen uns lebendig von ihm angesprochen, wenn wir folgende Stelle angestrichen finden: „Nicht die Gewohnheit, sondern das Opfer ist das feste Band, welches das Volk an sein Recht kettet, und welchem Volke Gott wohl will, dem schenkt er nicht das Recht, noch erleichtert er ihm die Arbeit, sondern dem erschwert er dieselbe.“

Mensenkampff teilte das Verhältnis seiner Generation zur geistigen Bildung:

erschienen. G. Bertholz erwähnt in einem Brief an Dieberichs am 10. Dez. 1878 eine „Correspondenz“ von G. v. Samson-Urbs, die den Vorschlag auf Abänderung der Wahlordnung in den Landgemeinden enthalte, den M. v. Dettingen sich in der Jtg. f. St. u. L. 1878, [288] zu eigen mache. Ob mithin noch ein siebentes Heft angenommen werden muß oder ob Bertholz sich irrt und nicht Samson-Urbs, sondern Samson-Cassinorm in seinem Correspondenz-Heft den Vorschlag gemacht hat, bleibe dahingestellt.

<sup>1)</sup> Jtg. f. St. u. L. 1887, 271. Vgl. hierzu eine intime briefliche Äußerung von Nikolaï v. Dettingen: „Auch ist es mir nicht ganz angenehm, daß E. Mensenkampff in die Landeschul-Kommission gewählt worden ist. Warum muß dieses Arbeitstier auch seine Finger überall drin haben?“ (Karlsbad, 2. Juni 1873). — In einer Broschüre (1878) hat G. v. M. einmal die Stelle angestrichen: „Jede Persönlichkeit fesselt ihre Rechte um so stärker an sich, je mehr sie ihre Pflichten vergrößert.“

<sup>2)</sup> Rig. Jtg. 1887, 273.

ein geradezu enthusiastisches Verhältnis. Die Schule war ihnen ebenso wie den vorausgehenden Generationen ein unfehlbares Mittel zur Beförderung der Humanität<sup>1)</sup>. Dem russischen Hinterlande gegenüber galt es den Kulturvorsprung der Ostseeprovinzen zu sichern; dies war seit den sechziger Jahren eines der Motive der livländischen Reformbewegung. Der Fortschritt marschierte auf der Bahn kultureller Hebung des Landvolks. Am Ende dieses Weges stand der „erweiterte Landtag“, ein allständischer Vertretungskörper des Landes. Den allgemein geistig-sittlichen Fragen gegenüber tritt das nationale Problem bei Mensenkampff stärker zurück, als bei manchem seiner Zeitgenossen. Daß für die Letten, die er liebte und von denen er Gutes dachte, höhere Bildung nur beim Aufgehen im Deutschtum möglich sei, stand für ihn fest. Er mag diesen Prozeß gewünscht haben, weil er davon durchdrungen war, daß ihnen mit der deutschen Kultur ein reicher Segen zuteil würde. Die Bedeutung der nationalen Bewegung der Letten und Esten hat er lange unterschätzt<sup>2)</sup>.

Eine ganz andere Natur als Mensenkampff war sein Schwager Max von Dettingen. Mit den sechs Brüdern Dettingen nur weitläufig verwandt, hatte er seine starke geistige Begabung mütterlicherseits geerbt: sein Großvater war der bedeutende Rektor der Universität Dorpat Gustav Ewers; er war mithin ein leiblicher Vetter Adolf Harnacks. Die Livonia verband auch ihn mit ganz „Jung-Livland“. 1874 siedelte Max v. Dettingen nach Riga über. In den nächsten Jahren hat er mit seinem ganzen Temperament für die Reformidee gekämpft. 1887 wurde Dettingen rigascher Stadtrat. Als er im Herbst 1889 seines Amtes enthoben wurde, wanderte er aus; er ist 1900 in Berlin gestorben.

Max v. Dettingen schrieb eine scharfe und elegante Feder. Die drei Streitschriften, die er gegen Hermann v. Samson verfaßte, glänzen durch Klarheit und Witz<sup>3)</sup>. In der „Zeitung für Stadt und Land“ hat er das positive politische Programm der Reformpartei dargelegt<sup>4)</sup>. Aufschlußreich ist die Begründung, die er in seinen Broschüren und Artikeln der bekannten Forderung der Kreistagsreform verleiht: früher oder später sei eine Änderung der Hegemonieverhältnisse im Lande unvermeidlich; „keine Verfassung der Welt hat Bestand, wenn die wirtschaftlichen Zustände über sie hinausgewachsen sind“; der Bauer

1) Charakteristisch dafür z. B. die Begründung eines Gesuchs von E. v. M. an den Adelskonvent (Subventionierung der Gewerbeschule in Riga 1874, M. Puderküll). Nach einer Schilderung der bösen Folgen der Gewerbefreiheit heißt es: „Das einzige Mittel, um einer weiteren Demoralisation Einhalt zu tun, um allmählich wieder geordnete Zustände herbeizuführen — bietet die Schule“.

2) Vgl. Mensenkampffs Äußerung bei der Landsassendenbatte am 6. Juni 1872: „Wenn diese Jung-Esten und Jung-Letten [als Landsassen]... in unserer Mitte hier tagen... [wird] unser livländischer Landtag es wohl dahin einzurichten wissen..., daß sie Germanen werden...“ (Landtagsrezeß S. 911).

3) „Eine Babylonische „Verständigung““, Riga 1879; „Offene Antwort auf den „Offenen Brief“ des Herrn H. v. Samson“, Riga 1880; „Erwiderung auf „Politische Gedanken“ von H. v. Samson“, Riga 1882.

4) Der — tt — gezeichnete Artikel: „Was wollen die Vertreter einer Landesreform?“ Btg. f. St. u. L. 1878, 88 muß Max v. Dettingen zugeschrieben werden.

muß aus der Vormundschaft entlassen werden; anzustreben ist die „Abolition der Rassenprivilegien“<sup>1)</sup>). Gleichzeitig soll der Adel davor bewahrt werden, zu einer „verknöcherten Standesgesellschaft“ herabzusinken; er soll ins wirkliche politische Leben eingeschaltet bleiben. Auch bei einer Verschiebung der Machtverhältnisse drohe der Kultur keine Gefahr: denn „hat sie den hohen Wert, den wir ihr zuschreiben — und sie hat ihn zweifellos —, dann wird sie uns erhalten bleiben auch bei anderen politischen Lebensformen“<sup>2)</sup>).

Wenn Dettingen sich wiederholt gegen Schlagworte verwahrt<sup>3)</sup>, so mag sowohl Taktik als Überzeugung mitsprechen. Die liberale Parole verlor am Ausgang der 70-er Jahre ihren Glanz. Das ändert aber nichts daran, daß Max v. Dettingen seinem Wesen nach ein echter Liberaler der livländischen Reformepoche war — gerade in seinem Glauben an die ausgleichende Macht der Kultur. Er sah den „Nationalitätenhader“ in Livland, und er empfand ihn als ein Übel. Aber er sah ihn doch wohl nicht als einen Ausdruck des elementaren Machtwillens der emporstrebenden Völker<sup>4)</sup>. Gegenüber dem Ruffentum erschien ihm noch 1887 die Gemeinsamkeit zwischen Deutschen und Letten, Deutschen und Esten als unzerreißbar. Er glaubte an eine „baltische Sache“, die sowohl für die Deutschen, als auch für die Letten und Esten verbindlich werden könnte<sup>5)</sup>. Und auch er unterschätzte die Eigenkraft der lettischen und estnischen Volksidee<sup>6)</sup>.

<sup>1)</sup> Von wem diese geistreiche Wendung stammt — eine Analogiebildung zur Fölkersaftsmischen „Abolition der Frone“ —, ist nicht mehr zu ermitteln. Sie wird zur Parole der ganzen Reformbewegung.

<sup>2)</sup> a. a. D.

<sup>3)</sup> „Vor allen Dingen bitten wir die Erinnerung an die politischen Schlagworte „liberal“ und „konservativ“ fallen zu lassen“ (a. a. D.). Zum Namen „liberal“: „Wir gebrauchen diese Bezeichnung, obwohl sie uns keineswegs konveniert, als hergebrachtes Unterscheidungsmerkmal“ („Eine Babylonische „Verständigung““, 15). — Dem entspricht die entschiedene Abgrenzung gegen den „flachen“, „vulgären“ Liberalismus in seiner Landtagsrede vom 4. Februar 1882 (Landtagsrezesß S. 831 f.): „Bringen Sie irgend einen von jenen sog. Liberalen [des livländischen Landtags] nach Deutschland und zeigen Sie ihn als Liberalen, man wird über ihn lachen, als Curiosum wird man ihn ansehen und er wird auf die rechte Seite jenes Hauses gesetzt werden.“

<sup>4)</sup> „Wir wissen es doch recht genau, daß das, was wir heutigen Tages an Nationalitätsschwindel und dgl. Erzessen erlebt haben, daß das hinein[ge]tragen ist in eine gute und ruhige Bevölkerung... Und seien wir gerecht, m. H., fragen wir uns ganz aufrichtig, ob dieser Racens-, oder dieser Nationalitäten-Antagonismus, ob wir nicht auch ein Stückchen davon in unserem Herzen tragen und ob wir nicht auch ein Stückchen Schuld daran tragen“. Rede am 4. Februar 1882, Landtagsrezesß S. 836 ff.

<sup>5)</sup> „Lettisch-estnische Wandlungen“, anonym erschienen in den Russisch-Baltischen Blättern, Heft 3, 1887. Hier (S. 133) der sehr charakteristische Ausdruck livländischer Verachtung gegenüber Rußland, — „jenen sarmatischen Topf“, „in welchem aus „Orthodoxie“, Nihilismus, Tschinomniktum, Papierrubeln, Brauntwein und Dynamit die große „russische Idee“ gebraut wird...“

<sup>6)</sup> So etwa a. a. D. S. 132 mit dem Satz: „Um ein Deutscher zu werden, hat der Lette oder Este nur die deutsche Sprache sich anzueignen, und der also Germanisierte empfindet es kaum, daß eine Wandlung mit ihm vorging“.

Der dritte anerkannte Führer und Sprecher der livländischen Reformpartei war Baron Heinrich Tiefenhausen, der bedeutendste und zugleich der am wenigsten mit der Partei verwachsene Reformliberale. Tiefenhausens eigentliche politische Leistung gehört einer etwas späteren Zeit an. Mensenkampff starb, Dettingen verließ das Land; Tiefenhausen wurde 1887 residierender Landrat und ist als solcher bis 1902 einer der Träger der Landespolitik gewesen<sup>1)</sup>.

Zur Parteikorrespondenz steuerte Tiefenhausen im März 1879 eine umfangreiche Abhandlung über die Frage der bauerlichen Vertretung bei, in der er den Standpunkt verfocht, daß nicht die Gemeinde, sondern der Grundbesitz die Basis der Verfassungsreform sein müsse. Als Zweck der Reform bezeichnete er dreierlei: Erhaltung und Kräftigung der autonomen Rechte und der Selbstverwaltung Livlands; Verschmelzung der verschiedenen Nationalitäten zu einem einigen politischen Volk; Besserung der durch die Inkongruenz der Steuerverhältnisse ins Stocken geratenen öffentlichen wirtschaftlichen Zustände. Als Hauptfrage erschien ihm die „Verschmelzung der Nationalitäten“, als wichtigstes Ziel die Schaffung eines einigen „politischen Volkes“. Es ist dies der gleiche Begriff der „politischen Nationalität“, zu dem der geistige Führer des baltischen Liberalismus der sechziger Jahre, Georg Berkholz, sich bekannt hatte<sup>2)</sup>. Während aber Berkholz schon in der Volksbildung ein Mittel gegen die „moderne Nationalitätsucht“ gesehen hatte — Bildung war ihm eben eine rein humane Angelegenheit —, spricht aus Tiefenhausen ein weiteres Jahrzehnt moderner geschichtlicher Erfahrung: er kann am tiefen Zusammenhang zwischen Nationalgefühl und geistiger Bildung nicht mehr zweifeln<sup>3)</sup>. Als das einzige Mittel zur Überwindung des Risses, den die nationale Frage in die Bevölkerung Livlands trug, bezeichnete er laut und nachdrücklich die politische Zusammenarbeit. Ein Überhandnehmen der zahlenmäßig stärkeren Bevölkerungsgruppen im geplanten gemeinsamen Vertretungskörper fürchtete er nicht. Er hatte den starken Glauben an eine Sendung der Ritterschaft auch in der neuen Zeit, wenn sie nur „ihr ganzes Schwergewicht“ in den neuen Körper hineinbringe und dort die Führerschaft übernehme: „und, meine Herren, das können wir tun und das müssen wir tun und das werden wir tun . . .“<sup>4)</sup>. Ein Literat gab in jenen Jahren die vielfach aufgegriffene Parole aus: das baltische Deutschtum habe der Herr-

1) Seiner Wirksamkeit und seiner Persönlichkeit hat Tobien ein Denkmal gesetzt. Vgl. bes. Ritt. I, 23.

2) R. Wittram, Liberalismus baltischer Literaten, 48.

3) Landtagsrede vom 28. Febr. 1878, Tobien, Ritt. I, 522.

4) Rede vom 3. Febr. 1882, Landtagsrezepß S. 762 f. Am 4. Febr. erklärte Tiefenhausen (a. a. D. S. 885): „Wenn wir das Vertrauen im Lande haben — und wir haben es noch —, dann wird das Land auch neidlos darauf blicken, daß wir an der Spitze des Landes stehen; davon bin ich fest überzeugt“. — Im selben Sinne Max v. Dettingen (a. a. D. S. 838): „Und wenn wir dann nicht Kraft genug haben, um die Führerschaft im Lande zu behalten, ja, m. G., dann können wir abdizieren, dann brauchen wir das Land nicht mehr zu führen und das Land braucht uns nicht mehr“.

schaft im Lande zu entsagen und stattdessen die Führerschaft anzustreben<sup>1)</sup>. In Tiefenhausens und seiner Gesinnungsgenossen Arbeitskraft verkörperte sich Führungswille und Zukunftsglaube der Ritterschaft — im Sinne seiner Worte auf dem Landtag von 1882: „Und wir sind nicht in der Lage, irgendeiner Staatsdoktrin gegenüber ja zu sagen, sondern wir sind verpflichtet zu erklären: nein, wir bleiben dieselben, die wir sind“<sup>2)</sup>. Aus dieser Grundeinstellung erklärt sich die Wärme, mit der Tiefenhausen 1892 am Sarge seines einstigen energischen Parteigegners Arthur v. Richter sprach, seines Vorgängers im Amte des residierenden Landrats<sup>3)</sup>. Rückblickend wird man sagen müssen, daß die politische Lebenskraft des livländischen Adels im kritischen Jahrzehnt von 1875—1885 nicht in den entschlossenen Konservativen, die den alten Virilandtag erhalten wollten, sondern gerade in den Reformparteilern am stärksten zum Ausdruck kam.

Um die drei Führer der Reformpartei gruppierte sich eine ganze Anzahl selbständiger Charaktere, begabter Männer zu enger und herzlicher Gemeinschaft in straffer Parteidisziplin. Da waren Mensenkampffs Schwäger Baron Reinhold Staël-Neu-Anzen (geb. 1846) und der bereits 1883 verstorbene Baron Léon Meyendorff-Ramkau (geb. 1840), sowie dessen Bruder Friedrich, der spätere Landmarschall. Ferner die Brüder Ottomar (geb. 1840) und Guido v. Samson (geb. 1841), Oskar v. Anrep-Homeln (geb. 1836, Schwager Max v. Dettingens) und Konrad v. Anrep-Schloß Ringen (geb. 1839). Zur Reformpartei rechnete sich auch der alte Armin v. Samson-Sepkull, ebenso sein Schwiegersohn Baron Balthasar Campenhausen-Drellen (geb. 1843).

Von Campenhausen gibt es in der Parteikorrespondenz (Januar 1879) einen Beitrag, der die Streitfrage der bäuerlichen Vertretung durch Gemeinde oder Grundbesitz behandelt und hierbei mit großer Unbefangenheit das ganze Problem der Beziehungen zwischen den baltischen Nationalitäten aufrollt. Die Betrachtungen sind umso interessanter, als sie mit einer sonst nirgends anzutreffenden Schärfe den Zusammenhang zwischen dem sozialen und nationalen Problem in Livland beleuchten. Der Verfasser geht von der Beobachtung aus, daß viel stärker als das Bedürfnis nach politischer Vertretung im Landvolk das Verlangen nach sozialer Emanzipation lebendig ist — ein „leidenschaftliches, das ganze Volk durchdringendes und erfüllendes“ Verlangen. Die soziale Herrschaft der Deutschen ist noch unerschütterter, sozialer Aufstieg bedeutet für die Letzten und Ersten unfehlbar Aufgehen „in das, was man bei uns Deutschtum nennt“. Sehr treffend

1) G. Neuchel, „Das Programm der „Baltischen Monatschrift“,“ Ztg. f. St. u. L. 1878, 49. Hiernach zitiert von Edm. v. Heyking, B. M. 1878/79, 26, 314 (auch Sonderdruck). Vgl. auch Baron Campenhausen, Politische Vertretung (1879), 11.

2) Landtagsrezepß 1882, S. 751 f.

3) B. M. 1893, 40, 55 ff. Mitspielen mag hier auch die inzwischen eingetretene Annäherung des Standpunkts der Liberalen an den der Konservativen, wie sie z. B. in der Äußerung Tiefenhausens auf dem Junilandtag 1884 zum Ausdruck kommt (Landtagsrezepß, S. 625): die Hauptsache sei, „daß entweder in dieser oder in einer anderen Weise der Intelligenz und unserer deutschen Kultur in dem künftigen Verfassungskörper die Präponderanz gesichert wird“.

die Bemerkungen über den angeborenen und anerzogenen „Racenhochmut“ der deutschen Bevölkerung. Und nun seine Forderung: „Was wir als Voraussetzung allen weiteren Fortschritts zu erstreben haben, ist der Ausgleich der sozialen Gegensätze innerhalb der deutschen und autochthonen Bevölkerung Livlands — die Abolition der Racenprivilegien und die Neugestaltung ihrer sozialen Verhältnisse.“ Alle Reform ist danach zu beurteilen, wieweit sie geeignet ist, die nationalen Gegensätze auszugleichen und ein „livländisches Volk“ zu schaffen. Ein Ausgleich ist nur zu erhoffen mit den besitzlichen Klassen der Letten und Esten, denen zuzutrauen ist, „daß zwischen ihnen und uns . . . die Gemeinsamkeit der geistigen und materiellen Interessen stärker ist, als der Gegensatz der Nationalitäten“. Die einzige Möglichkeit, aus der bisherigen Herrschaft die Führerschaft zu retten, liegt in der Verständigung mit dem grundbesitzlichen Teil der Landbevölkerung.

Wie unheimlich viel Richtiges steckt in dieser großzügigen Konzeption! Und doch sah auch Campenhausen eines nicht, was von allen, die sich in jenen Jahrzehnten mit dem baltischen Nationalitätenproblem auseinandergesetzt haben, vielleicht nur Georg Bergholz von ferne geahnt hat: daß mit dem modernen Nationalgefühl ein Geist in die Welt hineingeboren ist, der seinem eigenen Wachstumsgesetz zu folgen hat. Es ist ein merkwürdiges Bild, wie alle diese Männer, denen der Alltag schon den Blick für die nationale Frage schärfte, gewissermaßen an einer Grenze hintasteten: indem sie, wie Campenhausen oder M. v. Dettingen, mit scharfen Worten den Racenhochmut, die „alte Sünde des Blutes“ geißeln, offensichtlich aus dem Gefühl einer vor allem nationalen Empfinden liegenden rein menschenrechtlichen Verpflichtung, sind sie un-berußt und — uneigennützig zugleich Verkünder des tiefen Lebensrechts der nationalen Idee.

Die Reformpartei blieb auf den Kreis der Landtagsberechtigten beschränkt. Der Gedanke, die Partei durch außerhalb des Landtags stehende Personen zu verstärken, der gegen Schluß des Landtags von 1878 aufstachelte, blieb unausgeführt. Abgesehen davon, daß im gebildeten deutschen Bürgertum mehr und mehr konservative Stimmungen die Oberhand gewonnen hatten, die es unwahrscheinlich erscheinen ließen, daß den landespolitischen Zielen der Reformpartei von dorthier eine nennenswerte Unterstützung zuteil werden würde, stand dem Plane die Kraft der Landtagstradition entgegen: ein Zusammenschluß der ritterschaftlichen Reformfreunde mit außerhalb des Landtags stehenden Personen zur gemeinsamen Durchführung politischer Ziele wäre als ein Verrat an der Korporation empfunden worden und hätte einen Schrei der Empörung ausgelöst; die Reformpartei hätte im Landtagsaal allen Kredit verloren. Außerdem wäre der faktische Machtzuwachs auch im günstigsten Fall doch nur gering gewesen. Der Gedanke einer politischen Partei auf breiter Grundlage besaß im ständischen Aufbau des Landes keinen Boden. Und zu wirklich revolutionären Schritten fehlten bei den Reformfreunden die inneren Voraussetzungen ganz. Niemand von ihnen hat den Gedanken an Umsturz jemals auch nur gestreift. Die historisch gewordene Eigenart der baltischen Provinzen war ihnen eben, wie sie

es selbst formulierten, „ein staatsrechtliches Axiom“<sup>1)</sup>. „Wir stehen auf dem historischen Boden“, rief Max v. Dettingen auf dem Februarlandtag 1882 und führte als glaubwürdigen Zeugen den Konservativen Carl Schirren an.

Diesen Anschluß an die Tradition sucht auch das allgemeine Parteiprogramm zu wahren, das im März 1879 vereinbart wurde, ohne große Bedeutung zu erlangen<sup>2)</sup>. Entworfen von Ernst v. Mensenkampff, zeigt das Programm das Bestreben, der baltischen öffentlichen Meinung durch Betonung des Schirrenschen Privilegienstandpunkts Rechnung zu tragen. Es beginnt mit dem Bekenntnis zur autonomen Eigenart des Landes als unveräußerlichem Gut, um dann in weiter Fassung die allgemein bekannten Forderungen zu entwickeln: Ausdehnung der Rechte und Privilegien des Landes auf alle Stände, allmählicher Ausbau der Verfassung in stufenweiser Aufeinanderfolge. Charakteristisch ist, in wie blassen Wendungen das Programm die nationale Frage umschreibt: einerseits soll der Einfluß der deutschen Kultur für das ganze Land wirksam erhalten werden; Punkt 5 dagegen lautet: „Den sprachlich nationalen Bestrebungen der lettischen und estnischen Landbevölkerung wollen wir uns nicht hindernd in den Weg stellen, insofern dieselben den Interessen unserer Heimat treu bleiben“. Die nationale Frage stand den Reformliberalen eben nicht im Zentrum ihres Denkens und Wollens; Stellung nehmen aber mußten sie zu ihr, und sie taten es in jener Überzeugung von der Harmonisierbarkeit der Gegensätze, die ihrem fortschrittsgläubigen Optimismus entsprach.

---

Die livländische Reformpartei hat bis zu den starken Schlägen der russischen Regierung 1887 bestanden. Damals führte die neue politische Fragestellung eine vollständige Umgruppierung der Parteien herbei. Es handelte sich darum, in welcher Weise der Landtag zur Lage Stellung nehmen sollte, die sich aus den Gesetzen vom 10. April und 17. Mai 1887 über die Russifizierung der Gymnasien und Volksschulen ergab. Sollte die Ritterschaft an der Verwaltung auch der russifizierten Schule teilnehmen? Die Landtagsglieder gruppieren sich je nach ihrer Stellungnahme in dieser Frage. Der alte Gegensatz von liberal und konservativ war ausgelöscht. In der Großen Gilde, dem Versammlungslokal der Konservativen, tagten die „Abstinenzler“, die Anhänger einer Politik ehrenvollen Verzichts, unter ihnen der Führer der Konservativen, Landrat Arthur

---

<sup>1)</sup> Rundgebung der Liberalen vom 22. Okt. 1881, Punkt I. (Gedruckt: H. v. Samson, Politische Gedanken, 1882, S. 2. ff.)

<sup>2)</sup> Veröffentlicht infolge einer Indiskretion zuerst durch die „Rigas Papa“ über die Entstehung des Programms f. Rig. Ztg. 1879, 192. Das Programm wird von der Rig. Ztg. 1879, 176 aus der Rev. Ztg. übernommen. Die Ztg. f. St. u. L. kommentiert es erst in Nr. 193. Vgl. auch den — — gezeichneten, zweifellos von E. v. Mensenkampff stammenden Artikel „Zur Reformfrage“ Ztg. f. St. u. L. 1879, 221, die Artikel von — — (Max v. Dettingen) 210, 212 und 230 und die Zuschrift von Guido v. Samson 223. — Über seinen Anteil an der Fassung von Punkt 6 des Programms berichtet H. v. Samson „Zur Verständigung“, S. 125 Anm., und „Offener Brief“, S. 36.

v. Richter, und die Führer der Reformpartei Ernst v. Mensenkampff und Max v. Dettingen. Im Speisesaal des Ritterhauses sammelten sich die „Opportunisten“, die Befürworter patriotischer Weiterarbeit, unter ihnen der alte Liberale Eduard v. Dettingen, der Konservative Arved v. Brasch, der Reformparteieler Baron Heinrich Tiefenhausen. Eduard v. Dettingen versuchte vergeblich, durch Einberufung einer allgemeinen Vorversammlung eine Einigung zustande zu bringen. Jahrelang Schulter an Schulter stehende politische Freunde trennten sich, Glieder derselben Familie standen einander als Gegner gegenüber<sup>1)</sup>. Das alte livländische Parteiwesen wich der neuen Zeit — um allerdings von Zeit zu Zeit immer wieder aufzuleben.

Aber schon lange vor dem Juni 1887 hatte es einen Teil seiner Bedeutung eingebüßt. Zwar schlossen sich die beiden Fraktionen der Altliberalen und der Reformler gleich nach dem Bekanntwerden der Nachricht, daß die russische Regierung ein Gutachten des Landtags zur Frage einer Übertragung der Semstwo auf die Ostseeprovinzen wünsche, im Oktober 1881 zu einer „Großen allgemeinen Partei“ zusammen und erließen eine von 8 Gliedern des Adelskonvents unterzeichnete gemeinsame Kundgebung. Auf dem Landtag von 1882 fochten sie gemeinsam für den „Erweiterten Landtag“, den einen allständischen Vertretungskörper, und gegen die von den Konservativen befürwortete Schaffung eines Wirtschaftskörpers neben dem Virillandtag. Als die Konservativen siegten, beschloß die liberale Partei, in Riga einen Parteivorstand einzusetzen und „unbeirrt durch den Landtagsschluß in der Verfassungsfrage weiter zu arbeiten“<sup>2)</sup>. Dann aber, als die Verhandlungen mit den Schwesterprovinzen begannen, rückte die Frage aus dem Stadium freier Planung immer mehr in die Sphäre der ständischen Diplomatie. In Estland und Kurland hatte die Idee eines erweiterten Landtags gar keine Aussichten. Um der Einigung mit den Nachbarprovinzen willen war die liberale Partei bereit, ihre Sonderwünsche zurückzustellen<sup>3)</sup>. Je mehr die ganze Verfassungsfrage eine offizielle Angelegenheit der Provinzen wurde, desto mehr büßte sie die Fähigkeit ein, Lebensprinzip der livländischen Reformpartei zu sein. Hinzu kam, daß seit der Manasseinschen Revision 1882/83 der Gesichtspunkt der nackten Abwehr in der baltischen Landespolitik die großen Ziele der livländischen Reformpartei immer mehr in den Hintergrund treten ließ.

Ob der Rücktritt Mensenkampffs und Dettingens von der „Zeitung für Stadt und Land“ im Oktober 1882 damit in Zusammenhang gebracht werden kann, bleibe dahingestellt.

1) Arved v. Dettingen, Eduard v. Dettingen, Biogr. S. 49; außerdem mündl. Mitteilungen an den Verfasser.

2) a. a. O. S. 45.

3) Erklärungen von E. v. Mensenkampff und Baron H. Tiefenhausen am 5. Februar 1882. Landtagsrezep S. 949 und 1003.

## 5. Die Konservativen

### 1.

„Sie werden bemerkt haben — und die Geschichte lehrt es auf jeder Seite —, daß der grundbesitzende Stand in sich den Konservatismus trägt, das Halten und Lieben des Althergebrachten, das liegt in der Natur eines jeden, der mit dem grundbesitzlichen Stand verwachsen ist, er brauche nicht einmal selbst Grundbesitz zu haben.“ Es war ein Liberaler des livländischen Landtags, der dieser Erkenntnis Ausdruck verlieh<sup>1)</sup>, und im großen trifft diese Kennzeichnung in gleicher Weise auf die Konservativen wie auf die Liberalen des baltischen Adels zu. Waren also schon die baltischen Liberalen im Grunde konservative Leute, so mußten die baltischen Konservativen sich dem Zeitgeist als Reaktionäre darstellen. In den Augen des binnendeutschen Liberalismus waren sie bekanntlich das Urbild des „Feudalismus“, eine Partei, der gegenüber die Kreuzzeitungspartei als „schwache Kopie“ erschien<sup>2)</sup>. Im ablehnenden Urteil des liberalen Bürgertums schwingt eine ganze Skala von Empfindungen mit, und es meint meist den ganzen Adel, von dem nur einzelne „aufgeklärte“ Vertreter ausgenommen werden. Bildungsfremdheit; eng-robuste Vertretung materieller Standesinteressen; vor allem aber jener sprichwörtliche Ahnenstolz, der dem Bürger zu fühlen gebe, daß er geringeres Blut besitze — mit diesen Vorwürfen hat auch der baltische Liberalismus gegen den „Adel von Gottes Gnaden“ gekämpft, und in der teils ständischen, teils ideologischen Oppositionsstellung namentlich des kurländischen Literatentums bildete sich jene Mischung von lächelndem Bildungshochmut und gewissen, nicht selten bitteren sozialen Rückgefühlen, die zuzeiten das Verhältnis zu den konservativen Landtagskreisen bestimmte. Sehr charakteristisch ist, daß Professor Carl Schirren, der als konservativ anerkannte selbstbewußte Literat, während der Zeit seines politischen Einflusses in Livland Beziehungen nicht zur konservativen, sondern zur liberalen Landtagspartei unterhielt<sup>3)</sup>. Seitens der livländischen Konservativen hat man dem städtischen Bürgertum gegenüber wohl nur in der Zeit des Kampfes um das Güterbesitzrecht und die Justizreform feindselige Empfindungen gehegt<sup>4)</sup>. Sonst überwog das Gefühl ruhiger aristokratischer Überlegenheit<sup>5)</sup>.

<sup>1)</sup> Ed. v. Dettingen am 29. Mai 1875, Landtagsrezess S. 820 f. Im selben Sinne F. v. Ditmar-Alt-Jennern a. a. D. S. 812 f.: „Wir, m. H., sind eine durch und durch aristokratische ruhige Versammlung, welche der Natur der Sache nach konservativen Interessen zugeneigt ist...“

<sup>2)</sup> Preussische Jahrbücher, August 1860 (R. Witttram, Lit. balt. Lit. S. 5).

<sup>3)</sup> Über C. Schirren steht eine größere Veröffentlichung von W. Wulffius bevor.

<sup>4)</sup> Über den berühmten Droh-Beschluß der rigaschen Großen Gilde im Februar 1864 herrschte im Adel Empörung. Nolden begrüßte ihn eben deshalb mit lebhafter Freude: die Drohung war geeignet, ein Entgegenkommen seitens des Adels zu erschweren. Staël, Freiegebund, a. a. D. S. 183 f.

<sup>5)</sup> Von einer ungemein bezeichnenden Szene aus dem Jahre 1856, in dem der livländische Landtag das Bürgertum vom Landbesitz auszuschließen beschloß, erzählt Ed. v. Dettingen in einem Brief an seine Frau (Biogr. S. 7). Es war auf einem Fest der Rigaer

Der Typus des konservativen baltischen Edelmannes wandelt sich im Laufe des 19. Jahrhunderts sehr deutlich. Bis über die Mitte des Jahrhunderts herrscht ein gesundes und vornehmes Landjunkertum vor. Jagd und Landespolitik als Lebensinhalt — es steckte in diesen „Reaktionären“ alten Schlages mitunter mehr wirkliche Kraft als in ihren gebildeten liberalen Gegnern, und wir ahnen vielleicht heute mehr als früher etwas davon, daß sich in der zähen „Rückständigkeit“ der Gesinnungen die Lebenskräfte des Volkes konservierten, während die äußeren Formen erstarrten und verwitterten. Die jüngere Generation, der Gegenspieler der livländischen Reformpartei, zeigt ein anderes Gesicht. Im Durchschnitt viel gebildeter als die Väter und Großväter, waren auch die jungen Konservativen nicht unberührt geblieben vom Geist des bürgerlichen Zeitalters. Der materielle Wohlstand war gestiegen, die Eisenbahnbauten eröffneten geschäftliche Perspektiven von großer Breite, hier und da kam wirklicher Luxus auf, und der Zweifel einer Zeit, die mit dem Gottesgnadentum aufräumte, verschonte auch das Selbstgefühl so alter und zäher Standschaften wie der baltischen nicht.

Klarer und einfacher war, was die baltischen Konservativen wollten, als was ihre Gegner erstrebten. Gegen Fölkersahm verteidigten sie die alte Agrarverfassung und damit das patriarchalische Livland; in den sechziger Jahren kämpften sie für den Sinn eines politischen Adels; im letzten Jahrzehnt der Reformepoche ging es um die Machtstellung der Ritterschaft in einer gewandelten Welt. Die Verschiebung der Ziele kennzeichnet den Terrainverlust einer Gesinnung, die sich immer mehr daran gewöhnte, wenn sie den Dingen auf den Grund ging, die Vorläufigkeit, das „Noch“ ihres Weltbildes einzugestehen.

Der Konservative der baltischen Reformepoche hat sich ganz selten über seine Prinzipien geäußert, denn diese Prinzipien brauchten nicht abgezogen an die Standesgenossen herangetragen zu werden, sie sprachen aus der unerhört starken Überlieferung und aus der realen und ideellen Wirklichkeit, die den einzelnen ebenso selbstverständlich einhüllte wie die Luft, die er atmete. Je tiefer diese Wirklichkeit sich wandelte, desto notwendiger wurde die konservative Apologie, und so fehlen denn auch grundsätzliche Verlautbarungen von konservativer Seite nicht ganz; im Vergleich zu der Fülle liberaler Selbstzeugnisse sind es aber sehr wenige.

---

Liedertafel, zu dem auch der Adel geladen war. Der Advokat Bienemann hielt eine Rede mit deutlicher Anspielung auf den von den Konservativen herbeigeführten Landtagsbeschuß; er erinnerte daran, daß vor neun Jahren an der gleichen Stelle von einem Landtagsgast ein Toast ausgebracht worden sei auf „Vereinigung von Stadt und Land“, und schloß mit der Hoffnung, daß stets ein gemeinsamer Weg gefunden werden möge. „Als er geendigt hatte, standen wir alle auf, dankten und stießen mit ihm an. Nolden als Vertreter des Landes fühlte sich besonders verpflichtet, kam auf Bienemann zu, aber dieser wandte sich um und ging weiter; nochmals ging Nolden um den Tisch, Bienemann wich ihm aus, endlich trat Nolden ihm direkt entgegen. Bienemann stieß mit ihm bedeutungsvoll an und sagte: „Ja, das war Ihr Herr Vater, der vor 9 Jahren den Toast auf die Vereinigung von Stadt und Land ausbrachte!“ Nolden zog perplex ab und Woldemar Voel flüsterte mir ins Ohr: „Er ist gewohnt, mit einem Fuß zu verraten!“

Die geistigen Einflüsse waren z. T. die gleichen wie in Preußen. Die konservativen Beschlüsse der livländischen Landtage von 1856 und 1857 sind geradezu — urteilt G. Bertholz — „zum großen oder zum größten Teil“ auf den Einfluß der Kreuzzeitung zurückzuführen. „Wagener und Stahl waren zeitweilig Orakel auch für unsere Junker“<sup>1)</sup>. Auch sonst fanden die Ideen der preußischen Romantik ihren Weg nach Livland: über die Katheder in Berlin und Dorpat, durch Wilhelm Heinrich Riehls „Bürgerliche Gesellschaft“ (4. Aufl. 1856)<sup>2)</sup>, und sie wirkten hier als Bestätigung einer Denkweise, die dem Edelmann im Durchschnitt als die allein natürliche erschien.

Als der erste Ideologe der livländischen Konservativen erscheint der älteste Sohn des anerkannten konservativen Führers Georg von Nolcken-Lunia Ernst Baron Nolcken, (geboren 1814, studierte in Dorpat und Berlin, war seit 1854 Besitzer von Lunia), der die ganze Gedankenwelt der großen konservativen Theoretiker in sich aufgenommen hatte und auf Livland anwandte<sup>3)</sup>. Er gehörte der 1854 gewählten Kommission zur Revision der Agrar- und Bauernverordnung von 1849 an und reichte ihr ein umfangreiches Schriftstück ein, in dem er für die Beibehaltung der Grundsätze von 1804 eintrat<sup>4)</sup>. Das Ergebnis der Kommissionsarbeit erläuterte er auf dem Landtag von 1856, „da der Bericht der Revisionskommission an den Landtag als ein offizielles Aktenstück die Beweggründe desselben unmöglich erschöpfend auseinandersetzen konnte.“ Die Erklärung wurde verlesen und kam zu den Akten<sup>5)</sup>. Als des Adels Wurzel erscheint der freie Kontrakt: „Durch die freie Konkurrenz führen wir den Druck des Kapitals selbst ein und provozieren den Schutz der Regierung, der sich dann als der Druck des Beamten äußert“; das Festhalten am freien Kontrakt „kann sehr leicht den Untergang des Adels zur Folge haben...“<sup>6)</sup> Alle seine Anschauungen faßte Nolcken in einer Broschüre zusammen, in der er sich ausdrücklich auf Riehl bezieht und in seiner aristokratischen Grundauffassung mit R. L. v. Haller übereinstimmt<sup>7)</sup>. Die Arbeit, aphoristisch angelegt, enthält z. T.

1) G[eorg] B[ertholz], Presse und Landtag, Rig. Btg. 1877, 88. Vgl. auch Livl. Korr., B. M. 1862, 6, 175.

2) T ob i e n, Agr. II, 87, vor allem 210–214, wo diese geistesgeschichtlichen Zusammenhänge klargestellt sind. — T(h.) [G.] P[anteinus] macht in der Rig. Btg. 1873, 167 die Feststellung: „Riehl ist in den baltischen Landen ein ungemein populärer Schriftsteller. Zumal auf dem Lande fehlt er nicht leicht...“

3) T o b i e n erwähnt ihn Agr. II, 214 Anm. 1 und nennt ihn dort den „livländischen Bülow-Cummerow“.

4) „Wir haben uns, Gottlob, nur insofern nach den westlichen Staaten zu richten, als daß wir ihren Unsinn zu vermeiden haben, und so wollen wir die Dienstbarkeit des Volks, dieses konservativste Element im Staate, in Ehren halten“. Eingabe ohne Unterschrift und v. D., Akte der Kommission zur Revision der Agrar- und Bauernverordnung v. 1849, I. Heft.

5) Akte, die Revision der Agrar- und Bauernverordnung v. 1849 betr. Vol. I, 166 ff. Landtagsrezepß 1856, S. 13.

6) Über die Motive der Beschlüsse von 1856 vgl. vor allem [A. v. L i d e b ö h l], „Das neue livländische Bauerngesetzbuch“, B. M. 1862, 5, 10 ff.

7) E r n s t F r h. v. N o l c k e n, Rußland hat allein noch die Wahl! Sozialpolitische Betrachtungen. Berlin 1857. Die Broschüre enthält z. T. wörtliche Übereinstimmungen mit der

sehr geschickte Formulierungen und gipfelt in der entschiedenen Ablehnung des bäuerlichen Grundeigentums und der Geldpacht. Als den Zweck seiner Schrift bezeichnet Nolden, „wahrhaft christliche Institutionen“ zu stützen; die Lehre von der christlichen Staatsordnung durchzieht das ganze Buch. Innerhalb dieser Ordnung hat der Adel seinen notwendigen Platz: wer den Herrscher von Gottes Gnaden will, muß auch den bevorrechtigten Erbadel, den Adel von Gottes Gnaden, wollen; er allein ist in der Lage, das Volk gegen den Druck des Kapitals und des Beamten zu schützen. Erstaunlich, wie scharf die Gefahren des Kapitalismus und Materialismus gesehen werden. Die Ablehnung des Beamtentums ist — offensichtlich durch die Erfahrungen mit der russischen Bürokratie — bis zur Verachtung gesteigert. Was der Titel schon andeutet, bestätigt der Inhalt: der Grundton ist Resignation. „Es ist eine schwere Zeit für den Adel der ganzen Welt; er ist mehr gehezt als das Wild auf dem Felde; unermüdblich werden seine Stellung, seine Rechte und sein Eigentum angegriffen, und es gehört viel Pietät gegen die Tradition, viel Pflichtgefühl dazu, um in jetziger Zeit noch Edelmann zu bleiben.“

Die geschichtliche Stellung des baltischen Adels hatte zur Folge, daß die ständische Empfindungsweise mit der nationalen hier eine durchaus eigenartige Verbindung einging.

Schon im Kampf der Konservativen gegen Fölkersahm klang gelegentlich ein eigentümliches nationales Motiv an, um allerdings erst später bestimmend zu werden. Georg Baron Nolden-Lunia sprach in seiner Landtagsrede vom 21. Febr. 1842 von der „Verschiedenheit der Nationalität und Sprache“, welche die Herren und Bauern „noch immer so schroff“ voneinander scheidet, „wie vor 600 Jahren“<sup>1)</sup>. Es wäre ein Irrtum, wenn man hierin eine Anspielung auf das moderne Nationalitätsprinzip sehen wollte. Die Erwägungen Noldens stammen aus einer anderen historischen Bewußtseinschicht. Wenn Nolden feststellt, die Bauern „betrachteten ihre Herren noch immer als Eindringlinge, die ihnen ihr Land genommen und es ihnen unrechtmäßig vorenthielten — sie hätten unser Recht nie anerkannt und noch neuerlich den Besitz des Landes für sich in Anspruch genommen...“, so spricht daraus eine uralte Erinnerung an die Kämpfe der Eroberer mit den „Indigenen“. Keine Frage, daß für Nolden das Recht des Adels auf den Besitz des Landes außerhalb jeden Zweifels stand. Es entsprach aber der ritterlichen Überlieferung und wohl auch der romantischen Zeitstimmung, wenn bei der Verteidigung der Adelsrechte Kolonistengefühl, Kolonistenstolz mitschwangen. Eine germanische Ritterschaft war man, wollte man bleiben, ihrer Herkunft treu, ihrer Machtstellung zäh bewußt, ihrer Rechtmäßigkeit innerhalb der aristokratischen Weltordnung sicher. Wie blaß wirkt

Eingabe an die Revisionskommission. Mündl. Überlieferung will wissen, daß der konservative Familie Nolden an einer Unterdrückung des Buches gelegen war, das in mancher Beziehung — z. B. in der grundsätzlichen Ablehnung des Versicherungswesens (S. 11, 22 f.) — damals in Livland bis zur Lächerlichkeit rückständig wirkte.

<sup>1)</sup> Landtagsrede 21. Febr. 1842, S. 95. Vgl. Staël, Fölkersahm, S. 41 f., Tobien, Agr. II, 78 (das Tagesdatum ist bei Staël richtig).

gegenüber diesem Selbstgefühl der liberale Begriff vom Staatsbürger, der als solcher Rechte und Ansprüche habe! Das war lustige Theorie; das Leben pulsierte stark und kräftig innerhalb der mächtigen Geschlossenheit der monarchisch-aristokratischen Welt<sup>1)</sup>. Und hatten auch innerhalb dieses Weltbildes die Volkstümer keinen eigenen Platz, so lebte doch hier im alten geschichtlichen Kampfgebiet nicht nur ein ausgeprägtes Bewußtsein deutscher Eigenart, sondern auch eine Ahnung von der überständischen und ganz selbständigen Bedeutung des deutschen Adels der Ostseeprovinzen. Es war, als sei die Haltung der ritterschaftlichen Konservativen der Ausdruck eines stolzen Gedächtnisses, als zögen sie die Summe jahrhundertelanger Erfahrung im Feststehn und Ausharren. Das ist kein heutiges Nationalgefühl; dazu fehlt die Schwingung in der Weite des Volksganges; aber es erklärt jene widerspruchsvolle Erscheinung, daß die Konservativen einerseits die Erhaltung der alten Agrarverfassung nicht nur als ständische, sondern auch als nationale Notwendigkeit empfanden<sup>2)</sup> und andererseits ihr Verhältnis zum Oberlehnsherrn, dem Zaren, viel altertümlicher auffassen konnten als die Liberalen, die auch hierin ihre Unbefangenheit verloren hatten.

## 2.

Als Fölkersfahm sich im livländischen Landtag seine Partei schuf, schlossen auch die Konservativen sich parteimäßig zusammen, so wenig das Parteiwesen in ihr politisches Weltbild passen mochte<sup>3)</sup>. In der Führung der Partei wurde Georg Baron Nolden-Lunia um 1850 von seinem Sohn Gustav abgelöst, der zwei Jahrzehnte lang ebenso unumstritten Parteiführer war wie vorher sein Vater<sup>4)</sup>. Die konservative Tradition erhielt sich in der Familie auch weiterhin Mitte der 50-er Jahre wird unter den Konservativen Alexander v. Löwis-Kaipen als einflußreich genannt<sup>5)</sup>, ferner Fr. v. Transehe-Selsau<sup>6)</sup>. In den 60-er Jahren tritt der hochkonservative Landrat Ernst Baron Campenhausen-Drellen gelegentlich stärker in den Vordergrund. Eine führende Stellung hatte zeitweilig der Hofgerichtsassessor Baron Ludwig Saß (gest. 1867). Die Zusammensetzung der konservativen Partei ist vielleicht noch stärker als die der liberalen durch Familien-

1) Es war nur folgerichtig, wenn Nolden der Gefahr eines geschichtlichen Relativismus vorbeugen wollte: „Ein ... Antrag des Herrn Baron Nolden, daß in den Bauerschulen keine Geschichte gelehrt werden solle, hatte keine weitere Folge, da der Herr Landmarschall die Diskussion, die aus diesem Antrage entstehen wollte, unterbrach und in der Tagesordnung weitergehen ließ ...“ Landtagsrezepß 16. Dez. 1842, S. 48.

2) Die Formulierungen bei T o b i e n (Agr. II, 88, 214, 220, 224) geben dem nationalen Motiv gegenüber dem ständischen m. E. einen etwas zu starken Nachdruck.

3) Noch 1879 (Mig. Btg. 212) wird in einer Zuschrift „von konservativer Seite“ ein Zweifel daran ausgesprochen, ob die Parteibildung mit dem Wesen des livländischen Biriklandtags vereinbar sei.

4) „[Gustav] Nolden] ist der entschiedene, aber auch einzige Führer unserer Gegner.“ Nikolai v. Dettingen am 16. März 1864 (Briefabschriften Ges. f. Gesch. u. Altde.).

5) Staël, Reformbewegungen, B. M. 1907, 63, 71.

6) „Die Transehesche Partei“, Staël, Lieven, 5.

beziehungen bestimmt. Die Namen Nolden, Löwis, Transehe, Loudon, Brasch bezeichnen nicht nur Einzelpersonen, sondern ganze Familien konservativer Richtung<sup>1)</sup>.

Die Partei, so fest sie auch zusammenhielt, stimmte keineswegs in allen Fragen einheitlich, es gab „Hochtories“, streng Gesinnte und Gemäßigte. Nolden selbst war sehr wenig doktrinär und handelte ganz als praktischer Politiker. Es fiel auf, daß er 1862 Woldemar v. Bocks 4-Punkte-Antrag unterstützte, während sein Gegensatz zum Führer der Liberalen August v. Dettingen sich in denselben Wochen zu einem schweren persönlichen Konflikt verschärfte<sup>2)</sup>. In mancher Hinsicht dachte er moderner als seine Parteigenossen. Als auf dem Landtag im November/Dezember 1860 ein Antrag auf Gründung einer rein adligen Ritterschule vorlag, sprach Nolden dagegen, ja er pflichtete sogar ausdrücklich den von liberaler Seite vorgebrachten Gegenargumenten bei<sup>3)</sup>. Es scheint, daß Nolden sich in seinen Anschauungen bereitwilliger vom Zeitgeist hat beeinflussen lassen als viele seiner Parteigenossen. Bei der Stipendiendebatte auf dem Landtag von 1851 hatte er den Antrag seines Bruders unterstützt, keines der neugestifteten Stipendien der Ritterschaft für das Universitätsstudium, sondern alle für die Erziehung in Militärlehranstalten zu bestimmen, — wobei Baron Ernst Nolden den theoretischen Gesichtspunkt hervorgekehrt<sup>4)</sup>, er selbst aber zugleich vom Boden praktisch-politischer Zweckmäßigkeit aus geurteilt hatte.

<sup>1)</sup> Dem Außenstehenden schien das livländische Parteiwesen ganz im Zeichen von Familienpolitik zu stehn. „Auch wir haben unser „Hie Wels!“ und „Hie Waißlingen!“, das auf gut livländisch übersetzt „Hie Dettingen!“ und „Hie Nolden!“ lautet“. — „Was tut not?“ anonym, Leipzig 1872, S. 6.

<sup>2)</sup> Zwischen ihnen kam es fast zu einem Duell (A. v. Dettingen am 16. März 1862, Briefabschriften Ges. f. Gesch. u. Altkde). Als A. v. Dettingen im Herbst 1867 in seiner Eigenschaft als Gouverneur dem Adelskonvent ein Diner gab, fehlten als einzige Konventsglieder Nolden und Transehe, weil sie Dettingen garnicht besucht hatten (Ed. v. Dettingen, Biogr. 27). Die Urteile der Brüder Dettingen über Nolden zeugen von leidenschaftlicher Feindschaft: „Geißel des Landes“ nennt A. v. Dettingen ihn (11. März 1869, 21. Juni 1870, Briefabschriften Ges. f. Gesch. u. Altkde).

<sup>3)</sup> Eduard v. Dettingen erzählt darüber (Biogr. 10): „Während ich noch mit mir zu Räte ging, ob ich in der Sache vorgehen solle, höre ich, wie August Transehe von der Tribüne sagt: „Wir schicken doch unsere Kinder nicht in die Schule, damit sie etwas lernen, sondern damit sie dort erzogen werden und zwar adelig, und dazu reiche diese Schule aus.“ Nun meldete ich mich . . .“ (Es folgt die Wiedergabe der Rede). „Nolden trat auf und versicherte, ich hätte ihm aus der Seele gesprochen, und mir wurde zu dieser Verbrüderung allseitig gratuliert!“

<sup>4)</sup> „Weil seiner Meinung nach die Stellung der Universitäten im allgemeinen gegenüber den Regierungen und dem Adel eine solche sei, daß er es nicht für angemessen halte, von Seiten der Ritterschaft Stipendien zur Erziehung junger Edelleute auf der Universität zu stiften.“ Landtagsrezep v. 24. Nov. 1851, S. 67. Staël, Fölkersahn, S. 249 ff. — [J. Eckardt], Reminiscenzen aus der Mitte des 19. Jahrh., Altkl. Erinnerungen, S. 315 f.) weiß von konservativer Abneigung gegen die akademische Bildung als die Quelle liberaler Anschauungen: „So fabelhaft das heute klingen mag — Disputationen darüber, „ob man seinen Jungen überhaupt nach Dorpat schicken solle“, bildeten vor 40 Jahren einen häufig benutzten Gesprächsstoff adeliger Kreise“.

Eine gewisse Kühle und feigneurale Übergelegenheit spricht auch aus seinen Äußerungen zur Frage der Veröffentlichung der Landtagsbeschlüsse, über die der Landtag im März 1864 verhandelte. Auch diese Frage gewann — wie in Livland fast alles — prinzipielle Bedeutung. Der Antrag auf Veröffentlichung der Beschlüsse, der übrigens mit großer Mehrheit angenommen wurde, fand den Widerspruch der Konservativen, weil man in der Presse ein wenig vertrauenerweckendes und sehr fremdartiges Wesen spürte. Sehr stark spielte auch augenblickliche Verstimmung mit. Nolden beantragte einen Aufschub der vorgeschlagenen Publizität bis zum nächsten Landtage, weil er sich „von dieser Geduldsprobe die besten Wirkungen auf unsere belehrungsfüchtige Presse“ versprache<sup>1)</sup>. Ein anderer Reformvorschlag, die von W. v. Boß beantragte Zulassung von Städtevertretern zu den Landtagsverhandlungen, wurde von Nolden unterstützt, von einer konservativen Mehrheit aber (105 zu 84 Stimmen) trotzdem abgelehnt.

Temperament entwickelte Nolden, sobald es nicht um theoretische Überzeugungen, sondern um Machtfragen ging, wie z. B. in der Güterbesitzfrage. Im ausschließlichen adligen Güterbesitzrecht sahen die Konservativen eine der Voraussetzungen für die Erhaltung der Ritterschaft als eines politischen Standes<sup>2)</sup>. Der Kampf wurde von beiden Seiten mit großer Zähigkeit geführt — noch 1866, als Kurland und Estland bereits ihre liberalen Beschlüsse gefaßt hatten, waren in Livland von 205 abgegebenen Stimmen nicht weniger als 90 gegen die Freiegebung<sup>3)</sup>. „Unsere Gegner haben alles hergeschafft, was überhaupt zu haben war“ — schrieb ein alter Liberaler. Auch mit Aufrufen wurde gewonnen<sup>4)</sup>. Man verteidigte eine aussichtslose Position.

Die Entscheidungsschlacht zwischen konservativ und liberal wurde indessen auf einem anderen Gebiet geschlagen, und dort zeigte es sich, daß die konservativen Kräfte in den drei Provinzen im großen gesehen doch die stärkeren waren. Dies Gebiet war die Justizreform<sup>5)</sup>, und Kampfplatz waren nicht nur

<sup>1)</sup> Die junge inländische Presse sei „mit Belehrungen so wenig sparsam, daß Redner es jetzt nicht für an der Zeit erachte, dieser rücksichtslosen Altklugheit noch mehr Nahrung zu geben.“ Landtagsrezess vom 16. März 1864, S. 68 ff.

<sup>2)</sup> Besonders prägnante Formulierungen außer in den Landtagsreden in der anonymen Broschüre „Livländische Lebensfragen. Von einem Landtagsverpflichteten“ (1864, möglicherweise von Ernst Baron Nolden): „Mit dem Freigeben des Güterbesitzrechts hört die Bedeutung des Adels als politischer Stand auf.“ (S. 3). „Einem selbstbewußten Kulturvolke kann das Opfer seines politischen Ichs nicht auferlegt werden!“ (S. 9). Vgl. Staël, Reformbewegungen, a. a. D. S. 268, u. Freiegebung, a. a. D. S. 193, 194, 206, 279, 283, 298; Schaubdinn, S. 29 f.

<sup>3)</sup> Das Separatvotum, das die Konservativen damals einreichten, ist von 67 Personen unterzeichnet, an der Spitze von L. Baron Saß, ferner von 4 Noldens, 6 Transehes, 4 Lewis', 4 Loudons usw. (Landtagsrezess v. 10. März 1866, S. 110).

<sup>4)</sup> „So wurde u. a. erzählt, der Hofgerichtsbeamte Baron Saß habe unzählige Exemplare eines feurigen Mahnbriefes ins Land geschickt, um den konservativen Geist zu wecken und vor den Gefahren der demokratischen Forderungen eines Landrats Richter und eines Kassadepartierten v. Dettingen zu warnen.“ Staël, Kiewen, S. 178.

<sup>5)</sup> Für die Kämpfe in Livland vgl. Staël, Kiewen, S. 67 ff.

die Provinziallandtage, sondern auch die einzige ständische Gesamtvertretung, die das baltische Deutschtum besessen hat: die Zentraljustizkommission, die im Herbst 1864 in Dorpat zusammentrat. Vertreter der livländischen Ritterschaft in der Kommission waren der frühere Vizepräsident des Hofgerichts Woldemar v. Bock und der Hofgerichtssekretär (später Vizepräsident und Präsident) Ernst v. Sievers<sup>1)</sup>. Der Hauptdelegierte war Bock, der hier noch einmal zu einer bedeutsamen landespolitischen Rolle berufen war, bevor er 1866 die Heimat verließ. In der Justizkommission sollten die ständischen Interessen zum Ausgleich gebracht werden. Daß dies in den entscheidenden Punkten nicht gelang, lag wenigstens zum Teil am unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Vertretern Livlands und Rigas. Delegierter Rigas war der Ratsherr Faltin, dessen Voreingenommenheit und doktrinär liberale Einstellung zur Verschärfung der Gegensätze ebensoviel beigetragen haben mag, wie Bocks eng ritterschaftliche und blind konservative Haltung. Der Zeitpunkt für die Anbahnung einer Verständigung war ungünstig. Noch zitterte die Erregung nach, die wenige Monate vorher durch den Streit um das Güterbesitzrecht verursacht worden war<sup>2)</sup>. Die Berichte, die der livländische und der rigasche Delegierte für ihre Vollmachtgeber schrieben, spiegeln den sachlichen und auch den persönlichen Gegensatz deutlich wider<sup>3)</sup>, und das unbefangene private Urteil eines „Neutralen“, des Revaler Delegierten Greiffenhagen, der eine vermittelnde Stellung einnahm, bestätigt den Eindruck, daß die Einigung in erster Linie am Gegensatz zwischen Livland und Riga scheiterte<sup>4)</sup>.

1) Nicht Arthur v. Sievers, wie Tobien Mitt. I 489 Anm. 6 irrthümlicherweise angibt. Über die Zentraljustizkommission vgl. Tobien a. a. D. 489 ff.; Staël, Lieben, 70 ff., 80 ff., 88 ff.; Wittram, a. a. D. 37 f.

2) „Mit wahrhaftem Genuße habe ich hier Rache genommen“, schrieb Faltin aus Dorpat am 6. November 1864 an G. Bertholz, „an dem, was unser Freund [Bock] auf dem Landtage mir Übles getan. Doch hier hilft alle Logik nicht sehr viel, weil es unmöglich, einen Phantasten und Fanatiker auf den Weg des praktischen Lebens zurückzuführen.“

3) Bock am 16. März 1865 (Akte des Livl. Landratskoll. betr. „Die Reorganisation des Justizwesens“ Bd. I, S. 396): „Die Wachsamkeit der Delegierten der livländischen Ritterschaft mußte sich daher verdoppeln, als sie die Wahrnehmung machten, wie im Schoße der Baltischen Zentraljustizkommission von einem ansehnlichen Teil der ständischen Delegationen mit besonderer Vorliebe und Beharrlichkeit gerade diejenigen Seiten unserer baltischen, und zwar vorzugsweise landischen Rechts-Institutionen in reformatorischen Angriff genommen werden wollten, welche nicht eigentlich judiziärer, sondern vielmehr politischer Natur sind.“ — Faltin am 22. Mai 1865 (Akte des Rigaschen Rats in Betreff der Justizreform Bd. II, S. 14 ff., Rig. Stadtarchiv): „Nicht die obwaltende Meinungsverschiedenheit in einzelnen Punkten behinderte die Kommission, auch in Betreff des dritten Theiles ihrer Arbeit [b. i. der Gerichtsorganisation] ihre Pflicht zu erfüllen; der Widerstand einzelner ritterschaftlichen Delegierten machte die Lösung dieser Aufgabe unmöglich.“

4) Aus den sehr interessanten Briefen W. Greiffenhagens an seine Frau seien folgende Äußerungen zusammengestellt: „Kupffer (Mitau) und Faltin zeigen mir in ihrer etwas verrannt ritterschaftlich-feindlichen Gesinnung nicht die nötige politische Einsicht...“ (5. Okt. 64); „Die livländischen Abelsdeputierten fingen an, unentsam zu werden. Es bedurfte verschiedener Anstrengungen, namentlich seitens des Präsidenten, um einen Schaden zu verhüten“ (8. Okt. 64); „Die Estländer machten uns mit ihrer Separatstellung viel Sorge“ (29. Okt. 64); „Nicht unbetont kann ich es dabei auch heute lassen, daß die Gesamtstimmung bis jetzt“

Den Gegensätzen lag mehr zugrunde, als alte Feindschaft und frischer Haß. In der Denkweise von Städtern und Edelleuten offenbarte sich eine Verschiedenheit, die auch innerhalb der Ritterschaften, am schärfsten innerhalb der livländischen, zutage trat. Zwar war Bock durchaus kein typischer livländischer Konservativer. Ursprünglich Mitglied der liberalen Partei, hatte er sich von ihr im Lauf der Jahre immer mehr gelöst und war 1862 mit seinen Reformanträgen unabhängig von den Parteigruppierungen hervorgetreten. Hatte er damals auch zur Überwindung der ständischen Zersplitterung die Schaffung eines vereinigten Landtags der Ostseeprovinzen und die Heranziehung der Städte zur Landesvertretung beantragt, so begründete er seinen Widerstand gegen die städtischen Forderungen in der Zentraljustizkommission nun doch damit, daß sie „eine Verrückung des politischen Schwergewichts in der ständischen Welt der baltischen Provinzen“ anstrebten<sup>1)</sup>. Später will er zu politischen Zugeständnissen bereit gewesen sein<sup>2)</sup>. — Von Bock stammt das Wort, „daß der Adel nur leben kann, wenn das Junkertum stirbt“<sup>3)</sup>. Ein Junker war er gewiß nicht. Aber auch in ihm steckte ein Stück davon, was ein Reher einmal den „Souveränitätsbusel“ der baltischen Landtage genannt hat<sup>4)</sup>, was aber allen, die mit dem historischen Landesrecht verwachsen waren, nur der selbstverständliche Ausdruck ihres Lebensgefühls war. Mochte ein Liberaler darüber noch keine bessere geworden... Meine spezielle Stellung ist dadurch noch schwieriger, daß ich in die maßlosen Beschuldigungen der städtischen Delegierten nicht einstimmen kann“ (30. Nov. 64); „Die enragierten Städter schimpfen wohl — aber sie kommen immer zum gemeinsamen Werke, und wenn nichts anderes, so wird schließlich dieses vereinigen“ (6. Dez. 64); „Faltin und seine blinden Anhänger sehen, daß es mit der bisherigen absprechenden Weise nicht geht. Notgedrungen lenkt er ein... In der vergangenen Woche haben wir stürmische Ausschüßsitzungen gehabt. Manchmal glaubte ich, daß Faltin einen Nervenschlag bekommen würde, so aufgereggt war er“ (8. Febr. 65); „Der Sechser-Ausschuß hatte Faltin und mir es übertragen, beim Druck der Vorlagen diejenigen SS, welche bis zu den Landtagen offen bleiben sollten, mit einer kurzen Rubrik anzudeuten. Das hat wieder Weitläufigkeiten gesetzt. Bock kam ganz aufgereggt zu mir und beschwerte sich darüber. Dabei kam sein ganzer Unwille über Faltin zum Vorschein. Mit Uexfüll mußte ich mich auch auseinandersetzen“ (15. Febr. 65); „In der Kommission gehen die Sachen nicht gut. Höchst wahrscheinlich wird die Gerichtsverfassungsfrage unvereinbar bleiben. Nach einer Woche müssen die lurländischen adligen Delegierten zum Landtage fort, und wenig Aussicht ist vorhanden, daß sie sich mit ihren bürgerlichen Kollegen werden vereinbaren können. In Livland sind die Gegensätze womöglich noch geschärfter denn früher, und besonders ist das Mißverhältnis zwischen Riga und der Ritterschaft daran schuld. Nur für Estland ist eine Vereinbarung zu hoffen“ (15. Apr. 65); „Inzwischen geben die ritterschaftlichen Delegierten kein sehr ermunterndes Beispiel. Sie können sich nicht einmal untereinander einigen“ (26. Apr. 65); „Der Schlusseindruck und die Erinnerung an das Beisammensein wird durchweg getrübt sein. Viele gehen mit ausgesprochen murrender Geminnung von hier weg. So haben Brüggem und Hahn bei Faltin, Kupffer, Meyfow und Schmidt nicht einmal Abschiedsbesuche gemacht und ich nehme es ihnen nicht übel bei der geringen Willfährigkeit und Versöhnlichkeit dieser Herren“ (3. Mai 65).

<sup>1)</sup> Bericht vom 16. März 1865, a. a. D.

<sup>2)</sup> St a ö L, Lieben, S. 81.

<sup>3)</sup> Flugblatt vom 23. Jan. 1861, W. II, 735.

<sup>4)</sup> Ern st v. S i b e r s = W a l g u t a an Ernst v. Mensfentampff, 18. Sept. 1872 (Archiv Pudertüll, Steuer-Akte).

klagen, daß Bock in der Kommission „mit allen Mitteln die Einigung mit den Städten hintertrieben“<sup>1)</sup> habe — wie für Bock fand doch für die meisten Glieder beider Landtagsparteien die Nachgiebigkeit des Landtags ihre Grenze an der „Würde der Ritterschaft“<sup>2)</sup>.

So enthüllt sich uns als der tiefste Grund für das Scheitern der ständischen Justizkommission eine vom guten Willen der Beteiligten unabhängige historische Bestimmung: die Eigenkraft der Stände war noch nicht gebrochen, ihr politisches Selbstgefühl behauptete sich trotzig in einer rasch sich wandelnden Welt und gab der konservativen Gesinnung des einzelnen einen Mittelpunkt und einen Sinn<sup>3)</sup>.

### 3.

Die schwere Niederlage Noldens in der Kathedralfrage<sup>4)</sup>, die 1870 seinen Rücktritt als Landmarschall zur Folge hatte, beraubte die konservative Partei ihres Führers. Nolden zog sich ganz aus dem öffentlichen Leben zurück. An seine Stelle rückte ein Mann, der neben Föllkersahm vielleicht der hervorragendste Redner des livländischen Landtags gewesen ist: Arthur von Richter. Ein Schwager Eduard v. Dettingens, gehörte Landrat v. Richter in den 60-er Jahren zu den führenden Köpfen der liberalen Partei, wurde aber schon damals von seinem Schwager als nicht recht hingehörig empfunden. Richter war 1824 geboren, zählte also in den 70-er Jahren, als er die Konservativen führte, keineswegs mehr zu den Jungen. Sein starkes Temperament, seine Tatkraft, „die kaum Grenzen kannte“, sein drängendes und eigenwilliges Wesen schuf ihm Feinde und Gegner<sup>5)</sup>. Im charakteristischen Gesicht mit den häßlichen Zügen fällt die stark entwickelte Mund- und Rinnpartie auf. Die Parteiverfassungen leitete Richter autokratisch<sup>6)</sup>. Seine Landtagsreden zu lesen ist

1) E. v. Dettingen (Staël, Lieben, S. 98 f.).

2) Landrat Paul Baron Ungern 2. Sept. 1865 (Staël, Lieben, S. 99).

3) Mit dieser Ansicht der Dinge stimmt überein, was Greiffenhagen in seinen Erinnerungen (B. M. 1930, S. 455) über die Zentraljustizkommission bemerkt: „Die Erwartung, ja das Anverlangen aber, es sollten die Stände der Ostseeprovinzen, mit ihren Interessen und ihren politischen Anschauungen in dem Boden langjähriger Verschiedenheit wurzelnd, urplötzlich einmütig werden, weil die abstrakte Theorie ein solches Anverlangen aufstellte, kann man nur als unberechtigte, weil der Geschichte widersprechende, zurückweisen.“

4) Vgl. T o b i e n, Mitt. I, 51 ff.; S c h a u d i n n S. 119 ff.

5) Interessant ist, wie R. v. Staël-Uhla in seinen Erinnerungen (S. 509) die Ablehnung der beantragten Permanenz des residierenden Landrats durch den Landtag von 1878 erklärt: man habe es vorgezogen, den monatlichen Residierwechsel wieder einzuführen, „statt Gefahr zu laufen, Richter zum permanenten Landrat zu erhalten, was selbst der größte Teil seiner Anhänger für ein Unglück erklärte, wenn solches geschehen sollte“. Über Richter vgl. T o b i e n, Düna-Ztg. 1892, 261; Mitt. I, S. 19 ff.; den Nachruf von L i e s e n h a u s e n B. M. 1893, 40, 55 ff.; Rig. Alm. 1893.

6) Von einer solchen Sitzung im Versammlungslokal der Konservativen, der Großen Gilde, berichtet kurz R. v. Staël-Uhla (a. a. D. S. 507), der wegen Richters abschließender Art von diesem ersten Besuch genug hatte. Immer wieder bezeugt er die unerhört starke Wirkung seiner Rede.

noch heute ein Genuß. Ironie und Pathos, packende Anschaulichkeit, Wärme und Klarheit — ihm standen alle Register zur Verfügung, und fast nach jeder Rede vermerkt der trockene Rezej: „Bravo“ oder „Lebhaftes Bravo“. Richter verstand es, mit der innersten Gefinnung der Versammlung, vor der er sprach, in Kontakt zu kommen und mit sicherem Instinkt immer die stärksten Empfindungen anzusprechen und zum Schwingen zu bringen <sup>1)</sup>.

Die politische Frage des livländischen Landtags der siebziger Jahre ist das Verfassungsproblem. Wenn Richter mit seiner mächtigen Beredsamkeit nicht gewesen wäre — man möchte fast annehmen, daß die Reformanträge durchgedrungen wären. So steht er in besonderer Weise vor uns als der Träger eines Stückes deutschen Schicksals im Osten.

Die Hauptargumente, mit denen Richter und seine Gefinnungsgegnen kämpften, waren zunächst immer die gleichen: die Bauern sind zur Ausübung politischer Rechte noch nicht reif; die Regierung wird das Eingeständnis der Reformbedürftigkeit der Verfassung zum Anlaß nehmen, eine landfremde Verfassung zu oktroyieren. Wenn das Land seine Krankheit eingestehe, sagte Richter am 17. Februar 1877, mit der Bitte: „Helft mir zu einer Radikalkur! Ich glaube, meine Herren, wir bekommen eine tödliche Medizin!“ <sup>2)</sup>

Diese Überzeugung, die sein ganzes politisches Handeln beherrschte, veranlaßte ihn zum Wunsch, die Initiative zu einer Verfassungsänderung nach Möglichkeit zu lähmen. Der Landtag von 1875 hatte sich mit einem Antrage Richters zu befassen, der für Verfassungsreformbeschlüsse die Einführung der Zweidrittel-Mehrheit vorsah. Sowohl das Sentiment der Kreisdeputierten als auch das Konsilium der Landräte lautete ablehnend; Richter blieb mit seinem Konsilium der „Minorität“ ganz allein und verstand es doch, in der Landtagsversammlung nicht viel weniger als die Hälfte aller Stimmen zu gewinnen: der Antrag wurde am 30. Mai 1875 mit 80 gegen immerhin 60 Stimmen abgelehnt <sup>3)</sup>. Die große Rede, die Richter zur Begründung seines Antrags hielt, war eine seiner besten. Es galt die Erhaltung einer Verfassung zu rechtfertigen, die immer mehr als Anachronismus wirkte: „Sie können sich unmöglich verhehlen samt und sonders, daß wir in der europäischen Welt eine Anomalie darstellen. Nirgend existieren derartige Vorrechte mehr, einer einzigen Korporation erteilt“ <sup>4)</sup>. Die innere Berechtigung und die Notwendigkeit des Fortbestehens dieser Verhältnisse ergäbe sich daraus, daß die deutsche Ritterschaft Kulturträger in Rußland sei. Hier ist das nationale Motiv zur Dominante der

1) Sein Schwager, der sein schärfster Kritiker war, schreibt einmal, Richter habe seine Macht auf den Saal dadurch ausgeübt, „daß er der Größe, Leistungs- und Opferfähigkeit der Ritterschaft schmeichelte“. *Ed. v. Dettingen, Biogr. S. 46.*

2) Landtagsrezej S. 904.

3) Angenommen wurde ein Amendement Mensenkampfs, das als Sicherung gegen überstürzte Beschlußfassungen eine zweite Lesung festsetzte.

4) Landtagsrezej vom 29. Mai 1875, S. 795. Derselbe Gedanke 17. Februar 1877 Landtagsrezej S. 904.

konservativen Beweisführung geworden. Was macht uns das Leben hier wert? fragt Richter. „Das ist es nur allein, daß wir als Deutsche und Lutheraner hier fortleben können und unsere Kraft, materiell wie geistig, zum Wohle der übrigen Bevölkerung darbringen bis zu dem Moment, wo sie mit uns verschmolzen sein wird in Sprache, Sitte und Interessen. Dann, m. G., übte ich unsere Vorrechte gerne mit ihr gemeinsam aus. Aber, solange der Bildungsstand so verschieden, solange die Interessen so auseinanderlaufend sind, solange unsere unglückliche Landbevölkerung wirklich der Regierung gegenüber dasteht, wie die Tasten eines Klaviers, auf dem sie spielen kann und jeden beliebigen Ton hervorrufen, solange, m. G., ist es für uns unmöglich, diesen Bevölkerungsschichten gleiche Rechte oder überhaupt eine Beteiligung an unseren Rechten zu gewähren. Denn wenn wir das tun, m. G., verlieren wir die unfrigen unbedingt; das ist meine Überzeugung“<sup>1)</sup>.

Der Hinweis auf die nationale Notwendigkeit der konservativen Politik fehlt in diesen Jahren bei kaum einem Anlaß<sup>2)</sup>. Eine aktuelle Wendung erhielt dies Argument seit Ausgang des Jahrzehnts, als die Wahlen in die neuen städtischen Vertretungskörper gezeigt hatten, welcher Kraftentfaltung die Letzten und Ersten bereits fähig waren<sup>3)</sup>. Auf dem Landtag von 1880 gab man sich erstmalig Rechenschaft darüber, daß auch die lettische und estnische Presse als eine Macht eingeschätzt werden müsse.

Der Wandel der Zeitverhältnisse wird anschaulich, wenn man miteinander vergleicht, wie Nolcken und Richter das konservative Prinzip formulierten. Nolcken wehrte sich 1864 gegen die Ansprüche des deutschen Bürgerstandes; jede Konzession gebäre nur neue Forderungen: „Er halte es daher für die Pflicht eines jeden livländischen Edelmannes, diesem Andrang nicht einen Zoll breit zu weichen.“ Richter erklärte 1882 im Hinblick auf den Kreisordnungsentwurf der Reformpartei unter lebhaften Bravorufen: „Halten wir doch daran fest: wir sind eine deutsche Ritterschaft. Den Charakter wollen wir dem Lande erhalten und wir wollen sie nicht teilen, diesen Einfluß und diese Führung, mit anderen Ständen“<sup>4)</sup>. Für Nolcken ging es um die Erhaltung des „einfachen, aber festen Gefühls der politischen Pflichten“ in der Korporation des livländischen Adels — um den politischen Sinn des Adels als solchen; bei Richter ist

<sup>1)</sup> Landtagsrezesß vom 29. Mai 1875, S. 804 f.

<sup>2)</sup> Landrat E. Baron Campehausen, der gegen die Erweiterung der Landsassenrechte auftrat, sagte 1872 bei dieser Gelegenheit (Landtagsrezesß S. 809): „M. G., wenn es zur Erhaltung unseres deutschen Kulturlebens förderlich wäre, wenn ich davon die Überzeugung erlangen könnte, so würde ich ganz unzweifelhaft mit aller Kraft dafür stimmen, daß wir die ganze Sache annehmen und nur eine Landschaft und keine Ritterschaft mehr sind. Das ist der einzige Hauptzweck, der uns ja doch alle zusammenhält, daß wir unser eigentümliches deutsches Wesen erhalten . . .“

<sup>3)</sup> In diesem Sinne: Kreisdeputierter A. v. Brasch am 28. Febr. 1878 (Landtagsrezesß S. 1042 f.); v. Klot (a. a. D. S. 1130 ff.); Landrat A. v. Richter am 4. Febr. 1882 (Landtagsrezesß S. 782); Kreisdeputierter A. v. Brasch (a. a. D. S. 876).

<sup>4)</sup> Landtagsrezesß vom 4. Febr. 1882, S. 800. Borher (S. 793): „Was der Ritterschaft dient, m. G., das dient meiner Überzeugung nach dem Lande.“

das ständische Prinzip mit dem nationalen bereits völlig verschmolzen. Das Standesinteresse erschien fortan durch die nationale Idee vollkommen gedeckt und — hielt sich näherer Rechenschaft überhoben. Darin lag eine große Versuchung. Man konnte der reformerischen Fragestellung umso leichter aus dem Wege gehen, je mehr die Undurchführbarkeit einer eigenständigen Reform zum Axiom wurde.

Ende der siebziger Jahre trat dem Landrat Richter eine junge Generation an die Seite, für die dieses Axiom bereits bestand. Bei den Begabtesten war die konservative Gesinnung außerdem altes Erbgut: Baron Agel Nolden (geb. 1842) und sein Vetter Arved (geb. 1845), Arved v. Brasch (geb. 1847), Graf Leo Reyslerling (geb. 1849)—sie alle kamen aus einer starken konservativen Tradition. Sie orientierten sich in der politischen Welt mit einer Nüchternheit, die dem Zeitgeist entsprach. „Unsere Jugend“, sagte Prof. G. v. Dettingen auf dem Landtag 1882, „ist kritisch, sehr realistisch, und ich kann fast sagen, kühl bis ans Herz hinan...“<sup>1)</sup>. Als Max von Dettingen in der tagelangen erregten Debatte über die Alternative: Erweiterter Landtag oder Einführung der Semstwo Anfang Februar 1882 bei den Konservativen den alten unbeugbaren Rechtsstandpunkt vermißte, erwiderte ihm Arved v. Brasch kühl und scharf: „Wir sind aber verpflichtet, mit den realen Verhältnissen zu rechnen; wir wollen nicht nur prinzipielle Politik machen.“ Nicht Reformbereitschaft, sondern realistisches Rechnen mit der Zwangslage, mit den gegebenen Möglichkeiten veranlaßte die Konservativen damals dazu, einen allständischen Vertretungskörper ins Auge zu fassen, der „scheinbar äußerlich“ der russischen Landschaftsinstitution angepaßt werden sollte. Die Hauptsache war ihnen die Erhaltung des Virilandtages — der „letzten Stätte reinen Deutschtums“. Schonungslos zerpflückten sie das Wunschbild des Erweiterten Landtags. „Es ist eine kühne Politik, und sie hat viel Ideales, aber ich glaube, es ist eine Politik der Illusion“ — sagte Graf Reyslerling, und zwei Tage später fügte er hinzu: „Herr Baron Tiefenhausen hat in beredtester Weise ausgeführt, daß das deutsche Element durch seine moralische Kraft hier weiter wirken werde und wirken müsse, und hat mit Hoffnung in die Zukunft gesehen. Wir haben geglaubt, daß ein Stückchen Macht auch noch nötig ist; denn Machtfragen sind politische Fragen, und unser ganzes Bestreben... ist darauf gerichtet gewesen, in dieser Weise die Landschaftsinstitutionen einzuordnen und uns einzurichten, daß das deutsche Element die Kraft im Lande hat; daß das deutsche Element die Majorität bildet“<sup>2)</sup>.

„Ein Stückchen Macht“ — in diesen Worten ist altes konservatives Wissen umschlossen. Die Konservativen sahen schärfer als die Liberalen die politische Bedeutung des lettischen und estnischen Nationalismus — vielleicht auch, weil sie diese Gefahr, ebenso wie die von Petersburg drohende, größer sehen wollten. Wer wagt zu sagen, ob ständischer oder nationaler Machtwille ihr Handeln jeweils stärker bestimmte? Sie stehen — ein Menschenalter später als

<sup>1)</sup> a. a. D. S. 969.

<sup>2)</sup> Landtagsrezepß vom 5. Februar 1882, S. 979.

in Deutschland — an der Schwelle zweier Zeitalter. Der Adel verlor langsam seinen politischen Sinn<sup>1)</sup>; er konnte ihn hier länger als anderswo bewahren, weil die neu aufgehende Sonne des nationalen Gedankens ihm ihren Glanz lieh. Diese Entwicklung, die sich damals anbahnte, ist für die ganze Folgezeit wesentlich geworden<sup>2)</sup>.

Der Einbruch des Nationalismus in die ständische Welt der Ostseeprovinzen veränderte die Stellung der Konservativen zu den Letten und Esten stärker, als die der Liberalen. Mit dem Augenblick, wo die Letten und Esten aufhören wollten, Bauernvölker zu sein, wo sie als politisches Subjekt aufzutreten begannen, war die ständische Ordnung zerbrochen und der Adel seiner Vormundschaftsverpflichtung enthoben.

Wann dieser Zeitpunkt eingetreten sei, darüber konnte es freilich Meinungsverschiedenheiten geben<sup>3)</sup>. Auf dem einzelnen Gut vermochte sich noch lange ein dem patriarchalischen ähnliches Verhältnis zu erhalten, wie denn auch das „noblesse oblige“ des Adels noch lange auch in Bezug auf den lettischen und estnischen Bauernstand seine Geltung behielt. Nicht nur die menschenrechtliche Forderung des humanitären Liberalismus und die unmittelbar christliche Pflicht der Caritas bewirkten, daß die soziale Haltung vom Nationalitätenkampf nicht ausgetilgt wurde; es erhielt sich zugleich eine typisch konservative soziale Haltung, die aus der uralten ritterlichen Überlieferung lebte, — dem Bewußtsein, daß Hilfe für den Bedürftigen und Schutz des Schwächeren Forderungen ritterschaftlicher Ehre sind<sup>4)</sup>. So gab es denn auch keinen Gegensatz zwischen den Parteien, wenn es sich um die Unterstützung gemeinnütziger Zwecke handelte — um Aufwendungen für die Kirche und die Volksschule, das Gefängniswesen, die

1) Charakteristisch für die Zeit ist, daß die Versuche, das Wesen der qualitativen Überlegenheit des Adels zu kennzeichnen, insofern eine gewisse Verlegenheit verraten, als die totale Anschauung schwindet und Begriffe wie „Bildung“, „Intelligenz“, „geistige Begabung“ dazu dienen müssen, den tatsächlich doch auch blutmäßig empfundenen sozialen Vorrang des Adels zu bezeichnen. Die livländischen Landtagsprotokolle enthalten — gerade auch in Reden von Konservativen — viele Beispiele dafür. Zum Unterschied davon entspricht noch ganz dem historischen Anspruch des Geburtsadels, was 1872 (Landtagsrezek S. 872) Landrat Campenhäusen äußerte, als er gegen die Erweiterung der Landsassenrechte sprach: „Es ist die unglückselige Idee von dem Rechte, als wenn dem Menschen das Recht angeboren sein müsse, überall gleiche politische Rechte auszuüben, als ob es ein Unrecht wäre, wenn man durch Geburt nicht gleich an allen politischen Rechten Teil hat.“

2) Vgl. R. Witttram, Liberal und konservativ als Gestaltungsprinzipien baltischer Politik. B. M. 1930, S. 219 f.

3) In einer scharfen liberalen Kritik an den Beschlüssen von 1856 konnte schon 1862 von der „immer wiederkehrenden Kollision von Interesse und Pflicht“ der Ritterschaft die Rede sein; denn: „in dieser Machtfrage hat die Korporation der ritterschaftlichen Grundbesitzer die Tutel geübt, das Mandat behalten, obwohl klar bewußt, daß sie als Macht der Macht gegenüberstand: — auf der einen Seite sie selbst, auf der andern der ganze, numerisch weit überlegene Bauernstand und der durch Kapital und Intelligenz immer mehr ins Gewicht fallende übrige Teil der deutschen Bevölkerung.“ B. M. 1862, 5, 179 f.

4) Sehr treffend beschrieben bei einer Charakteristik von Baron Gustav Rodken: „der wohl das Recht haben will, seine Bauern drücken zu können, aber es für schimpflich halten würde, von diesem Recht Gebrauch zu machen.“ „Was tut Not?“ (1872), S. 6.

Lehrerseminare und die Rüsterschule, das Paßwesen und die Verkehrsanstalten; „bei Beratung dieser Angelegenheiten ist selten eine ernstliche Meinungsverschiedenheit zur Erscheinung gelangt“<sup>1)</sup>).

Das Verhältnis der deutschen Ritterschaft zum russischen Kaiser wurde vom Aufkommen des nationalen Gedankens verhältnismäßig wenig berührt. Man unterschied auch weiterhin zwischen Kaiser und Reich. Konservative Familien fühlten sich der Dynastie in der Regel näher verbunden als liberale. Die Beziehungen zum Hof waren sehr verschieden; wo sie besonders eng waren, da machte sich das natürlich auch in den Anschauungen geltend. Gelegentlich gab es darüber bereits in den 60-er Jahren, häufiger in den 70-er Jahren, nach der Begründung des Deutschen Reiches, Auseinandersetzungen in der baltischen Gesellschaft<sup>2)</sup>. Wenn die Treue zum Kaiserhause bei der älteren Generation noch vielfach jene Wärme zeigte, die aus den Tagen stammte, da Rußland noch kein moderner Nationalstaat sein wollte, sondern ein altertümliches Reich war, so lehrte mit dem Einrücken der jüngeren Generation auch in diese Beziehungen eine größere Nüchternheit ein. Die Tradition der Kaisertreue ertrug und überstand auch die Belastung der Russifizierungsperiode. Erleichtert wurde dies dadurch, daß auch der realpolitische Sinn der damals jungen Generation die Erhaltung dieser Verbindung forderte<sup>3)</sup>.

1) „Die letzten dreißig Jahre und der Landtag. Eine konservative Stimme.“ Btg. f. St. u. L. 1877, 81.

2) Verständlicherweise ist wenig davon schriftlich überliefert. Einen umso größeren Wert besitzen die intimen Aufzeichnungen von R. v. Staël-Uhla, in denen mehrfach von solchen Auseinandersetzungen erzählt wird. 1865, auf einer Hochzeit in einem Verwandtenhause, hielt Baron Staël eine Rede, in der er vom „großen Vaterlande“ sprach. „Nach Tisch wünschten die anwesenden Herren von mir eine Aufklärung, was ich in meinem Toast unter dem großen Vaterlande gemeint, und als ich Rußland nannte, wollten einige dasselbe nicht als ihr Vaterland anerkennen...“ Staël antwortete und gewann „einen ganzen Schwarm Studenten“ für seine Ansicht (S. 201 f.). — 1873, wieder auf einer Hochzeit, diesmal im eigenen Hause, sprach Staël sich noch deutlicher aus. Seine Tochter heiratete einen preussischen Offizier. In einer Tischrede gab Staël der Erwartung Ausdruck, daß seine Söhne und sein Schwiegersohn im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Preußen ihre verwandtschaftlichen Beziehungen vergessen und bei ihrer Begegnung auf dem Felde der Ehre nur an ihren Fahneneid denken würden — entsprechend dem erhabenen Beispiel, das Deutschland 1866 gegeben. Durch den als Gast anwesenden estländischen Gouverneur, einen Russen, gelangte die Rede in die russische und von da in die baltische Presse. Später, auf einem Diner in Riga, wurde Staël seiner Äußerungen wegen von einem Herrn v. Wahl zur Rede gestellt: „Sie werden doch nicht verlangen, daß im Falle eines Krieges Ihre Söhne gegen Preußen kämpfen?“ Staël antwortete scharf zurechtweisend: „Unsere Vorfahren haben es zu einer unumstößlichen Wahrheit erhoben, daß auf ein deutsches Versprechen, geschweige denn einen Schwur, die Welt mit Sicherheit baut, hierin liegt die Kraft und der Stolz der deutschen Nation...“ „Diese Anschauung wurde von allen Anwesenden geteilt, und Landrat Campenhausen konnte sich nicht enthalten, dem albernem jungen Mann die Versicherung zu geben, daß alle älteren Männer so denken, wie ich eben geschildert, und wir tief bekümmert seien über Anschauungen, die, wenn auch sehr vereinzelt, so lauten, als die von Herrn v. Wahl bezeichneten“ (S. 346 f., 357, 361 f., 368).

3) Vgl. die entsprechenden Bemerkungen in der Zusammenfassung bei Schaubinn S. 200.

Im großen gesehen ergibt sich uns das Bild, daß die Konservativen von 1880 in einer seltsamen Umkehrung der Verhältnisse den Liberalen den Vorwurf zurückgeben konnten, den diese seinerzeit gegen sie erhoben hatten: Illusionisten zu sein. Die Konservativen neigten allerdings überhaupt dazu, bereitwilliger mit den realen Machtverhältnissen zu rechnen; nur in der Zeit der Hochflut des russischen Liberalismus, in den 60-er Jahren, waren die Liberalen unter dem Fürsten Lieven den utilitarischen Weg „praktisch-realer“ Landespolitik gegangen<sup>1)</sup>. 1877 bezeichnete ein Konservativer es als „die eigentlichste Aufgabe der konservativen Partei des livländischen Landtags“, „das richtige Maßhalten, die Besonnenheit, das Rechnen mit den einmal gegebenen Verhältnissen... der Doktrin gegenüber zur Geltung zu bringen“<sup>2)</sup>. Der eigentliche Gegensatz zwischen liberal und konservativ ist dennoch tiefer angelegt. Einst konnte es heißen: „Die Geschichte hat ihren Willen und ihr Bewußtsein in der Ritterschaft von 1856 nicht gehabt“<sup>3)</sup>. Die Konservativen kämpften damals für eine absterbende Wertordnung. Kann das aber nicht auch in gewissem Sinn von den unermüdblichen Vorkämpfern der livländischen Reformpartei gelten, die an eine Harmonisierung der Gegensätze noch glaubten, als der Nationalismus, die stärkste der neuen geschichtlichen Kräfte, längst sein revolutionäres Gesicht enthüllt hatte?

---

1) Vgl. die Gegenüberstellung von Lieven und Molden bei Staël, Lieven, S. 227 f. Im allgemeinen gilt wohl, daß immer diejenigen zu einer Politik der Verständigung mit Petersburg neigten, die mit den dort herrschenden politischen und geistigen Tendenzen besser übereinstimmten.

2) Ztg. f. St. u. L. 1877, 80.

3) B. M. 1862, 5, 186.

### III. Kapitel

## Die öffentliche Meinung in Livland am Vorabend der Russifizierung

### 1. Die Baltische Monatschrift

Als Georg Bertholz die Redaktion der Baltischen Monatschrift im Juni 1869, zehn Jahre nach der Begründung des Blattes, niederlegte, begann für die Zeitschrift ein neuer Abschnitt. In den nächsten zehn Jahren lösten nicht weniger als fünf Redakteure einander ab, und mehr als einmal schien es, als ob niemand mehr das Unternehmen weiterführen wolle. Die Baltische Monatschrift hatte nicht mehr die Bedeutung, die sie zu Anfang der sechziger Jahre besessen. Das lag an verschiedenen Ursachen. Die Wirkung der Tageszeitungen war eine tiefere und breitere geworden. Die Zensurschwierigkeiten waren am fühlbarsten da, wo gerade die Monatschrift die würdigsten Gegenstände für ihre Darstellung suchen mußte. Vor allem aber: der Glaube an das liberale Prinzip, dem die Zeitschrift ihre Entstehung verdankte, war erschüttert, und für den neuen Glauben, den Schirren soeben in der „Livländischen Antwort“ verkündet hatte, fand sich erst nach Jahren die konsequente konservative Auslegung. „Man war in der Summe konservativ, weil man liberal zu sein das Selbstvertrauen hatte verlieren müssen“<sup>1)</sup>. So hörte die Baltische Monatschrift — schon unter Bertholz — für eine Zeitlang auf, Ausdruck eines gestaltenden Willens zu sein; und dieser Verzicht bedeutet für jede Zeitschrift Verfall und Niedergang.

Aus den Händen von Georg Bertholz übernahm die Redaktion ein begabter junger Jurist, Baron Ernst von der Brüggen, der seit 1867 als Beamter der Gouvernementsregierung in Riga lebte, seit 1869 das Gut Degaizen in Litauen besaß. Von Geburt Kurländer (geboren 1840 in Laidsen bei Talsen), studierte Brüggen in Dorpat, wo er sich zur Livonia hielt. Auf diese Beziehungen gründete sich seine Freundschaft mit Julius Eckardt; möglicherweise ist Eckardts Beispiel und Ansporn nicht ohne Einfluß auf die Wahl seiner schriftstellerischen Laufbahn gewesen. Brüggen wurde Journalist. An der Baltischen Monatschrift verdiente er sich seine Sporen, um sich später in Deutschland als unabhängiger politischer Schriftsteller einen Namen zu machen. Auch Brüggen gehört zu den vielen Balten, die einen größeren Wirkungskreis außerhalb der Heimat suchen mußten. Kurze Zeit (1885/86) war er Mitarbeiter am Berliner Aus-

<sup>1)</sup> Fr. Dienemann, B. M. 1884, 31, 609.

wärtigen Amt. Wir wissen von persönlichen Beziehungen zu Herbert Bismarck und zum Fürsten Chlodwig Hohenlohe, von seiner eifrigen Teilnahme an den Abenden des „Donnerstagskränzchens“ bei Julian Schmidt, von seiner Verehrung für Heinrich von Treitschke. Die Lebenserinnerungen Brüggens sind leider ungeschrieben geblieben. Ein schweres Leiden ließ ihn vorzeitig altern. 1903 ist er in Riga gestorben.

Die politischen Anschauungen, zu denen Brüggens im wechselvollen Lauf seines Lebens gelangte, haben in zahlreichen Aufsätzen vor allem in den „Grenzboten“, den „Preussischen Jahrbüchern“ und der „Nationalzeitung“ und in mehreren Büchern Ausdruck gefunden<sup>1)</sup>. Verglichen mit diesem geistigen Ertrage seines ganzen Lebens ist es wenig, was die Aufsätze, Korrespondenzen und Notizen bieten, die er in den Jahren seiner Redaktionsführung in der Baltischen Monatschrift veröffentlichte. Aber wie für Julius Eckardt, so gilt auch für ihn, daß seine ganze eigenartige Anschauungswelt im Kern nur aus seiner baltischen Herkunft erklärt werden kann. Wenn Brüggens später die Rückbildung des Industriestaats zum Agrarstaat, des Gleichheitsstaats zum Ständestaat, des Beamtenstaats zum Korporationsstaat forderte, so erkennt man in diesen damals wenig landläufigen Gedanken die Erfahrungen und Beobachtungen, die ihm die Verhältnisse seiner Heimat vermittelt hatten — der Heimat, die erst spät und unvollständig vom Zuge der industriell-kapitalistischen Entwicklung ergriffen wurde. Aber erst der Abstand zur Heimat ließ die Gedanken reifen. Manche der glänzenden Formulierungen Brüggens über Bauerntum und Bodenpolitik, Kapitalismus, Geldherrschaft und liberale Presse, über die Organisation der Arbeit und die berufsständische Bindung des Volkes<sup>2)</sup> wirken heute so aktuell, als seien sie nach dem Frühjahr 1933 geschrieben. Daneben steht vieles, was auch Brüggens als einen echten Sohn des liberalen neunzehnten Jahrhunderts kennzeichnet. „Wir haben kein höheres Ziel als Kultur“, sagt er einmal, „und zum Hauptwerkzeug ist uns die Vernunft gegeben“<sup>3)</sup>. Die geistige Atmosphäre seines Jahrhunderts verleugnet sich nirgends. Besonders spürbar ist sie in den Betrachtungen, die er als Redakteur der Baltischen Monatschrift veröffentlichte.

Das erste Heft der von Brüggens herausgegebenen „Neuen Folge“ der Baltischen Monatschrift trägt im Zensurvermerk das Datum 19. Februar 1870. Seine Gesamtansicht von der politischen Lage zu Beginn dieses Jahres legte Brüggens in einem einleitenden Aufsatz nieder, der ein ungemein lebendiges Zeitgefühl verrät<sup>4)</sup>. Sehr deutlich ausgeprägt ist der Abstand zum Optimismus der sechziger Jahre. Der Überblick über die Entwicklung in Rußland und den

1) Dargestellt in der biographischen Skizze von H. S e m e l, Ernst v. d. Brüggens, B. M. 1906, 61, 1 ff. und 81 ff.

2) a. a. O. S. 18 ff.

3) a. a. O. S. 90; f. auch S. 12. Vgl. ferner Brüggens Schlufsurteil in der Broschüre „Rußland und die Juden“ (1882), die sonst übrigens viele treffende Beobachtungen enthält: „Die Judenfrage ist eine Kulturfrage!“ (S. 96), d. h. „Man gebe dem Juden gute Bildung und mag überzeugt sein, daß sein starres Judentum gebrochen ist“ (S. 98).

4) „Zur Lage“, B. M. 1870, 19, 1 ff.

Ostseeprovinzen enthält manches scharfe kritische Wort, meist über Erscheinungen, die Brüggen als Zeichen baltischer Schwäche empfand. Der Artikel ist reich an ironischen Lichtern, die Grundstimmung ist zugleich liberal und realistisch.

Diesen Ton hat Brüggen in allen seinen grundsätzlichen Meinungsäußerungen durchgehalten. Die großen Ereignisse allerdings, die der Hochsommer 1870 brachte, begleitete er mit einem Kommentar, in dem ein kräftiger politischer Realismus fast alle liberalen Vorbehalte zum Schweigen gebracht hat. Am 10./22. August schrieb er über „Die drei großen Siege preussisch-deutscher Staatskunst“, am 19./31. Oktober über die entscheidenden Schritte zur Aufrichtung des Kaisertums, und beide Aufsätze atmen jene freudige Bewunderung Bismarcks, die damals das herrschende Gefühl der baltischen Gesellschaft zu werden begann. Brüggen ist mit Bewußtsein ein Vertreter der jungen Generation, die — man fühlt sich versucht es paradox zu sagen — mit einem gewissen Enthusiasmus den Zug der Ernüchterung mitmachte, zu dem der große Machtpolitiker das „Volk der Denker“ zwang<sup>1)</sup>. Seiner geistigen Zugehörigkeit zum herrschenden Liberalismus entzog Brüggen sich auch hierbei nicht<sup>2)</sup>.

Angefihts des großen Geschehens in Deutschland mochte die Provinzialpolitik wohl als Kirchturnspolitik erscheinen — „Die baltischen Provinzen sind ein ziemlich abgelegenes Kirchdorf“, schrieb Brüggen 1871<sup>3)</sup>. In den ersten beiden Jahren seiner Redaktionstätigkeit hat Brüggen mehrfach provinzialpolitische Dinge behandelt, aber meist in allgemeinen Umrissen, beschreibend, unterrichtend, ohne eine konkrete politische Absicht. Eine umfangreiche rechtsgeschichtliche Studie widmete er der Frage des Kirchenpatronats, die damals politische Bedeutung anzunehmen begann: die bäuerliche Bevölkerung meldete ihren Anspruch auf Beteiligung am Kirchenregiment an. Brüggens Stellungnahme zur Frage einer Aufgabe des Patronatsrechts ist konservativ und vorsichtig. Eine scharfe Wendung gegen die Kritiker der Kirchspielsreform von 1870 unter den livländischen Predigern trug Brüggen eine heftige Polemik ein.<sup>4)</sup> Nicht ohne

<sup>1)</sup> „Er springt mit der sogenannten öffentlichen Meinung manchmal etwas barsch um und kümmert sich wenig um die neuen Wahrheiten, die das „Volk von Denkern“ ihm gelegentlich entgegenhält. Aber sein Tun umweht doch der frische Hauch einer kräftigen Natur, während jene Wahrheiten wie das Licht der Studierlampe flackern.“ Korrespondenzen, B. M. 1870, 19, 474.

<sup>2)</sup> „Am Jahreschluß“, B. M. 1870, 19, 584: „Aber 1789 und 1848 tragen für uns doch ein Gepräge, welches uns mit den Greueln veröhnt, die sie aufweisen: wir sehen in ihnen die Geburtsfeste eines großen Teiles der Ideen, in denen wir heute leben. Unser geistiges Leben blüht und wurzelt in den Errungenschaften jener Jahre.“ — Zwanzig Jahre später hatte er seine Stellung zur französischen Revolution völlig geändert: vgl. B. M. 1906, 61, 17. Wenn Th. S. Pantenius in seinen Erinnerungen (A. Eggers, Balt. Lebenserinnerungen, S. 115) Brüggen als Redakteur der Baltischen Monatschrift einen „durchaus konservativen Mann“ nennt, so gilt das nur in dem — von Pantenius a. a. O. übrigens selbst angedeuteten — engeren Sinn.

<sup>3)</sup> „Zur diesjährigen baltischen Ausstellung“, B. M. 1871, 20, 292.

<sup>4)</sup> „Der lutherische Kirchenpatronat in Livland“, B. M. 1871, 20, 417. Vgl. auch „Am Jahreschluß“, B. M. 1870, 19, 590; „Bemerkungen zur Pfarrbesetzungsfrage“, B. M. 1871,

Schärfe, aber zugleich mit einer gewissen ironisch-resignierten Lässigkeit ist die Kritik geschrieben, die Brüggen an der kurländischen Landesverfassung übte — vielleicht sein geistreichster Artikel.<sup>1)</sup> Sooft er aber auch Ausstellungen macht und Wünsche äußert — bei aller Entschiedenheit im einzelnen überwiegt doch das journalistische Element — Beobachtung, Einfühlung, Charakteristik.

Am unmittelbarsten politisch wird Brüggen bezeichnenderweise bei der Erörterung der baltischen Nationalitätenfragen. Hier kommt er gelegentlich einmal mit seiner ganzen inneren Einstellung heraus, und hier zeigt sich, wie tief er in den frühen geistigen Voraussetzungen seines Jahrhunderts wurzelt. Er bespricht die Möglichkeit der Begründung einer höheren Schule mit estnischer Unterrichtssprache und folgt dabei Gedankengängen, wie sie — zuerst von Georg Berkholz und Julius Eckardt entwickelt — im Lauf der letzten Jahre Gemeingut des ganzen baltischen Liberalismus geworden waren. „Wäre es für uns denkbar“, schreibt er im Dezember 1871<sup>2)</sup>, „daß das Lettentum oder Estentum sich einst zu voller Kulturfähigkeit, in seiner ursprünglichen Eigenart und Sprache, zu eigener Kultur gleich der deutschen oder russischen oder schwedischen aufschwingen, ein selbständiges Volkstum erreichen oder auch nur erhalten könnte, wir würden mit Freude an der Erreichung dieses Zieles mitarbeiten. Aber weil dieses Ziel nach menschlicher Voraussicht unerreichbar ist, darum streben wir nicht darnach und können bei andern solches Streben wohl verstehen, nicht aber billigen.“ Die Einrichtung höherer Schulen mit lettischer oder estnischer Unterrichtssprache bedeute einen Aufenthalt im Bildungsgang des Volkes. Auf die Bildung allein komme es an. Ja: „Wenn heute die russische oder estnische Kultur über der deutschen stände, wir würden so zwanglos russisch oder estnisch werden als der Arme reich wird.“ Wenn die deutschen Balten die Sprache eines Volkes, dessen Kultur höher steht als die der andern Völker, als ihre Muttersprache sprechen, so ist nicht ihr Verdienst. Die Zeit ist streng in ihren Forderungen an die „*Welt des Geistes*“, ihr müssen — es mag wehmütig schmerzvoll sein — die „*Laute der Kindheit*“ geopfert werden: „Und ist es denn ein Verrat am eigenen Volkstum, die Sprache zu sprechen, in der ich geworden bin, was ich bin und am höchsten an mir schätze: ein gebildeter Mensch?“ Nicht um Unterdrückung estnischer oder lettischer Bildung handle es sich, sondern ausschließlich um Förderung der Bildung überhaupt; die höchste Bildung aber sei eben die deutsche. Die Verschmelzung der baltischen Stämme erscheint durch eine unglückliche Geschichte verzögert. Der Schmerz darum sei ein Antrieb, „das Friedenswerk, wenn auch spät, zu vollenden“. „Laden wir uns nicht selbst die Strafe auf, die dem Werke zu Babel verderblich wurde.“ — Dieser abstrakt-spiritualistischen Auffassung der Bildung entspricht ein sehr blasser Volksbegriff: „Denn uns“ — d. h. Deutsche, Letten, Esten — „hat das Schick-

20, 586 ff.; „Antwort auf einen offenen Brief des Herrn Pastor Bierhoff“ usw. B. W. 1872, 21, 208 ff. „Zurückhaltend“ kann diese Antwort — ebenso manche andere Polemik Brüggens — kaum genannt werden. Vgl. H. Semel, B. W. 1906, 61, 13.

<sup>1)</sup> „Kurländische Korrespondenz“, B. W. 1871, 20, 492 ff.

<sup>2)</sup> „Unsere bäuerlichen Verhältnisse i. J. 1871“, B. W. 1871, 20, 605 f.

sal zu einem Volke werden lassen, zusammengesetzt aus verschiedenen Stämmen, verschieden an Sprache und Stellung, leider auch oft verschieden an Denken und Streben.“ Später, von Deutschland aus, sah Brügggen im Nationalismus nicht mehr eine Verirrung, sondern eine gesunde Kraft. Gewaltfame Entnationalisierungspolitik verwarf er auch jetzt<sup>1)</sup>.

Als Brügggen die Redaktion der Baltischen Monatschrift übernahm, konnte er mitteilen, daß Georg Berkholz der Zeitschrift als Mitarbeiter erhalten bleiben werde. Die Mitarbeit von Berkholz, die schon in einem Prospekt in Aussicht gestellt wurde<sup>2)</sup>, erstreckte sich nicht nur auf die Beisteuer von Bücherbesprechungen, sondern scheint sogar eine halbwegs redaktionelle gewesen zu sein. Jedenfalls las Berkholz gelegentlich einmal für den abwesenden Brügggen die Korrektur eines Hefts und sprang auch sonst ein, wenn es nottat.<sup>3)</sup> Seine Einstellung zu Brügggen blieb eine kritische.<sup>4)</sup> Der zweite neben Berkholz besonders genannte Hauptmitarbeiter war der Oberlehrer der Geschichte am Mitauer Gymnasium Heinrich Diederichs, ein bedeutender Kopf, der mehrere historische Beiträge lieferte und im März 1871 mit „Literarischen Streiflichtern“ begann, durch die er wichtige literarische Erscheinungen Deutschlands dem baltischen Leser näherrücken wollte — damit die baltischen Deutschen den „frisch strömenden Duell“ ihres geistigen Lebens nicht aus den Augen verlore. Fesselnd und eingehend hat er hier berichtet, vorwiegend über Historisch-Politisches<sup>5)</sup>.

Den Umfang der Zeitschrift hatte Brügggen verringert: die „Neue Folge“ erschien von vornherein als Zweimonatschrift, jedes Heft durchschnittlich 6—7 Bogen stark. Die größten Schwierigkeiten scheint die Beschaffung der Beiträge gemacht zu haben. Brügggen selbst schrieb recht viel, und soweit die Baltische Monatschrift damals noch politisch war, verdankte sie es ihm. In mancher Hinsicht war sie mehr als bisher ein Spiegel baltischen geistigen Lebens: die Auseinandersetzung über den Darwinismus, die Schleidens kurzem Gastspiel in Dorpat die Gemüter bewegte, fand Eingang in die Baltische Monatschrift;

1) Semel, a. a. D. 81 ff; vgl. Schaubinn, a. . . D. 196 f.

2) „Das Bacmeister-Brügggen'sche Programm“, schrieb G. Berkholz am 30. Okt. 1869 an H. Diederichs, „war allerdings sehr dumm. Ich habe mich auch darüber geärgert, daß wir beide, Sie und ich, allein als Mitwirkende genannt waren. Dadurch wird uns in der Vorstellung des Publikums eine größere Verantwortung aufgebürdet, als wenn noch zwei oder drei Namen daneben gestanden hätten.“ Bacmeister ist der Name des früheren Inhabers der Buchhandlung von H. Bruker & Co. in Riga, in deren Verlag die neue Folge der B. M. erscheinen sollte. Ein Exemplar des Programms ist mir leider nicht zu Gesicht gekommen.

3) G. Berkholz an H. Diederichs 3. Mai 1870, Jan. 1872.

4) „Das Gewäch Brügggens über Bienemann“ nannte er (12. März [1870] an H. Diederichs) die allgemeinen Betrachtungen Brügggens über Fr. Bienemanns „Aus baltischer Vorzeit“ (B. M. 1870, 19, 191 ff.). Es war allerdings keine wissenschaftliche Besprechung. Am 25. Mai 1873 schrieb er an H. Diederichs: „Mit Pantenius über Rig. Kirchenordnung bin ich sehr zufrieden. Es ist doch etwas Kunderes und Klareres, als was E. v. d. B. zu leisten pflegte.“

5) G. Berkholz an H. Diederichs 8. April 1871: „Ihre Streiflichter sind für mich und meine Frau in dieser Zeit das größte literarische Ereignis gewesen. Ich habe manches daraus gelernt und bin durch das Ganze lebendig angeregt worden“.

das Erscheinen der „Moralstatistik“ Alexander von Dettingens gab Anlaß zu einem Streit zwischen Naturwissenschaft und Theologie, der das heimliche Thema der geistigen Kämpfe jener Jahrzehnte ist<sup>1)</sup>; anläßlich des 80. Geburtstags von R. E. von Baer veröffentlichte die Monatschrift eine Reihe von inhaltreichen Gratulationschreiben; über das eigentümlich enge Verhältnis, in das auf baltischem Boden Politik und Geschichte zu einander traten, machte Brüggens selbst einige Bemerkungen, die eine recht wesentliche Seite des baltischen geistigen Lebens trafen<sup>2)</sup>. Den weitaus breitesten Raum nahmen in der Zeitschrift historische Arbeiten ein — darunter auch solche, die nach dem Plan der Begründer der Monatschrift nicht hätten ausgenommen werden dürfen, Artikel „ohne alle Applikation auf Gegenwart oder Zukunft“. In gewisser Weise spiegeln sich auch darin die Zeitendenzen wider — der Zug zur Geschichte verstärkte sich von Jahr zu Jahr. Zwar gehörte die Geschichte schon seit den 1830-er Jahren ins Zentrum des baltischen Bewußtseins, durch Schreiben aber war sie mächtig aktualisiert worden, und die wachsende Bedrohung des historischen Zustandes der Ostseeprovinzen ließ Geschichte und Politik immer mehr als untrennbar zusammengehörig erscheinen.

Durch einen kühnen Entschluß gab Brüggens dem Jahrgang 1872 einen fast revolutionären Zug: er veröffentlichte die „Flaudereien eines Heimgekehrten“, deren Verfasser — Carl v. Hehn, ein Neffe Viktor Hehns — sich mit Recht einen baltischen „Rezer“ nannte<sup>3)</sup>. Die „Flaudereien“ zogen sich durchs ganze Jahr, partienweise glänzend geschrieben, überreich an Einfällen und Beobachtungen, guten, aber auch schalen Wizen, nicht ohne das Selbstgefühl des romantischen Zwiespalts, hinter dem eine tiefe, trotz einer gewissen Koketterie echte Bitterkeit lauert — das Spiegelbild eines Reichbegabten, der als Student eine Rolle gespielt, dann den Weg in die Bürgerlichkeit verfehlt und später ein Unterkommen gefunden hat, das seinen Anlagen nicht entsprach. Mit scharfem Blick sah Hehn die Schwächen des baltischen Lebens: das indifferente, „bleichsüchtige“ Deutsch; die selbstherrliche Nachlässigkeit der Sprechweise; die allzu glatten, alles Charakteristische entbehrenden Umgangsformen — überhaupt eine gewisse Blässe des Wesens und der Erscheinung; geringe geistige Produktivität sowohl auf wissenschaftlichem als auf künstlerischem Gebiet; und das alles zurückzuführen auf einen Mangel an Ursprünglichkeit und Volksnähe, der das Schicksal einer Volksgruppe ist, die keinen Bauernstand hat<sup>4)</sup>. Es ist überaus be-

<sup>1)</sup> Vgl. zu dieser Polemik: R. v. Engelhardt, Die deutsche Universität Dorpat, 1933, 263 ff. Die Besprechung der „Moralstatistik“ in der Baltischen Monatschrift ist nicht, wie Engelhardt angibt, von F. von Silienciu, sondern von Dr. J. v. Seidlitz verfaßt (S. Dieberichs, Rückblick auf die Geschichte der Baltischen Monatschrift, B. M. 1908, 66, 141).

<sup>2)</sup> „So ist es natürlich, daß wir heute unsere Historiker politisieren und unsere Politiker nach alten Pergamenten suchen sehen.“ B. M. 1870, 19, 196.

<sup>3)</sup> Über C. v. Hehn vgl. A. Buchholz, Geschichte der Rigaschen Familie Schwarz, 1921, S. 452, 552.

<sup>4)</sup> „Was hat die positivste Betätigung des menschlichen Geistes, die Kunst, von einem Boden zu erwarten, auf dem alles gedrückt — die geistreichsten Leute, kühnsten und reflektierenden Herren und Damen, geldgewinnende Advokaten, nur eins nicht — nicht einfache, ge-

zeichnend für den ständisch gebundenen Blick, daß auch Hehn wie nahezu sämtliche baltischen Journalisten jener Jahre das zahlenmäßig keineswegs geringe „Kleindeutschtum“, die Volksschichten der nicht zur „Gesellschaft“ Gehörigen, gar nicht in Betracht zieht. In manchem mag Hehn übertrieben, anderes schief gesehen haben; die Redaktion sah sich bereits beim ersten Abschnitt der Betrachtungen „Über baltisches Schriftstellertum“ genötigt, eine einschränkende Schlußbemerkung zu machen, und später hat Hehn in sachlichen Einzelheiten Zugeständnisse gemacht. Im übrigen enthalten die „Plaudereien“ trotz ihrer Schärfe und Einseitigkeit viel Wahres; in der Form mußte die Kritik hier und da verletzen. Die Folge des Erscheinens der Artikelreihe war eine allgemeine Empörung. Der Druck der öffentlichen Meinung war so stark, daß Brüggens selbst eine Erwiderung schrieb, in der er dem Verfasser der Plaudereien nichts Geringeres als Leichtfertigkeit vorwarf. Das durfte er nicht tun, er übertrat damit ein ungeschriebenes journalistisches Gesetz, das jeden Redakteur bindet. Das Schlußwort Hehns war ein Glanzstück, sprühend von Geist und Scharfsinn, allerdings auch wieder durchsetzt von unerhört bissigen Sarkasmen.

Der „Plauderer“-Konflikt ist die erste jener sehr persönlichen Polemiken, die sich immer von Zeit zu Zeit in der baltischen Öffentlichkeit erhoben haben. Die Erklärung für diese Erscheinung hat Hehn selbst versucht. Er stand vor der dogmatischen Geltung eines „einmal angenommenen patriotischen Katechismus“, und er traf Richtiges, wenn er als die Rehrseite des aristokratischen Gesetzes der Diskretion eine Empfindsamkeit feststellte, die jedem Angriff eine persönliche Wendung gab<sup>1)</sup>. Was in breiteren Verhältnissen derbe Keulen tun, dazu dienten in der baltischen Enge sorgsam zugespitzte und bisweilen auch etwas vergiftete Pfeile. Die Dichte der persönlichen Beziehungen belastete jedes öffentlich gesprochene Wort mit einer Überzahl privater Konsequenzen<sup>2)</sup>. Die konservativen alten Herren hatten schon recht, wenn sie meinten, daß die historische Aristokratie und die moderne Presse einander im Grunde ausschließen.

Am Schluß des Jahres 1872 mußte Brüggens sich sagen, daß er sich viele Feinde gemacht hatte — nicht nur durch die Aufnahme der Plaudereien, auch durch manche seiner eigenen Artikel<sup>3)</sup>. Der Jahrgang schloß mit einem starken Defizit ab. Zu Beginn des Jahres 1873 schrieb Brüggens sein Abschiedswort

---

sunde Menschenkinder mit klarem Auge und frischem Herzen; was vollends die Dichtkunst von einer Gesellschaft, die im eminenten Sinne des Worts die „gute“ heißen kann und von der daher mehr als von jeder andern das goethesche Wort gilt, daß sie nicht Veranlassung zu dem kleinsten Gedicht gibt?“ „Plaudereien eines Heimgekehrten“, B. M. 1872, 21, 387.

<sup>1)</sup> Vgl. besonders B. M. 1872, 21, 185 f.

<sup>2)</sup> Von ähnlichen journalistischen Erfahrungen aus der gleichen Zeit in Riga berichtet Th. S. Pantenius in seinen Erinnerungen: „Bei der Bedeutung, die man in dem jeden öffentlichen Lebens entbehrenden Lande noch dem gedruckten Wort beimaß, und bei der über-großen Empfindlichkeit, die man ihm gegenüber hatte, stieß ich überall an.“ A. Eggers, Baltische Lebenserinnerungen, S. 109. Vgl. Rig. Btg. 1874, 50, 51; 57 (Erklärung eines Schiedsgerichts!).

<sup>3)</sup> Th. Pantenius a. a. D. S. 116.

an die Leser: er legte die Redaktion nieder, enttäuscht und unbefriedigt<sup>1)</sup>. Bezeichnenderweise gelten seine letzten Überlegungen wieder der nationalen Frage: dem elementaren Aufstreben bisher passiver Volksschichten, der stetig wachsenden Bedeutung der Volkspresse, mit der die Presse der Oberschicht nicht Schritt halten könne<sup>2)</sup>.

Brüggens Nachfolger als Redakteur der Baltischen Monatschrift wurde Theodor Hermann Pantenius, der Dichter des „Wilhelm Wolffschild“; auf den kurländischen Edelmann, der in Dorpat der Livonia angehört hatte, folgte der kurländische Literat, der gar nicht in Dorpat studiert hatte, auf den politischen Schriftsteller der Dichter, der nach dem Erfolge seines Erstlingswerkes damals an seinem zweiten Heimatroman „Allein und frei“ arbeitete. Zur Übernahme der Redaktion hatte Georg Berkholz ihm zugeredet, der ihm wohlwollte und ihn auch weiterhin beriet. Über die Aufgabe der Zeitschrift sprach Pantenius sich in einem kurzen redaktionellen Vorwort aus: es könne keine Rede davon sein den Schwerpunkt der Zeitschrift in die Politik zurückzuverlegen; die Monatschrift werde ein Organ sein für alles, was sich in den Ostseeprovinzen auf geistigem und sozialem Gebiet beuge; sie werde historische Beiträge bringen und jede wissenschaftliche Leistung, die geeignet scheine, „zum Wohle oder zur Kenntnis unserer Heimat beizutragen“; in zweiter Linie auch Arbeiten von allgemeinerem Interesse. In diesem bescheidenen Rahmen hat Pantenius die Zeitschrift fast drei Jahre lang redigiert. Das erste Heft unter seiner Leitung erschien im Mai 1873; im Januar 1876, noch vor Abschluß des dritten Jahrgangs, siedelte er nach Leipzig über. Die Erscheinungsweise — sechs Hefte im Jahr — wurde beibehalten, aber die Hefte erschienen immer unregelmäßiger, Manuskriptmangel, Zensurschwierigkeiten bedingten lange Pausen oder verkürzten Umfang<sup>3)</sup>. Im ganzen kann für diese Jahrgänge gelten, was bald nach dem Rücktritt von Pantenius einmal gesagt wurde: „Wenn die Politik ruht, dann pflegen Antiquitäten, Entomologie und andere unschuldige Wissenschaften zu blühen.“ Die historischen Aufsätze überwogen durchaus. Verstärkt wurde diese Note durch die Aufnahme der regelmäßigen Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde in Riga und der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst. Hin und wieder freilich kam auch in die stillgewordenen Blätter der Zeitschrift ein heftiger Wind: unter Pantenius erschien in der Monatschrift die scharfe Auseinandersetzung zwischen dem Verfasser der „Moralstatistik“ und dem der „Gedanken über die Sozialwissenschaft der Zukunft“, eine

1) Wenn Th. H. Pantenius rückblickend sagt (a. a. O.): „Was seine Stellung erschwerte und schließlich untergrub, war seine Jugend“, so möchten wir das nicht ganz gelten lassen. Brüggens wurde im Jahre 1872 zweiunddreißig. Er machte schwere Fehler, weil er die Lage nicht übersah. Pantenius, drei Jahre jünger als Brüggens, bei Übernahme der Redaktion mithin ebenfalls 29 Jahre alt, war vorsichtiger.

2) „An die Leser der „Baltischen Monatschrift“,“ B. M. 1872, 21, 604 ff.

3) So verbot die Zensur z. B. im November 1873 die Fortsetzung der „Literarischen Streiflichter“ von H. Diederichs. Vgl. G. Berkholz an H. Diederichs 27. Nov. 1873.

Polemik, die mit einer abfälligen Kritik der „Sozialwissenschaft“ aus der Feder Dettingens begann und mit einem satirischen Schlußwort des angegriffenen Verfassers, des Gouverneurs von Kurland Paul v. Lilienfeld, schloß. Ein eigentümliches Bild: zwei Autoritäten des Landes in einem öffentlichen Streit, der in unerhört persönlicher Weise geführt wird und damit endet, daß Gouverneur und Theologieprofessor einander Größenwahn vorwerfen! <sup>1)</sup>).

Pantenius selbst hat in der Baltischen Monatschrift sehr wenig geschrieben, aber auch schon aus seinen vier kurzen Artikeln tritt uns die ganze Eigenart dieses Mannes entgegen. Zum Entwurf einer Gemeindeordnung für die rigaschen Kirchengemeinden nimmt er in positiv-kirchlichem Sinne Stellung, er befürwortet die Anerkennung der Abendmahlsgemeinschaft als des Kerns der Gemeinde, und als die „Zeitung für Stadt und Land“ deswegen über ihn herfällt, antwortet er mit einem Ernst und einer ruhigen Überlegenheit, die sich von den vielen gehässigen Polemiken jener Jahre wohlthuend abhebt <sup>2)</sup>. Beide Artikel enthalten viel überzeitlich Wahres über die Kirche und die Bedeutung lebendiger Gemeinden. In zwei weiteren Artikeln bespricht Pantenius die „Ahnen“ Gustav Freytags, und auch hier zeigt sich jene Wärme des Gemüts, die seine Schreibweise kennzeichnet. Mit jener Wärme fühlte er sein deutsches Volk, der Zauber der Freytagschen Dichtung liegt für ihn eben darin, daß alle ihre Gestalten „einer weichherzigen, gemütvollen und edlen Familie Kinder sind“ <sup>3)</sup>.

Das Nationalgefühl, zu dem Pantenius sich bekennt, ist dieses: nicht die Bildung läßt ihn deutsch fühlen, sondern die Gewißheit eines innigen Zusammenhanges mit dem ganzen Volk, das „nicht ein zufällig zusammengelaufener Haufen Menschen“ ist, sondern ein Organismus, der eine Seele hat. Gustav Freytag ist, was Goethe und Schiller nicht waren: volksnah, und zu dieser Forderung an den Dichter bekennt sich auch Pantenius <sup>4)</sup>.

Der Dichter Pantenius war kein politischer Mann. Nach seiner Übersiedlung ins Deutsche Reich war er jahrzehntelang Redakteur des „Daheim“ und Her-

---

<sup>1)</sup> P. v. Lilienfeld (B. M. 1874, 23, 565 f.) über A. v. Dettingen: „Dort wird aber ein Gelehrter von dem Wahn erfaßt, als ob zu seinen Füßen nicht die ruhigen Fluten seines heimatlichen Baches fließen, sondern des Tibers wilde Wogen rollen. Sein Studierzimmer erweitert sich zu den Dimensionen des Vatikans. Statt der gewohnten leichten Nachtmüße fühlt er auf seinem Haupte die ganze Last der päpstlichen Tiara mit ihren drei Kronen“ usw. Ob wohl der bekannte Übername für Dettingen „der Papsi“ zuerst durch diese Zeilen angeregt worden ist?

<sup>2)</sup> B. M. 1873, 22, 58 ff.; 160 ff.

<sup>3)</sup> „Der Deutsche hält nichts vom welschen „Elan“. Innerlich, durch und durch wahr, wie er ist, erkennt er auch in dem Feinde die guten und edlen Seiten, verliert er nie oder doch nur auf wenige Augenblicke das Gefühl der Billigkeit.“ B. M. 1873, 22, 252. — Im Urteil über Freytags Gestalten mag das Miteinander von „weichherzig“ und „edel“ bestreben; „edel“ hat für uns einen härteren Klang. Der Liberalismus reicht zur Erklärung dieser charakteristischen Wertung nicht aus. Vielleicht spielt hierbei nicht nur die Charakteranlage mit, die Pantenius so empfinden ließ, sondern auch ein gewisser geistiger Einschlag vom Letztlichen her, der auf starke Jugendeindrücke zurückgehen mag.

<sup>4)</sup> a. a. D. 457 ff.

ausgeber von „Welhagen und Klafings Monatsheften“. Aber wie er auch später in Deutschland sehr ausgesprochene politische Ansichten hatte — er erzählt in seinen Lebenserinnerungen vom Gegensatz, in dem er bei der Beurteilung deutscher und russischer politischer Fragen zu Julius Eckardt stand —, so besaß er schon in der Heimat ein politisches Programm. Es war so beschaffen, daß die Baltische Monatschrift, wenn sie es vertreten hätte, „in kürzester Frist den größten Teil ihrer Abonnenten und Mitarbeiter verloren haben würde“<sup>1)</sup>. Was wollte Pantenius?

Er ging davon aus, daß zwischen Deutschen und Letten herzliches Vertrauen herrschte, bevor der nationale Haß die Beziehungen verdarb. Er liebte die Letten und hatte von ihnen nur Liebe und Güte erfahren. Der Weg zur Verständigung schien ihm vorgezeichnet: die herrschenden deutschen Kreise mußten den gebildeten Letten vorbehaltlos in ihre Mitte aufnehmen, es mußte dahin kommen, daß die gesamte Oberschicht der Bevölkerung deutsch sprach und das Lettische etwa die Rolle des Plattdeutschen übernahm — als die Muttersprache des Landmannes und zugleich als die Sprache „des Humors, der Zärtlichkeit und der Landsmannschaft“<sup>2)</sup>. Später hat Pantenius erkannt, daß eine solche Entwicklung im Zeitalter des Nationalismus unmöglich war. — Auch mit dem Russentum schien ihm damals eine Verständigung möglich: erkannte man an, daß die Ostseeprovinzen für immer mit Rußland verbunden waren, so habe man es als selbstverständlich hinzunehmen, daß im vielsprachigen Reiche das Russische die Sprache der Verwaltung und der Gerichte war. Die Aufgabe des Balten sah er darin, an der deutschen Kultur ebenso teilzunehmen wie an der russischen, der Vermittler zwischen beiden Kulturen zu sein. Da Pantenius wußte, daß er mit diesen Anschauungen allein stand, verzichtete er darauf, ihnen in der Monatschrift Ausdruck zu geben, und als der Heimatroman, dem in jenen Jahren seine ganze Schaffenslust galt, beendet war, kam ihm der Leerlauf seiner journalistischen Tätigkeit voll zum Bewußtsein. Er sah unabwendbar nationale Kämpfe heraufziehen, in denen Partei zu ergreifen ihm unendlich schwer werden mußte<sup>3)</sup>. So ging er denn fort.

Als es im Herbst 1875 feststand, daß Pantenius Riga verlassen würde, war die Lage der Baltischen Monatschrift in redaktioneller und finanzieller Hinsicht eine so schlimme, daß die beiden früheren Herausgeber Georg Bertholz und Alexander Faltin, denen die Entscheidung über ihr Schicksal oblag, ernstlich daran dachten, sie eingehen zu lassen<sup>4)</sup>. Da kam im November 1875 das An-

<sup>1)</sup> Th. S. Pantenius, Erinnerungen, a. a. D. S. 119. Hier (S. 117 f.) zeichnet er sein damaliges Programm. Schon in seinen Romanen und Erzählungen hatte Pantenius Anstoß erregt: seine lettenfreundliche Art wurde von vielen als nicht zeitgemäß angesehen und als peinlich empfunden. A. Buchholz, Geschichte der Familie Schwarz, S. 462.

<sup>2)</sup> In ähnlichem Sinn äußerte Pantenius sich in einem lettischen Brief an D. Kronvald vom 20. April 1872. K. Kundziņš, Kronvalda Atis. Gabals iz Latviešu garīgās dzīves (Ein Stück aus dem lettischen geistigen Leben), 1905, S. 155 ff.

<sup>3)</sup> Erinnerungen, a. a. D. S. 126.

<sup>4)</sup> G. Bertholz, „In eigener Sache“, Rig. Btg. 1879, 156.

gebot aus Reval, die Zeitschrift dorthin zu verlegen und die Redaktion dem Historiker Friedrich Bienemann zu übertragen<sup>1)</sup>. Berkholz trat mit Entschiedenheit für diese Lösung ein, scheiterte damit aber am Widerspruch Faltins, dem Bienemann vermutlich zu konservativ war. Im Frühjahr 1876 scheint man zwischen verschiedenen Möglichkeiten geschwankt zu haben: einmal wird Guido Eckardt, ein Vetter Julius Eckardts, als in Aussicht genommener Redakteur genannt, dann heißt es, daß Druck und Zensur nach Petersburg verlegt werden sollen<sup>2)</sup>. Berkholz, der das Unternehmen als hoffnungslos ansah, überließ die Initiative ganz Faltin<sup>3)</sup>. Im Mai 1876 fiel die Entscheidung: die Redaktion wurde dem bekannten Tageschriftsteller Gustav Reuchel übertragen, nachdem eine einmalige unerwartete Subvention die Zeitschrift auf ein Jahr sichergestellt hatte<sup>4)</sup>.

Der unvollendete Jahrgang 1875 wurde inzwischen mit Mühe und Not zu Ende geschleppt<sup>5)</sup>; sein letztes Heft verließ die Zensur am 9. September 1876, konnte aber infolge formaler Hindernisse erst Mitte November erscheinen. Berkholz, der die Sorge dafür hatte, äußerte mißmutig, unter den gegebenen Zensurverhältnissen halte er den Versuch, die Monatschrift fortzusetzen, „für wenigstens unnütz, wenn nicht gar für unmöglich und blamant“<sup>6)</sup>. Zum neuen Redakteur verhielt er sich skeptisch. Reuchel traf seine Vorbereitungen mit großem Eifer. Mehrfach versammelte er etwa zwanzig Herren, die er zur Unterstützung gewinnen wollte, unter ihnen auch Berkholz, in der Gesellschaft „Euphonie“ und besprach mit ihnen sein Arbeitsprogramm. Im August begann er mit der Versendung gedruckter Aufforderungen zur Mitarbeit. Dem letzten Heft des alten Jahrgangs gaben er und der neue Verlag (J. Deubner) eine Ankündigung mit, in der sie um Unterstützung warben und bekanntgaben, daß die Monatschrift von nun an wieder regelmäßig jeden Monat, vier Bogen stark, erscheinen solle. Zum Sekretär der Redaktion wurde der Mitredakteur der „Rigaschen Zeitung“ Alexander Buchholz bestellt. Im Januar 1877 konnte das erste Heft des neuen Jahrgangs erscheinen.

Gustav Reuchel ist nur zwei Monate Redakteur der Baltischen Monatschrift gewesen<sup>7)</sup>. Das politische Programm, das er im ersten Heft veröffent-

<sup>1)</sup> a. a. D.; Fr. Bienemann an G. Berkholz, 6. Nov. 1875: „Das Eingehen der Zeitschrift halte ich für eine Monstrosität, deren ich unsere Landsleute nicht gern für fähig halten möchte.“ Die nächsten Briefe von Bienemann (vom 28. Nov. und 13. Dez.) enthalten bereits ins einzelne gehende Vorschläge.

<sup>2)</sup> Fr. Bienemann an G. Berkholz 7. und 26. April 1876.

<sup>3)</sup> Fr. Bienemann an G. Berkholz 25. April 1876: „Nicht klar ist mir übrigens, da doch die Konzeption jetzt Brüggen eignet, warum F[altin] ein solch entscheidendes Wort gebührt, da das Kapital doch fast verzehrt ist und sein Verdienst nun nachgerade altgeworden. Freilich, wenn seine Stellung zur Sache vielfach gebilligt wird, ist die Erklärung gegeben.“

<sup>4)</sup> G. Berkholz a. a. D., Fr. Bienemann an G. Berkholz 16. Mai 1876.

<sup>5)</sup> Wohl unter der Redaktion von Leopold Bezold, wie nach einem Brief Bezolds an die Seinen vom Winter 1875 vermutet werden muß.

<sup>6)</sup> G. Berkholz an H. Diederichs 10. Sept. 1876.

<sup>7)</sup> B. M. 1884, 31, 610. Nur aus formalen Gründen zeichnete er den ganzen Jahrgang.

lichte, war eine Herausforderung an alle, die ein Bewußtsein von den Gefahren hatten, denen die deutsch-protestantische Kultur in den Ostseeprovinzen ausgesetzt war. Reuchel, der die Monatschrift wieder zu einer politischen Zeitschrift machen wollte, erklärte in seinem einleitendem Artikel kurzweg: es sei Zeit, es unverhohlen auszusprechen, daß die letzten unfruchtbaren Jahre gerade dadurch herbeigeführt worden seien, daß man die baltischen Sonderinteressen den allgemeinen staatlichen Pflichten gegenüber zu sehr in den Vordergrund gestellt habe; notwendig sei das „klare, unverfälschte“ Bewußtsein, daß die baltischen Provinzen „nicht etwa ein isoliertes meerumspültes Eiland, sondern ein Teil des russischen Reichs sind“; die deutsch-baltische Presse habe keine wichtigere Aufgabe, als an den baltischen Handlungen und Unterlassungen Kritik zu üben, um das provinzielle Leben aus Erstarrung und Selbstgenügsamkeit aufzurütteln<sup>1)</sup>. Das war zu viel. Es gab Proteste und Interpellationen, es erwies sich, daß Reuchel sich irrte, wenn er der Zustimmung jenes Kreises interessierter Herren sicher zu sein glaubte, auf die er sich berief<sup>2)</sup>, und zu Ostern teilte Faltin den Revaler Freunden der Zeitschrift mit, daß unter einer neuen Redaktion eine Zurechtstellung des Reuchelschen Programms erfolgen werde. Man scheint nun vergeblich mit verschiedenen Personen wegen Übernahme der Redaktion verhandelt zu haben, u. a. mit Baron Hermann Bruiningk<sup>3)</sup>, und inzwischen wurde der Jahrgang wieder einmal mit einem Provisorium zu Ende geführt. Der Inhalt ist dementsprechend farblos. Außer historischen Aufsätzen<sup>4)</sup> erschienen mehrere Abhandlungen über Reformfragen, die jedoch keineswegs nach einem politischen Willen ausgerichtet sind. Der alte Oberpastor Christian August Bertholz schrieb eine „Aussschau in die kirchliche Zeitlage“ — vielleicht den interessantesten Artikel des Jahrgangs; aber Politik war auch das nicht.

Schließlich erhielt die Monatschrift doch wieder einen selbständigen Redakteur. Im Frühling 1878 übernahm die Redaktion abermals ein Tageschriftsteller — Reuchels Nachfolger an der „Zeitung für Stadt und Land“ Baron Edmund Heyking, ein sehr begabter Journalist von achtundzwanzig Jahren, dessen eigentliche Bedeutung für die baltische politische Willensbildung

1) „An die Leser der Baltischen Monatschrift“, B. M. 1877, 25, 4 f. Ein Jahr später kam Reuchel in der „Ztg. f. St. u. L.“ (1878, 49) auf „Das Programm der Baltischen Monatschrift“ noch einmal zu sprechen, erläuterte es näher und bekannte sich trotz seines Mißerfolgs zur landespolitischen Parole: statt Herrschaft — Führerschaft!

2) G. Bertholz spricht in einem Brief an C. Schirren am 7. April 1877 von Reuchels „unsinnigem Programm“: „Ein Abgrund von Verwahrlosung des politischen Bewußtseins bei unseren jüngeren und auch den meisten älteren Leuten hat sich mir dabei aufgetan. „Und das erst zehn Jahre, nachdem Schirrens Civl. Antwort. erschienen ist!“ — wie Dieberichs sehr richtig bei dieser Gelegenheit ausrief.“

3) Fr. Bienemann an G. Bertholz 13. April 1877.

4) Die beiden Arbeiten von Prof. A. Brückner über „Die Russen im Auslande im 17. Jahrh.“ und „Die Ausländer in Rußland im 17. Jahrh.“ füllten in vielen Fortsetzungen zusammen allein fast 200 Seiten — von 767 Seiten des Jahrgangs insgesamt.

ebenso wie die Keuchels auf dem Gebiet der Tagespresse gesucht werden muß. Der Name Heyking bedeutete ein Programm. Nach seiner einjährigen Tätigkeit an der Tageszeitung konnte kein Zweifel daran bestehen, daß Edmund v. Heyking ein Radikaler war, ein Mann der Keuchelschen Richtung des liberalen Fortschritts. Das politische Bekenntnis, mit dem Heyking im Mai 1878 den neuen Jahrgang der Monatschrift einleitete, ließ denn auch an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Reorganisation der öffentlichen Zustände, wenn sie dem Zeitgeist nicht mehr entsprechen, Ausdehnung der Kultur und Bildung und der entsprechenden politischen Rechte auf die unteren Gesellschaftsklassen<sup>1)</sup>. Abweichenden oder entgegenstehenden Ansichten werde die Monatschrift in liberalster Weise Raum gewähren. Vermieden ist im Programm geschickterweise jede Andeutung in Bezug auf das Verhältnis der Ostseeprovinzen zu Rußland; Heyking mußte sich sagen, daß Keuchel hauptsächlich wegen der unionistischen Tendenz seines Programms gescheitert war. Trotzdem war es klar, daß die neue Fahne — wie ein Gegner bemerkte — weiterflatterte. Tief ins Wesen der Zeitschrift griffen die Maßnahmen hinsichtlich der Stoffgestaltung ein, zu denen Heyking sich entschloß. Die Monatschrift, einst nach dem Muster der Preussischen Jahrbücher begründet, sollte sich nun die Deutsche Rundschau zum Vorbild nehmen, die Beschränkung auf das Gebiet baltischer Interessen aufgeben und ihren Inhalt durch Aufnahme belletristischer Arbeiten, gemeinverständlicher Darstellungen aus den verschiedensten Wissenschaftsgebieten, kulturgeschichtlicher Aufsätze u. a. möglichst vielseitig gestalten. Eine „baltische“ Monatschrift sollte sie nur noch insofern sein, als Mitarbeiter und Leser baltische blieben. Heyking versprach sich hiervon eine Förderung der baltischen literarischen Produktion und eine Erweiterung des Leserkreises der Zeitschrift.

Der Zeitpunkt, zu dem Edmund v. Heyking die Redaktion der Baltischen Monatschrift übernahm, war bedeutsam. In den Städten hatten die ersten nationalen Wahlkämpfe gespielt. Die „Wetterleuchten“-Briefe hatten eine neue Phase heftiger Meinungskämpfe über Landesfragen eingeleitet. Auf dem livländischen Landtag vom Februar/März war der Kreisordnungsentwurf der Liberalen gescheitert. In Kurland trug man sich mit radikalen Reformplänen. Die Stimmung war gespannt und erregt. Man hatte — wie Heyking in seinem Einleitungsartikel zutreffend bemerkte — allgemein das Gefühl, an einem Abschnitt der baltischen Geschichte angelangt zu sein. So trafen denn auch Heykings politische Meinungsäußerungen in der Baltischen Monatschrift in eine Atmosphäre gesteigerter Aufmerksamkeit. In drei Artikeln hat Heyking zu wichtigen Landesfragen Stellung genommen, und bereits im ersten, der im November 1878 erschien, urteilt er mit seiner ganzen temperamentvollen Offenheit<sup>2)</sup>. Der Aufsatz enthält eine glänzende Diagnose der politischen Lage in Livland. Der Blick auf die Dinge — man spürt es sofort — ist der eines Mannes von

1) „An die Leser der Baltischen Monatschrift“, B. M. 1878/79, 26, 5.

2) „Zur livländischen Landespolitik“, a. a. O. S. 304 ff. Auch als Sonderdruck erschienen.

mehr als gewöhnlicher geistiger Bedeutung. In keinem andern Aufsatz jener Jahre, in keiner Landtagsrede ist die innere Lage des livländischen Landtags so klar und umfassend gesehn worden. Heyking hatte den Mut, sich zu Keuchels Programm zu bekennen, die Bedeutung der „Wetterleuchten“-Briefe und der „Livländischen Rückblicke“ zu würdigen, vor den Illusionen der Politiker des starren Provinzialismus zu warnen, von einer mißverstandenen „Livländischen Antwort“ zu reden<sup>1)</sup>. Zum Schluß fordert er die Einsetzung einer Verfassungskommission. — Es war nur folgerichtig, wenn Heyking in einem zweiten Artikel (Februar 1879) für die radikale Reformpolitik des kurländischen Landesbevollmächtigten Graf Keyserling eintrat<sup>2)</sup>. Auch dieser Aufsatz ist ausgezeichnet geschrieben — das geschickteste Plädoyer, das sich für die Politik Keyserlings denken läßt. Indem Heyking die Einführung der russischen Semstwo in Kurland befürwortete und den Plan eines erweiterten Landtags verwarf, nahm er zum Teil die Diskussion vorweg, die einige Jahre später den livländischen Landtag beschäftigen sollte. — Mit den hier vertretenen Ansichten begab Heyking sich in einen Gegensatz zu den Führern der livländischen Reformpartei, mit denen ihn die Arbeit an der „Zeitung für Stadt und Land“ verband. Er sah sich bald genötigt, auf Angriffe von M. v. Dettingen und E. v. Mensenkampff zu erwidern, und tat es mit einem letzten Aufsatz in der Monatschrift, in dem er mit der gleichen großzügigen Klugheit wie in seinen beiden andern Artikeln die radikale Verfassungsreform empfahl<sup>3)</sup>.

So radikal Heyking in seiner Kritik war — hinsichtlich der nationalen Frage stand er doch auf dem alten aristokratischen Boden. Den erweiterten Landtag lehnte er ab, weil er „nationale Agitatoren und Populärhelden der schlimmsten Art“ kommen sah. Die lettische nationale Bewegung — hier klingt etwas von der geheimen Freude des Künstlers am Elementaren durch — erschien ihm als ein „Gemenge von Bildung und Halbbildung, von Nationalstolz und slavischer Nachahmung des Deutschen oder Russischen, von harmloser Schwärmerei für urlettische Ideale und Enthusiasmus für die fremde Idee, von tiefer Religiosität und unverdaulichem Skeptizismus, von hingebender Aufopferung an allgemeine Zwecke und egoistischem Ehrgeiz und schmutziger Habgier, von Schwärmerei und affektiertem Beckentum“<sup>4)</sup>. Das Ziel, das er dem Liberalismus wies, war die Schaffung eines „einigen Volkes“ aus den Nationali-

1) Bereits im März 1878 hatte Heyking diesem Gedanken noch viel schärfer Ausdruck geliehen. In einer Polemik mit Georg Berthold sagte er (Ztg. f. St. u. L. 1878, 57): „Zehn Jahre lang haben wir nun glücklich an den Namen eines großen Historikers geglaubt und auf alle Einwendungen stets nur eine „Livländische Antwort“ gekaut und darauf geschworen, bis wir uns gründlichst festgefahren haben...“

2) „Zur kurländischen Reformfrage“, B. M. 1878/79, 26, 460 ff.

3) „Zur Widerlegung einiger Einwände gegen die Einführung der Landschaftsinstitutionen“, a. a. D. S. 615 ff.

4) „Eine notwendige Auseinandersetzung“, Ztg. f. St. u. L. 1879, 4. Bgl. B. M. 1878/79, 26, 470, 623.

täten der Heimat <sup>1)</sup>. Aber einen Sinn sah er der deutsch-baltischen Existenz doch nur dann gesichert, wenn es dem Deutschtum im Lande gelang, die Führerschaft zu behaupten; ginge die einmal verloren, so sei der Zeitpunkt gekommen, das Bündel zu schnüren <sup>2)</sup>.

Aus Heykings letztem Aufsatz spricht tiefe Hoffnungslosigkeit. Er selbst hat bereits im folgenden Jahr sein Bündel geschnürt. Zu diesem Entschluß mag auch der Mißerfolg beigetragen haben, den er mit seiner Zeitschrift erlitt. Es stellte sich immer mehr heraus, daß die Umgestaltung ein Fehler gewesen war. Die Auswahl der Aufsätze war mehrfach nicht glücklich. Die Abonnenten zogen sich zurück. Schon am Ende des ersten Jahres, nach dem Erscheinen von zwei Doppelheften und einem Einzelheft, war das Defizit bedeutend. Es begann an Material zu fehlen. Im Januar 1879 klagte Heyking darüber, daß ihm mit jedem Heft der Atem auszugehen drohe <sup>3)</sup>. In seiner Not wandte er sich sogar an einen so entschiedenen politischen Gegner wie den konservativen Historiker Bienemann und bat ihn um seine Mitarbeit <sup>4)</sup>. Aber auch Bienemanns Mitarbeit konnte den Verfall der Zeitschrift nicht aufhalten. Im Herbst 1879 legte Heyking ohne Abschied die Redaktion nieder.

Das Fiasko Heykings wäre trotz seiner herausfordernden politischen Artikel kein so vollständiges gewesen, wenn er sich nicht eines Vergehens schuldig gemacht hätte, das die baltische Gesellschaft ihm nicht verzieh: eines rücksichtslosen Verstoßes gegen Sitte und Form. Gleich im ersten Heft hatte Heyking eine Novelle veröffentlicht — „Im Zuge“ —, die als Zeitdokument nicht uninteressant ist, wenn sie auch sprachlich und stilistisch nur einen begabten Journalisten, nicht eigentlich einen Künstler verrät. Ihrer Wirkung nach lag sie auf der Linie jener modernen Literatur, die Ordnung und Bindung zersezt hat. Es war ein Zeichen von Gesundheit und ungebrochener Lebenskraft, daß die baltische Gesellschaft die Novelle ablehnte. Zum Sprachrohr der öffentlichen Meinung machte sich der Oberpastor an der St. Petri-Kirche zu Riga Mag. theol. Johannes Lütken, der eine in mehr als einer Hinsicht angreifbare Kritik der Novelle schrieb und sich damit ins Unrecht setzte. Heyking antwortete sehr rücksichtslos, worauf Lütken eine zweite Auflage seiner Schrift erscheinen ließ und in einem Nachwort mit der baltischen Presse im allgemeinen abrechnete. Auch hier wieder hatte er im Kern recht; die Form war auch diesmal unglücklich. Der Streit nahm einen immer größeren Umfang an, dritte Personen mischten sich ein, teils durch die Tageszeitungen, teils mit selbständigen Broschüren, Lütken ließ eine „dritte verbesserte Auflage“ seiner Flugschrift erscheinen, und Heyking schrieb „Ein letztes Wort über Herrn Johannes Lütken“, in dem er

<sup>1)</sup> „Auf dem Boden der allen gemeinsamen Kultur soll eine Einheit entstehen, die den Besonderheiten jeder Nationalität gleichmäßig Rechnung trägt, die aber keine ererbte Herrschaft bestimmter Gesellschaftsklassen und einer Rasse, sondern nur die natürliche Führerschaft der Intelligenz und politischen Reife kennt.“ B. M. 1878/79, 26, 312.

<sup>2)</sup> a. a. O. S. 631.

<sup>3)</sup> G. Bertholz an H. Diederichs 31. Jan. 1879.

<sup>4)</sup> Fr. Bienemann an G. Bertholz 2. Jan. 1879.

dem Oberpastor mit nackten Worten Feigheit und Mangel an Wahrheitsliebe vorwarf. Das Urteil der öffentlichen Meinung über die ganze Angelegenheit war zwiespältig; im Grunde hielt man es mit Lüttkens, dessen Mißgriffe man bedauerte. Heyking verlor durch die Rücksichtslosigkeit seiner Polemik gegen den Oberpastor viel an Boden. Namentlich in Literatenkreisen nahm man Anstoß an der „junckerlichen“ Unbekümmertheit, mit der Heyking, der klug genug war, auch Mißgriffe zuzugeben, alle Formen überlieferter Denkweise sprengte.

Es war „eine unheilbar verpfuschte Geschichte“<sup>1)</sup>. Zum dritten Mal im Lauf weniger Jahre wurde die baltische Öffentlichkeit von einem erbitterten persönlichen Streit in Atem gehalten, und immer war die Baltische Monatschrift der Ausgangspunkt. Von der „Blauderer“-Affäre und dem Streit zwischen Dettingen und Lilienfeld unterschied sich die Sache Lüttkens-Heyking nur durch den Umfang. Eine Erscheinung, die einem zu denken gibt. Jede Zeit, jede soziologische Schicht hat ihre Kampfmethoden, ihre Formen von Haß. Je tiefer der sachliche Gegensatz, desto stärker die vulkanischen Kräfte, desto offener die Flammen der Leidenschaft. Die keineswegs mehr vornehmen Meinungskämpfe im baltischen Deutschtum während der siebziger Jahre sind ein Gradmesser für die heftige Gärung, in der sich die baltische Gesellschaft befand.

---

Noch bevor das letzte von Heyking redigierte Heft erschienen war, stand es fest, daß die Baltische Monatschrift nach Reval verlegt und von Bienemann übernommen werden würde. Was im Winter 1875 abgelehnt worden war, stieß im Herbst 1879 nicht mehr auf Schwierigkeiten. Die Niederlagen Reuchels und Heykings hatten gezeigt, daß die liberale Richtung der öffentlichen Meinung nicht mehr entsprach. Bienemann war als entschiedener Konservativer bekannt. Daß er sich im Einklang mit der herrschenden Stimmung befand, bewies der redaktionelle und materielle Erfolg, den er hatte.

Seinen Neigungen nach mehr Gelehrter als Journalist, stand Friedrich Bienemann als Schriftsteller hinter seinen Vorgängern zurück. Er schrieb schwerfällig, nicht selten gespreizt und gravitatisch<sup>2)</sup>. Seinem Selbstbewußtsein, das nicht gering war, entsprach ein unerschütterlicher Glaube an seine Berufung zum Wächteramt der konservativen Idee. Geboren 1838 in Riga, war er in Goettingen durch die Waizsche historische Schule gegangen und in Dorpat mächtig von Schirren gepackt worden. Seine politische Haltung geht vor allem auf

---

1) G. Berkholz an H. Diederichs 1. Sept. 1878.

2) Th. Schieman an G. Berkholz 16. Nov. 1880: „Bienemanns Artikel tun es nicht; wir treten für ihn ein, aber was er sagt, überzeugt nicht, weil er in Sprache und Ausdruck übertreibt und man durchfühlt, wie groß er sich in seinem Schmerz ums Vaterland vorfonmt. Ich kann nicht helfen, ich höre immer einen Ton Selbstverherrlichung durch und meine doch, man sollte mit ernstern Dingen nicht kokettieren!“ — Eine ergötzliche Anekdote, die seine Überheblichkeit beleuchtet, findet sich in den Erinnerungen von D. v. Gruene-waldt, Aus Kindheit und Domschule, 1928. — Vgl. den Nachruf auf Bienemann von H. Diederichs, Aus baltischer Geistesarbeit 1909, II. 99 ff.

den Einfluß Schirrens zurück<sup>1)</sup>. Bienemann war der erste, der die von Schirren ins baltische Leben getragenen politischen Impulse möglichst unverkürzt in publizistische Wirksamkeit umsetzen wollte. In dieser Richtung hat seine Tätigkeit eine Tradition begründen helfen, die für die Baltische Monatschrift seitdem maßgebend gewesen ist.

Im Gegensatz zu der Verzichtstimmung, die lange Jahre in der Redaktion geherrscht hatte, ging Bienemann mit großer Zuversicht ans Werk. Es gelang seiner Aktivität, viele neue Mitarbeiter zu gewinnen und in die Zeitschrift trotz des andauernden Übergewichts der historischen Beiträge einen lebendigen Zug zu bringen. Der Inhalt wurde mit betontem Nachdruck wieder auf baltische Dinge beschränkt. Der historisch-politische Charakter sollte gewahrt bleiben, darüber hinaus sollte die Zeitschrift Heimatkunde nach jeder Richtung hin pflegen<sup>2)</sup>. Bienemann selbst hat viel geschrieben; am Schluß des dritten von ihm geleiteten Jahrgangs stellte er fest, daß die Redaktion 26 mal selbständig das Wort genommen hatte<sup>3)</sup>. Das Erstaunlichste war, daß es trotz des Zensurdrucks gelang, provinzialpolitische Fragen im Geist des „Feststehens“ und „Ausharrens“ zu behandeln. Gelegentlich einmal wurde freilich ein ganzer Aufsatz Bienemanns von der Zensur gestrichen<sup>4)</sup>. Im ganzen aber waren die Zensurverhältnisse in Reval günstige. Sogar vom „klaffenden Gegensatz von Gesetz und Recht“, von „Bergewaltigung“, von der „doppelseitigen Loyalität“ des baltischen Deutschtums gegenüber dem Herrscher und dem Lande durfte er schreiben<sup>5)</sup>. Mit unleugbarem Geschick warb Bienemann für den intransigenten Rechtsstandpunkt — mit Andeutungen, Anspielungen, halben Worten. Auch seine ganze Geschichtsschreibung stand in diesem Zeichen; die gründlichen historischen Abhandlungen, die er in der Baltischen Monatschrift veröffentlichte, waren alles andere als „antiquarische“ Beiträge — sie funkelten von Politik. Man lese nur das Motto und die Einleitung zu seiner Geschichte der Statthaltertschaftszeit im Jahrgang 1883! Würdiges Feststehn — das war sein Programm, und je heftiger der Sturm der Russifizierung wurde, desto mehr wurde es das Programm des Landes.

1) In einem Brief an G. Bertholz vom 1. Juni 1869, unmittelbar nach dem Erscheinen der „Livländischen Antwort“, bekennt er sich als „auf dem Boden des streng kapitulationsmäßigen Rechtes der Provinzen stehend“. Den Einfluß des Vorbildes auf seine Schreibweise bemerkt schon E. v. d. Brüggen, B. M. 1870, 19, 197.

2) „In Sachen der Monatschrift“, B. M. 1880, 27, 5

3) „Zum Jahreschluß“, B. M. 1882, 29, 779. Zu den engeren Mitarbeitern gehörte Theodor Schiemann, der 1883 als Stadtarchivar nach Reval übersiedelte und auch redaktionell mitarbeitete. (F. r. B i e n e m a n n an G. Bertholz 26. Februar 1883.)

4) F. r. B i e n e m a n n an G. Bertholz 10. Nov. 1880.

5) „Zur Lage“, B. M. 1880, 27, 517 ff. Hierzu bemerkt G. B e r t h o l z (an H. Diebedrichs 21. Okt. 1880): „Bienemanns „Zur Lage“ wird in dem Schreiben [der Oberpreßverwaltung an den rigaschen Zensor] beiläufig als „absolut zensurwidrig“ bezeichnet. Ein dito stärkeres Donnerwetter wird also wohl an den rebalschen Zensor ergangen sein, und wer weiß, ob nicht auch eine Maßregelung der Baltischen Monatschrift damit verbunden ist.“ Die Sache scheint ohne ernstere Folgen geblieben zu sein. Noch am 17. Sept. 1884, ebenso am 16. März 1885 schreibt B i e n e m a n n (an G. Bertholz) zufrieden von „seinem“ Zensor.

Offener aber als bei Schirren lebte in diesem Bekenntnis der nationale Gedanke. So energisch die Monatschrift den sozialrevolutionären Nationalismus der Letten, Esten, Russen ablehnte<sup>1)</sup>, — die Kraft, von der ihre konservative Gesinnung getragen wurde, war ebenfalls eine nationale. „Gegenüber dem unklaren Aufruf zur Bildung eines Volks aus allen disparaten Gruppen“ begrüßte Bienemann ein offenes Wort, „daß es für uns nichts anderes gebe als einen deutsch-livländischen Landesstaat.“<sup>2)</sup> Zweieinhalb Jahre später, im Jahr der Manasseinschen Revision, bezeichnet die Redaktion es als ihr Anliegen, im Leserkreise der Baltischen Monatschrift „die Freude an der nationalen Gemeinschaft zu intensivem Lebensgefühl zu steigern“<sup>3)</sup>; sie verweist auf Goethe und Luther. Zugleich bekennt sie sich klar und offen zum Aktivismus eines nationalen Sendungsgefühls: den Vorfahren ward einst von der Nation ein „Commissum“ anvertraut, das auch die Lebenden verpflichte; es schließe in sich die Übertragung deutsch-christlicher, deutsch-evangelischer Kultur auf das baltische Land; zur Erfüllung dieser geschichtlichen Aufgabe müsse alles daran gesetzt werden, dem Deutschtum im Lande die „leitende Stellung“ zu bewahren. „Wir lieben unsere Nation nicht wahrhaft, wenn wir ihr Werk und ihre Ehre bei uns nicht fördern; und wir können das Werk nicht fördern, also unsere Pflicht nicht erfüllen, wenn wir nicht vom nationalen Geiste beseelt sind.“

Die Zeit der Bienemannschen Redaktion ist mit Recht eine Blütezeit der Monatschrift genannt worden<sup>4)</sup>. Anfangs hatte die Zeitschrift mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen. Bienemann klagt in seinen Briefen an Bertholz, in denen er von seinen Plänen und Sorgen erzählt, mehrfach über die Gleichgültigkeit oder gar Feindseligkeit der rigaschen Tageszeitungen. Bertholz suchte zu helfen und zu vermitteln. Allmählich setzte Bienemann sich auch in Riga durch. Die Abonnentenzahl stieg<sup>5)</sup>.

Und dann hat Friedrich Bienemann sich doch auch dem Zuge jenergeschlossen, die der Heimat den Rücken kehrten. Nach dem Tode von Georg Bertholz war er kurze Zeit sein Nachfolger als Stadtbibliothekar in Riga. 1887 wurde ihm von der Breslauer philosophischen Fakultät der Ehrendoktor verliehen. Im selben Jahr siedelte er nach Leipzig über, ging dann als Hochschullehrer nach Freiburg i. Br. und ist 1903 in Straßburg gestorben. Was ihn zum Fortgehn veranlaßte, war die baltische Resignation. Den Vertretern geistiger Berufe schien leichter als andern das Leben nicht mehr lebenswert in einem Lande,

1) F. Luther, „Der Nationalismus ein Feind unserer kirchlichen und staatlichen Ordnung“, B. M. 1882, 29, 122 ff. Im selben Sinn mehrfach redaktionelle Äußerungen.

2) B. M. 1880, 27, 356.

3) B. M. 1882, 29, 781.

4) G. Diederichs, Rückblick, B. M. 1908, 66, 147. Hier auch ein Überblick über die bedeutendsten Aufsätze der von Bienemann redigierten Jahrgänge.

5) Fr. Bienemann an G. Bertholz 20./21. April 1883: „Damit geht es jetzt — 605 und über ein Duzend neuer konnte ich nur mit Mühe befriedigen.“

dessen Kulturfarbe nicht mehr die deutsche sein sollte<sup>1)</sup>. Es ist kein Zufall, daß die meisten Auswanderer Literaten waren, auch abgesehen davon, daß viele von ihnen ihr Brot im russifizierten Lande verlieren mußten. Heute sind wir bereit — Ausnahmen zugestanden —, denen recht zu geben, die im Vertrauen auf die innige Kraft des unzerstörbaren deutschen Hauses ihren Platz behaupteten.

## 2. Die rigaschen deutschen Tageszeitungen

### Die Tageszeitungen und ihre Redakteure

Als die führende deutsche Tageszeitung der Ostseeprovinzen galt unbestritten die alte Rigasche Zeitung, die von Julius Eckardt und Dr. John Baerens, die 1861 die Redaktion übernommen hatten, zu einem politischen Faktor gemacht worden war<sup>2)</sup>. Die beiden jungen Redakteure hatten damit ein ganz neues Moment ins baltische Leben getragen. So beschränkt durch Zensur und Herkommen die Aussprachemöglichkeit blieb — die Zeit der Ständepolitik hinter geschlossenen Türen war eben doch zu Ende, seit der Tageschriftsteller die öffentliche Meinung mit zu bestimmen begann. — Julius Eckardt verließ die Heimat im Frühjahr 1867. John Baerens schied zwei Jahre später aus, bis zuletzt durchdrungen vom Glauben an den Fortschritt, in dessen Zeichen er und Eckardt ihre journalistische Arbeit begonnen hatten. „Wir brauchen unsere alte Fahne nicht zu senken“, schrieb er in seinem letzten Wort an die Leser,<sup>3)</sup> „und weihen deshalb dieses Abschiedswort der „Baltisch-liberalen Idee“ und den Reformfreunden von 1862“.

Der Redaktionswechsel bedeutete keinen Richtungswechsel. Baerens' Nachfolger als Chefredakteur wurde Leopold Bezold, der liberale Maler-Journalist, dem von seiner mehrjährigen Tätigkeit an der Revalschen Zeitung her der Ruf vorausging, einer der besten baltischen Journalisten zu sein.

Bezold war ein vielseitig begabter Mann. Geboren 1832 in Fellin, stand er schon früh unter dem bestimmenden Einfluß liberal-idealistischer Gesinnungen. Der Drang zur Kunst trieb ihn in die Ferne, die Liebe zur Heimat zog ihn zurück. Bezold war in Dorpat Estone gewesen, und die gesellschaftliche Abgeschlossenheit der drei Provinzen war so groß, daß er in Riga nicht heimisch werden konnte<sup>4)</sup>. So sehr ihn auch dieser Umstand in seiner Tätigkeit in Riga tatsächlich gehemmt hat — eine unvergleichlich viel schwerere Lähmung bedeutete

<sup>1)</sup> In einem Brief an L. Bezold vom 24. Aug. 1887 begründet er seine Überfiedlung nach Deutschland damit, daß sie ihm bei seiner Anschauung von der Lage der Dinge für die gesunde Entwicklung seines Sohnes unumgänglich erscheine (Nachlaß L. Bezold).

<sup>2)</sup> Vgl. Wittmann, Liberalismus baltischer Literaten, S. 58 ff. Die Rigasche Zeitung hatte 1869 3000—3500 Abonnenten („Die Öffentlichkeit“ usw. S. 21), davon 508 in den kleinen Städten und auf dem Lande (Rig. Ztg. 1870, 64).

<sup>3)</sup> Rig. Ztg. 1869, 213.

<sup>4)</sup> Im November 1876 schrieb er den Seinen: „Riga zu verlassen ist an sich ein erhebender Gedanke. Ich habe hier weder dulden und leiden müssen und habe Zeiten gehabt, wo mein Herz nahe daran war zu verbittern“. Vgl. T. H. S. Pantenius, Erinnerungen a. a. D. S. 110 f.

natürlich die Zensur. Die drückenden Bedingungen, unter denen die baltischen Redakteure damals arbeiten mußten, hat Pezold in einer anonymen Broschüre, die bei ihrem Erscheinen viel Aufsehn machte, ungemein anschaulich geschildert<sup>1)</sup>. In der Kunst, mit nichtsagenden Worten viel zu sagen, hatte er sich schon in Reval geübt. In Riga mußte das Versteckspiel mit der Zensur fortgesetzt werden. Der Redakteur weiß, „daß der Zensur ihn bloß zu verstehen braucht, um ihn schweigen zu machen. Er ist so unklar wie möglich und drängt seine Erbitterung in den Raum zwischen den Zeilen“<sup>2)</sup>.

Trotz aller Schikanen und Beschränkungen sind die baltischen Redakteure nicht müde geworden, den Kleinkrieg gegen die angreifende russische Presse zu führen. Auch Pezold ist dieser Aufgabe mit Geschick und Ausdauer nachgekommen, wenn auch unter wachsenden Schwierigkeiten<sup>3)</sup>. Daneben gab es Auseinandersetzungen mit den lettischen Blättern, die in eine neue Phase traten, als 1877 die erste lettische Tageszeitung zu erscheinen begann.

Bei einer Beurteilung der redaktionellen Tätigkeit Pezolds sind die großen äußeren Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte, immer im Auge zu behalten. Trotzdem wird man sagen dürfen, daß seiner Schreibweise eine spezifisch politische Energie und Prägekraft abging. Eckardt, Reuchel, Henking besaßen sie in viel höherem Grade. Zum Teil mag das damit zusammenhängen, daß Pezold seiner Natur nach zur Vermittlung, zum Ausgleich neigte<sup>4)</sup>. Letzten Endes aber war es dies, daß er im Grunde gar nicht politisch empfand. Er hatte, ohne schöpferisch zu sein, ein ungemein reges und umfassendes ästhetisches Empfinden, das auf alle die vielen Gebiete hinüberwirkte, die seiner Begabung zugänglich waren. Er besaß die Fähigkeit, auch aus der Haltung des Politikers heraus zu schreiben und zu urteilen, aber er handelte dann nicht aus dem Kern seines Wesens.

Die inneren Voraussetzungen, mit denen er an die journalistische Arbeit in der Heimat herantrat, hat er selbst in einem späten Rückblick geschildert<sup>5)</sup>. Die Einigung Italiens; das Schillerjahr in Deutschland; der Nationalverein; Uhlands Tod; die Düppeler Schanzen und der Jubel deutscher Jugend über den Sieg von Königgrätz — all das hatte ihn gepackt und im Innersten angerührt. Er kehrte als Nationalliberaler in die Heimat zurück<sup>6)</sup>. Von dieser

1) „Die Öffentlichkeit in den Baltischen Provinzen“, Leipzig 1870, S. 23 ff.

2) a. a. O. S. 32.

3) Nachfolger Poortens als Zensur († 1867, s. Witttram, 78) wurde Carl v. Kästner, geb. 1818, der später seiner libländischen Gesinnung wegen abgesetzt wurde. Er war mit Guido Schilling, Geheimrat im russischen Innenministerium, befreundet, der ihm in einem interessanten Privatbrief vom 29. Febr. 1866 (Nachlaß C. v. Kästner) die Ansicht entgegenhält, daß die baltische Presse klug daran täte, auf russische Presseangriffe gar nicht zu antworten.

4) Als er 1869 eine Serie geschichtlicher Bilder malte, schrieb er an die Seinen, es handle sich um „eine Reihe von Versuchen, durch Darstellung des Guten und Schönen in jeder Partei die Streitenden versöhnlich zu stimmen, denn diesen hohen, über den Leidenschaften des Tages schwebenden Zweck hat nun einmal für mich die Kunst“. (Nachlaß L. Pezold.)

5) „Zur Geschichte der Rigaschen Zeitung“, 1907, S. 31.

6) L. v. Frey berichtet in der handschriftl. Biographie ihres Vaters von einem mißlungenen Versuch Pezolds, in Reval „auf seinen politischen Abenden eine Art nationalliberaler Partei zu gründen“.

Grundstimmung her sind alle seine politischen Prinzipien zu verstehen, die er mit journalistischer Unermüdlichkeit verkündete. Wieder, wie schon zu Anfang der 60-er Jahre, folgte die baltische politische Publizistik im Kern ihrer Gesinnungen dem großen Zuge des binnendeutschen geistigen Lebens — natürlich in starker Verkürzung und Zusammenziehung; im baltischen Echo mußten die in Deutschland reich differenzierten Töne immer zu einem allgemeinen, das einzelne verwischenden Wiederhall zusammenfließen.

Bezolds Liberalismus ist so rund und vollständig, wie er nur je in einem der führenden Blätter des deutschen Liberalismus vertreten worden ist. „Die Sittlichkeit verlangt zu ihrer Hebung den gesunden Fortschritt auf allen Gebieten“<sup>1)</sup> — dieser eine Satz gibt das ganze zeitgenössische Lebensgefühl wieder. Dem „politischen Pessimismus, der in den Verirrungen der Gesellschaft das Bild des menschlichen Lebens sieht“, hatte Bezold schon in seinem Antrittsartikel den Krieg erklärt<sup>2)</sup>. Der Glaube an den Fortschritt ist die Grundlage seines Wirkens. Alle bekannten Forderungen des Liberalismus lassen sich auf diese Voraussetzung zurückzuführen: Entwicklung der „selbständigen Individualität“, in deren Dienst sich auch die Kirche stellen müsse<sup>3)</sup>; Bekämpfung der Unwissenheit, Förderung der Bildung<sup>4)</sup> — der Schrei nach Schulen ist ja das bezeichnendste Merkmal des bürgerlichen Liberalismus; freie Bewegung aller Kräfte, die bereits den Ausgleich der Gegensätze in sich trage<sup>5)</sup>; Förderung der Städte als der eigentlichen Träger des Fortschritts<sup>6)</sup> — all diesen Forderungen hat die Presse zu dienen; die Presse, deren Entwicklung ebenfalls eines der dringendsten und wichtigsten Bedürfnisse der Gegenwart ist<sup>7)</sup>. Bezold hatte ein klares Bewußtsein vom Ganzheitsanspruch des Liberalismus<sup>8)</sup>. Auch die besondere baltische Aufgabe sah er in diesem Zeichen<sup>9)</sup>, und die bekannten gegen-

1) Rig. Ztg. 1872, 89.

2) Rig. Ztg. 1869, 243. Die Leitartikel sind ungezeichnet; soweit sie nicht einzelne Spezialfragen behandeln, sind sie wohl ebenso wie die allgemeinen Bemerkungen am Kopf der Rubrik „Inland“ durchweg von Bezold verfaßt.

3) Rig. Ztg. 1872, 89.

4) „Denn Unwissenheit verhindert nicht nur die sittliche Selbsterhebung, sie zieht die Gemüter in immer tieferes Verderben hinab.“ „Baut an unseren Schulen, baut an unseren Schulen! Das ist heute die lebhafteste Weihnachtswahnung, eine Mahnung in christlichem und zugleich in politischem Sinne!“ Rig. Ztg. 1871, 299.

5) Rig. Ztg. 1870, 105.

6) Rig. Ztg. 1870, 7.

7) Rig. Ztg. 1870, 19. Ein Beispiel von der maßlosen Überschätzung der Pressefreiheit enthält „Die Öffentlichkeit in den Baltischen Provinzen“, S. 17; vgl. hierzu die scharfe Kritik von W. v. B o c k, L. V. III (R. F. 1) Heft V, S. 96 f.

8) „Dürfen wir allgemeine Parteistichwörter auch auf unsere Verhältnisse anwenden, so nennen wir die wichtigste Aufgabe für die Provinzen die, liberal zu sein. Liberal nicht nur in Fragen des Rechts und der Politik, sondern ebenso in gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen Fragen.“ Rig. Ztg. 1870, 105. — Bezold war ein Anhänger des Protestantenvereins und bejahte den Kulturkampf (vgl. besonders Rig. Ztg. 1873, 193).

9) „Ewig berechtigt ist nicht das einzelne, äußere Gesetz, wohl aber das Ringen nach Freiheit auf jedem Gebiet, das heißt: das innere Gesetz der Menschheit. Und hiezu berufen und verpflichten uns die Privilegien von 1710.“ „Die Öffentlichkeit“ usw., S. 19.

ständlichen Forderungen des baltischen Liberalismus verstanden sich bei seiner Grundeinstellung von selbst. Eine der Wurzeln des Übels war ihm der baltische Hochmut<sup>1)</sup>, eine der verabscheuenswürdigsten Erscheinungen des baltischen Lebens die Scheu vor der Öffentlichkeit. Noch im Alter spricht er vom „Dukulismus“ der baltischen Standschaften mit Bitterkeit<sup>2)</sup>. Da er in Riga fremd war, mußte er sich den verschlossenen Türen gegenüber besonders schwer zu helfen. Wenn die Zensur es zuließ und die Gelegenheit sich bot, kam er mit seiner Kritik an der ritterschaftlichen Landespolitik offen heraus; am schroffsten wohl nach dem livländischen Landtag von 1872<sup>3)</sup>. Zum Schluß des Jahres 1872 fand er Worte der Anerkennung für das, was der Apparat der Landesverwaltung leiste, obgleich er schwerfällig und alt geworden; unter dem Eindruck dieser zähen Leistungsfähigkeit sei mancher Reformator zum Konservativen geworden<sup>4)</sup>. Der Landtag von 1875 verging ohne eine Stellungnahme der Rigaschen Zeitung. Daß Bezold aber keineswegs resigniert hatte, bewies die Haltung der Zeitung in den folgenden Jahren, als die nationalen Kämpfe eine bis dahin unerhörte Zuspitzung der landespolitischen Lage bewirkten.

In der nationalen Frage zeigt die Rigasche Zeitung unter Bezolds Redaktion ein eigenes Gesicht. Das warme Nationalgefühl, das Bezold mitbrachte, mußte durch die großen Geschehnisse von 1870/71 zu freudigem Enthusiasmus gesteigert werden. In der Zeitung durfte so gut wie nichts davon durchschimmern. Ganz selten einmal gewährten die dichten Schleier der Zensur einen spärlichen Durchblick; so etwa nach dem Abschluß des Waffenstillstandes, bei dessen Erwähnung der Stolz des Deutschen sich nicht verbergen ließ. Hier wird auch der sittliche Grundcharakter dieses Nationalstolzes deutlich sichtbar: Deutschland sei das Land, welches „das höhere Maß geistiger, sittlicher und physischer Kraft mit dem höheren Maße allgemeiner Bildung und Ordnung“ verbinde<sup>5)</sup>.

Gegenüber der lettischen und estnischen nationalen Bewegung nahm Bezold vom ersten Augenblick an eine freundlichere Stellung ein als Eckardt<sup>6)</sup>. Er billigte die nationale Grundhaltung der Völker<sup>7)</sup>, wollte ihren praktischen Bedürf-

1) „Dieser unselige Hochmut, den nur ein Hauch amerikanischer Arbeitsbedrängnis in den Stolz kräftiger Mannheit verwandeln kann, ist zum Teil an der Erhaltung alter Lebensformen, die kein Vernünftiger ernstlich zu rechtfertigen wagt, schuld.“ N. a. D. S. 49.

2) „Zur Geschichte der Rigaschen Zeitung“, S. 50. — Vgl. „Die Öffentlichkeit“ usw. S. 53 f. — Rig. Ztg. 1874, 239, 304. — „Briefe an eine Livländerin“, B. M. 1877, 25, 33 f.

3) „Hat diese absolut ablehnende Stellung des jüngst geschlossenen Landtages gegenüber einer Änderung der Verfassung dargetan, daß es demselben an gutem Willen fehlt, freiwillig seinen prononciert adeligen Charakter zugunsten einer weitergehenden Vertretung der gesamten Provinz zu modifizieren, so wird die Macht der gegebenen Verhältnisse einen jeden folgenden mit sich steigender Gewalt zu einer Änderung nö t i g e n.“ Rig. Ztg. 1872, 140.

4) Rig. Ztg. 1872, 303.

5) Rig. Ztg. 1871, 37. Vgl. 1873, 193.

6) Rig. Ztg. 1869, 297. Vgl. 1879, 153.

7) So etwa, wenn er die Ankündigung der lettischen, aber deutschsprachigen „Baltischen Zeitung“ Friedrich Weinbergs mit den Worten kommentiert: „Die versprochene Enthaltung von jeder nationalen Voreingenommenheit ist uns unverständlich; wir wollen abwarten, inwie-

nissen so weit wie möglich entgegenkommen<sup>1)</sup>, glaubte an die Möglichkeit eines gerechten Ausgleichs. Die Voraussetzung dafür war ihm die Aufgabe der deutschen Herrenstellung<sup>2)</sup>. Auch für Bezold war der Begriff „Volk“ mehr sozial als national bestimmt<sup>3)</sup>. So freundlich er im Sommer 1873 das erste allgemeine lettische Sängerkfest begrüßte<sup>4)</sup> – die zunehmende nationale Ausschließlichkeit, die doch im Wesen der Volksbewegung lag, verfolgte der Politiker des nationalen Ausgleichs nicht ohne Besorgnis<sup>5)</sup>.

Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre Bezold noch vor dem Jahr der städtischen Wahlkämpfe von seinem Posten geschieden. Im Oktober 1876 wurde ihm vom Besitzer der Zeitung, A. Müller, gekündigt, weil sich eine starke Mißstimmung gegen ihn regte. Die Entlassung erfolgte in schroffer Form, ohne Angabe der Gründe; als die Beschaffung eines Nachfolgers Schwierigkeiten machte, mußte Bezold gebeten werden, noch eine Zeitlang zu bleiben. Später ist die Kündigung dann wieder rückgängig gemacht worden. Der Vorfall zeigte Bezold, wie wenig Boden er in Riga hatte. Müller sagte ihm damals, er habe eingesehen, daß der Redakteur der Rigaschen Zeitung notwendig „einer der maßgebenden rigaschen Familien“ angehören müsse<sup>6)</sup>.

Einen ganz andern Stil als die alte, vornehme und ausgeglichene Rigasche Zeitung hatte das zweite große deutsche Blatt in Riga, die „Zeitung für Stadt und Land“, die seit dem Januar 1867 erschien. Die Geschichte ihrer Gründung und ersten Entwicklung ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Dem ursprünglichen Plan nach sollte sie ein billiges Volksblatt sein. In der Probenummer vom 13. Dez. 1866 heißt es, man habe selbstverständlich nicht an eine Konkurrenz mit der großen und mächtigen Rigaschen Zeitung gedacht: „dort zu ergänzen, wo sie nicht hinzubringen vermag, war unser Wunsch“. Wer als der

weit uns das neue Blatt den Beweis einer Objektivität liefern kann, welche allen angeborenen Sympathien und natürlichen Verwandtschaften fern bleibt.“ Rig. Ztg. 1872, 204.

<sup>1)</sup> Rig. Ztg. 1869, 287 (für Förderung von Rechten, Besitz und Bildung der bäuerlichen Bevölkerung); Rig. Ztg. 1870, 37 (für entgegenkommende Handhabung der Sprachenfrage in den Vereinen); Rig. Ztg. 1873, 182 (für Gründung lettischer Elementarschulen in Riga). — Den Plan der Gründung der estnischen Alexanderschule begrüßte er, sofern es sich nicht um „unausführbare Träume von Gymnasium, Lyzeum oder gar Universität“ handle. Rig. Ztg. 1877, 77.

<sup>2)</sup> „Ein Land verträgt wohl das Nebeneinanderwohnen verschiedener Nationalitäten, nicht aber das Übereinanderwohnen.“ „Die Öffentlichkeit“, S. 52.

<sup>3)</sup> Rig. Ztg. 1869, 287; „Die Öffentlichkeit“, S. 50 f. Vgl. Rig. Ztg. 1874, 209 („Die deutsch und die lettisch redenden Balten“). — In der Rig. Ztg. 1871, 241 („Die Volksschule und die Sprachenfrage“) wird der „Genius der lettischen Sprache“ gar zu philologisch-akademisch aufgefaßt.

<sup>4)</sup> Rig. Ztg. 1873, 141; vgl. 145.

<sup>5)</sup> Rig. Ztg. 1873, 152; 1874, 47; 1876, 204. Vgl. bereits 1870, 149.

<sup>6)</sup> E. Bezold an die Seinen, Nov. 1876. (Nachlaß E. Bezold.) Der Brief ist voller Bitterkeit. Bezolds Vermutung, daß die Interessen einer Eisenbahngesellschaft im Spiel waren, findet sich in einem Brief von G. Berkholz an S. Diederichs vom 20. Okt. [1876] in bestimmtester Form bestätigt.

eigentliche Begründer der Zeitung angesehen werden muß, ist nicht mehr auszumachen; einmal wird Georg Berkholz genannt <sup>1)</sup>, meist Gustav Keuchel, der das Blatt während der ersten sechs Jahre ganz allein redigierte <sup>2)</sup>. Daß Berkholz an der Gründung führend beteiligt war, steht außer Frage. Anfangs war er der ungenannte Herausgeber, der wohl auch die materielle Hilfe vermittelte. Die erforderlichen Unterstützungssummen wurden von vier liberalen livländischen Edelleuten aufgebracht: dem Landrat Karl v. Mensenkampff und seinem Sohne Ernst, Baron Richard Wolff und Baron Balthasar Campenhausen-Drellen, die dem Unternehmen auch sonst zur Seite standen. Lebhaftes Interesse dafür zeigte auch A. v. Middendorff, der den Plan im Entstehen verfolgte, dann aber sehr bald eine kritische Stellung zur Zeitung einnahm <sup>3)</sup>. Ihm und wohl auch manchem andern Gutsbesitzer schwebte ein Blatt vor, das den lettischen und estnischen Zeitungen auch auf dem Lande Konkurrenz machen konnte. Dazu war die „Zeitung für Stadt und Land“ unter Keuchels Redaktion nicht imstande. Keuchel, der sehr bald auch Eigentümer der Zeitung wurde, zog die Konsequenz daraus und stellte sich bewußt immer mehr auf einen rein städtischen Leserkreis ein <sup>4)</sup>. Begründet als Wochenblatt, das Dienstags und Freitags im Umfang von vier kleinen zweispaltigen Seiten erschien, vollzog die Zeitung bereits am 1. Oktober 1868 den Übergang zur Tageszeitung mit einer Auflage von nicht weniger als 4000 Exemplaren. Keuchel blieb alleiniger Redakteur, bis er am 1. Dezember 1872 das Format vergrößern und Mitarbeiter anstellen konnte. Im April 1876 verkaufte er die Zeitung den alten Freunden des Blattes Ernst v. Mensenkampff und Max v. Dettingen. Am 12. April 1877 hörte er auf als Redakteur zu zeichnen.

Gustav Keuchel war eine kräftige, selbständige Natur. Geboren 1832 in Puderfäll, auf dem nachmals Mensenkampffschen Gut, auf dem sein Vater Arrendator war, studierte er — mit einer durch Mittellosigkeit verursachten längeren Unterbrechung — auf der Landesuniversität, ohne einen Abschluß zu erlangen. Er gehörte in Dorpat zur Fraternitas Rigensis, in der er eine führende Rolle spielte. 1863 trat er in den Mitarbeiterstab der Rigaschen Zeitung, deren provincialpolitischer und ästhetischer Teil von Julius Eckardt sein Gepräge erhielt. Eckardt und Keuchel waren menschlich so verschieden, daß sich sehr wohl Spannungen zwischen ihnen denken lassen. Hatte Eckardt mit der bestechenden Eleganz seiner Schreibweise, seinen Petersburger Erinnerungen, seinem bewußten Aristokratentum alle Anlagen zum Weltmann, so war Keuchel bei allem Geist urwüchsiger, derber, fester; das Studentische in ihm wandelte sich, wich aber weder den Jahren noch der Politik. Von allen baltischen Journa-

<sup>1)</sup> Btg. f. St. u. L. 1892, 1.

<sup>2)</sup> „Keuchel hat die „Btg. f. St. u. L.“ aus eigener Initiative ins Leben gerufen.“ Btg. f. St. u. L. 1877, 83 (Edm. Gehking, An unsere Leser). Vgl. den Nachruf auf Keuchel Rig. Absh. 1910, 79. Die „Btg. f. St. u. L.“ wurde 1894 in „Rigische Rundschau“ umbenannt.

<sup>3)</sup> A. v. Middendorff an G. Berkholz, 8. April 1867: „„Stadt und Land“ halte ich allein für „Stadt“ und deshalb, wie Du weißt, für verfehlt. Darum keine Feindschaft“ usw.

<sup>4)</sup> Btg. f. St. u. L. 1868 79.

listen jener Zeit war Keuchel vergleichsweise der volkstümlichste, am wenigsten literatenhafte. Er schrieb bildhaft, kräftig, viel körniger als der ebenso glänzende wie liebenswürdige Eckardt und der ästhetisch gerichtete Pezold. In weltanschaulicher Hinsicht teilte Keuchel alle geistigen Voraussetzungen des Liberalismus. Auch ihm war die Schule das „Losungswort“ des Kampfes für die „Befreiung der Menschen durch Bildung und Sitte von den finsternen Mächten, die den Erkenntnisarmen geistig und materiell knechten“<sup>1)</sup>; auch ihm leuchteten als Ziele „Verbreitung der Bildung, Förderung der Moralität, Milderung der Not“<sup>2)</sup>. Sein Individualismus äußerte sich ehrlich und ernsthaft in der Stellungnahme zur Kirche, die er — ganz im Sinne des herrschenden Zeitgeistes — auf den „religiösen Funken im menschlichen Herzen“, den „religiösen Trieb“ gründen wollte<sup>3)</sup>. Er blieb ein Suchender sein Leben lang. — Eine eigene Note kam in sein Wirken durch sein Verhältnis zur sozialen Frage. Keuchel sah schärfer als die andern baltischen Redakteure die sozialen Notstände, rückte diese Fragen in der Zeitung immer wieder in den Vordergrund und arbeitete auch praktisch mit; nach dem Verkauf seiner Zeitung ging er zeitweilig ganz in die soziale Arbeit. Der Ausgangspunkt war ihm dabei die sittliche Verpflichtung, die er auf der Schicht der Gebildeten lasten fühlte<sup>4)</sup>.

So fern Keuchel, der Sohn Livlands, der Freund der livländischen Liberalen, von „altstädtischer Einseitigkeit“ war, so fest stand er auf dem Boden der alten Stadt, deren deutsches Bürgertum seine Heimat war. Ein Bewußtsein von der Enge und Bedingtheit des ganzen baltischen Lebens fehlte ihm nicht, aber er hatte genug Realismus, um diese Schranken ohne Bitterkeit anzuerkennen. „Viel anders als eine „adelige Musse“ oder eine „Harmonie“ sind ja unsere Provinzen nicht, man schreibt in unseren Zeitungen nicht für die Welt und die Unsterblichkeit“, sagte er einmal<sup>5)</sup>. Wohl ging auch er später fort und lebte mehrere Jahre in Berlin; aber er kam wieder. Als Sechziger wurde er noch einmal Redakteur eines heimatischen Blattes, und nun als Konservativer<sup>6)</sup>. Seine idealistische Grundhaltung hatte der Kenner und Verehrer Goethes sich bewahrt, und das läßt bei ihm wie bei so manchem seiner Zeitgenossen die politische Wandlung gering erscheinen. Alle diese nach Art und Wesen so verschiedenen Männer des ausgehenden 19. Jahrhunderts tragen eben doch bei

1) Ztg. f. St. u. L. 1872, 304.

2) Ztg. f. St. u. L. 1875, 300.

3) „Unser Weihnachtstraum“, Ztg. f. St. u. L. 1872, 25, 26, 27, 28; „Unsere Stellung zur Kirche“, 1872, 76.

4) „Auf das soziale Gebiet aber weist uns die Pflicht dieser Anstrengung in erster Reihe. Hier haben wir zu bessern und zu bauen, zu schaffen und auszuführen. In der ganzen Welt wird dies immer mehr als die erste, selbst die politischen Aufgaben weit überragende Pflicht der höheren Stände anerkannt“. Ztg. f. St. u. L. 1872, 1.

5) Ztg. f. St. u. L. 1868, 155.

6) Über den Keuchel der 1890-er Jahre vgl. die Erinnerungen seines Mitarbeiters an der Dina-Zeitung Dr. E. Seraphim, Aus der Arbeit eines baltischen Journalisten, 1911, S. 8 ff.

aller Gegensätzlichkeit der Richtungen das Merkmal ihrer gemeinsamen Abkunft aus dem Geist ihres Zeitalters unverlierbar an sich.

In der Haltung der „Zeitung für Stadt und Land“ gegenüber den Reformfragen ist der Einfluß der ritterschaftlichen Liberalen unverkennbar. In der Verfassungsfrage war Keuchel vorsichtig und zurückhaltend. Er nahm keinen Anstand, sein Schweigen entschuldigend zu rechtfertigen<sup>1)</sup>, er redete einer Evolution das Wort<sup>2)</sup> und zeigte sich nach dem Mißerfolg der Reformanträge auf dem Landtag von 1872 viel geduldiger und optimistischer als die „Rigasche Zeitung“<sup>3)</sup>. Und zu den Ereignissen auf dem nächsten Landtag nach drei Jahren schwieg auch er, obwohl er zu Beginn des Jahres seiner Unzufriedenheit mit dem Stillstand des baltischen Lebens durch die bitterste Ironie gegenüber der herkömmlichen „zufriedenen Behaglichkeit“ Ausdruck gegeben hatte<sup>4)</sup>.

Mit seinem auf die sozialen Fragen eingestellten Blick sah Keuchel das innere Wesen des baltischen nationalen Problems ebensowenig wie seine Kollegen. Ja, die größere Entschiedenheit und Bestimmtheit seiner Ausdrucksweise ließ gerade ihn, den Mann der sozialen Arbeit, in einen schweren Konflikt mit der lettischen Öffentlichkeit geraten. Wenn Keuchel im Frühjahr 1867 erklärte: „Der nationale Kampf darf keinen Schauplatz in unseren Provinzen finden“, so geschah es unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Stellung als „Leiter des Entwicklungsganges dieser Provinzen“ durch die Geschichte den Deutschen zugewiesen sei<sup>5)</sup>. Gewiß lehnte Keuchel den Gedanken nationalisierenden Zwanges mit größter Entschiedenheit ab — diese Haltung hatten alle baltischen Journalisten gemeinsam, weil das Schicksal der Provinzen sie ihnen als die einzig natürliche vorschrieb und weil der Zwang in Überzeugungsfragen ihrem ganzen sittlichen Empfinden widersprach<sup>6)</sup>. Aber Keuchel und seine deutschen Zeitgenossen unterschätzten die verborgenen Kräfte noch nicht entfalteter Völker. Die deutschbaltischen Journalisten waren beherrscht von einem ungemein starken Kulturbewußtsein, in dem ihr Volksgefühl gewissermaßen unerschlossen enthalten war; sie verstanden nicht die Dynamik eines Volksgefühls, das in der Spannung zu einem überlegenen fremden Kulturbewußtsein nach eigener Entfaltung strebte. Sie verstanden es nicht, wenn ihre Bildungsfürsorge auf Ablehnung stieß, sie sahen Mißtrauen, Undank und bösen Willen auch dort, wo im Kern nichts anderes vorlag, als die elementare Konsequenz eines zur Eigenständigkeit erwachenden Volkswillens. Sie sahen das andere Ufer nicht, von dem aus die lettischen Volksführer sprachen, weil sie ihr eigenes Volk vornehmlich im ungeheuren Vorrang seiner geistigen Bildung, nicht im unendlichen Quellgrund des Volkhaften erlebten.

1) Ztg. f. St. u. L. 1872, 32.

2) a. a. D. 54.

3) a. a. D. 119, 125, 139.

4) Ztg. f. St. u. L. 1875, 1.

5) Ztg. f. St. u. L. 1867, 21.

6) „Das Wort unmotivierter Sprachenzwang steht an Gehässigkeit direkt hinter dem Worte Religionszwang.“ Ztg. f. St. u. L. 1867, 66.

Dies ist auch der Kern des Streites, der sich an Keuchels Artikel „Nationale Bestrebungen“<sup>1)</sup>, eine rückhaltlos offene Stellungnahme zur baltischen nationalen Frage, knüpfte. „So sehr wir nun auch wünschen“, sagte Keuchel, „das Bildungsgebiet des lettischen Volkes erweitert zu sehen, davon sind wir doch überzeugt, daß selbst die Gewinnung einer noch so bescheidenen Grundlage zum Ausbau einer selbständigen *Lettiſchen* Zivilisation absolut unmöglich ist.“ Kann ein kleines Volk von einer Million — fragt er —, wohnhaft zwischen großen, alten Kulturvölkern, selbständig aus sich heraus ein Kulturleben erzeugen, mit dem es sich den Nachbarn ebenbürtig an die Seite stellen könnte? Besitzt es die Schöpferkraft dazu? Kann es auch nur die materiellen Mittel dazu aufbringen? Alle Erfahrungen sprechen dagegen: „Noch gibt es keinen einzigen auf der Höhe der Bildung stehenden Letten. Die dort stehen und sich Letten nennen, täuschen sich selbst.“ Aus fremdem Kulturleben haben sie ihre Bildung gezogen, in diesem Kulturleben sind sie aufgegangen: „Daß sie Letten und zugleich gebildet sein können, ist ein Unding, denn es gibt keine lettische Bildung.“

Man wird es begreiflich finden, daß diese Ansichten auf lettischer Seite lebhaften Widerspruch hervorriefen<sup>2)</sup>. Die gründlichste Erwiderung schrieb Otto Kronwald in einer temperamentvollen und von einem starken Nationalgefühl durchpflusterten Broschüre, deren erstes Kapitel die energische Überschrift trägt: „Freilich gibt es gebildete Letten“<sup>3)</sup>. Kronwald hatte recht, wenn er feststellte, daß die Zahl der gebildeten Letten von Jahr zu Jahr wachse, daß nicht jeder Gebildete seine Nationalität sofort aufgebe, daß die lettische Bildung steigen müsse, je mehr nationalbewußte gebildete Letten es gebe. Er bekannte sich zur Arbeit an seinem Volk: „Der geistige Zustand des Volkes lockt geradezu den gebildeten Letten ganz gewaltig, indem er ihn zum ernstesten männlichen Arbeiten an der Steigerung der Bildungsmittel und deren Verallgemeinerung herausfordert“ (S. 33). „Darum ist es desjenigen Letten, der's mit seinem Volke hält, heiligste Pflicht, ein möglichst klares und lauter Nationalbewußtsein zu wecken, zu nähren und zu kräftigen. Nur auf diese Weise kann er sein Volk zur ernstesten Mitarbeit an der Lösung der ihm gewordenen, äußerst schwierigen Aufgabe veranlassen“ (S. 60). Klar ausgeprägt ist das Bewußtsein, mit diesem nationalen Aufschwung den Sinn

<sup>1)</sup> Btg. f. St. u. L. 1871, 246. Bgl. 256.

<sup>2)</sup> Der Artikel wurde als Herausforderung empfunden. K. Kundziņš, Kronvalda Atis, S. 148.

<sup>3)</sup> O. Kronwald, „Nationale Bestrebungen. Erläuterungen zu einem Artikel der Zeitung für Stadt und Land.“ 1872. Das G. Keuchel überreichte Exemplar der Schrift (Archiv Funderküll) zeigt auf der Innenseite des Deckblatts folgende Eintragung von der Hand Kronwalds: „Herrn G. Keuchel, Redacturen der „Zeitung für Stadt und Land.“ In unseren Verhältnissen kommt es nicht allein darauf an, sich selbst möglichst wenig zu täuschen; sondern noch mehr darauf, daß wir die Mitbetheiligten mit eitlen Truggestalten verschonen, der Verfasser.“

Bgl. K. Kundziņš, a. a. O. S. 147 ff., bes. 153 ff.; E. Blanks, *Latvju nacionālā doma sadzīves cīņu ugunis* (Der lettische nationale Gedanke im Feuer der sozialen Kämpfe), 1923, S. 123 ff.

der geschichtlichen Stunde zu erfüllen, in der „die nationale Regung große und kleine Völker Europas zur bedeutenden Spannung der Kraft anregt“ (S. 18; vgl. die Würdigung der deutschen nationalen Wiedergeburt S. 66 f.).

Keuchels Antwort zeigte, daß er nicht verstand, worum es ging. Der Streit lief sich in der konkreten Frage nach dem Umfang fremdsprachlicher Einflüsse in der Schule fest <sup>1)</sup>. Die souveräne Art, mit der Keuchel die lettischen Erklärungen behandelte, mußte reizen. Andererseits war es ganz gewiß unbillig, in Keuchels Ausführungen einen „Bekehrungsversuch“ zu erblicken, ein raffiniertes Manöver, den gebildeten Letten seinem Volke abspenstig zu machen. Nicht darum handelte es sich bei ihm und seinen deutschen Gesinnungsgenossen; maßgebend war vielmehr nur das tragische Unvermögen, in den bescheidenen Anfängen der nationalen Bewegung das schöpferische Wirken eines eigenständigen Volksgeistes zu erkennen.

Fürwahr ein tragisches Mißverstehen. Daß Deutsche und Letten, Deutsche und Esten in jenen entscheidungsvollen Jahrzehnten in ihrem nationalen Empfinden verschiedenen Bewußtseinssebenen angehörten, darin offenbart sich vielleicht am stärksten jene uralte Spannung, die zum Wesen der baltischen Geschichte gehört.

---

Keuchels Nachfolger als Redakteur der „Zeitung für Stadt und Land“ wurde Baron Edmund Heyking, der Sohn des kurländischen Vizegouverneurs, ebenso wie Brüggens ein Kurländer, der als Student in Dorpat zur Livonia gehört und dadurch Anschluß an den livländischen Lebenskreis gefunden hatte. Mit Heyking, der die Redaktion 1876 als Sechszwanzigjähriger übernahm, rückte nicht nur eine neue Generation, sondern auch ein neuer Typus in die baltische Öffentlichkeit. Heyking ist der erste baltische Journalist, der der Moderne angehört. Er spürte, wie gründlich der Geist des kapitalistischen Aufstiegs das Gesicht der alten Stadt Riga in jenen Jahrzehnten wandelte, und er stand innerlich auf dem Boden der neuen Zeit. Mit seiner scharfen Feder, seiner Intelligenz und seinem Temperament hat Heyking in den zweieinhalb Jahren seiner Tätigkeit in der Heimat starke Wirkungen ausgeübt. Dann führte ihn seine Begabung außer Landes — einer wechselvollen diplomatischen Laufbahn zu. Nach mehrjähriger Tätigkeit im Auswärtigen Amt in Berlin ging er zuerst in den Konsulardienst und war dann (seit 1896) deutscher Gesandter nacheinander in Peking, Mexiko und Belgrad. 1906 wurde er preußischer Gesandter in Hamburg, 1908 nahm er krankheitshalber seinen Abschied. Gestorben ist er während des Weltkriegs in Hamburg. Seine Gattin, Baronin Elisabeth Heyking, hat durch ihre „Briefe, die ihn nicht erreichten“ literarischen Ruhm erlangt.

Eckardt, Brüggens, Heyking — sie alle fanden, als sie in die große Politik gingen, ihren Auftraggeber nicht mehr in Petersburg, sondern in Berlin. So gewiß diese neue baltische Orientierung auf die Wandlung des russischen Staats-

<sup>1)</sup> Btg. f. St. u. L. 1872, 79, 91, 97, 98.

gedankens, die Wirkungen der Russifizierungspolitik, den Sieg des nationalen Gedankens im allgemeinen zurückgeführt werden kann, so sicher ist es, daß gerade die Arbeit an der Baltischen Monatschrift und an den rigaschen deutschen Tageszeitungen den dreien das nationalpolitische Bewußtsein geschärft hat. Sie lernten in dieser Schule die Einheit geistiger und politischer Arbeit und wären nie mehr imstande gewesen, Berufsdiplomaten im russischen Dienst mit einem lediglich geistigen, privaten, auf die Kinderstube beschränkten Deutschtum zu werden. So betrachtet verlieren die journalistischen Heimatjahre im Lebenslauf der drei ihre winkelhafte Abseitigkeit und rücken in einen größeren geschichtlichen Zusammenhang ein.

Heykings erste Leitartikel in der „Zeitung für Stadt und Land“ zeigen einen Realismus, wie er so kühl und hart den älteren baltischen Journalisten fremd gewesen war. Bei der Übernahme der redaktionellen Verantwortung widmete Heyking seinem Vorgänger ein Abschiedswort, in dem es hieß: „Der Idealismus ist nicht ein hervorragendes Merkmal unserer Generation. Bei dem ersten Zusammentreffen mit Reuchel berührt daher fast fremdartig sein in jeder Richtung hervortretendes ideales Streben“<sup>1)</sup>. Fast fremdartig! Der Jüngere bewunderte dies Streben und hatte Respekt davor; aber ihm selbst war die Welt zum Schachspiel geworden. Er hatte Freude am großen Spiel der Interessen, am Raubtiergesicht der Zeit. Machtpolitik, Unternehmertum — Heyking glaubte nicht mehr an die Harmonisierbarkeit der Welt, er war bereit, den Trägern der wirtschaftlichen, sozialen, politischen Kämpfe ihre idealistischen Masken vom Gesicht zu reißen. Aber er glaubte noch an den Fortschritt: an eine immer reichere Entfaltung des Lebens, herbeigeführt durch den gesteigerten Umsatz aller geistigen und materiellen Güter. Deshalb war ihm die Großstadt der „Vorort des Fortschritts“, daher ergab sich ihm die Bedeutung Rigas für die Provinzen. „Je mehr in Riga“, schrieb er am 10. April 1877<sup>2)</sup>, „der Reichtum zunimmt, die rauchigen Schornsteine großer Fabriketablissemments sich erheben, und je mehr fremdländische Schiffe, Erzeugnisse und Ideen in Riga sich ansammeln, zu desto größerem Gedeihen wird auch das umgebende Land fortschreiten, desto günstigere Bedingungen für den Absatz seiner Produkte werden dem Landwirt geboten werden.“

Es war nur folgerichtig, daß Heyking sich in Bezug auf die Landesreformen zur „schweren Pflicht“ bekannte, „sich von jeder Verlockung der reinen Theorie, der kristallklaren Doktrin fernzuhalten und stets auf dem oft dünnen und harten Boden der realen Verhältnisse zu bleiben“<sup>3)</sup>. Mit dieser Haltung entsprach Heyking dem Reformwillen der livländischen Liberalen. Gewiß vertrat die Zeitung die Reform, aber mit bewußter Anerkennung der der Presse gezo-

<sup>1)</sup> „An unsere Leser“, *Btg. f. St. u. L.* 1877, 83. Vgl. die ungemein nüchterne Gegenüberstellung von Gladstone und Disraeli im Leitartikel „Sentimentalität und Politik“ 1877, 30. Auch die zahlreichen glänzend geschriebenen Kommentare Heykings zur Politik Bismarcks zeigen diesen naturalistischen Zug.

<sup>2)</sup> „Stadt und Land“, *Btg. f. St. u. L.* 1877, 81.

<sup>3)</sup> „Provinzielle Reformen“, *Btg. f. St. u. L.* 1877, 65. Vgl. *Rig. Btg.* 1877, 66.

genen Grenzen: „Wir beklagen, daß die Steuerreform nicht in unserem Sinne vom Landtage entschieden wurde...“ „Wir „machen“ aber nicht in Landespolitik und können uns nicht zu dem Standpunkt ausschwingen, von uns aus ganz allgemein „Verfassungsänderungen“ zu fordern resp. zu provozieren.“ „... wir halten die Presse nicht für berechtigt, derartig wichtige Fragen, wie die Verfassungsreform einer Provinz zu entwerfen, ohne daß sie sich dabei auf eine politische Partei zu stützen imstande wäre.“ Das livländische Parteileben aber sei dafür noch zu wenig entwickelt.

Daß Heyking aus der Beschränkung, die der Zeitung durch ihr Verhältnis zu einer Landtagsgruppe auferlegt war, in dieser Weise eine Tugend machte, spricht für ein neues Selbstbewußtsein der Presse. Die Kinderschuhe waren ausgetreten; die Presse brauchte nicht mehr eifersüchtig darüber zu wachen, daß man ihr den unabhängigen Reformeifer glaube: sie konnte ja diese Unabhängigkeit garnicht mehr besitzen. Aus dem ein wenig fremden, überständischen „Anwalt des Gesamtinteresses“, als den Eckardt die baltische Presse angesehen hatte, war eine Mehrzahl von Anwälten geworden, die sich bereits sehr heimisch fühlten, miteinander haderten und durch sehr reale Interessen mit den verschiedensten Machtfaktoren in Stadt und Land verbunden waren.

Diesen veränderten Charakter der Presse zur Anschauung zu bringen war nichts geeigneter, als Tatsache und Art der Entstehung einer dritten deutschen Tageszeitung in Riga, mit der die Öffentlichkeit im Spätsommer 1876 überrascht wurde. Als Reuchel die „Zeitung für Stadt und Land“ im April 1876 Ernst v. Mensenkampff und Max v. Dettingen verkaufte, fühlte der bisherige Pächter und Drucker des Blattes, Leopold Weyde, sich geschäftlich benachteiligt und beschloß, ein Konkurrenzblatt ins Leben zu rufen. Zum Chefredakteur gewann er den bisherigen Mitredakteur der „Zeitung für Stadt und Land“ Arnold Petersenn, der beim Verkauf des Blattes seinen Posten verloren hatte<sup>1)</sup>. Die Absicht Weydes bei der Begründung der neuen Zeitung war eine rein geschäftliche, und indem er sein Blatt „Neue Zeitung für Stadt und Land“ nannte, gab er zu erkennen, daß er mit der alten in Wettstreit treten wollte. Eine gewisse Rücksichtslosigkeit beim Vertrieb rief eine Gegenaktion hervor: von Freunden der alten Zeitung in Mitau wurde eine öffentliche Erklärung vorbereitet, in der gegen das Vorgehen des geschäftstüchtigen Unternehmers als ein „Gebaren, welches das öffentliche Leben unseres Landes schwer schädigen muß“, Protest erhoben wurde. Zuerst in Mitau, dann in Riga wurden Unterschriften gesammelt, und mit 74 der angesehensten Namen versehen erschien die „Erklärung“ einen Monat nach dem Start des neuen Blattes in der neutralen Rigaschen Zeitung<sup>2)</sup>. Die Redaktion der „Neuen Zeitung für Stadt und Land“,

<sup>1)</sup> Förl. Mitteilung von Frau Hedwig Petersenn.

<sup>2)</sup> Rig. Ztg. 1876, 210. Vgl. R. Ztg. f. St. u. L. 1876, 31, 41. Zu den Unterzeichnern gehörten u. a. der livländische und der kurländische Generalsuperintendent, Georg Berkholz, der dim. Landrat Ernst Baron Campenhäusen, Alfred Hillner, Schuldirektor Krannhals, Hofgerichtsadvokat B. v. Klot, Fr. Baron Meyendorff und viele andere angesehene Männer, darunter Pastoren, Schulmänner, Juristen.

die mit dem Vertrieb natürlich nichts zu tun hatte, fühlte sich durch die „Erklärung“ mitbetroffen und wehrte sich, indem sie u. a. geltend machte, daß „jedes private Zeitungsunternehmen“ als „Geschäftssache“ betrachtet werden müsse („und daß eine unserer Zeitungen in Verfolgung rein idealer Ziele gegründet worden sei, dieser Überzeugung werden die Herren Einsender selbst nicht sein“). In dieser Stellungnahme zeigte sich, wie weitgehend die Auffassung der Zeitung als eines privaten Wirtschaftsunternehmens bereits Boden gewonnen hatte. Man hatte gegen diese Voraussetzung letzten Endes nicht allzu viel einzuwenden und gab sich allmählich mit der Gewißheit zufrieden, daß der Chefredakteur der neuen Zeitung ein Mann von untadeliger Ehrenhaftigkeit war. Nur zwischen der „Neuen“ und der alten „Zeitung für Stadt und Land“ herrschten noch lange Empfindlichkeiten<sup>1)</sup>.

Arnold Petersenn (geb. 1848, gest. 1905) gehört nicht zu den glänzenden baltischen Journalisten. Aber mit Ruhe und Sicherheit hat er sein Blatt zu allgemeinem Ansehen geführt<sup>2)</sup>. Vom 1. Mai 1882 ab erschien die Zeitung unter einem neuen Namen: als „Rigaer Tageblatt.“ Die „Neue Zeitung für Stadt und Land“ begann ihr Erscheinen ohne die Bekanntgabe eines Programms, und anfangs war die Haltung der Zeitung wenig ausgesprochen. Doch schon im Jahr des ersten städtischen Wahlkampfes gewann Petersenn eine sehr feste Linie, die sich von der der beiden anderen deutschen Blätter Rigas wesentlich unterschied und für die fernere Haltung der Zeitung bestimmend wurde.

## Die deutsche Presse und der erste nationale Wahlkampf

Die Einführung der russischen Städteordnung in den Ostseeprovinzen 1877/78 bedeutet mehr als nur einen Wendepunkt in der Städtegeschichte der Provinzen. Infolge der besonderen nationalen und sozialen Verhältnisse im Baltikum hatte die Aufhebung der alten Ständeversammlung in den Städten einen Umbruch zur Folge, der sich im ganzen Lande auswirkte und von einem Jahrzehnt zum anderen tiefer spürbar wurde. An die Stelle der alten Selbstverwaltungskörperschaften des Rats und der beiden Gilden<sup>3)</sup> trat eine nur nach ihrer Steuerkraft begrenzte Bürgerschaft, die alle vier Jahre auf Grund des Dreiklassensystems die — in den größeren Städten aus 72 Personen bestehende — Stadtverordnetenversammlung wählte. Das aktive und passive Wahlrecht stand allen

1) Die Ztg. f. St. u. L. erklärte 1877, 226, sie werde die neue Zeitung „auch in Zukunft sicher nicht beachten, es sei denn, daß sie einst durch Arbeit ihre Entstehungsgeschichte vergessen gemacht hat und damit eine Bedeutung erlangt, welche wir ihr zur Zeit nicht zugestehen können“. Die N. Ztg. f. St. u. L. schrieb tags darauf nicht minder böse von der „seit einem Jahr hauptsächlich von einer gewissen, durch Standes- und gesellschaftliche Bande verknüpften Koterie protegierten und benutzten“ Ztg. f. St. u. L.

2) Vom 6. Jan. 1878 bis zum 31. März 1879 zeichnete der Hofgerichts- und Ratsadvokat Alexander Wilh. Kröger als mitverantwortlicher Redakteur.

3) Über die Ansätze zu einer autonomen Reform der Stadtverfassung vgl. jetzt G. M a s s i n g, Der Kampf um die Rigasche Stadtverfassung 1860/70. Rbg. Diss., noch ungedruckt.

Einwohnern russischer Untertanenschaft zu, die mindestens 25 Jahre alt waren und bestimmten steuerlichen Voraussetzungen entsprachen. Eine Eigentümlichkeit der Ostseeprovinzen war es, daß auch die nach Ortsgewohnheit sogenannten „Literaten“ das Stimmrecht erhielten, wenn sie eine besonders festzusetzende Steuer zum Besten der Stadt entrichteten. Die Feststellung, wer nach dem Ortsgebrauch als Literat anzusehen sei, beschäftigte die Presse wiederholt<sup>1)</sup>, bis obrigkeitlich bekanntgemacht wurde, als Literat gelte jeder, „der eine Universität oder eine den Universitäten gleichstehende Hochschule besucht“ habe<sup>2)</sup>.

Die Einwohnerzahl Rigas kann für 1877/78 nur schätzungsweise ermittelt werden<sup>3)</sup>. Das Deutschtum war nicht nur in wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Hinsicht herrschend, sondern stellte damals noch die auch zahlenmäßig stärkste Bevölkerungsgruppe dar. Die Wahlberechtigung erhielten insgesamt 5212 Personen, von denen 173 zur I., 629 zur II., 4410 zur III. Wählerklasse gehörten. Wie die Wähler sich auf die einzelnen Nationalitäten verteilten, läßt sich nur für die I. und II. Klasse mit einiger Genauigkeit angeben; eine zeitgenössische Berechnung zählt in der I. Klasse 140 deutsche, 24 russische, 2 lettische Namen, außerdem ungefähr ein halbes Duzend Letten mit deutschen Namen, und in der II. ungefähr 400 Deutsche, 120 Russen, im übrigen hauptsächlich Letten, ferner Juden, Polen usw.<sup>4)</sup>. Russischerseits schätzte man die Zahl der russischen Wähler in allen drei Klassen auf insgesamt 931, die Zahl der lettischen Wähler auf 1000. Die Letten selbst hielten die Zahl der Wähler ihrer Nationalität für beträchtlich höher<sup>5)</sup>.

Es war gewiß richtig, wenn deutscherseits hervorgehoben wurde, daß die neue Stadtverfassung sich nicht dadurch von der früheren unterscheide, daß nun den Letten als solchen ein Wahlrecht verliehen sei, das sie früher entbehrt hätten. Wie die frühere Verfassung keinen Unterschied zwischen Nationalitäten gekannt habe, so sei auch jetzt das Wahlrecht nicht nationalen, sondern sozialen Gruppen erteilt worden<sup>6)</sup>. Trotzdem durften die Letten mit Recht das Bewußtsein haben, auf Grund der neuen Ordnung zum ersten Mal als politisches Subjekt auftreten und handeln zu können. Ein starker Ausdruck dieses Bewußtseins

1) Rig. Ztg. 1877, 114, 115, 116, 120, 124, 126, 128, 129, 133, 135, 140, 143; Ztg. f. St. u. L. 1877, 122, 129.

2) Rig. Ztg. 1877, 148. Die Gesamtzahl der in Riga lebenden Literaten wurde auf ungefähr 530 angegeben, von denen etwa 65% wahlberechtigt seien (Rig. Ztg. 1877, 191).

3) 1867 hatte Riga eine Gesamtbevölkerung von 102.590, davon waren 43.980 Deutsche, 24.199 Letten, 25.772 Russen. 1881 betrug die Gesamtbevölkerung 169.329; die Zahl der Deutschen gibt S. Handrath (Die Bevölkerungsentwicklung der deutschen Minderheit in Lettland, 1932) mit 63.998 an; Letten gab es 49.974, Russen 31.976.

4) R. Ztg. f. St. u. L. 1877, 279. „Eine Einteilung der Wähler III. Kl. nach Nationalitäten bietet unüberwindbare Schwierigkeiten, da . . . die Nationalität aus dem Klange der Namen allein nicht sicher festgestellt werden kann und bei der sehr großen Anzahl der zur III. Kl. gehörenden Wähler unsere Personalkennntnis bei weitem nicht ausreicht, um uns in zweifelhaften Fällen ein Kriterium an die Hand zu geben.“

5) Rigas Lapa 1878, 1.

6) „Das Wahlrecht der Letten“, Rig. Ztg. 1877, 221.

war die Begründung der ersten lettischen Tageszeitung, der „Rigas Lapa“, die, von B. Dibril herausgegeben und von Fr. Weinberg redigiert, am 12. August 1877 zu erscheinen begann. Der Zeitpunkt war günstig gewählt, außer den Vorbereitungen zu den Stadtverordnetenwahlen nahm der russisch-türkische Krieg, der laufende Berichterstattung erheischte, die Gemüter in Anspruch. Für die lettische nationale Bewegung bedeutete jene Zeit vor den Kommunalwahlen viel: „Die Letten lernten hier die ersten öffentlichen Kämpfe ausfechten und übten sich in Organisation und Disziplin<sup>1)</sup>.“ Auf die Politik der lettischen Volksführung und Presse kann in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden, ebensowenig auf die Taktik der russischen Bevölkerungsgruppe. Muß mithin ein letztes Urteil über den ganzen Kampf offenbleiben, so kann doch auch von der deutschen Haltung her anschaulich gemacht werden, was an jenen baltischen Vorgängen das Bedeutsamste ist: wie das innere Gesetz der Zeit, das Nationalitätsprinzip, sich fast gegen den Willen der beteiligten Volkstümer Anerkennung erzwang.

Die deutsche Haltung war von vornherein keineswegs einheitlich. Alle drei deutschen Tageszeitungen Rigas nahmen den Ukas über die Ausdehnung der russischen Städteordnung auf die Ostseeprovinzen vom 26. März 1877 zur Kenntnis, ohne Bedenken oder Einwände daran zu knüpfen; offener Widerspruch war aus Zensurgründen natürlich undenkbar. Die „Rigasche Zeitung“ betonte nur den Ernst der Stunde; die „Neue Zeitung für Stadt und Land“ erkannte die neue Ordnung an, sofern sie als zeitgemäß gelten konnte; die „Zeitung für Stadt und Land“ verzichtete ebenfalls auf eine eigene Stellungnahme, gab aber zu erkennen, daß sie entschlossen sei, der „vollendeten Tatsache“ die besten Seiten abzugewinnen: „Wenn uns der rechte Bürgersinn nicht fehlt, wird die neue Ordnung unserem Heimwesen und dem ganzen Lande zum Segen gereichen<sup>2)</sup>.“ Konservativ Gesinnte waren mit dieser Haltung der Presse unzufrieden, doch konnte darüber natürlich nichts an die Öffentlichkeit dringen<sup>3)</sup>. Begrüßt und gelobt werden durfte die Reform selbstverständlich ungehindert, und daß die lettische Presse es tat, kann nicht wundernehmen.

Die amtlichen Vorbereitungen für die Wahlen wurden pünktlich und sorg-

<sup>1)</sup> E. Blanks, *Latvju nacionālā doma sadzīves cīpu ugunis* (Der lettische nationale Gedanke im Feuer der sozialen Kämpfe) S. 40.

<sup>2)</sup> *Rig. Ztg.* 1877, 95, 118, 120; *N. Ztg. f. St. u. L.* 1877, 100; *Ztg. f. St. u. L.* 1877, 97, 98, 104, 121, 123.

<sup>3)</sup> G. Bertholz schreibt am 29. Aug. 1878 an H. Diederichs vom „kontradiktorischen Gegensatz“, in dem er zu L. Bezold stehe, u. a. hinsichtlich der Art, „wie der oktroyierten Stadtordnung von der Zeitung begegnet wurde“. Über den Privilegienstandpunkt von G. Bertholz vgl. Schaudinn, S. 146. — Die sehr geschickte Darstellung von [Ed. Hollander d. J.] B. W. 1882, 29, 462, der Ukas sei „von dem größten Teil der deutschen Presse und Bevölkerung Rigas mit ehrfurchtsvollem Schweigen“ begrüßt worden, entsprach der konservativen Gesinnung, verdeckt aber den Umstand, daß nach Ansicht der Konservativen eben dieses Schweigen nicht tief und nachdrücklich genug gewesen war. An eine „unfruchtbare Abstimmzpolitik“ dachte niemand. (A. Buchholz, *Geschichte der Rigaschen Familie Schwarz*, 1921, S. 467.) Die größte Beunruhigung verursachte die Bestimmung, durch welche die deutsche Amtssprache zu einer bloß geduldeten herabgedrückt wurde.

fällig von den alten Stadtbehörden getroffen. In der deutschen Gesellschaft machte man sich vielfach nur ungern mit dem Gedanken vertraut, von nun an den Zufälligkeiten öffentlicher Wahlkämpfe ausgesetzt zu sein<sup>1)</sup>. Die Presse aber mahnte, drängte, regte an und suchte der Politik den Weg vorzuzeichnen. Während die lettische Presse den nationalen Gesichtspunkt bei der Organisation der Wahlen für den natürlichsten hielt, lehnten sowohl die „Rigasche Zeitung“ als die „Zeitung für Stadt und Land“ den Gedanken nationaler Sonderung ab<sup>2)</sup>. „Möglich, daß wir selbst einmal zugeben müssen“, schrieb die Rig. Ztg. am 29. September, „daß bei uns nur nationale Wahlversammlungen am Platze waren, aber uns hiervon zu überzeugen, ist auch dem „Rigas Lapa“ nicht gelungen. Sicher nur, daß jeder Versuch einer Nationalität, sich zu einer Wahlversammlung abzuschließen, die anderen zu gleichem Schritt treiben müßte . . .“ Am 3. Oktober machte die Zeitung einen Vermittlungsvorschlag: die vier nationalen Gruppen (Deutsche, Letten, Russen und Juden) sollen sich zur Wahl von Vertrauensmännern zusammentun, deren Zahl einem Prozentsatz der nationalen Wähler entsprechen müßte; diese Vertrauensmänner sollen dann zusammentreten und eine gemeinsame Kandidatenliste aufstellen<sup>3)</sup>. Der Vorschlag fand nirgends Anklang, und am 8. Oktober sah die Zeitung sich genötigt, das Nationalitätsprinzip bei den Wahlen anzuerkennen<sup>4)</sup>.

Bereits am 1. Juni hatte sich in der deutschen Wählerschaft im Anschluß an die alten kommunalen und sozialen Institutionen eine Initiativgruppe von 20 Männern gebildet, die am 17. Oktober mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit trat und die Einberufung einer allgemeinen deutschen Wählerversammlung in Aussicht stellte<sup>5)</sup>. Unter dem Eindruck der lettischen und russischen Wahl-agitation mehrten sich im deutschen Lager die Stimmen für ein national geschlossenes Vorgehen. Sowohl in der „Rigaschen Zeitung“ als in der „Zeitung für Stadt und Land“ erschienen „Eingefandts“, in denen gegen „unklare Gefühls-politik“, gegen utopische Einigungsbestrebungen Stellung genommen wurde<sup>6)</sup>. Zum Sprachrohr der schärferen Tonart machte sich die „Neue Zeitung für Stadt und Land“, die in einer Artikelreihe<sup>7)</sup> vor einem „übereilten, auf Vertrauensseligkeit basierenden“ Kompromiß warnte, für einen strikt nationalen Standpunkt eintrat, eine Einigung über die deutschen Kandidaten gegenüber der lettisch-russischen Koalition forderte und den Nachweis unternahm, daß der deutschen Bevölkerung als der kulturell führenden in der Stadtverwaltung der überwiegende

1) „Eine offene Frage“, Ztg. f. St. u. L. 1877, 213 (15. Sept.).

2) „Lettische Stimmen zur neuen Stadtverfassung“, Rig. Ztg. 1877, 219, 225; Ztg. f. St. u. L. 1877, 222.

3) Rig. Ztg. 1877, 228.

4) „Keine Unklarheit mehr“, Rig. Ztg. 1877, 233; vgl. 234, 237.

5) Rig. Ztg. 1877, 284.—241.

6) Rig. Ztg. 1877, 245; E. §[o]l[l]a[n]d e r d. J., „Worte“, Ztg. f. St. u. L. 1877, 229; [S. G ü r] g [e n s] a. a. D. 231.

7) N. Ztg. f. St. u. L. 1877, 230, 232, 234, 236, 239.

Einfluß, den nichtdeutschen nationalen Gruppen vor der Hand nur eine bescheidene Teilnahme zustehe.

Nachdem die nationale Gruppierung Tatsache geworden war, blieb den beiden liberalen deutschen Blättern nichts anderes übrig, als sich auf den neuen Boden zu stellen und von hier aus ihre Verständigungspolitik fortzusetzen: zwar seien auch die Deutschen jetzt gezwungen, für nationale Ausschließlichkeit bei der Wahl einzutreten, Aufgabe der deutschen Blätter aber könne es nicht sein, „die einmal gegebene, aber deshalb noch nicht gerechtfertigte Scheidung nach nationalen Standpunkten in dieser Frage zu verschärfen“<sup>1)</sup>. Besonnenheit tue not. Man dürfe nicht vergessen, „daß die bevorstehende Wahl in Riga, dem größten Gemeinwesen der drei Provinzen, den Charakter eines allgemeinen Zeugnisses gewinnt für die Stellung derjenigen Nationalitäten zu einander, welche in Stadt und Land auf gegenseitige Förderung angewiesen sind und welche ihr eigenes Gedeihen nur mit Unterstützung der anderen gewinnen können“<sup>2)</sup>. Daß das erste Organisationskomitee nur aus Deutschen bestehe und sich nur an deutsche Wähler wende, sei nicht entscheidend: „Es heißt nicht, sich nach irgend einer Seite binden, sondern es heißt, die Vorbedingung schaffen für allseitige Fühlung und hoffentlich für Verständigung“<sup>3)</sup>. Als die „Rigas Lapa“ sich dagegen vermahrt, die Spaltung in nationale Gruppen veranlaßt zu haben, bemerkt die Redaktion der „Rigaschen Zeitung“: „Es ist auffallend, aber nicht unerfreulich, fügen wir in Parenthese hinzu, daß jetzt keiner das letztere getan haben will“<sup>4)</sup>. „Wollte man bei der Vielsprachigkeit unserer Heimat die nationale Fahne erheben, so käme das einem Bruderkrieg, einer Selbstzerfleischung gleich“, heißt es am 11. November, und tags darauf: „Wenn die Stadtverordneten alle einer Nationalität sind — dann stehen wir . . . sicher vor einem nationalen Kampf.“

Die „Zeitung für Stadt und Land“ nahm eine ähnliche Haltung ein. Sie mußte zugeben, daß der Versuch, das nationale Prinzip auszuschalten, gescheitert war<sup>5)</sup>. Trotzdem hielt sie an ihrer politischen Linie grundsätzlich fest. In einem großen Aufsatz „Unser lettisches Volk“, dessen Verfasser nicht mehr zu ermitteln ist<sup>6)</sup>, legte sie ihr politisches Bekenntnis ab, das in seinem Grundgedanken als das des ganzen baltischen Liberalismus gelten kann. Dieser Grundgedanke findet sich hier folgendermaßen formuliert: „Darnach wäre es eine Herabwürdigung unserer Aufgabe, sollten wir Partei sein und bilden wollen, die wir über jeder Partei stehen, auf Grund unserer Geschichte, wie nach der Norm unseres Berufs,

1) Rig. Ztg. 1877, 237.

2) a. a. D. 240.

3) a. a. D. 242.

4) a. a. D. 244.

5) „Was wir gewollt haben“, Ztg. f. St. u. L. 1877, 235; „Wird uns die Zukunft bringen, was wir jetzt schon anstrebten?“, a. a. D. 236. Später: „Die Nationalitätenfrage drängte sich hier gewaltsam auf; sie war der erste Gedanke, als die neue Stadtverfassung an uns herantrat; sie war ein offenes Geheimnis, und überall in der ganzen Stadt war das erste Gespräch: Wie wird die neue Verfassung die Nationalitätenfrage leiten?“ Das nationale Prinzip habe deshalb ausdrücklich zurückgewiesen werden müssen. U. a. D. 276.

6) a. a. D. 241, 243, 244, 245.

über jeder Partei und doch nicht erhaben über die Mannigfaltigkeit der Interessen, welche uns zu vertreten obliegt von dem einheitlichen Gesichtspunkte derer, die *re vera* und *de facto* im Mittelpunkte und im Besitze des Rechtes und der Kultur sich befinden. Ebenso wenig dürfen wir aber dazu beitragen, daß den Letten eine Parteistellung aufgenötigt oder in sie hineingetragen wird die Opposition, welche für sie garnicht paßt, durchaus nicht ihrem eigentlichen Streben entspricht. . .“ Der Vormund habe das Mündel zu entlassen; die Führerschaft müsse ihm bleiben. Heranziehung der Letten nach Maßgabe ihres kommunalen Verständnisses sei die Parole. Entsprechend diesem Programm arbeitete die „Zeitung für Stadt und Land“ einen „gemäßigten Kontinuitätsstandpunkt“ heraus, den sie sowohl gegen das Nationalitätsprinzip als gegen das „absolute Kontinuitätsprinzip“ abgrenzte <sup>1)</sup>.

Demgegenüber behauptete die „Neue Zeitung für Stadt und Land“ ihren konservativen Standpunkt: ein Kompromiß mit den andern nationalen Gruppen sei nur unter der Voraussetzung zulässig, daß sie den Deutschen das Recht auf den „überwiegenden Einfluß“ in der Stadt zugestehn <sup>2)</sup>. Es brauche nicht erst bewiesen zu werden, daß die Letten auf einer niedrigeren Kulturstufe stehen als die Deutschen <sup>3)</sup>. Erstes Erfordernis sei die Wahrung der Kontinuität <sup>4)</sup>.

So zeichneten sich die Gegensätze im deutschen Lager immer klarer an der Öffentlichkeit ab. Während die „Neue Zeitung“ unermüdlich für nationale Disziplin, für Unterordnung unter das deutsche Wahlkomitee eintrat <sup>5)</sup>, machten die beiden andern Zeitungen ihre eigene Politik, die mit der Einstellung der maßgebenden deutschen Kreise durchaus nicht übereinstimmte <sup>6)</sup>.

Nachdem am 29. Oktober ein lettisches Wahlkomitee an die Öffentlichkeit getreten war und auch die Russen sich organisiert hatten, fand am 6. Dezember im Gewerbeverein die geplante große deutsche Wählerversammlung statt, auf der das deutsche Wahlkomitee endgültig konstituiert wurde. Die Versammlung, von fast 900 deutschen Wählern besucht, war die erste politische Massenfundgebung des baltischen Deutschtums. Glänzend vorbereitet und als höchst ungewohnte Veranstaltung empfunden, verlief sie in größter Einmütigkeit. Das bisherige Wahlkomitee unter Führung des Sekretärs des Armendirektoriums Alfred Hillner wurde ohne Widerspruch zur Fortsetzung seiner Arbeiten ermächtigt, und nach der allgemeinen Versammlung traten die Wähler der zweiten und dritten

1) Jtg. f. St. u. L. 1877, 290, 300. Nicht das Zahlenverhältnis, sondern das Wertverhältnis der Bevölkerungsgruppen habe maßgebend zu sein. N. a. D. 292.

2) N. Jtg. f. St. u. L. 1877, 250. Vgl. 245.

3) a. a. D. 263.

4) a. a. D. 266.

5) a. a. D. 245, 282, 292, 296.

6) J. Lütkens schreibt darüber im August 1878: „Wie oft, wie oft habe ich da von Männern des ersten Wahlkomitees die Klage vernommen und ihr beistimmen müssen: „Wir haben keine Presse! Unsere Presse arbeitet wider uns!““ („An die Redaktion der B. M.“, 2. Aufl. S. 29, 3. Aufl. S. 33). Vgl. auch B. M. 1882, 29, 465. — Die Rig. Jtg. betont in ihrer „Abwehr“ (1878, 197), daß die Presse bereit gewesen sei, für das Wahlkomitee zu arbeiten, bestreitet aber den Gegensatz zu der Lütkensschen Richtung nicht.

Klasse zusammen, um ihrerseits die für jede Klasse in Aussicht genommene Wahl von Vertrauensmännern zu vollziehen, denen der Auftrag erteilt wurde, zusammen mit dem Wahlkomitee die endgültigen Kandidatenlisten aufzustellen. Da die nationale und soziale Zusammensetzung der Wählerschaft eine solche war, daß nur in der dritten Klasse mit einem ernstern Kampf gerechnet werden mußte, lag das politische Schwergewicht von nun an in dem aus dem Wahlkomitee und 30 Vertrauensmännern bestehenden Wählerauschuß der dritten Klasse. Hier mußte die wichtigste Frage beantwortet werden, die einzige von politischer Bedeutung: wie man sich zu den anderen nationalen Wahlkomitees verhalten sollte.

Bei den Verhandlungen über diese Frage konnte man sich auf die inzwischen in anderen Städten gemachten Erfahrungen stützen. Als erste Stadt der Ostseeprovinzen vollzog *Mitau* mit seinen 1292 Wählern den neuen Wahlakt. Den Wahlen in der dritten Klasse, die am 15. November stattfanden, ging eine lebhaftere Agitation voraus, die sich nur zum geringsten Teil auf nationaler, hauptsächlich noch auf ständischer Grundlage abspielte. Nachdem zuerst die Literaten sich organisiert hatten, bildeten auch die Kaufleute, Handwerker und Hausbesitzer gesonderte Komitees, ebenso die Hebräer; auch die Letzten hatten ein eigenes Komitee. Zwischen den einzelnen Komitees kamen Verhandlungen in Gang, die jedoch nicht zu einer allgemeinen Verständigung führten. Es scheint, daß man in weiten Kreisen der Stadt mit den Ansprüchen, die die Literaten erhoben <sup>1)</sup>, unzufrieden war. Jedenfalls brachten zwei energische Kaufleute eine Vereinigung sämtlicher Wählergruppen unter Ausschluß der Literaten zustande, die auch vom wahlberechtigten Adel, der kein eigenes Komitee gebildet hatte, Förderung erfuhr. Die Literaten stellten daraufhin ebenfalls ein gemischtes Komitee auf, dessen Kandidatenliste (im Gegensatz zu der „roten“ der anderen Gruppe kurz die „weiße“ genannt) den Literaten ein größeres Gewicht sichern sollte. Bei der Wahl wurde die „weiße“ Liste von der „roten“ vernichtend geschlagen, deren sämtliche Kandidaten in einem einzigen Wahlgang — ohne Stichwahlen — siegten <sup>2)</sup>.

Auf *Mitau* folgte *Reval*. Auch hier trat das Nationalitätsprinzip keineswegs rein und ungemischt auf, auch hier spielten die verschiedensten anderen Gesichtspunkte mit. Ein eigentümliches Bild: während der bisher führende Personenkreis unter Hinzuziehung der Literaten sehr selbstsicher für eine nach ständischen Gesichtspunkten aufgestellte, nur aus Deutschen bestehende Kandidatenliste wirbt, sammelt sich in engen Privatwohnungen eine aus allen Ständen und Nationalitäten bunt zusammengewürfelte Opposition. Dem konservativen Programm der Ratspartei und der Literaten tritt als leitendes Prinzip der Oppositionspartei der Gedanke entgegen, „daß die Wahlen auf Grundlage

<sup>1)</sup> Ratsassessor *J. Eckardt* (d. Ä.) z. B. trat für ein Übergewicht von Adel und Literaten in der Stadtverordnetenversammlung ein. *Mit. Ztg.* 1877, 42. Vgl. die Entgegnung von kaufmännischer Seite a. a. D. 44 und den Schluß der Polemik a. a. D. 45, 46.

<sup>2)</sup> *Rig. Ztg.* 1877, 267, 270, 274, 278, 299. *Ztg. f. St. u. L.* 1877, 268, 270, 294; 1878, 1.

des neuen Gesetzes aus der Gesamtheit der Wahlberechtigten hervorgehen und dabei zugleich alle Nationalitäten berücksichtigt werden müßten“. Im Grunde ist die Opposition nur in der Verneinung einig: die Esten und Russen lassen sich von nationalen Gesichtspunkten leiten; Deutsche aus der breiteren Volksschicht empfinden den Wahlvorschlag der Ratspartei als den Ausdruck längft verhaßten Cliquenwesens; nicht wenige Angehörige der führenden Gesellschaftskreise mißbilligen die politische Einseitigkeit der Konservativen, empören sich, individualistisch entwurzelt, gegen den moralischen Druck der „Wohlgesinnten“, folgen privater Unzufriedenheit. Die Wahlagitation wird immer lebhafter, die alten Korporationen spalten sich, die Konservativen verzichten auf den Versuch einer Einigung mit der Opposition, die Leidenschaften sind aufs äußerste erhitzt<sup>1)</sup>. Am 24. und 25. November fällt in der dritten Klasse die Entscheidung: die Opposition erringt einen vollständigen Sieg. — In den beiden anderen Klassen setzten sich später die Konservativen durch und wahrten dadurch ihr zahlenmäßiges Übergewicht. Ganz richtig aber heißt es in einem Rückblick auf diese Vorgänge: „Die „Einheit der Denkweise“ ließ sich nicht wiederherstellen; die alte revalsche Bürgerschaft hatte die Art an der Wurzel gespürt“<sup>2)</sup>.

In Riga war man sich sofort darüber klar, daß den Vorgängen in Mitau und Reval große Bedeutung zukomme. Was dort, in verhältnismäßig stillen Städten, möglich war, konnte in dem viel größeren, unruhigeren Riga erst recht eintreten. Die „Rigasche Zeitung“ wies auf die politische Bedeutung der Wahlen hin, warnte vor falschem Optimismus, empfahl Prüfung und möglichste Berücksichtigung der Wünsche der Menge<sup>3)</sup>. Es war nicht zu bestreiten, daß die Niederlage in Reval durch zu starke ständische Abgeschlossenheit verursacht worden war. Oder war doch nur die fehlende deutsche Wahldisziplin daran schuld?

Im großen deutschen Wählerauschuß der dritten Klasse stießen die Meinungen hart aufeinander. Allmählich bildeten sich vier Standpunkte heraus<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Am 19. November schreibt Fr. Dienemann, Mitarbeiter der Ratspartei, an L. Pezold: „In welcher Bewegung wir seit Wochen sind, können Sie sich denken! Die Pulse schlagen fieberhaft bei der Erwägung, daß alles oder doch vieles mißraten könnte.“ (Nachlaß L. Pezold.)

<sup>2)</sup> Der Revaler Wahlkampf wird geschildert: von einem deutschen Kompromißstandpunkt aus Rev. Ztg. 1878, 17, 19 (übernommen Rig. Ztg. 1878, 20, 21, 28. Vgl. auch Rig. Ztg. 1877, 298); von konservativer Seite in der Rückschau „Reval unter der neuen Städteordnung“, B. M. 1882, 29, 277 ff.; von estnischer Seite in den Erinnerungen von S. Rosenthal, Kulturbestrebungen des estnischen Volkes, 1912, S. 253 ff. — Die Erinnerungen von W. Greiffenhagen (B. M. 1930, 462 ff.) enthalten einige Gedächtnisfehler. — Die Gesamtzahl der Wahlberechtigten betrug in Reval 1976. Vgl. auch Rev. Ztg. 1877, 257, 274, 278, 282.

<sup>3)</sup> „Eine politische Frage“, Rig. Ztg. 1877, 274, 275. „Beherzigenswerte Lehren“, a. a. D. 298. Bezeichnend für die Zusammenhanglosigkeit der Provinzen ist die beiläufig ausgesprochene Klage der Zeitung über das Fehlen eingehender und zuverlässiger Berichte aus den anderen Städten.

<sup>4)</sup> Sehr klar geschildert von G. Bertholz in seinem Brief an H. Diederichs vom 29. Aug. 1878 — Die Protokollauszüge in der Presse geben vom Meinungskampf gar kein Bild.

Am weitesten gingen die Vertreter der beiden liberalen Zeitungen: Leopold Bezold, sein Hauptmitarbeiter in jener Zeit, der Nationalökonom Dozent Lieventhal, und die Herren von „Stadt und Land“ wünschten Verständigung und Einigung mit den beiden anderen Komitees, in erster Linie mit dem lettischen („Fraternisieren“, wie Georg Bertholz nicht ohne Abneigung bemerkt, „aus weitherzigem Liberalismus“); Georg Bertholz und einige Gesinnungsgenossen waren für „Paktieren aus furchtsamer Politik“<sup>1)</sup>; Oberpastor Lützens trat dafür ein, die beiden anderen Wahlkomitees vollständig zu ignorieren, aber („als Gnadengeschenk“) einige lettische und russische Kandidaten aufzustellen; Bürgermeister Buengner, Ratsherr Alt, der Obersekretärsgeselle des Rats Dr. Schwarz, die „Neue Zeitung für Stadt und Land“ waren für „Nichtpaktieren ohne Gnadengeschenk“.

Zunächst entschloß man sich Mitte Dezember dazu, das lettische und das russische Wahlkomitee um Mitteilung der von ihnen aufgestellten Kandidaten ihrer Nationalität zu ersuchen<sup>2)</sup>. Während das lettische Komitee dieser Bitte in kürzester Frist nachkam, ließ die Mitteilung der russischen Kandidaten auf sich warten. In den mündlichen Unterredungen, die zwischen den Vertretern des deutschen und denen des lettischen und russischen Komitees stattfanden, wurden seitens der verhandelnden lettischen und russischen Herren inoffiziell, in Form persönlicher Meinungsäußerung, Forderungen für wahrscheinlich erklärt, die man auf deutscher Seite für zu hoch erachtete. In späteren, ebenfalls mündlichen Verhandlungen zeigte sich zuerst von lettischer, dann auch von russischer Seite die Bereitschaft, hinsichtlich der Anzahl der geforderten eigenen Kandidaten entgegenzukommen. Zugleich erklärten sowohl der lettische als auch der russische Komiteepäsident, wieder nur als ihre persönliche Meinung, daß ihren Komitees in diesem Falle wohl das Recht zugestanden werden müßte, einzelne Kandidaten der deutschen Liste abzulehnen. Es scheint nun, daß man lettischerseits diese Forderung weniger ernst gemeint hat als russischerseits; jedenfalls erschien später — zu spät — eine öffentliche Erklärung, in der ein Glied des lettischen Komitees, zugleich im Sinne anderer, die Forderung des Komiteepäsidenten als unbillig bezeichnete. Inzwischen aber hatte man deutscherseits unter dem Eindruck dieser allgemein als Zumutung empfundenen Bedingung beschlossen, die endgültige Kandidatenliste ohne weitere Verhandlungen festzusetzen.

Der Verständigungsversuch ist über eine persönliche Fühlungnahme nicht hinausgelangt; bis zu offiziellen Vorschlägen von Komitee zu Komitee ist es gar nicht gekommen. Später gab man sich gegenseitig die Schuld. Auf lettischer Seite war der Wunsch zu einer Verständigung unzweifelhaft vorhanden. Die deutsche Verhandlungsführung scheint von vornherein weniger Wert darauf gelegt zu haben, und den Gegnern eines Kompromisses im deutschen Lager war die Überspannung der lettischen und russischen Forderungen schwerlich unwillkommen. Wenn man nach dem Bekanntwerden dieser Forderungen deutscherseits

<sup>1)</sup> „Die sorgfältigsten Berechnungen gaben Grund genug zur Furcht fast bis zum letzten Augenblick, und die Vorgänge in Aeral und Mitau waren auch nicht ermutigend“, a. a. D.

<sup>2)</sup> Fig. Btg. 1877, 294.

von einem offiziellen Kompromißvorschlag absah, so mag die Befürchtung mitgespielt haben, ein Entgegenkommen könne nun als Zeichen von Schwäche aufgefaßt werden und zu neuen Forderungen Anlaß geben. Bei den Konservativen scheint die Neigung bestanden zu haben, den Russen vor den Letten den Vorzug zu geben, weil die russische Bevölkerung über mehr sozial gehobene Kräfte verfügte und weil eine Verständigung mit ihr sich aus naheliegenden Opportunitätsgründen zu empfehlen schien.

Ob es bei einer Fortsetzung der Verhandlungen schließlich gelungen wäre, einen Kompromiß zustandezubringen, bleibe dahingestellt; die Auffassungen gingen sehr weit auseinander. Auch im deutschen Lager waren die Ansichten schroff geteilt, den Anhängern einer Verständigungspolitik standen die Vertreter des „absoluten Kontinuitätsstandpunkts“ gegenüber. Es fehlte eben ein einheitlicher, zielbewußter Wille, der allein eine schöpferische Synthese hätte versuchen dürfen <sup>1)</sup>.

Hielt man sich lettischerseits den Weg zu einer Verständigung mit dem deutschen Komitee bis zuletzt offen, so scheint die russische Politik von vornherein das Ziel einer russisch-lettischen Koalition verfolgt zu haben. Als die Verhandlungen mit dem deutschen Komitee gescheitert waren, wurde diese Koalition zur Tatsache. Interessant ist nun, daß die Opposition nicht ein nationales, sondern ein allgemein politisches Stichwort als Wahlparole ausgab: die Losung „liberal“. Schon im Dezember hatte sich diese Kampfesbasis abzuzeichnen begonnen — es mag sein, daß man dabei dem erfolgreichen Beispiel der Opposition in Reval folgte. Die gemeinsame Kandidatenliste des lettischen und russischen Wahlkomitees enthielt deshalb nicht nur lettische und russische, sondern auch eine Reihe von deutschen Namen; in der dritten Klasse allerdings keinen aus dem Kreise der bisher führenden deutschen Herren.

Im deutschen Wählerauschuß setzte sich nach der Aufgabe des Einigungsversuchs der hauptsächlich von Oberpastor Bittkens verfochtene Gedanke eines freiwilligen Zugeständnisses durch: man entschloß sich dazu, zwei Letten und zwei Russen auf die Liste zu setzen. Auch der Komiteepäsident Hillner, der zwischen verschiedenen Standpunkten geschwankt und nur den der liberalen Zeitungen ganz abgelehnt hatte, entschied sich schließlich für diese Linie. Alles weitere

<sup>1)</sup> Der Verlauf der Verhandlungen ergibt sich vor allem aus den Mitteilungen der nächstbeteiligten: des deutschen Komiteepäsidenten A. Hillner und des Schriftführers des deutschen Komitees C. Bornhaupt Rig. Ztg. 1878, 27; des lettischen Komiteepäsidenten C. Kalning Rig. Ztg. 1878, 24; des russischen Komiteepäsidenten A. J. Sutorov Низский Вестник 1878, 25 (vgl. Rig. Ztg. 1878, 26). Vgl. ferner die Zuschrift von J. Sakkit Rig. Ztg. 1878, 19 (hierzu: Rig. Vapa 1878, 21 und Rig. Ztg. 1878, 22). — Die deutsche Darstellung: Rig. Ztg. 1878, 14, 23, 28. S. auch Ztg. f. St. u. L. 1878, 11, 21, 26, 27, 32. Die lettische Auffassung s. außerdem bes. Rig. Vapa 1878, 4, 9. Vgl. auch die gemeinsame Zuschrift von Kalning und Sutorov Rig. Ztg. 1878, 22. Im übrigen nimmt natürlich fast jede Nummer sämtlicher rigaschen Blätter in der einen oder anderen Weise auf die Wahlen Bezug. — Für die Haltung der deutschen Konservativen aufschlußreich ist die Darstellung bei [E. d. Hollander d. J.] „Riga unter der neuen Städteordnung“, B. M. 1882, 29, 464 ff., ferner eine Bemerkung im Leitartikel Ztg. f. St. u. L. 1878, 280.

war Wahlkampf mit festen Fronten. Als die Entscheidung gefallen war, nahmen auch die beiden unermüdlich Verständigung fordernden deutschen Blätter völlig eindeutig gegen die Oppositionsliste Stellung; ihre ganze politische Grundeinstellung ließ ihnen jetzt keine andere Wahl mehr. Vor allem galt es natürlich, den Gegnern die von ihnen entfaltete Fahne des Liberalismus zu entreißen. Doch zeigt sich hier bereits der unmerklich eingetretene Wandel der Zeittendenzen: während die „Rigasche Zeitung“ gegen den „tendenzlösen Mißbrauch“ des Wortes „liberal“ protestiert, noch von der Voraussetzung aus: „Wer wollte heutzutage nicht liberal sein?“<sup>1)</sup> — bemerkt die „Neue Zeitung für Stadt und Land“ ganz kühl: „Das Schlagwort „liberal“, welches sich diese Komitees ohne ersichtlichen Grund angeeignet haben, dürfte jetzt allgemein als eine leere und nichtsagende Phrase erkannt werden; es zieht nicht mehr“<sup>2)</sup>!

Die Wochen bis zu den Wahltagen der dritten Klasse vergingen unter allen Anzeichen heftigen Wahlfiebers. Vom 6.—10. Februar fand die Abstimmung statt, die dem deutschen Komitee einen glatten Sieg brachte. Es zeigte sich, daß die deutsche Stellung stärker war, als die Pessimisten im eigenen Lager gefürchtet hatten. Wer ein Wahlbündnis mit den Russen und Leten nur aus taktischen Gründen gewünscht hatte — wie z. B. Georg Verholz —, mußte jetzt eingestehen, daß die Politik der Unnachgiebigen die richtige gewesen war. Entsprechend der verschiedenen politischen Einstellung war aber auch die Bewertung des Wahlergebnisses von deutscher Seite eine durchaus verschiedene. Gab die „Neue Zeitung für Stadt und Land“ ihrer vollen Befriedigung Ausdruck, so schrieb die „Rigasche Zeitung“ ganz folgerichtig: „Es kann nicht geleugnet werden, daß der absolute Sieg der einen Gruppe trotz der Zugeständnisse, die sie der anderen freiwillig und entgegenkommend gemacht, — doch eine Einseitigkeit unserer künftigen Stadtverordnetenversammlung erzeugt, die deren gedeihliches Wirken erschweren könnte“<sup>3)</sup>. Die beiden liberalen Blätter erhoben daher übereinstimmend die Forderung nach einer freiwilligen Berücksichtigung der unterlegenen Partei in den beiden anderen Wahlklassen, in denen das deutsche Komitee die Wahlen diktieren konnte. Ein kleines Zugeständnis ist dann deutscherseits tatsächlich erfolgt; allerdings nur an die Russen.

In Riga waren es eindeutig nationale Wahlen gewesen. Gewiß war es richtig, was Leopold Pezold in seinen „Wahlbriefen“ schrieb: man war von verschiedenen inneren Voraussetzungen her an die Aktion herantreten, es handelte sich um verschiedenartige „Grundflächen“ — städtisch-kommunales und politisch-nationales Denken<sup>4)</sup>. Gewiß gab es 1878 noch ein altstädtisches Empfinden, das die Erhaltung des alten Geistes ohne nähere Rechenschaft wünschte, einfach aus jener innig-natürlichen Verbundenheit mit dem Hergebrachten, die den Traditionen ihre Macht verleiht. In weiten deutschen Kreisen

1) [A. Lieventhal], „Liberal! liberal! liberal!“ Rig. Ztg. 1878, 18; vgl. 24.

2) N. Ztg. f. St. u. L. 1878, 24.

3) Rig. Ztg. 1878, 36.

4) Rig. Ztg. 1878, 20, 21. Daß sich hinter der Chiffre L. St. der Chefredakteur verbarg, geht aus einem Brief aus Pezolds Verwandtenkreise hervor. (Nachlaß L. Pezold.)

aber verstand man den Wahlerfolg doch schon damals ohne weiteres als nationalen Sieg. „Wir dürfen uns dieses Erfolges ohne Selbstüberhebung freuen“, sagte der Komiteepäsident Hillner in seiner Ansprache auf der Schlußsitzung des deutschen Wahlkomitees am 25. März 1878, „denn nicht wir haben ja den Wahlsieg erarbeitet, sondern gesiegt hat die Idee, welche unsere Arbeit beherrschte und ihr das Ziel vorzeichnete, die Idee, daß auch unter der neuen Verfassung der deutsche Charakter unserer Stadt gewahrt und bei dem Übergange aus der alten in die neue Verfassungsform der organische Zusammenhang zwischen dem geschichtlich Gewordenen und dem neu zu Gestaltenden nach Möglichkeit aufrecht erhalten werden müsse“<sup>1)</sup>. Und die öffentliche Meinung stimmte dem zu.

Die innere Verschiebung zum Nationalen und Konservativen hin, die während der Wahlzeit in der Gesellschaft vor sich ging, war eine so starke, daß die beiden liberalen Zeitungen sich kaum mehr auch nur als ein Teilausdruck der öffentlichen Meinung behaupten konnten<sup>2)</sup>. In lettischen Kreisen hatte man das Gefühl, getäuscht worden zu sein, und erhob bittere Vorwürfe: das deutsche Wahlkomitee habe in einem ganz anderen Geiste gearbeitet, als die deutsche Presse es versprochen habe<sup>3)</sup>. Die Antwort darauf war leicht: die Presse hatte nichts versprochen und konnte nichts versprechen. Es ist aber begreiflich, daß man sich über die in den maßgebenden deutschen Kreisen herrschende Stimmung täuschen konnte. Einem Außenstehenden mußte die Tiefe des Zwiespalts, der in der deutschen Mitte aufgebrochen war, verborgen bleiben.

Soll man es beklagen, daß die Geburtsstunde nationaler Mächtegruppierung auf baltischem Boden Deutsche und Letten in getrennten Lagern sah? daß ein russisch-lettisches Bündnis nicht verhindert werden konnte? Gedanken dieser Art drängen sich einem unabweisbar auf, und man fühlt sich versucht, dem lettischen

1) Nachlaß Alfred Hillner, Akte „Gelegenheitsreden“. Später heißt es in der Rede: „Und nicht minder lassen Sie uns an unserm Teil dahin streben, daß die nationalen Gegensätze, welche durch den Wahlkampf nicht erst hervorgerufen, wohl aber mehr an die Öffentlichkeit getreten und geschärft sind, nach Möglichkeit gemildert werden, indem wir deutschen Bürger Rigas, die in erster Reihe berufen sind, an der neuen Verwaltung, sei es in der Stadtverordnetenversammlung, sei es in den Verwaltungskommissionen mitzuwirken, unseren grossenden Gegnern durch die Tat beweisen, daß wir unserm Wahlsieg nicht in engherzigem Parteiinteresse ausbeuten wollen, sondern uns verpflichtet fühlen, der Wohlfahrt unserer Stadt insgesamt zu dienen.“

2) Über Pezold's Stellung heißt es in einem Brief aus seinem Verwandtenkreise: „Aus der Zeitung werdet ihr ersehen, daß die neue Stadtverfassung mit ihren Wahlen und Kandidatenlisten ihm noch immer viel zu schaffen macht. Sie bringen in ihrem Gesolge heillose, haarsträubende Aufregungen und Reibungen, wie Zerwürfnisse in gesellschaftlicher Beziehung.“ Ed. Hollander d. J. teilte Pezold am 3. Jan. 1878 in anderem Anlaß mit, daß er in der Wahlfrage zum großen Teil nicht mit ihm stimme (beide Briefe Nachlaß L. Pezold). — Heyking schreibt später (Btg. f. St. u. L. 1879, 4) von den „nicht gerade mißben Anfeindungen“, denen seine Zeitung wegen ihres sog. lettensfreundlichen Standpunkts in der deutschen Gesellschaft ausgesetzt war, einer Meinungsverschiedenheit, die „bis in die privaten Beziehungen zu einigen Literaten Rigas fühlbar“ war.

3) Rigas Lapa 1878, 7.

Blatt Recht zu geben, das die Frage aufwarf: „Sollte das deutsche Wahlkomitee nicht zu viel in die Vergangenheit und zu wenig in die Zukunft geblickt haben“<sup>1)</sup>? Ein Urteil über die deutsche Haltung ist aber natürlich nur möglich, wenn man die Ereignisse von 1877/78 im Zusammenhang mit den späteren städtischen Wahlkämpfen betrachtet. Die Gegner eines Wahlkompromisses sahen sich später durch die Ermägung gerechtfertigt, daß der Sieg über die verbündeten Letten und Russen die deutsche Verhandlungsposition für die nächsten Stadtverordnetenwahlen wesentlich gestärkt hatte<sup>2)</sup>. Stand es einmal fest, daß um den deutschen Charakter der Stadt gerungen werden mußte, so stimmte man natürlich darin überein, daß alles richtig war, was die deutsche Stellung stärken konnte. Sicher hätte manche erbitterte Feindschaft, die dem Gefühl erlittener Kränkung entsprang, durch psychologisch richtiges Verhalten verhindert werden können. Im Wesen der lettischen nationalen Bewegung lag aber, daß eine Verständigung mit ihr immer nur auf Zeit möglich war. Weil es eine demokratische Bewegung war, stand hinter jedem Kompromiß die drängende Dynamik der Zahl. Wenn das Gesetz der Demokratie sich erfüllen mußte, konnte das Schicksal wohl aufgehalten, nicht aber gebannt werden. Dank einem günstigen Wahlgesetz, deutscher Verwaltungstüchtigkeit und diszipliniertes Geschlossenheit bei den Wahlen gelang es in Riga bis in den Weltkrieg hinein eine deutsche Stadtverwaltung zu erhalten. In anderen Städten — so in, Reval — kam der Umbruch früher. Wollte das Deutschtum sich nicht selbst aufgeben, so mußte es sich im Kampfe behaupten, einem Kampfe, zu dem es erstmalig im Januar und Februar 1877 aufgerufen wurde. Nach den Siegen aber hat es immer von neuem geleistet, was seine Tradition gebot und wozu der Präsident des ersten Wahlkomitees es in seiner Schlußrede aufrief: Dienst an der „Stadt insgesamt“.

### Die konservative Wendung

„Die Liberalen von 1864 und 1865 müßten 1879 Konservative sein“ — hiermit begründete Georg Berkholtz einen Schritt, durch den er im Frühjahr 1879 Pezolds Rücktritt von der Redaktion der „Rigaschen Zeitung“ erzwang<sup>3)</sup>. Im Zusammenhang damit trat der Senior der baltischen Publizisten nach zehnjähriger Pause noch einmal für kurze Zeit in die politische Öffentlichkeit.

Pezolds Sturz hatte sich schon lange vorbereitet. Sein schwerer Konflikt mit dem Besitzer der Zeitung im Herbst 1876 zeigte ihm, wie schwach seine

<sup>1)</sup> a. a. O. 9.

<sup>2)</sup> „Wäre bereits 1878 eine Vereinigung zustande gekommen, so hätten die nationalen Führer von dem Glauben, daß sie bei den ersten Wahlen auch ohne die Deutschen fertig geworden wären und daß letztere es nur ihrer Gnade zu danken hätten, wenn sie in der 3. Wählerklasse überhaupt einen Stadtverordneten durchgesetzt hätten, nimmer gelassen und die Ansprüche wären demgemäß nach vier Jahren ins Maßlose gesteigert worden.“ [E b. S o l - l a n d e r d. S.], Riga unter der neuen Städteordnung, B. M. 1882, 29, 465.

<sup>3)</sup> „Zur Geschichte der Rigaschen Zeitung“, S. 55. Vgl. auch Stg. f. St. u. L. 1879, 165.

Stellung in Riga war. Als Müller die „Rigasche Zeitung“ im Sommer 1877 verkaufte, wurde im Auftrage des Konsortiums, das die Zeitung erwarb, Georg Bertholz einer der beiden Herausgeber<sup>1)</sup>. Damit kam an die Stelle des ganz unpolitischen Müller ein Mann, der eine sehr ausgesprochene politische Gesinnung hatte und Bezold gegenüber seit jeher kritisch eingestellt war<sup>2)</sup>. Bezold wurde vertraglich an bestimmte Programmpunkte gebunden, und Bertholz sah seine Aufgabe darin, die Haltung der Zeitung laufend zu überwachen. Immer wieder fand er Veranlassung, korrigierend einzugreifen<sup>3)</sup>. So groß aber auch sein Einfluß war — der Chefredakteur und er gingen in politischen Grundfragen so weit auseinander, daß eine Zusammenarbeit auf die Dauer nicht denkbar war. „Mit dieser Rig. Ztg. wird es freilich auch anders werden müssen“, schrieb Bertholz am 27. August 1878, „aber vielleicht nur so, daß ich mich von ihr zurückziehe und sie ihrem allmählichen Verfall überlasse“, und zwei Tage später klagt er darüber, „daß überhaupt die Rig. Ztg. zu einer Sekundantenrolle der Koterie von „Stadt und Land“ herabsinkt. Dagegen aber ist die einzige passende Maßregel, entweder daß P. gekündigt werde oder daß ich von der Herausgeberschaft abtrete“. Am 10. Dezember scheint der Bruch unmittelbar bevorzustehen: „Sichtlich Bezolds haben wir noch keinen rechten Entschluß gefaßt, aber die Unzufriedenheit ist allgemein, und es wird bald zum Klappen kommen müssen.“

Die Entscheidung ließ dann doch noch länger als drei Monate auf sich warten. Auf einer Sitzung am 22. März 1879 kam es endlich zum Bruch<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Die Mitteilung über den Herausgeberwechsel Rig. Ztg. 1877, 148. Der zweite Herausgeber war der Hofgerichts- und Ratsadvokat Joh. Ad. Kröger.

<sup>2)</sup> Am 14. März 1873 schreibt er an H. Diederichs: „Ihrem Urteil über unser Journalistenelend stimme ich vollkommen zu und habe auch schon dem Bezold, zwar wohl noch zu mild, aber doch unberührt meine Meinung darüber gesagt. Mit Reichel hatte ich mir vorgenommen noch deutlicher zu verfahren. . .“; am 1. Juni 1877: „Wenn Bezold nur nicht der unverbesserliche Optimist wäre, so möchte ich ihn fast auch noch zu den Belehrungsfähigen zählen. Seine Abwesenheit müßte man benutzen, um schnell einige erstaunliche Artikel in die Zeitung zu bringen“; am 27. Sept. 1877: „Die falsche Richtung der Rig. Ztg. in baltischen Verfassungsfragen ist nicht von ihm selbst, sondern von seinen Mitarbeitern, insbesondere Reußler, gemacht worden. Es kommt nur darauf an, ihm bessere zu oktroyieren, und darum bin ich bemüht“. — Ähnlich 8. Mai 1878 an G. Schirren.

<sup>3)</sup> „Der Artikel „Wahlrecht der Letten“ in der Sonnabendzeitung [Rig. Ztg. 1877, 221, f. o.] war eine Folge meiner geäußerten Entrüstung über die lettischen Pressestimmen. Freilich lief auch dieser Artikel wieder nicht in diejenige polemische Pointe aus, die ich gewollt hatte“ (an H. Diederichs 27. Sept. 1877); „Etwas atemlos beschäftigt bin ich freilich doch noch die ganze Zeit gewesen, teils noch mit Wahlagitatio, teils mit „Wetterleuchtern“, Provinzialverfassungsreformern und mit der Vorbereitung zu einer vernünftigeren Haltung der Rig. Ztg. in dieser Frage, als die Ztg. f. St. u. L. zu großer Indignation der Landesrepräsentation schon anzunehmen beliebt hat“ (an denselben 14. Febr. 1878; vgl. Rig. Ztg. 1878, 54); „Ich schrieb nur einen Wahlartikel, und der wurde von der Zensur gestrichen“ (an denselben 29. Aug. 1878).

<sup>4)</sup> In Bezug auf die näheren Einzelheiten ergänzen sich ein Brief von Frau Bertholz an H. Diederichs vom 23. März 1879 und die Erklärungen von G. Bertholz in der Rig. Ztg. 1879, 156, 164 und 166 sowie die Zuschrift von L. Bezold, Ztg. f. St. u. L. 1879, 165.

Die Herausgeber empfahlen dem Chefredakteur die Annahme einer Bedingung, die der Zeitung von konservativen Zuschriftlern, darunter Baron Hermann Bruiningk, gestellt worden war: ihre Artikel in Zukunft ohne gleichzeitige redaktionelle Gegenbemerkung zu veröffentlichen; die abweichende Stellungnahme der Redaktion sollte nur in einer der folgenden Nummern der Zeitung erfolgen dürfen. Als dann in der Aussprache klar wurde, daß namentlich Georg Bertholz von der Forderung eines konservativeren Kurzes der Zeitung nicht abgehen würde, als Vorwürfe kamen, daß der Redakteur einen vertraglich vereinbarten Programmpunkt außer acht gelassen habe, — da nahm Bezold seine Entlassung; ein konservatives Blatt wollte und konnte er nicht leiten.

Die Redaktion wurde nun zunächst Dr. Theodor Schiemann angetragen, dem späteren Berliner Historiker, der damals Oberlehrer am Jelliner Landesgymnasium war. Als Schiemann ablehnte, entschloß Bertholz sich dazu, selbst in die Bresche zu treten. „Schon vor 10 Jahren gab ich die Monatschrift auf“, schrieb er gleich nach der Entlassung Bezolds, „um nichts mehr mit der Politik zu tun zu haben, und nun gerate ich erst recht hinein. Und um wieviel weniger bin ich jetzt dazu befähigt als damals! Bezold geht nach Karlsruhe und ich bleibe hier. Wie verkehrt! Ich hätte baldmöglichst gehen sollen. . .“<sup>1)</sup> Das ist nicht die Sprache eines Mannes, der entschlossen ist, der öffentlichen Meinung ein neues Gesetz zu geben. Bertholz war geblieben, der er war: klug, überlegen, ausgeglichen und im Grunde ein Skeptiker. In's „Zeitungsloch“ ging er aus Pflichtgefühl; sobald es sich tun ließ — nach wenig mehr als einem halben Jahr — zog er sich wieder zurück. Während des halben Jahres seiner Redaktionstätigkeit trägt die Rigasche Zeitung das Gepräge seines Geistes — eines Geistes von ungewöhnlicher Weite und Fassungskraft, aber ohne die Farbe der Tat. Wie ungemein charakteristisch ist die Stellungnahme von Georg Bertholz zur Frage der eigenständigen Verfassungsreform: „Wir sind vielmehr der Ansicht, daß es sehr schwer zu sagen ist, worin die größere Gefahr für den bezeichneten Gegenstand liege: in dem aktiven Vorgehen oder der abwartenden Passivität. Die Erfahrungen der letzten 15 bis 20 Jahre haben auf uns die Wirkung gehabt, daß wir nicht die Verantwortung übernehmen möchten weder für die eine noch die andere dieser beiden Methoden.“<sup>2)</sup> Liest man diese Sätze, so steht Bertholz vor uns, wie Pantenius ihn uns geschildert hat: als der ferne Weise, der alles von zwei Seiten zu betrachten gewohnt ist<sup>3)</sup>. Auch die konservative Haltung, die er im Sinne hatte, wollte er nicht starr und einseitig verstanden wissen. Gegen Vorwürfe dieser Art wehrte er sich<sup>4)</sup>. Was ihm die Hauptsache war, hatte

1) 31. März 1879 an H. Diederichs.

2) Rig. Jtg. 1879, 205. Die redaktionellen Artikel sind durchweg ungezeichnet. Bertholz' Verfasserschaft muß aus äußeren und inneren Merkmalen erschlossen werden.

3) Erinnerungen, a. a. D. S. 119.

4) So auch in einem Brief an L. Bezold vom Juli 1879, Abschrift im Nachlaß L. Bezold: es stimme nicht, daß er die Rigasche Zeitung „zu einem konservativen Blatte etwa nach dem Sinne der Richterschen Fraktion, Wienemanns, Diederichs u. zu machen gewillt sei. Auch bei dem beabsichtigten Engagement Schiemanns war nach Möglichkeit darauf Bedacht genommen, sich gegen einen solchen Ausgang zu präcavieren“. Vgl. Rig. Jtg. 1879, 227.

Berkholz schon früher deutlich ausgesprochen<sup>1)</sup>: die historische Kontinuität in aller Entwicklung, und das hieß jetzt: Durchführung einer Reform nur unter Aufrechterhaltung des Provinzialrechts, Erhaltung des Provinzialrechts auch um den Preis, die Reform ins Unbestimmte vertagen zu müssen. Den „Wert des Provinzialrechts“ nachzuweisen ist die Aufgabe eines der ersten Leitartikel unter der neuen Redaktion, vom „Verhältnis zwischen Provinzialrecht und Reform“ handelt ein zweiter<sup>2)</sup>. Eben wegen des verschiedenen Verhältnisses zum Provinzialrecht erklärt Berkholz eine Verständigung mit Edmund v. Heyking und Hermann v. Samson für unmöglich; ja, die Politik Samsons nennt er sogar eine „Politik des Selbstmordes“<sup>3)</sup>. Dazu stimmt die Betonung des historischen Sinnes: wie Berkholz die Geschichtsschreibung Bienemanns deswegen lobt, weil ein politischer Geist sie erfüllt, so getröstet er sich dessen, daß es in allem Wechsel der politischen Dinge ein Bleibendes gebe<sup>4)</sup>. Berkholz ist ein lebendiges Beispiel dafür, wie im baltischen Deutschland während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geschichtliches und konservatives Denken nahezu synonyme Begriffe wurden.

Am interessantesten und fruchtbarsten ist die Stellungnahme von Georg Berkholz zur nationalen Frage. In dieser Hinsicht handelt es sich bei ihm nicht um einen Anschauungswechsel, sondern um die folgerichtige Weiterbildung von Gedanken, die er schon vor fünfzehn Jahren in der Baltischen Monatschrift angedeutet hatte. Es klingt wie eine unmittelbare Anknüpfung an seine früheren Äußerungen, wenn er gelegentlich der Auseinandersetzung mit dem liberalen Reformprogramm im September 1879 bemerkt: „Wenn nun, wie es nicht anders sein kann, die Verbreitung der Bildung und die Steigerung des nationalen Bewußtseins unter Letten und Esten eine noch lange nicht abgeschlossene ist, so wird auch eine den Umständen entsprechende, noch weitere Ausdehnung der Gebrauchssphäre ihrer Sprachen von Zeit zu Zeit wieder eintreten müssen, bis wir in dieser Hinsicht dereinst vielleicht bis zu finnländischen Zuständen gelangen“<sup>5)</sup>. Auch die politischen Folgerungen, die Berkholz aus diesen Annahmen zieht, sind die gleichen wie einst. Er fährt fort: „Es wäre sehr unpolitisch von deutscher Seite, sich gegen diese ebenso natürliche wie unvermeidliche Entwicklung der Dinge aufzulehnen; „unpolitisch“ sagen wir in einem noch andern Sinne als nur dem von unklug. Denn unsere politischen Zwecke sollen eben nicht durch die besondere Nationalität geschiedene, sondern allen drei am Lande teilhabenden Nationalitäten gemeinsame sein“. Die nationalen Bestrebungen der Letten und Esten waren ihm „ein integrierendes und jeder Förderung wertendes Stück unserer provinziell begrenzten „Eigenart““. Ausdrücklich erklärte Berkholz,

1) „Presse und Landtag“, Rig. Ztg. 1877, 88.

2) Rig. Ztg. 1879, 158, 159.

3) Rig. Ztg. 1879, 153, 263.

4) „Welches ist die beste Geschichte unserer Provinzen?“ Rig. Ztg. 1879, 230, 231; „Radikalismus und historischer Sinn“, a. a. D. 243; „Zum 28. November“, a. a. D. 278; „Historische Weihnachtbetrachtung“, a. a. D. 300.

5) Rig. Ztg. 1879, 211. Vgl. R. Wittam, Liberalismus baltischer Literaten, S. 50 f.

hierin Pezolds Linie fortführen zu wollen. So trat auch er für die Begründung neuer lettischer Schulen in Riga ein — unter der Parole: „Suum cuique“, die in besonderer Weise seinem Wesen entsprach<sup>1)</sup>. Es war durchaus nicht nur Taktik, wenn er die nationale Parteibildung als „fehlerhaft“ bekämpfte. Ihm erschien nur diejenige Gliederung als natürlich, die sich an die Kategorien der Bildung und sozialen Kultur hielt. In den Zusammenhang zwischen der nationalen und sozialen Problematik auf baltischem Boden blickte er tiefer hinein als andere. „Letten und Deutsche in unseren Provinzen“, schrieb er am Schluß seiner Redaktionsperiode, „stehen sich ja nicht gegenüber wie Tschechen und Deutsche in Böhmen, wo in jeder der beiden Völkerschaften alle Stände vom niedrigsten bis zum höchsten vertreten sind. Einen tschechischen Adel gibt es wohl, einen lettischen nicht, und ein wirklich national bleibender lettischer Bürgerstand ist ja wohl in der Bildung begriffen, und seine Kräfte reichen noch lange nicht aus, um das Quantum von Intelligenz zu bieten, dessen ein Volk, das überwiegend aus Bauern und Arbeitern besteht, zu seiner geistigen Führung bedarf“<sup>2)</sup>.

Soviel Bertholz aber auch von der Entwicklung erspürte — sein denkendes Feingefühl ist unvergleichlich —, die Lämone des Nationalen blieb seinem Blick verschlossen. Es ist im Grunde die alte liberale Geistigkeit, die ihn auch jetzt vom „Gegensatz der bloßen Race“, vom „bloß nationalen Motiv“ reden läßt<sup>3)</sup>. Das Nationale erschien eben als eine Kundgebung der „bloßen“ Natur, dergegenüber die Kultur das höhere Recht zu behaupten habe.

Zum Entsetzen Friedrich Bienemanns ließ Bertholz die verantwortliche Redaktion der Zeitung mit Beginn des neuen Jahres auf Alexander Buchholz übergehen, einen liebenswürdigen, tüchtigen, noch sehr jungen Redakteur, den mit einer Ausnahmerscheinung wie Georg Bertholz vergleichen zu wollen unbillig wäre. Bertholz machte sich von der Zeitung immer mehr los und wahrte sich nur noch ein Aufsichtsrecht über den provinzialpolitischen Teil<sup>4)</sup>. Im nächsten Winter zog Buchholz die Konsequenz aus der konservativen Wendung der Zeitung: er suchte Verbindung mit Arthur v. Richter, dem Führer der livländischen Konservativen, der ihm den jungen Nationalökonom Alexander Tobien als Mitarbeiter empfahl<sup>5)</sup>. Die Vermittlung zur Ritterschaft übernahm später Baron Hermann Bruiningk.

1) Rig. Ztg. 1879, 227; vgl. 216.

2) „Nationale Parteien“, Rig. Ztg. 1879, 287.

3) Rig. Ztg. 1879, 197.

4) G. Bertholz an H. Diederichs, 4. Febr. 1880. Aus Friesen von G. Bertholz an C. Schirren vom Herbst und Winter 1881/82 geht hervor, daß er sich 1881 ganz von der Rig. Ztg. zurückzog. „Ich habe den Kürzeren gezogen“, schreibt er am 30. Okt. 1881, „aber gewonnen ist doch schon etwas, daß auch die Pezold, Lieventhal, Heyking, Keußler hinausgedrängt sind, und das ist zum Teil mein Werk.“

5) G. Bertholz an H. Diederichs, 13. Nov. 1880. In einem Brief vom 9. Februar 1882 an C. Schirren tröstet Bertholz sich damit, wenigstens den ersten Anstoß dazu gegeben zu haben, daß die Zeitung aufgehört habe, „à la Pezold eine Macht für sich sein zu wollen“, sondern sich „von den richtigen Instanzen inspirieren“ lasse.

Auch in der „Zeitung für Stadt und Land“ vollzog sich ein Wandel, der die Zeitung in gewisser Hinsicht konservativer werden ließ: Heyking ging fort. Seit Ende Januar 1879 teilte er die Verantwortung mit Richard Rueß, der sie allein übernahm, als Heyking Mitte August 1879 einen viermonatlichen Auslandsurlaub antrat, von dem er nicht mehr zurückkehrte.

Heyking hatte sich im Lauf des letzten Jahres seiner Redaktionstätigkeit vollständig isoliert. Aus dem Streit mit Lütkens war er nicht als Sieger hervorgegangen. Die Unbill, die er erfahren, hatte ihn bitter gemacht<sup>1)</sup>. War schon sein rückhaltloses Eintreten für die „Wetterleuchten“-Briefe vielen anstößig gewesen, so vermehrte es die Zahl seiner Feinde, daß er auch dem Verfasser der „Livländischen Rückblicke“ seine Bundesgenossenschaft erhielt. Er war sich klar darüber, daß eine starke konservative Strömung durchs Land ging, und indem er sich über ihren Ursprung Rechenschaft zu geben suchte, kam er auf große Gesichtspunkte, die aus der Enge des baltischen Schicksals hinauswiesen. Nicht nur die Angriffe der russischen Presse hätten die „Wandlung der politischen Sympathien der Balten“ bewirkt, wesentlichlicher noch seien die Wirkungen gewesen, die von den Vorgängen in Deutschland ausgegangen seien. Auf dem Hintergrund von Bismarcks innerer Politik müsse dem Balten mit seinen konservativen Sympathien die Gefahr einer erdrückenden Isolierung zum Bewußtsein kommen. Die einzige Rettung sei die Schaffung eines „einigen Volkes“<sup>2)</sup>. Die konservative Richtung in der übrigen Welt, sozialen Ursachen entspringend, könne auf die baltischen Verhältnisse keine Anwendung finden, man vergesse nicht: „was dort als konservativ oder gar als reaktionär gilt, wäre bei uns schon äußerst liberal“<sup>3)</sup>.

Soweit mochte Heyking sich noch mit seinen Herausgebern, den aktiven Führern der livländischen Reformpartei Ernst v. Mensenkampff und Max v. Dettingen, verständigen können. Auch daß er den Gegensatz in der baltischen Mitte gelegentlich grell und scharf als Generationsproblem faßte, mögen sie ertragen haben<sup>4)</sup>. Ein tieferes Auseinandergehen bahnte sich an, als Heyking in der kurländischen Reformfrage auf die Seite des Grafen Keyserling trat. Man erlebte das Schauspiel, daß der Mitherausgeber Max v. Dettingen in der eigenen Zeitung gegen den mitverantwortlichen Redakteur Edmund v. Heyking polemisierte, der andernorts ein Reformprogramm vertreten hatte, das die Herausgeber bekämpften<sup>5)</sup>. Man erlebte es, daß Heyking in seiner eigenen Zeitung

1) Am [30. Sept. 1878], nachdem Bezold sich in der Zeitung zum Streit geäußert hatte, schrieb Heyking ihm: „Ich werde es Ihnen nie vergessen können..., daß Sie den Mut gehabt, in dieser Stadt sachlich und unparteiisch zu reden.“ (Nachlaß L. Bezold.)

2) „Die Wandlung der politischen Sympathien der Balten“, Ztg. f. St. u. L. 1878, 258. Wir geben den Aufsatz, der einer der bedeutendsten Heykings ist, als Beilage III vollständig wieder.

3) „Die im Druck veröffentlichten Reformwünsche“, Ztg. f. St. u. L. 1878, 264.

4) Ztg. f. St. u. L. 1878, 300.

5) „Die „Baltische Monatschrift“ und die Reformfrage“, Ztg. f. St. u. L. 1879, 63. Vgl. schon 1878, 99 106, 125.

als Zuschritler auftreten mußte <sup>1)</sup> und daß der provincialpolitische Teil des Blattes immer ausschließlich von Dettingen bestritten wurde. Es ging nicht mehr, die Fiktion aufrechtzuerhalten, als sei es nur „eine bestimmte Frage“ — Semstwo oder Erweiterter Landtag —, in der Redakteur und Herausgeber auseinandergingen. Berkholz hatte recht, wenn er die Verschiedenheit ihrer Stellungnahme zu dieser Frage auf eine „noch höher liegende Verschiedenheit der provincialpolitischen Grundprinzipien“ zurückführte <sup>2)</sup>. Worin Heyking auch nach Auffassung der Anhänger einer Einführung der russischen Selbstverwaltungsinstitutionen in Kurland zu weit gegangen war, das zeigte ihm eine offene Zuschrift von befreundeter Seite, in der er davor gewarnt wurde, in ungeduldigem Reformeifer den Privilegienstandpunkt, die baltische rechtliche Selbständigkeit preiszugeben <sup>3)</sup>.

Nach wenigen Jahren ergriffen die livländischen Konservativen den Gedanken, um dessentwillen Heyking den Ruf eines gefährlichen Radikalen erlangt hatte. Allerdings unter dem Druck der Regierung, und allerdings unter anderen inneren Voraussetzungen. Als Heyking die Zusammenarbeit mit den Vorkämpfern der Idee des Erweiterten Landtags ausgab, konnte man das Empfinden haben, daß die konservativ gewordene öffentliche Meinung sich selbst regulierte, indem sie, ohne den liberalen Kurs der „Zeitung für Stadt und Land“ zu ändern, den unruhigsten Wortführer des Reformgedankens ausschaltete.

---

Es ist ein eigentümliches Ding um die deutsch-baltische öffentliche Meinung. Daß der Anteil der Presse an ihrer Entstehung immer ein geringerer war als anderswo, erklärt sich aus der Enge und Dichte der persönlich-gesellschaftlichen Beziehungen, dem Fehlen des Resonanzbodens der Volksganzheit. Das Grundgestein der ständischen Ordnung war fest genug, um vielerlei Einwirkungen des Zeitgeistes zu ertragen, ohne seine Formen wesentlich zu verändern. Underthalf Jahre lang — stellte Berkholz im Sommer 1879 fest — hatte eine Partei so ausschließlich über Presse und öffentliche Meinung gebieten können, „daß jedem Uneingeweihten der Sieg dieser Partei als eine selbstverständliche Sache erscheinen mußte“ <sup>4)</sup>. Und das Ergebnis? Kein Sieg der Liberalen, sondern eine allgemeine Besinnung auf das Bestehende, eine neue Freundschaft zum geschichtlich Gewordenen, eine Rückkehr in die Gewohnheit aristokratischen Selbstgefühls. Heyking hatte recht, wenn er zur Erklärung dieser Erscheinung an den Zusammenhang mit der allgemeinen konservativen Strömung in Europa erinnerte. Tatsache ist, daß gerade die baltischen Literaten konservativer geworden waren, daß die junge Generation mehr als das früher bei der studierten

<sup>1)</sup> a. a. D. 64.

<sup>2)</sup> Rig. Ztg. 1879, 156; vgl. Ztg. f. St. u. L. 1879, 155, 157.

<sup>3)</sup> Zuschrift von Graf Heinrich Keyserling, Rig. Ztg. 1879, 159; vgl. 167. Antwort Heyking's: Ztg. f. St. u. L. 1879, 161.

<sup>4)</sup> „Livländische Rückblicke und Livländische Rückschau“, Rig. Ztg. 1879, 154.

Jugend der Fall war die historische Vergangenheit verehrte und ein „stark ausgeprägtes aristokratisch-patrizisches Bewußtsein“ hatte<sup>1)</sup>.

Und doch war das, was man die baltische journalistische Revolution nennen könnte, nicht wirkungslos verrauscht. Gerade das Vornwalten eines historischen Verhältnisses zu den Dingen kann ein Zeichen sein, daß im Geheimen der Zweifel an der Geltung des Bestehenden eingelehrt ist. Stärker als irgendwo anders konnte man inmitten der nationalen und sozialen Problematik der Ostseeprovinzen das Bewußtsein haben, daß die Zeit „gleichsam ein in Permanenz erklärter Vorabend unvorherzusehender Ereignisse“ sei<sup>2)</sup>. In diesem Sinne sind alle die repräsentativen baltischen liberalen Journalisten selbst ein eigentümliches historisches Symptom: sie verschwanden wie ein Spuk, aber sie hatten Zeit gefunden, leidenschaftlich zu verkünden, daß die Schicksalsstunde geschlagen habe.

### 3. Der Broschürenstreit

Ungleich stärker als durch die Baltische Monatschrift und die Tageszeitungen ist die baltische Öffentlichkeit in jenen Jahren durch eine Reihe von Broschüren beeinflusst worden, in denen sich sammelte und ballte, was das politische Deutschtum der Ostseeprovinzen bewegte. Von 1878–80 sind nicht weniger als 25 Flugschriften über politische Landesfragen erschienen, die Sonderdrucke der Baltischen Monatschrift nicht eingerechnet<sup>3)</sup>. Die Broschürenform erklärt sich zum Teil daraus, daß bestimmte Meinungsäußerungen die Öffent-

<sup>1)</sup> J. [ohn E. B. [aerens], „Rekapitulation der livländischen Reformbewegung“, Rig. Jtg. 1880, 23. Zu einer Zuschrift „Die Literaten und die Reform“, Rig. Jtg. 1879, 72, heißt es: „Der Literatenkreis unserer Provinzen steht... auf durchaus konservativer Grundlage.“ [Die neue Stadtverfassung] „hat das Literatentum nur noch bedeutend konservativer gemacht...“ Vgl. Heyking B. M. 1878/79, 26, 634 f., Dettingen Jtg. f. St. u. L. 1879, 74.

<sup>2)</sup> Diese Bemerkung findet sich in einem Aufsatz über „Die Prärogative des Frauengeschlechts“, B. M. 1872, 21, 97.

<sup>3)</sup> [H. v. Samson], „Wetterleuchten“ (1878), zuerst in der „Neuen Dörptschen Zeitung“; [derselbe], „Livländische Rückblicke“ (1878); derselbe, „Babel in Livland“ (1879); derselbe, „Zur Verständigung“ (1879); derselbe, „Offener Brief an den Herrn Max von Dettingen“ (1880); M. v. Dettingen, „Eine babylonische „Verständigung““ (1879); derselbe, „Offene Antwort auf den „Offenen Brief“ des Herrn H. v. Samson“ (1880); H. Baron Bruiningk, „Livländische Rückschau“ (1879); Fr. Bienemann, „Babel über Akten“ (1880); [E. v. Roth], „Betrachtungen eines Livländers“ (1880); E. v. Menckampff, „Autonomie und Selbstverwaltung“ (1880); G. Braschen, „Gedanken zur Konsolidierung des Livländischen Landesstaates“ (1880); „Correspondenz“ (7 Hefte 1878/79, nur einem kleinen Kreise zugänglich geworden, f. v. S. 53 f. u. u. S. 149), [Th. Schiemann], „Russische Semstwo und baltische Selbstverwaltung“ (1878); Baron Grotthuß, „Offene Worte über baltische Landespolitik“ (1878); „Erfste Worte an Kurland“ (1878); „Kurland am Scheidewege“ (1879); E. v. Behr, „Zur kurländischen Reformfrage“ (1879); Baron E. v. d. Necke, „Kann das Gesetz vom 1. Jan. 1864 auf Kurland Anwendung finden?“ (1879). — Als Nachzügler wären zu erwähnen: H. v. Samson, „Politische Gedanken“ (1882); M. v. Dettingen, „Erwiderung“ (1882). — Zum Tatsächlichen vgl. Tobien, Mitt. I, 394 f., 398 ff.; Schaudinn, 167 f.

lichkeit nur außerhalb der den baltischen Publikationsorganen gezogenen Zensurschranken suchen konnten. In manchen Fällen war die Wahl dieser Form der Veröffentlichung einfach durch die Weitläufigkeit des Gegenstandes, in andern durch den persönlichen Charakter der Äußerung geboten. Zugleich aber ist die Verlegung der Auseinandersetzung in die Broschüre der Ausdruck eines bestimmten politisch-gesellschaftlichen Stils jener Jahre, eines literatenhaften Bedürfnisses nach öffentlicher Rechenschaft und eines feigneuralen Individualismus, der eigene Wege suchte und im Einzelfall mit den Traditionen korporativer Geschlossenheit kaum mehr in Einklang zu bringen war. Dies empfand der livländische Adelskonvent, als er im Frühjahr 1878 den Beschluß faßte, die Veröffentlichung privater Reformwünsche durch Glieder des Landtags zu mißbilligen<sup>1)</sup>, ohne die hereinbrechende Broschürenflut aufhalten zu können. Im Grunde war es ein Sieg des Journalisten über den Edelmann — der Anfang vom Ende der ständischen Welt.

So hat denn der Titel jener berühmten „Briefe über livländische Politik“, die den Meinungsstreit heraufbeschworen, die Kraft eines historischen Zeugnisses: über dem baltischen Horizont stand wirklich ein „Wetterleuchten“. In dieser glänzend geschriebenen Kampfschrift, die, mehrfach aufgelegt, in ihrer Wirkung nur mit der „Livländischen Antwort“ und Merkels „Letten“ verglichen werden kann, wird das doppelte Thema ange schlagen, das der Diskussion die Richtung wies: die Frage der Verfassungsreform und, breit und tief dahinter gelagert, das Problem der baltischen Geschichtsauffassung. Schon die Form der Schrift ist bezeichnend: die „Briefe“ sind eine fingierte Korrespondenz zwischen dem bürgerlichen Hauslehrer eines adligen Hauses in Nordlivland und seinem landtagsberechtigten adligen Freunde in Riga — eine Unterstreichung dessen, daß die Beschränkung der Landespolitik auf den Kreis der Landtagsberechtigten abgelehnt wird. Der Inhalt der Schrift ist Kritik, gemischt aus Ironie und Pathos. Die Reformforderung beschränkt sich auf ein Bekenntnis zum Reichelschen Programm: Landesreform im Rahmen der Reichsreform. Die Kritik richtet sich gegen mehr als nur offenkundige Schwächen des baltischen Lebens. Wenn es als „des Übels Kern“ bezeichnet wird, daß die öffentlichen Dinge als „Privatangelegenheiten“ behandelt werden, daß ein „öffentliches Gemeinwesen“ fehle, wenn das baltische Selbstbewußtsein gegenüber dem Reichsinneren als Hochmut abgetan wird, so geschieht es in dem vollen Bewußtsein dessen, daß mit der Vergangenheit gebrochen werden müsse. Die stärkste Stelle der ganzen Schrift wendet sich gegen den „orthodoxen Livländerglauben“, gegen Schirren und die Konservativen. „Das hohe Roß: — Kontinuität der Entwicklung — hat man zu Schanden geritten und schaut anspruchsvoll, wie zuvor, herab von dem abgetriebenen Gaul: — Kontinuität der Misère.“

Bruch mit der Vergangenheit — die Rechtfertigung dieser Forderung versuchte eine zweite Schrift des gleichen anonymen Verfassers, die „Livländischen

<sup>1)</sup> Konventsrezesß vom 8. Mai 1878. S. 291 f. Vgl. „Die im Druck veröffentlichten Reformwünsche“, Btg. f. St. u. L. 1878, 264.

Rückblicke“, die sich mit der herkömmlichen baltischen Geschichtsauffassung auseinandersetzen. Die „Rückblicke“ reichen an die erste Schrift nicht von ferne heran. Im Tatsächlichen kenntnisarm und oberflächlich, unternehmen sie eine Deutung der baltischen Geschichte, für die der Maßstab entlehnt war. Zwar wendet der Verfasser sich nicht nur gegen die „konservative“ Geschichtsauffassung, die den Vorgang der Unterdrückung des Bauernvolkes als einen natürlichen, ja sittlich gerechtfertigten darstelle, sondern auch gegen die „radikal-philanthropische“ des Aufklärers Merkel. Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß er selbst ganz im Banne der Aufklärung steht — ein verspäteter Zeitgenosse der ersten Entdecker der Agrarfrage, ein Nationalist, ohne es zu wissen, ein Mann der sittlichen Abstraktion und des geschichtlichen Moralismus. „Schwere Sünden der Väter tragen wir“ — das ist die Grundthese seiner Geschichtsbetrachtung, daraus erwächst ihm die Dringlichkeit der Reformforderung. Und wieder fordert er den Bruch mit der Vergangenheit, das Einlenken in die Bahn der Reichsreformen, die Wandlung der Anschauungen, die allein eine Tilgung der Schuld in die Wege zu leiten imstande sei.

Die Antwort auf das Erscheinen der „Rückblicke“ war ein Ausschrei der Empörung. „Der Verfasser dieser „Livländischen Rückblicke“ hat das politische Bewußtsein seiner Landesgenossen auf das schwerste und tiefste verletzt“, hieß es in einer Zusammenfassung nach anderthalb Jahren<sup>1)</sup>. Auch nach der andern Seite hin war die Wirkung der „Rückblicke“ eine starke, sie fanden Verbreitung und leisteten allen Feinden von Adel und Deutschtum Bundesgenossenschaft. Es ist immerhin erstaunlich, daß eine Schrift von so geringem Gewicht eine derartige Bedeutung erlangen konnte; die Vorlage des Verfassers, die „Geschichte der Ostseeprovinzen“ von Otto von Rutenberg, die zwanzig Jahre früher erschien, hat auch nicht entfernt so viel Aufsehen erregt. Die Erklärung dafür ist vor allem darin zu suchen, daß die Spannungen innerhalb der Provinzen sich wesentlich verschärft hatten, daß die nationale Frage inzwischen zu politischer Bedeutung herangereift war. Die tiefe Gereiztheit aber, mit der die Konservativen sich gegen die „Rückblicke“ wandten, erklärt sich daher, daß der Verfasser mit rücksichtslosem Zugriff zwei Wahrheiten aufdeckte, zu denen sich zu bekennen den Zeitgenossen nicht nur die politische Möglichkeit, sondern im Grunde bereits die innere Kraft fehlte. Es war schon richtig, wenn der „Rückblicker“ feststellte: „Auf dem tiefsten Grunde unseres politischen Bewußtseins, dort, wohin nur selten jemand niederzusteigen hat, stand allezeit, daß wir mit dem Reiche nur durch die Gemeinsamkeit des Herrscherhauses verbunden seien“ (S. 75). Mangels „Reichstreue“ — zum Unterschied von der musterhaften „Untertanenstreue“ — warf der „Rückblicker“ Livland vor. Gerade die livländischen Patrioten konnten die Richtigkeit dieser Feststellung nicht bestreiten. Und doch gebot die politische Pflicht, sich ihrer zu erwehren. Konnte man denn noch

<sup>1)</sup> S[o hn] E. B[aerens], Recapitulation der livländischen Reformbewegung, Rig. 3tg. 1880, 36. Im vielstimmigen Chor, mit dem die Zeitungen den Streit der Broschüren begleiteten, klingen alle Meinungen zusammen. Vgl. bes. Rig. 3tg. 1879, 154, 155, 157, 160, 161; 3tg. f. St. u. L. 1879, 161, 164.

festhalten an der Fiktion, mit dem russischen Kaiserreich nur durch Personalunion verbunden zu sein? Ein „Herzogtum“ Livland gab es schon lange nicht mehr. Trotzdem lag in dieser Fiktion die Kraft zur Selbstbehauptung, die geschwächt wurde, wenn man den Anspruch des russischen Reiches auf die Gleichförmigkeit seiner Teile innerlich nicht mehr bestritt. — Ähnlich lag es mit dem andern intimen Vorwurf des „Rückblickers“: man habe die Agrarfrage als „Machtfrage“ behandelt. „Solange nicht diese Machtfrage zum Austrage gebracht worden durch passenden Ausgleich mittels Verfassungsänderung, solange besteht die Agrarfrage, solange bleibt unsere Zukunft ungewiß“ (S. 9 Anm.); „... es wird wohl auch heute nicht in Abrede gestellt werden, daß nunmehr... man sich doch wenigstens auf dem noch übrig gebliebenen Terrain der administrativen und politischen Verwaltung des Landes unbegrenzte, mit keinen einheimischen Faktoren geteilte Gewalt reservieren will“ (S. 56). Der Vorwurf traf den Nerv der konservativen Politik. Aber war es denn ein Vorwurf? Gewiß in den Augen dessen, für den das Dasein politisch mächtiger Ritterschaften nicht mehr die Rechtfertigung in sich trug, der nicht mehr aus dem Wirbewußtsein des deutsch-livländischen Landesstaats lebte, — oder für den, der das geschichtliche Recht nach dem Maßstab einer humanitären Moral bemas. Nichts hat die deutschbaltische Gesellschaft tiefer empört als die Lehre des Rückblickers von den „bösen Instinkten“, die er mit den „konservativen Interessen“ identifizierte und überall dort aufspürte, wo er eine Machtausübung wahrnahm. Wer konnte sich damals, ohne als ein Barbar zu erscheinen, zu den „Instinkten“ bekennen? Die zeitgenössische Beurteilung rückt die „konservativen Instinkte“ in die nächste Nachbarschaft zu den „Rasseinstinkten“ — ein eigentümliches Beziehungsspiel, in dem sich die geistige und politische Ohnmacht des Liberalismus gegenüber dem Elementaren erweist.

Und nicht nur des Liberalismus. Die ganze historische Stellung des baltischen Deutschtums war in Frage gestellt, wenn die elementaren Kräfte sich entfalteten. Die Abwehr gegen sie verband Konservative und Liberale, diese Abwehrhaltung ist es, die der öffentlichen Meinung des baltischen Deutschtums bis in die Gegenwart hinein ihr Gepräge verlieh. So kann es denn auch nicht wundernehmen, daß die Konservativen sich wieder und wieder vom Liberalismus den Kampfplatz anweisen ließen. Als der damals 30-jährige Baron Hermann Bruiningk seine historische Gegenschrift gegen die „Rückblicke“ schrieb, war ihre Haltung eine durchgehend apologetische. Bruiningks „Livländische Rückschau“<sup>1)</sup> ist zum weitaus größten Teil ein Abriss der livländischen Agrargeschichte, und als solcher hat das Buch, das dem damaligen Kenntnisstande entsprach und vorzüglich geschrieben ist, die Auffassung dieser Dinge durch das baltische Deutschtum nachhaltig bestimmt. Es bleibt eine achtunggebietende wissenschaftliche Leistung, mehr als nur eine Verteidigungsschrift, so weit auch die Forschung seitdem darüber hinausgegangen ist. Bruiningk stand unter den Konservativen, sein Buch enthält am Anfang und am Schluß ein Bekenntnis zum „Ständisch-Korporativen“ als dem innersten Wesen der baltischen Entwicklung und zu den Traditionen der Väter: auch Arthur v. Richters Wort von der „töblichen Medizin“,

<sup>1)</sup> Bgl. V. Hollander, S. v. Bruiningk, Mitt. a. d. livl. Gesch. 1928, Bd. 24, S. 19.

der drohenden landfremden Verfassung, klingt an, und die Verachtung gegenüber „Verfassungsfabrikaten, denen die organisch gewordene Kraftfülle eigenartiger Entwicklung fehlt“, kann nicht größer sein. Aber war es nicht bereits das Eingeständnis einer politischen Schwäche, wenn das ganze Prinzip der Schuldenberechnung mit seinen Activis und Passivis, vom Schicksal verhängter Buße und selbstauferlegter Sühne akzeptiert wird, wenn immerhin festgestellt werden muß: „Es kann nicht Wunder nehmen, daß in unserer Geschichte die Entwicklung der Agrarverhältnisse im weitesten Sinne nicht eben den ehrenvollsten Platz einnimmt“<sup>1)</sup>? Wenn es keine Schwäche war, so war es immerhin ein Zugeständnis an den übermächtigen Geist einer Zeit, in der die Geltung der historischen Ordnungen geschwächt war. Im Mittelpunkt steht diese Abrechnung bei Bruiningk allerdings nicht. Der politische Sinn seiner Schrift ist realer, einfacher und näherliegend: „Wir suchten durch die historische Erinnerung die Allianzen zur bevorstehenden gemeinsamen Arbeit zu stärken und wir glauben, daß es tatsächlich der guten Reminiszenzen so viele gibt, daß vielleicht gerade sie am meisten geeignet sind, selbst zwischen denjenigen Faktoren ein dauerndes Band zu knüpfen, welche eine nackte und daher ephemere Interessenpolitik doch nur in ein unsicheres Verhältnis bringen könnte. Uns ist es mit diesem Ziel zu ernst, als daß wir in Vorspiegelung historischer Trugbilder eine vorübergehende Befriedigung suchen sollten.“ (S. 75). Allein um dieser Sätze willen, in denen männliche Erkenntnis und politische Weisheit sich paaren, verdiente die „Livländische Rückschau“ nicht vergessen zu werden.

Ein Jahr nach der „Rückschau“ erschienen die „Gedanken zur Konsolidierung des Livländischen Landesstaates“ von G. Braschen. Der Name ist ein Pseudonym, hinter dem sich ein merkwürdiger Mann verbarg, ein Außenseiter des baltischen Lebens, dunkler Herkunft, ohne Verwandtschaft und Anhang, häßlich und im bürgerlichen Leben untüchtig, der arm, einsam und unbekannt gestorben ist<sup>2)</sup>. Seine Broschüre stellt sich in die Reihe dessen, was damals von konservativer Seite gesagt werden konnte. Ruhig und sachlich geschrieben, wendet sie sich gegen die „Rückblicke“ und tritt zum Schluß mit einem positiven Reformvorschlag hervor, der dem Grundgedanken entstammt, daß es notwendig sei, vor allem die bäuerlichen Grundbesitzer für die Sache des deutsch-livländischen Landesstaates zu gewinnen, um auf diese Weise die Agitation der städtischen nationalen Vereine zu paralisieren. Maßstab für alle Politik ist ihm die Einheitlichkeit und der deutsche Charakter des Landesstaates, eines der wichtigsten Mittel zu seiner Erhaltung „die vollkommenste Solidarität der Interessen und Bestrebungen aller deutschen Elemente im Lande“. Er faßte hierbei — fast als einziger unter den deutschbaltischen Schriftstellern jener Jahre — auch die „mittleren und unteren Schichten“ der deutschen Bevölkerung ins Auge und sprach ihnen „in politischer

<sup>1)</sup> S. 11, 13, 14, 23, 72 f., 155, 213.

<sup>2)</sup> Er hieß Gustav Michelson; die Überlieferung will wissen, daß er ein natürlicher Tiefenhausen war. Geboren 1849 in Livland, studierte er Rechtswissenschaft in Dorpat, wo er sich zum Fachtboden der Livonia hielt, und war später Hilfsredakteur in Dorpat. Vgl. Tobien, Mitt. I, 400 Anm. 3.

Beziehung, namentlich mit Rücksicht auf die Zukunft unseres Landes“ eine nicht geringere Bedeutung zu als den oberen (S. 26). Von dem einen Landesstaatlichen Maßstab her versteht sich die Feststellung, daß es unzulässig sei, „von besonderen Rechten der estnischen und lettischen Nation als solcher, als eines geschlossenen Ganzen, zu reden“; von daher auch die Wendung gegen die Bildung eines besonderen lettischen und estnischen Bürgerstandes neben dem deutschen und die Mahnung an die deutsche Gesellschaft, den emporstrebenden Elementen der Bevölkerung mehr gesellschaftliches Entgegenkommen zu zeigen, sie zu absorbieren und zu assimilieren. Von einer ererbten politischen Schuld könne keine Rede sein: „Vielmehr ist es Aufgabe und Pflicht der geschichtlichen Kulturvölker, den ganzen Erdkreis staatlicher Ordnung zu unterwerfen, überall einen festen Rechtszustand zu schaffen und dadurch den Fortschritt zu höherer Sittlichkeit zu ermöglichen“. Nicht um Sünden gegenüber den Letten und Esten handle es sich, nur um Fehler. Jeder politische Organismus ist berechtigt, der imstande ist, sich im Sturm und Drang der Zeiten zu behaupten: alles Wirkliche ist vernünftig. „Der Politiker muß namentlich von der Daseinsberechtigung des Gemeinwesens, dessen Interessen er vertritt, völlig überzeugt sein; dann wird er auch, wo es nottut, den „machtvollen Konservatismus der Ahnen“ betätigen können . . .“

Es gibt kaum einen stärkeren Beleg für die nationale Werbekraft des deutsch-livländischen Landesstaats in jenen Jahren, als dieses entschiedene Eintreten eines deutschen Namenlosen in der Stunde der Krisis.

Auch in Kurland erstanden dem Landesstaat, der dort durch die von innen geplante Einführung der Semstwo bedroht schien, öffentliche Verteidiger. Den strengen Schirrenschen Privilegienstandpunkt vertrat am schroffsten Theodor Schiemann in seiner anonymen Leipziger Broschüre „Russische Semstwo und baltische Selbstverwaltung“, die am Schluß mit der „stetig anwachsenden Literatur des Abfalls“ abrechnet, dem „mißtönenden Chor“ der Broschüren, die durch ihren Ruf nach „Umsturz des alten Rechts“ den Eindruck erweckten, als habe das Land sich selbst aufgegeben, als sei das „Gefühl für Recht“ im Lande geschwunden: „Mit ihrem Liberalismus und ihrer klugen Voraussicht, ihrem „Wetterleuchten“ und ihren „Rückblicken“ untergraben sie den Boden, auf dem sie, wenn auch widerwillig, mit uns gemeinsam stehen“. Die Einführung der russischen Stadtverfassung wird „der schlimmste aller bisherigen Rechtsbrüche“ genannt, vom Grundsatz aus, „daß selbst eine noch so gut für uns passende Reichsreform . . . zu teuer erkauft wäre, sobald ein Aufgeben von Provinzialrecht für Reichsrecht damit verknüpft ist“. Dem Nachweis, daß die Semstwo sich in Rußland nicht bewährt habe und in ihrer Anwendung auf die Ostseeprovinzen die alten Rechtsgrundlagen erschüttern müsse, ist der größte Teil der Schrift gewidmet <sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Daß Theodor Schiemann der Verfasser ist, geht aus dem Briefwechsel von Georg Berkholz hervor. Am 17. Nov. 1878 schreibt G. Berkholz an H. Diederichs: „Also die neue Broschüre (vielleicht Th. Schiemann) macht Aufsehen in Mitau. Mit Recht! Daß sie „sehr gut geschrieben“ ist, gesteht selbst Bezold zu. Natürlich hat er nur wieder zu — ver-

Wer gegen die Einführung der Semstwo in die Schranken trat, war durchdrungen vom Bewußtsein, Hüter jener „leges non scriptae“ zu sein, „welche als das historisch-sittliche und politisch-konfessionelle Fundament der Landespolitik angesehen werden, auf die zwar niemand gefirmelt und auf die auch der Führer nicht erst examiniert wird, die aber als die gemeine Mitgift und Aussteuer jedes Kurländers vorausgesetzt werden und die umso stärker sind, weil sie den Gegenstand des innersten Gemütskultus bilden“<sup>1)</sup>. Auch in Kurland galten Schirrens Parolen; gegen „Wetterleuchten“ und „Rückblicke“, gegen den Reformeifer der Zeitungen und die Politik der Semstwoanhänger rief man die „Livländische Antwort“ ins Feld. Man fühlte sich als einen „letzten, scheinbar verlorenen Vorposten abendländischer Kultur“, man wußte, daß eine „Ablösung mit Bajonettenheeren“ nicht in Frage kam, aber man hatte eine andere Hoffnung: „... so kann es doch glücken auszuharren, bis das geistige Hinterland, in dessen Sold wir stehen, über unsere Köpfe hinweg die uns bestürmenden Vorurteile besiegt hat, den rücksichtslos niedertretenden in einen großmütig anerkennenden Gegner gewandelt ...“<sup>2)</sup>.

Der vom „Wetterleuchter“ entzündete Streit ging weiter. Der Verfasser der vielumstrittenen Broschüren trat aus seiner Anonymität hervor: es war Hermann v. Samson-Urbs, der Ingenieur — der „Techniker“, wie seine Freunde ihn nannten. Und nun zeigte es sich, daß der revolutionären Attitüde ein revolutionärer Wille durchaus nicht entsprach. Die nächsten drei Broschüren Samsons — „Babel in Livland“ (noch anonym), „Zur Verständigung“ und „Offener Brief an den Herrn May von Dettingen“ — sind ein Gemisch von persönlicher Polemik, geschickter Dialektik, einzelnen scharfen Beobachtungen und verfassungstheoretischen Konstruktionsversuchen, die von der Voraussetzung ausgehen, daß die Korporation der Ritterschaft als politischer Stand unter allen Umständen zu erhalten sei. Zugeständnisse im einzelnen bestätigen den Eindruck eines Rückzugs. Politische Wirkung ist Samsons späteren Schriften, ebenso wie seinem Auftreten im Landtagsaal, versagt geblieben, und so beansprucht auch die Persönlichkeit

mitteln“. Am 28. Dez. 1878 schreibt H. Seesemann an Bertholz: „Die 3 ersten Kapitel von Schiemann's Schrift billige ich sehr, sie sind sachlich, ruhig und objektiv. Das IV. Kapitel bedaure ich. Ich teile diesen Standpunkt nicht. . . Aber gegen die Semstwo müßten wir alle einig sein. Der an sich sehr bedenkliche Anspruch „selbst eine noch so gut passende Reichsreform wäre zu teuer erkauft, sobald ein Aufgeben von Provinzialrecht für Reichsrecht damit verknüpft ist“ macht jetzt natürlich jedem Feinde auch die Skapp. I—III verdächtig. Und warum dieses Parteinehmen im Sinne der livl. „Schwarzen“? Immerhin hat die Schrift, namentlich in Kurland, gut gewirkt.“ Hierzu G. Bertholz am 31. Jan. 1879 an H. Diederichs: „Auf den Seesemannschen habe ich 8 Seiten lang geantwortet, indem ich ihm nicht verhehlte, sein Urteil über die Leipziger Brosch. mache mir den Eindruck, daß die Expansionskraft des „Abfalls“ sogar schon auch ihn ergriffen habe“. — Eine scharfe Ablehnung der Schrift im Leitartikel „Die Leipziger Broschüre“, Btg. f. St. u. L. 1878, 276; dsgl. „Kurland am Scheidewege“ (Stuttgart 1879), S. 16 ff.

<sup>1)</sup> E. v. Behr, „Zur kurländischen Reformfrage“, Offener Brief an Herrn Edm. v. Heyking (Leipzig 1879), S. 11.

<sup>2)</sup> [Baron Grotth uß], „Offene Worte über baltische Landespolitik“ (Leipzig 1878), S. 53 f.

nur das beschränkte historische Interesse, das dem Verfasser einer wirkfamen anonymen Flugschrift zuteil wird. Der vielseitig gebildete und begabte Mann, der in Paris studiert hatte und auf den verschiedensten Gebieten tätig war, besaß bei allem Scharfsinn, aller Phantasie und aller gescheiten Feinheit im einzelnen zu wenig politische und menschliche Substanz, um zu einer größeren Rolle berufen zu sein. Auf seinem livländischen Landgut standen die Büsten Molières, Schopenhauers und Mirabeaus. In seinen späteren Jahren ist Samson mit kulturphilosophischen Werken hervorgetreten, in denen er als einer der vielen Weltverbesserer erscheint, die — typisch für ihre Zeit — von einem peripheren Punkt aus eine kranke Welt zu kurieren suchten. Bei Samson heißt das Heilmittel „Die Wasserwirtschaft als Voraussetzung und Bedingung für Kultur und Friede“ (1903). In einem andern Buch („Die gelbe Gefahr als Moralproblem“, 1902) stellt er den abendländischen Völkern die Chinesen als Beispiel hin <sup>1)</sup>.

Hermann v. Samson hat die Wirkung Schirrens nicht aufheben können, so heftig er sich gegen den „Mißbrauch“ der Livländischen Antwort, gegen die „aufgeregte, sentimental-mystische Auffassung“ der Landespolitik wandte, die einer ebenso mystischen und sentimentalischen Auffassung der baltischen historischen Mission entspringe. Mit scharfem Blick erkannte Samson die wirtschaftliche Expansionskraft des lettischen und estnischen Bauern <sup>2)</sup>, ohne doch in der nationalen Volksbewegung etwas anderes zu sehn als den „Nationalitätenwahnsinn“. Seine Haltung gegenüber der „historischen Mission“ und der Idee des livländischen Landesstaats ist die des Zweifels. Eine neue Zeit kündigte sich an. Die kleine Kolonie aber fuhr fort, ein Gefühl für ihre Aufgabe zu entwickeln. Sie besaß noch die Kraft — eine der Grundbedingungen politischer Existenz —, zugleich sich selbst und das Ganze zu setzen, und sie glaubte in den heraufkommenden dunklen Zeiten russifizierender Bedrückung inbrünstiger als je zuvor an die unverlöschliche Leuchtkraft des deutschen Geistes.

<sup>1)</sup> G. v. Glasenapp, Hermann v. Samson als Schriftsteller (Aus baltischer Geistesarbeit 1908, VI, 236 ff., umgearbeitet nach B. M. 1903, 56), behandelt nur die spätere literarische Tätigkeit Samsons, nicht seine politischen Schriften. Dem Urteil, H. v. Samson sei „einer der bedeutendsten Livländer“ gewesen, vermögen wir bei aller Würdigung seiner Begabung nicht beizupflichten. — In der anziehenden Biographie des Hamburger Bürgermeisters Kirchenpauer aus der Feder Samsons (1891) findet sich folgende für die nervöse Grundstimmung des Verfassers ungemein aufschlußreiche Bemerkung (S. 167): „Ich appelliere an diejenigen Leser, welche etwa mit wärmerem Blute begabt sind und welche es etwa erlebt haben, am Morgen eines intimen Festtages durch bis ins Innerste erschütternde Musik geweckt worden und dann den ganzen Tag über einhergegangen zu sein mit innerem Beben der Erregung, in der beständigen Besorgnis: in einem unbewachten Augenblicke, oder gar beim Antworten auf eine Ansprache möchte das volle Herz in unangemessener Weise überströmen“.

<sup>2)</sup> „Zur Verständigung“ (1879), S. 102 ff.

**Beilagen**

Bellagen

## [Entwurf einer livländischen Verfassungsreform

von Nikolai von Dettingen (1870)]

Handschriftliches Konzept o. D. und nähere Bezeichnung in den Abschriften aus dem v. Dettingenschen Familienarchiv Ludenhof, Bibliothek der Gesellschaft für Gesch. u. Altbe. zu Riga.

So lange das Livl. Bauerland Eigenthum des Rittergutsbesitzers war, u. dieser sämtliche Grundsteuern direct oder indirect bezahlte, konnte auch die Grundsteuer ungleichmäßig auf das Areal der Rittergüter repartirt, u. das Bauerland anders als das Hofesland besteuert werden, u. lag es in der Natur der Sache, daß das Recht der Steuerbewilligung ausschließlich von den Besitzern des ganzen Areals — d. h. von den Rittergutsbesitzern ausgeübt wurde. Nachdem aber bereits gegen 30% des Bauerlandes verkauft worden sind, u. dieser Verkauf regelmäßig fortzuschreiten scheint, macht sich das Bedürfniß einer gleichmäßigen Repartition der Steuern auf den Grund und Boden immer fühlbarer, u. wird es die Staatsregierung nicht mehr dulden können, noch wird es der Adel praetendiren wollen, daß das ausschließl. Steuerbewilligungsrecht noch fernerhin von dem Großgrundbesitzer allein ausgeübt werde, während der kleine Grundbesitzer die Steuer zum Theil oder ganz allein zu tragen hat.

Es erscheint daher eine baldige Steuerreform als dringend nothwendig u. in Folge dieser eine entsprechende Verfassungsreform unvermeidlich.

Nach den bereits gemachten Erfahrungen darf vorausgesetzt werden, daß die Staatsregierung sich sehr bald wird veranlaßt sehen, den im Innern des Reiches geltenden Steuer- u. Bewilligungs-Modus unserer Landesresidierung zu übersenden, mit der Aufforderung — anzugeben, welche Abänderungen für Livland durch die localen Verhältnisse etwa geboten erscheinen. Liegt aber die Initiative auf Seiten der Regierung, so dürfte das Land nur zu leicht in die Lage gebracht sein, die Sache lediglich vom Gesichtspunkt der Opportunität behandeln zu müssen. Die Differenzen zw. Land und Regierung würden nicht nur zu unerquicklichen Streitigkeiten führen, sondern auch in d. meisten Fällen das Land zu Geständnissen nöthigen, die seinem Interesse zuwiderlaufen. Soll dieser Gefahr mit Erfolg begegnet werden, so kann das nur geschehen, indem der Landtag die Initiative ergreift u. der Regierung eine den Bedürfnissen u. dem Rechte des Landes entsprechende Steuer- u. Verfassungs-Reform in Vorschlag bringt.

Die hohe Wichtigkeit dieser Angelegenheit anerkennend, hat der Landtag bereits im Jahre 1864, in Folge eines Antrages des damaligen Landmarschalls Fürsten Lieven, beschlossen, eine Steuerreform für Livland auszuarbeiten. Seit der Zeit haben 4 verschiedene Commissionen sich mit dieser Frage beschäftigt, u. darf wohl mit Zuversicht die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die letzte (4te) Commission dem nächstbevorstehenden Landtage ein Project vorlegen wird,

das seinem Wesen nach Beifall finden dürfte. Dieses Project umfaßt aber nur die Reform der Steuer-Repartition, nicht aber die der Bewilligung. Ein Haupttheil der Arbeit wäre daher noch zu leisten. Denn ohne entsprechende Reform der Verfassung darf auf eine Bestätigung einer Steuer-Reform nicht gehofft werden.

Reformen der Landesverfassung dürften aber nur alsdann Erfolg versprechen u. von allen Seiten gebilligt werden, wenn sie im engsten Anschluß an das Bestehende u. historisch Bewährte u. nach Maßgabe unabweislicher Bedürfnisse in Angriff genommen werden.

Nach der bestehenden Verfassung sind auf dem Landtage d. Großgrundbesitzer viriliter vertreten. Für den Kleingrundbesitz hat bisher das Bewilligungsrecht ausgeübt der Landtag, sofern die Staatsregierung die Beschlüsse desselben bestätigte. Im vorliegenden Falle handelt es sich um das Bewilligungsrecht der Kleingrundbesitzer, u. kommt es daher darauf an, mit möglichster Beibehaltung der bestehenden Formen, einen Körper zu finden, auf welchen das bisher von der Staatsregierung ausgeübte Bestätigungsrecht devolvirt werden könnte. Dieser Körper müßte durch eine gemeinschaftl. Wahl der großen u. kleinen Grundbesitzer hervorgehen, u. auf dem Landtage für die Letzteren das Bewilligungsrecht ausüben. Alsdann hätten wir keines unserer bisherigen Landesrechte aufgegeben, wohl aber ein bis dahin von der Staatsregierung ausgeübtes Recht erworben.

Um diesen Gedanken zu verwirklichen, dürften etwa die folgenden Verfassungs-Reformen ausreichen:

1. Die Rittergutsbesitzer u. GemeindeRepräsentanten haben auf ihrem KirchspielsConvente für jede 15 (oder 20) Haken gemeinschaftl. einen Kirchspiels-Delegirten zu erwählen, welcher für das nächste Triennium auf dem Kreistage das Kirchspiel zu vertreten hat.

Ann. Von d. Datum der Publication dieser Verordnung an werden als Minimum der Zeitdauer für BauerlandPachten 12 Jahre festgesetzt.

2. Zu Kirchspielsdelegirten können per majora vota gewählt werden:

a) die im betr. Kreise ansässigen Rittergutsbesitzer, u.

b) die im betr. Kreise fungirenden Landesbeamten, so wie auch alle diejenigen, welche in diesem Kreise 3 Jahre ein Landesamt verwaltet haben. (Unter „Landesbeamten“ sind solche Personen zu verstehen, welche auf den Land- oder Kreistagen oder KirchspielsConventen zu Landesämtern erwählt worden sind.)

Personen, welche obige Qualificationen nicht besitzen u. im Kreise wohnen, können nur einstimmig gewählt werden.

3. Die Kreistage werd engebildet von sämtlichen Kirchspiels Delegirten.

4. Der Kreistag behält die demselben bisher zustehende Competenz.

Ann. Wie bisher, so sollen auch in Zukunft auf dem Kreistage die Kreisdeputirten aus der Zahl der in diesem Kreise ansässigen zum livl. Adel gehörenden Rittergutsbesitzer von sämtlichen den Kreistag bildenden Personen gewählt werden.

5. Der Kreistag beginnt seine Thätigkeit mit der Wahl eines Kreis-marschalls, welcher im betr. Kreise mit einem Rittergute ansässig u. zur livl.

Adelsmatrikel gehören muß. Der Kreismarschall hat sich aus der Zahl der Kirchsp. Delegirten einen Schriftführer zu erwählen, die Verhandlungen zu leiten u. dafür zu sorgen, daß sämtliche Beschlüsse niedergeschrieben, der Receß von ihm u. sämmtl. Kreisdeputirten regulirt u. unterschrieben, u. vidimirte Abschriften dieser Receffe an die Landes Residirung übersandt werden.

Anm. 1. Auf d. ersten nach dieser neuen Verordnung abzuhaltenden Kreistage findet die Wahl des Kreismarshalls unter der Leitung des ältesten Kreisdeputirten statt.

Anm. 2. Der älteste Kreisdeputirte ist verpflichtet, die Stelle des Kreismarshalls zu vertreten, sobald dieser legaliter verhindert ist, sein Amt zu verwalten.

6. Der Kreismarshall, die Kreisdeputirten u. der Schriftführer bilden einen Kreisaußschuß, welcher unter d. Vorsitz des Ersteren die dem Kreistage vorzulegenden Sachen beprüft u. sentirt. Dieses Sentiment wird d. Kreistage bei Vortrag der betr. Sache mitgetheilt.

Anm. 3. Auch d. Sentim. der Minorität können auf Verlangen niedergeschrieben u. d. Kreistage vorgetragen werden.

7. Die Einberufung des Kreistages geschieht durch den Kreisaußschuß.

8. Sämmtliche an d. Kreistag zu richtenden Anträge sind d. Kreismarshall zu übersenden.

9. Nach einem jeden Landtage ist der Kreismarshall verpflichtet, sämmtl. Landtagsbeschlüsse, so wie alle in d. übrigen Kreisen gefaßten Beschlüsse seinem Kreistage oder den KirchspielsDelegirten seines Kreises auf geeignetem Wege mitzutheilen.

10. Einem jeden Kreistage steht es frei von sich aus Anträge an den Landtag oder an d. anderen Kreistage zu richten.

11. Der Landtag wird wie bisher von sämmtl. livl. Rittergutsbesitzern u. livl. Edelleuten gebildet, u. behält seine bisherige Competenz, bis auf folgende Abänderungen:

- a) Der Landtag kann nur dann neue, sämmtl. Grundsteuerzahler treffende Geldbewilligungen beschließen, wenn von Seiten der Kreisdeputirten-Kammer nicht Einsprache erhoben wird.
- b) Der Landtag wählt die Cassadeputirten aus der Zahl sämmtlicher Rittergutsbesitzer Livlands.
- c) Die Cassadeputirten haben im AdelsConvente bei den Verhandlungen über Geldbewilligungen nicht nur eine beratende, sondern auch eine beschließende Stimme.
- d) Sämmtliche landtagsfähige livl. Rittergutsbesitzer nehmen auf dem Landtage an allen Wahlen, Verhandlungen u. Abstimmungen Theil. Nur an den Verhandlungen u. Abstimmungen, die sich auf die Aufnahme zur livl. Adelsmatrikel oder Ausschluß aus derselben beziehen, können nur livl. immatriculirte Edelleute theilnehmen.

12. Die Besitzlichkeiten der Krone könnten dieselben politischen Rechte genießen wie die der Privaten, sobald sie ebenso wie diese besteuert werden dürfen.

## Grundzüge einer Livländischen Verfassungs-Änderung

[von Ernst von Mensenkampff (1871)]

Einschaltung im Brief von Ernst v. Mensenkampff an H. v. Samson, Riga, 16. Mai 1871, Durchschlag in der Steuer-Acte, Archiv Ruderfäll. — In derselben Acte ist vorher ein Konzept eingeseftet, das dieselben „Grundzüge einer Livl. Verfassungs-Änderung“ ohne die Motive in einer etwas anderen Fassung enthält. Die Abweichungen dieser früheren Niederschrift werden unten in Fußnoten berücksichtigt.

§ 1. Der Landtag besteht

- a) aus den Besitzern großer a) Rittergüter,
- b) aus den Delegirten der Kirchspielsconvente,
- c) aus den Delegirten der Städte.

§ 2. Die Besitzer eines oder mehrerer Rittergüter in der Größe von zusammen b) mindestens 30 Haken sind berechtigt, persönlich auf dem Landtage zu erscheinen.

Bei der Feststellung der Hakenzahl sind nur die auf das Hofesland (Quote incl.) entfallenden Haken c) in Anschlag zu bringen.

§ 3. Der Kirchspielsconvent wählt je einen Delegirten auf je 50 Haken seines Bezirks. Von der Gesamtsumme der Kirchspielsghaken werden jedoch vorgängig diejenigen Hofeslandghaken in Abzug gebracht, welche ihrem Besitzer das Virilstimmrecht verleihen d). Ist die Gesamtzahl der durch Kirchspielsdelegirte zu vertretenden Haken e) nicht durch 50 theilbar, und ergiebt sich bei der Division ein Rest, so soll auch für diesen Rest ein Delegirter erwählt werden können, falls er größer ist als 30 Haken.

§ 4. Als Basis für die Vertretung der Städte gilt der von der hierfür niedergesetzten Commission zu ermittelnde Beitrag derselben zu den allgemeinen Landespräständen. Der Beitrag des Landes zu den Landespräständen pro Haken wird dann in den Beitrag der einzelnen Stadt dividirt, und auf diese Weise die Zahl der auf die Stadt entfallenden ideellen Steuerghaken gefunden. Auf

a) sehr großer.

b) von Rittergütern in einer Größe von

c) sowohl die Haken der alten Landrolle, auf welche die bisherigen Steuern als Reallast fixirt wurden, als auch die bei Vermessung des Hofeslandes gefundenen neuen Haken.

d) An der Wahl der Kirchspielsdelegirten theilnehmen sich diejenigen Großgrundbesitzer nicht, welchen ein Viril-Stimmrecht auf dem Landtage zugestanden worden ist, und werden folgeweise auch die von ihnen besessenen Haken von der Gesamtsumme der zu vertretenden Kirchspielsghaken in Abzug gebracht.

e) Hakenzahl des Kirchspiels.

je 50 Steuerhaken entsendet die Stadt einen Delegirten. Ergiebt sich bei der Division ein Rest, so ist mit diesem ebenso zu verfahren wie auf dem Lande f). Die Wahl der städtischen Delegirten erfolgt in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats, der Ältestenbänke der beiden Gilden und der Repartitionscommission für die Immobiliensteuer.

§ 5. Zu Delegirten können alle diejenigen Personen erwählt werden, welche entweder auf dem Kirchspiels-Convent oder der städtischen Wahlversammlung als Wähler fungiren.

§ 6. Die landtagsberechtigten Großgrundbesitzer und Delegirten bilden, je nach der Zugehörigkeit ihrer Wahlbezirke in die Kreise vertheilt, die vier Kreistage.

§ 7 g). Die Wahl der Kreisdeputirten findet auf den Kreistagen statt. Das passive Wahlrecht für dieses Amt ist auf Personen aller Stände auszu dehnen, sofern sie Wähler in einer der Wahlversammlungen sind.

§ 8 h). Der Landmarschall und die 12 Landräthe werden vom versammelten Landtag gewählt.

§ 9 i). Bei der Wahl des Landmarschalls fällt die gegenwärtig geltende Beschränkung, daß eine Wiederwahl nur bei einer Zwei-Drittel-Majorität stattfindet, fort. Das passive Wahlrecht erstreckt sich auf alle landtagsberechtigten Großgrundbesitzer und Delegirten.

§ 10 k). Die 12 Landräthe sind aus der Zahl der immatriculirten Livländischen Edelleute zu erwählen.

§ 11 l). Aus der Zahl der Landräthe erwählt der Landtag die aus 3 Personen bestehende Residirung.

§ 12 l). Die Residirung übernimmt als eine ständige Collegialbehörde alle gegenwärtigen Funktionen des residirenden Landraths. Zu den Sitzungen der Commissionen und Verwaltungen, an denen der residirende Landrath verfassungsmäßig theilnimmt, sowie zu den Sitzungen des Bauerhofgerichts delegirt die Residirung eines ihrer Glieder.

### Motive zu vorstehendem Entwurf

ad §§ 1, 2 und 3. Von dem Grundsatz ausgehend, daß nach den Pflichten, die ein Individuum resp. eine Gruppe von Individuen dem Staate

f) Um die Vertretung der Städte auf dieselbe Basis zu führen als die des flachen Landes, ist der dem Haken entsprechende Steuerwerth der Städte zu finden. Als solcher stellt sich das Immobilien-Vermögen + dem Handelsumsatz dar. Fixirt man dann den Werth eines Hafens auf 10000 Rubel, so ergiebt sich die Zahl der auf die einzelne Stadt entfallenden ideellen Steuerhaken durch Division des gesundenen Steuerwerthes durch 10000.

g) § 8.—§ 7 lautet im Konzept: Die städtischen Delegirten sind von allen denjenigen Abstimmungen ausgeschlossen, welche sich auf Willigungen beziehen, an denen die betr. Stadt nicht theilnimmt.

h) § 9.

i) § 10.

k) § 11.

l) zusammengefaßt zu § 12.

gegenüber trage, auch ihre Rechte in demselben zu bemessen seien, mußte ich die gegenwärtige oder demnächst festzusetzende Steuerbasis auch als die Grundlage für die politische Berechtigung annehmen und demgemäß das bisherige Virilstimmrecht fallen lassen, weil es den Besitzern von in ihrem Werthe sehr verschiedenen Steuerobjecten, dennoch gleiches Recht vindicirte. Ich habe angenommen, daß für einen Steuerwerth von 50 Haken resp. ausnahmsweise für einen Bruchtheil von über 30 Haken eine Stimme zu exerciren sei. Diese Annahme führte dann consequenterweise zu dem von mir statuirten Virilstimmrecht, denn wenn die bestimmte Summe von Haken eine Gruppe von Individuen resp. das Kirchspiel berechtigen soll, eine Stimme zu üben, so muß auch demjenigen, welcher allein so viel besitzt und dennoch die entsprechenden Steuern zahlt, das gleiche Recht eingeräumt werden, wobei selbstverständlich alle einer und derselben Person gehörigen Hofeslandhaken unabhängig davon, ob sie in einem Kirchspiel oder mehren oder gar in verschiedenen Kreisen belegen sind, zusammen anzurechnen wären. Als Wahlkörper habe ich den Kirchspielsconvent hingestellt, weil er eine bestehende Größe ist, welche bei gleicher Verteilung aller landischen Interessen in demselben mir ganz vorzüglich dazu geeignet erscheint das Fundament für den Bau der Zukunft abzugeben, weil er ferner bereits gegenwärtig der competente Körper zur Vertheilung der Communalsteuer pro Kirchspielshaken war. Ich hatte ursprünglich die Idee, für die Bauerlandhaken einerseits und die Hofeslandhaken andererseits, bäuerliche resp. Delegirte des Großgrundbesitzes getrennt wählen zu lassen, doch hätte mich das auf neu zu creirende Wahlkörper geführt, die ich principiell perhorrescire. In Anbetracht ferner dessen, daß die Bauern auf dem Kirchspielsconvent gleich stark vertreten sind wie die Großgrundbesitzer, sie demnach einen gleichen Einfluß auf die Wahl der Delegirten ausüben können wie letztere, und daß hauptsächlich die gemeinsame Wahl gemeinsamer Vertreter eher eine Assimilirung der Interessen dieser beiden Stände herbeiführen wird, als die getrennte Wahl besonderer Vertreter, welche sich nur zu leicht eingedenk dieses ihres Ursprungs in unheilbarem Antagonismus entgegentreten dürften — bin ich von dieser Idee zurückgekommen, und empfehle nunmehr die „Kirchspielsdelegirten“.

ad § 4. Die Vertretung der Städte auf dem Landtage könnte nicht aufgebaut werden auf einer in Zukunft zu findenden gemeinsamen Steuerbasis, sondern auf einer bereits bestehenden, und zwar weil die Entschließungen der Städte über die bei ihnen einzuführenden neuen Steuern von uns unabhängig sind, wir sie nicht zwingen können, die Einkommensteuer nach Deinem Vorschlage<sup>1)</sup> zu wählen. Was wir nun gegenwärtig mit den Städten gemeinsam haben, das ist, daß jeder so und so viel zu den Landespräsidenten beiträgt, wobei es irrelevant erscheint, wie diese Steuern erhoben werden. Die Regierung, welche bisher diese Vertheilung machte, hat sich bemüht, eine verhältnismäßige Gleichmäßigkeit hierbei walten zu lassen, eine Commission soll demnächst zusam-

<sup>1)</sup> H. von Samson hatte Mensenkampff seine Vorschläge zur libländischen Steuerreform überandt.

mentreten, und zwar aus Stadt und Land, um die dennoch vorgekommenen Ungleichmäßigkeiten zu beseitigen. Dieser Commission wird es obliegen, ein festes Princip der Umtheilung dieser Steuern zu finden, uns aber damit zugleich eine feste Basis zu schaffen, für die Verteilung der neuen, gemeinsam zu votirenden Steuern, und folgeweise für die Ertheilung der hiermit zusammenhängenden politischen Rechte.

ad § 5: Soll der Gewählte ein wirklicher Vertrauensmann seines Wahlkreises sein, so darf dem Vertrauen des letzteren nur die Grenze gezogen werden, daß die zu wählenden überhaupt landtagsberechtigt sind, zudem wird auf diesem Wege am ehesten eine Vertretung des ganzen Landes angebahnt.

ad § 7: Ich habe mit der Ausdehnung des passiven Wahlrechts auf alle Urwähler dem Kreise die Möglichkeit geben wollen, tüchtige Candidaten, welche wegen ungünstiger Stimmenvertheilung in ihrem Bezirk zc. nicht in die Kreisversammlung gewählt wurden, berücksichtigen zu können.

ad § 10: Die Beschränkung des passiven Wahlrechts auf nur indigene Edelleute rechtfertigt sich durch die den Landrätthen verfassungsmäßig auferlegte Verpflichtung, einige rein corporative Interessen wahrzunehmen, wie z. B. die Vertheilung des ritterschaftlichen Armenfonds u. A. m. Außerdem erschien es mir wohl angezeigt, dem bisher allein politisch berechtigten Stande im Lande irgend welche Prærogative zu sichern.

ad § 11: Ich habe mir hier den Kurländischen engeren Ritterschafts-Comité zum Muster genommen, nur mit der Abänderung, daß der Landmarschall nicht, wie in Kurland, der Residirung angehören soll, weil gerade hierin eine Schattenseite des sonst gewiß guten kurländischen Instituts steckt.

---

## Die Wandlung der politischen Sympathien der Balten

Zeitung für Stadt und Land Riga, 5. (17.) November 1878, 258. — Leitartikel, ungezeichnet, zweifellos vom Chefredakteur Edmund von Heyking.

Die Rechtschreibung ist modernisiert worden.

Es wäre eine interessante Aufgabe für einen sozialen Psychologen, den Ursachen nachzuforschen, die in den Baltischen Provinzen in neuester Zeit eine so allgemeine reaktionäre Strömung, und noch mehr — eine solche Erschlaffung der liberalen Bestrebungen hervorgerufen haben. Es wird gemeinhin auf die Angriffe Katkows usw. als auf den Zeitpunkt hingewiesen, an welchem die liberale Idee bei uns die Arbeit einstellte. Diese Behauptung mag für manche Führer der damaligen liberalen Bewegung allerdings begründet sein. Für den größeren Teil unserer gebildeten Bevölkerung, wie für die Gesellschaftskreise der Großgrundbesitzer und vermutlich wohl auch für die meisten städtischen Kreise dürfte indessen obige Annahme sich als nur teilweise haltbar erweisen. Die tiefgehende reaktionäre Richtung aller Ansichten und Lebensauffassungen, der allgemeine Mißkredit, in den alle liberalen Ideen beim baltischen Publikum geraten sind, ist von einer anderen, später als die oben bezeichnete eingetretenen Ursache hervorgerufen worden. Dieser so allgemeine Rückschlag der einstigen liberalen Strömung scheint vielmehr mit den Vorgängen in West-Europa und vorzugsweise in Deutschland im Zusammenhang zu stehen.

Bis zum Jahre 1866 war der Berliner Liberale und Fortschrittsmann das politische Ideal des gebildeten und freisinnigen Balten. Den Reden im Berliner Abgeordnetenhaus wurde mit einer Aufmerksamkeit und einem Interesse gefolgt, als stände man zu diesen Verhandlungen in direkter Beziehung; für die antiministerielle Opposition der liberalen Abgeordneten fühlte man eine lebendige Sympathie, als gälte es, die Lasten des verfassungswidrigen Militärbudgets von den Hüften des eigenen Grund und Bodens abzuwälzen. An diesem Verhältnis änderte sich nur wenig, als nach 1866 die Nationalliberalen die Rolle der Fortschrittspartei übernahmen und die maßvoll liberale Idee verfochten. Erst als die Nationalliberalen anfangen, durch fortwährendes Schwanken, durch in der letzten Stunde eingegangene Kompromisse den Fernstehenden in der Tat oft darüber in Zweifel zu setzen, für welches Prinzip sie eigentlich stritten; als diesem wenig glanzvollen Verhalten gegenüber die großartige staatsmännische Konzeption und die schöpferische Genialität des Herrn von Bismarck die Bewunderung aller Zeitgenossen mit sich fortriß, da begannen auch bei uns die altliberalen Traditionen ihr bis dahin geübtes Prestige einzubüßen. Indessen hatte diese Änderung der politischen Auffassung noch nicht so viel auf sich; der Träger des politischen Ideals war zwar ein anderer geworden, aber man blickte doch noch immer mit Freude und lebendiger Teilnahme auf die Entwicklung des

deutschen Reiches und sah eine neue ruhmvolle Ara der Geschichte vor sich entstehen.

Seit der Beendigung des französischen Krieges hat in alledem ein jetzt immer deutlicher hervortretender Umschwung sich vollzogen. Einerseits brachte die wachsende Unduldsamkeit des Reichskanzlers gegen jeden Widerspruch seitens der Abgeordneten, seine immer mehr zu einem persönlichen Regimente sich gestaltende Politik die unbedingten Bewunderer und Anhänger des Fürsten Bismarck in die Unmöglichkeit, ihre alten Sympathien für die liberale Partei in Deutschland aufrechtzuerhalten. Andererseits schlug der Fürst Bismarck neue Bahnen der Politik ein, die für Deutschland, wie die Folge gezeigt hat, gefährlich und verfrüht, vom baltischen Standpunkte aber zur Zeit noch gänzlich ungreiflich und unzulässig waren. Der Kampf gegen die Kirche, der sogenannte Kulturkampf begann. Selbst abgesehen von den allzu harten und überstürzten Maßregeln des Fürsten Bismarck in diesem Kampfe konnte man in den baltischen Provinzen für denselben ebensowenig Sympathie empfinden, wie für ein anderes Vorgehen der Berliner Regierung in Elsaß-Lothringen und in Preussisch-Polen. Wie sehr der Kulturkampf den Ostseeprovinzialen unsympathisch berühren mußte, sah man deutlich daraus, daß Personen, denen Bismarck bis dahin in fast infalliblem Licht erschienen war, jetzt plötzlich ihrem Ideal den Rücken kehren zu wollen schienen.

Die genannten Ursachen der schwindenden Teilnahme der Balten für die moderne staatliche Entwicklung waren indessen bloß aus einzelnen Vorgängen und Erscheinungen des politischen Lebens in Deutschland entstanden. Es trat eine weitere Ursache hinzu, die sich nicht mehr auf vereinzelte Fakta, sondern auf eine tiefliegende, allmählich sich vollziehende Veränderung der Ziele und Bahnen der modernen Staatspolitik überhaupt stützte.

Die bis 1870 in Deutschland stattgefundenen Kämpfe des Liberalismus mit der Staatsgewalt waren ihrem Wesen nach nichts anderes als die allmähliche Entwicklung der Macht und Bedeutung des in der französischen Revolution politisch geborenen tiers état, oder, wie man in Deutschland mit einem Fremdworte ihn nennt: der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie, ihrem Hauptbestandteile nach die Vertreter des Großkapitals und des gelehrten Bürgerstandes, hatte die Doktrinen der französischen Revolution mehr oder weniger siegreich zur Geltung gebracht. Es war dieser Bourgeoisie dabei das Versehen passiert, das jedem herrschenden Stande passieren muß; sie gab vor und glaubte für das ganze Volk zu kämpfen, sie kämpfte in Wahrheit nur für sich selbst und verfocht ihre eigenen ständischen Interessen.

Man hat dem Fürsten Bismarck jüngst nachgesagt, er habe zu Lassalle und den Führern der Arbeiterbewegung in Beziehung gestanden und die Opposition gegen die liberale Bourgeoisie nicht ungern gesehen. Wenn der deutsche Kanzler das in Wirklichkeit getan hat, so geschah es wahrlich nicht, um den liberalen Abgeordneten ein Paroli zu biegen und eine blind vorgehende Hilfschar gegen sie zu gewinnen. Diese frühzeitige Aufmerksamkeit des Fürsten Bismarck auf jene neue Bewegung würde im Gegenteil nur einen neuen Beweis für den

wahrhaft prophetischen Scharfblick dieses Größten aller Staatsmänner liefern. Sie würde beweisen, daß Bismarck schon damals die Bestrebungen der liberalen Bourgeoisie einer bereits im Verschwinden begriffenen Periode der politischen Geschichte zuzählte und daß er das eigentliche Ziel der Politik der Zukunft in der Sorge für das Volk, dem einstigen vierten Stande, erkannt hat.

Wie es sich nun damit verhalten möge, so ist es doch klar, daß gegenwärtig die Sorge für das Volk, für die außerhalb der jetzigen politischen Stände stehenden Massen zum Kernpunkte der modernen Politik geworden ist. Das Sozialistengesetz ist kein Widerspruch gegen diese Behauptung; es richtet sich nur gegen die Selbsthilfe und die revolutionären Bestrebungen des Volkes. Der Staat will selbst die Sorge für die Besserung des Loses der arbeitenden Klassen in die Hand nehmen. Die von dem Fürsten Bismarck geplante Änderung der bisherigen wirtschaftlichen Politik und die Rückkehr zum Schutz der einheimischen Industrie ist ein Beweis mehr für diese Fürsorge.

Wir mußten notwendigerweise diese moderne Bewegung in kurzen Zügen skizzieren. Kehren wir jetzt zu den Ostseeprovinzen zurück. Konnte der Balte für diese neue Politik des deutschen Staats Sympathie empfinden? Für die Hebung des Wohlstandes und Besserung des Loses des Volkes — ohne Zweifel. Aber auch für das Streben, dem Volke politische Gleichberechtigung mit den bisherigen „liberalen“ Gesellschaftskreisen zuzuerkennen, die arbeitenden Klassen politisch zu emanzipieren? Wir fürchten, die Frage verneinen zu müssen. Das Sozialistengesetz ist eine Maßregel, die ihrer Natur gemäß nur eine vorübergehende sein kann, und hat ihrem Wesen nach nur den Sinn, daß sie der Regierung Zeit gewährt, das dem Volke selbst zu geben, was dieses mit Unrecht und Gewalt sich erobern wollte.

Wenn wir diese in Deutschland entstandenen neuen Anschauungen mit den Ansichten und Auffassungen vergleichen, die noch jüngst bei uns auf dem Landtage und bei den Stadtverordneten-Wahlen zutage getreten sind, als es sich darum handelte, den politisch bisher nicht berechtigten Bevölkerungsklassen einen Anteil an der politischen Vertretung, eine Stelle in den Reihen der Arbeiter an der gemeinsamen kommunalen Sache einzuräumen, da müssen wir befürchten, daß sich der Mangel an Verständnis für das, was heutzutage jenseits unserer Grenzen vorgeht, immer mehr steigern, daß die Sympathie für Deutschlands Entwicklung immer mehr schwinden wird. Wir können das bei uns zu Hause nicht brauchen, wonach die da drüben über der Grenze mit aller Kraft und Aufopferung streben, was sie als Ideal und Lebensziel einer Mannesarbeit ansehen. Was sind wir aber denn noch, wenn wir nichts mehr von Deutschlands Entwicklung wissen wollen?

Geht doch hin und erzählt denen dort drüben von Euren Virillandtage, von Euren ständischen Gerichten und Euren städtischen Ständen? Wie viele werdet Ihr finden, die Euch ohne Kopfschütteln anhören werden, und werdet Ihr überhaupt jemand finden, der Euch zu solchen Zuständen Glück wünschen wird? Wir sind einzig und allein noch Balten. Aber solche Balten, wie sie vorher noch nie dagewesen, die weder im Osten noch im Westen ihresgleichen finden. Ein

besonderes baltisches Volk. Und nicht einmal ein baltisches Volk — nur baltische Stände.

Es ist die erschreckende Isolation, in der wir uns befinden, die Isolation gegenüber unseren Nachbarn, die Isolation gegenüber dem Volke, das mit uns wohnt, die uns früher oder später erdrücken muß — erdrücken muß trotz aller kerngesunden sittlichen Kräfte, aller Idealität und Mannestugenden, die der Balte sich bewahrt hat. Aber wenn wir alle an diese unversehrten sittlichen Kräfte der baltischen Geschichte fest glauben, wenn wir alle fühlen, daß eine Reform uns dringend und unaufschiebbar nothut und daß wir das schaffen müssen, was wir zu unserem Unglück noch nie gehabt: ein einiges Volk, dann ist es nicht zu spät, einzulenken in die Bahnen moderner und deshalb lebensfähiger Entwicklung und in geistigem Zusammenhang zu bleiben mit der Bildung, Sitte und Lebensanschauung derjenigen, die bisher für unsere Musterbilder galten.

---

## Quellennachweise

### Zum I. Kap. (S. 1—20)

Die überlieferte Vorstellung von der Persönlichkeit H. v. Föllkersahms geht größtenteils auf Julius Eckardts bekannten Aufsatz zurück, der erstmalig ungezeichnet unter der Überschrift „Erinnerungen an Hamillar Föllkersahm“ im 2. Heft des Jahrgangs 1868 der Baltischen Monatschrift erschien, noch im selben Jahr unter der Überschrift „Hamillar Föllkersahm“ in Eckardts Sammelband „Die baltischen Provinzen Rußlands“ überging und 1908 in Heft I der Sammlung „Aus baltischer Geistesarbeit“ neu gedruckt wurde. (Zitiert nach der Ausgabe in den „Baltischen Provinzen Rußlands“ unter der Abkürzung: J. Eckardt, mit unmittelbar folgender Seitenzahl.) Das Bild, das Eckardt von Föllkersahm entwirft, trägt alle Züge der unvergleichlich anziehenden Darstellungskunst Eckardts und ist bei aller Leichtigkeit der äußeren Form die psychologisch feinste Darstellung der Persönlichkeit Föllkersahms geblieben. Allerdings ist es ein Bild, wie es der livländische Liberale der 1860er Jahre sah: Eckardt denkt in den politischen Gegensätzen seiner Zeit und verleugnet seine politische Haltung nirgends. Das Bild muß heute neu gezeichnet werden.

Seitdem sind von einer ganzen Reihe von Personen Erinnerungen an Föllkersahm aufgezeichnet worden; gedruckt sind nur noch die Erinnerungen von Julius Eckardts Vater, Julius Eckardt d. A. (in den Sitzungsberichten der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst, Mitau 1868; zitiert: J. Eckardt d. A.). Benutzt und bruchstückweise veröffentlicht worden ist das gesamte Memoirenmaterial von Baron Reinhold Staël v. Holstein-Neu-Anzen (geb. 1846, gest. 1907) in seiner Monographie (R. Baron Staël v. Holstein, Baron Hamillar von Föllkersahm, Riga 1907; zitiert: Staël), die im wesentlichen als Materialsammlung zu bewerten ist. Außer den verschiedenen handschriftlichen Erinnerungen namentlich von Ed. v. Dettingen, G. v. Evers-Kerjell, Woldemar v. Vock hat Staël vor allem sehr viele Briefe benutzen können, die er z. T. vollständig, z. T. ebenfalls in Auszügen veröffentlicht. — Kritik an Staëls Voreingenommenheit für seinen Helden übt H. v. Bruiningk, Das Geschlecht von Bruiningk in Livland, 1913, S. 233 (zitiert: Bruiningk).

Mußte schon Staël den unwiederbringlichen Verlust vieler Materialien beklagen, so steht es heute damit noch viel schlimmer. Die meisten der von Staël benutzten Familienarchive, darunter das Föllkersahmsche, sind nicht mehr vorhanden — verloren, zugrundegegangen in der Zeit der Bolschewistenherrschaft im Baltikum. Trotzdem ist eine kleine Erweiterung der Quellengrundlage Staëls möglich gewesen: durch Berücksichtigung der zahlreichen in verschiedenen Aufsätzen verstreuten sehr wertvollen Mitteilungen Julius Eckardts und anderer von Staël nicht verwerteter gedruckter Urteile (so in W. v. Vocks Livländischen Beiträgen 1867-71; zitiert: VB); durch nochmalige sorgfältige Auswertung des Archivs der Livländischen Ritterschenschaft (seit 1920 im Lettländischen Staatsarchiv in Riga); nicht zuletzt aber dank der Überlassung ungedruckter Briefstellen aus dem erhaltenen v. Dettingenschen Familienarchiv Ludenhof.

### Zum II. Kap. (S. 21—77)

Die wichtigste Quelle für die Geschichte der Parteigegensätze auf dem livländischen Landtag sind — außer den Akten und Rezesen selbst — die zahlreichen ungedruckten Briefe Eduard v. Dettingens an seine Gattin aus den 1860er und 1870er Jahren, die Landrat a. D. Arved v. Dettingen-Ludenhof in seiner (ungedruckten) Arbeit über Eduard v. Dettingen zusammengestellt hat (Eduard von Dettingen, geb. 30. Aug./12. Sept. 1829 in Wiffuß, gest. 22. April 1919 in Dorpat. Sein Leben und Wirken nach seinen Briefen dargestellt von Arved von Dettingen-Ludenhof. Fürstensenfeldbruck b. München 1927). Nach einem maschinenschriftlichen

Exemplar dieser Biographie habe ich die Briefe verwerten dürfen (zitiert: Biogr.). — Eine Ergänzung dazu stellen die Abschriften aus dem v. Dettingenschen Familienarchiv Lidenhof in der Bibliothek der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga dar, enthaltend hauptsächlich Auszüge aus Briefen und aus dem Tagebuch von Nikolai v. Dettingen.

Bezüglich des privaten Quellenmaterials muß ganz allgemein gelten, daß, so oft auch Verlust und Zerstörung festgestellt werden konnte, noch manches, vor allem an Briefen, erhalten sein mag, das meiner Kenntnis entgangen ist.

Sehr wertvoll sind die ungedruckten Aufzeichnungen des Kammerherrn und Landrats Reinhold Baron Staël v. Holstein-Uhla (geb. 1819, gest. 1907), die mir in einer von seiner Großtochter Frau L. von Anrep geb. Baronesse Staël v. Holstein angefertigten Abschrift — 1060 Quartseiten in Maschinenschrift — zugänglich waren. Sehr lebendig geschrieben, enthalten die Aufzeichnungen neben zahlreichen privaten Erlebnissen eine Fülle von Urteilen, Beobachtungen und Schilderungen von landesgeschichtlichem Interesse (zitiert: Staël-Uhla).

Die Persönlichkeit des Akademikers A. von Widdendorff wird besonders in seinen Briefen lebendig. Außer einigen Briefen an G. Bertholz (Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga) habe ich zahlreiche Briefe von ihm an seine Angehörigen aus dem Besitz seines Großsohns Herrn Th. Lackschewitz verwerten dürfen. Leider sind die Landtagsbriefe an seine Gattin, die in St. Petersburg aufbewahrt wurden, als verloren anzusehn.

Was alles von den Bolschewisten vernichtet worden ist, wurde mir besonders anschaulich, als ich vom 17.—19. November 1933 in Ruderfüll die Trümmer des Archivs und der Bibliothek des 1887 verstorbenen Landrats Ernst v. Mensenkampff durchsuchen durfte. Außer zahlreichen bekannten und einzelnen unbekanntem Broschüren zur Landespolitik und vielen häufig mit Randstrichen versehenen zeitgenössischen Neuerscheinungen fanden sich nur noch einzelne unvollständige Aktenbündel (betr. Steuerreform, Friedensrichtergesetz), in denen auch ein paar wertvolle Briefe und Konzepte erhalten sind. Von besonderem Wert ist ein aus dem Besitz von G. Keuchel stammendes Exemplar der Schrift von D. Kronwald „Nationale Bestrebungen“, das eine handschriftliche Eintragung des Verfassers enthält (s. o. S. 104).

Als verloren müssen auch die Protokolle der Dorpater Zentral-Justizkommission gelten. Sie sind in den baltischen Archiven und Bibliotheken in Riga, Dorpat, Reval, Jelgava (Mitau), Berlin vergeblich gesucht worden. Ob sie etwa in Sobetrusland sind, entzieht sich unserer Kenntnis. In Anbetracht dieser empfindlichen Lücke gewinnen die etwa 20 Briefe des Revalschen Delegierten W. Greiffenhagen an seine Gattin (im Besitz seines Sohnes Stadtarchivar i. R. D. Greiffenhagen-Reval), in denen er von den Kämpfen in der Kommission berichtet, erhöhten Wert.

Die S. 53 Anm. 2 verlorenegegebenen „Correspondenz“-Hefte haben sich in der Rigaschen Stadtbibliothek doch gefunden. Danach sind außer den genannten noch folgende Hefte erschienen: H. v. Samson, Die Landgemeinde-Ordnung, Dorpat, 11. Sept. 1878 (das erste „Correspondenz“-Heft); Guido v. Samson, Gleichfalls die Landgemeinde-Ordnung, Cassinorm, Nov. 1878; Guido v. Samson, Nochmals die Verfassungsreform, Cassinorm, im Febr. 1879 (Erwiderung auf die Schrift von Baron Campenhausen).

Die Akten und Rezesse des livländischen Landtags, deren Ausbeute recht ergiebig war — die Landtagsprotokolle wurden seit 1870 stenographisch geführt —, befinden sich sämtlich im Archiv der ehem. Livländischen Ritterschaft im Lettländischen Staatsarchiv in Riga.

Als Ergänzung von Wert war mir der wenn auch flüchtige Einblick ins Archiv der ehem. Estländischen Ritterschaft in Dorpat (Estländisches Staatsarchiv) und der ehem. Kurländischen Ritterschaft in Berlin (Preussisches Geheimen Staatsarchiv); an beiden Stellen konnte ich kürzere Zeit arbeiten.

### Zum III. Kap. (S. 78—134)

In Bezug auf das publizistische Material — periodische Druckschriften und politische Broschüren — ergänzen sich in Riga die Stadtbibliothek und die Bibliothek der Gesellschaft für

Geschichte und Altertumskunde. Zitiert wird: Baltische Monatschrift — B. M. (erst Erscheinungsjahr, dann Bandnummer, zuletzt Seitenzahl), Rigasche Zeitung — Rig. Ztg. (erst Erscheinungsjahr, dann laufende Nummer), Zeitung für Stadt und Land — Ztg. f. St. u. L., Neue Zeitung für Stadt und Land — N. Ztg. f. St. u. L., Mitausche Zeitung — Mit. Ztg. — Die Revalsche Zeitung (R. v. Ztg.) konnte ich in der Bibliothek der Estländischen Literarischen Gesellschaft in Reval benutzen.

Eine Quelle ersten Ranges für dieses Kapitel war der reiche Briefnachlaß von Georg Verholz in der Bibliothek der Gesellschaft für Gesch. u. Altbe in Riga (vgl. Liberalismus baltischer Literaten, Vorwort S. 3). Hinzu kamen Abschriften und Originale von Briefen aus dem Nachlaß von Leopold v. Pezold, die seine Tochter, Frau L. Frey geb. v. Pezold, zu einer ausführlichen handschriftlichen Biographie ihres Vaters verwendet hat.

Einiges bot auch der Nachlaß von Stadtrat Alfred Hillner in Riga.

In der Akte „Gelegenheitsreden“ dieses Nachlasses befindet sich die Abschrift einer Ansprache, in der ein Mitglied des ersten rigaschen deutschen Wahlkomitees (Eduard Grade) in der Schlußsitzung des Wahlkomitees am 25. März 1878 feststellt, daß „die bis ins ausführlichste Detail der Debatten eingehend geführten Protokolle“, „so wertvoll als künftige historische Quelle, der Vergessenheit entrissen und aufbewahrt werden sollen“, Verfasser dieser Protokolle des Wahlkomitees war C. Bornhaupt. Trotz eifriger Nachforschungen, bei denen ich mich u. a. noch der gütigen Unterstützung von Dr. h. e. Nicolaus Busch († 13. Okt. 1933) erfreuen durfte, ist es nicht gelungen, diese Protokolle ausfindig zu machen.

Wenn nicht anders angegeben, handelt es sich bei angeführten Briefen um Besitz der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga.

In Briefen, Zeitungsartikeln usw. ist durchweg nur das Originaldatum (a. St.) angegeben.

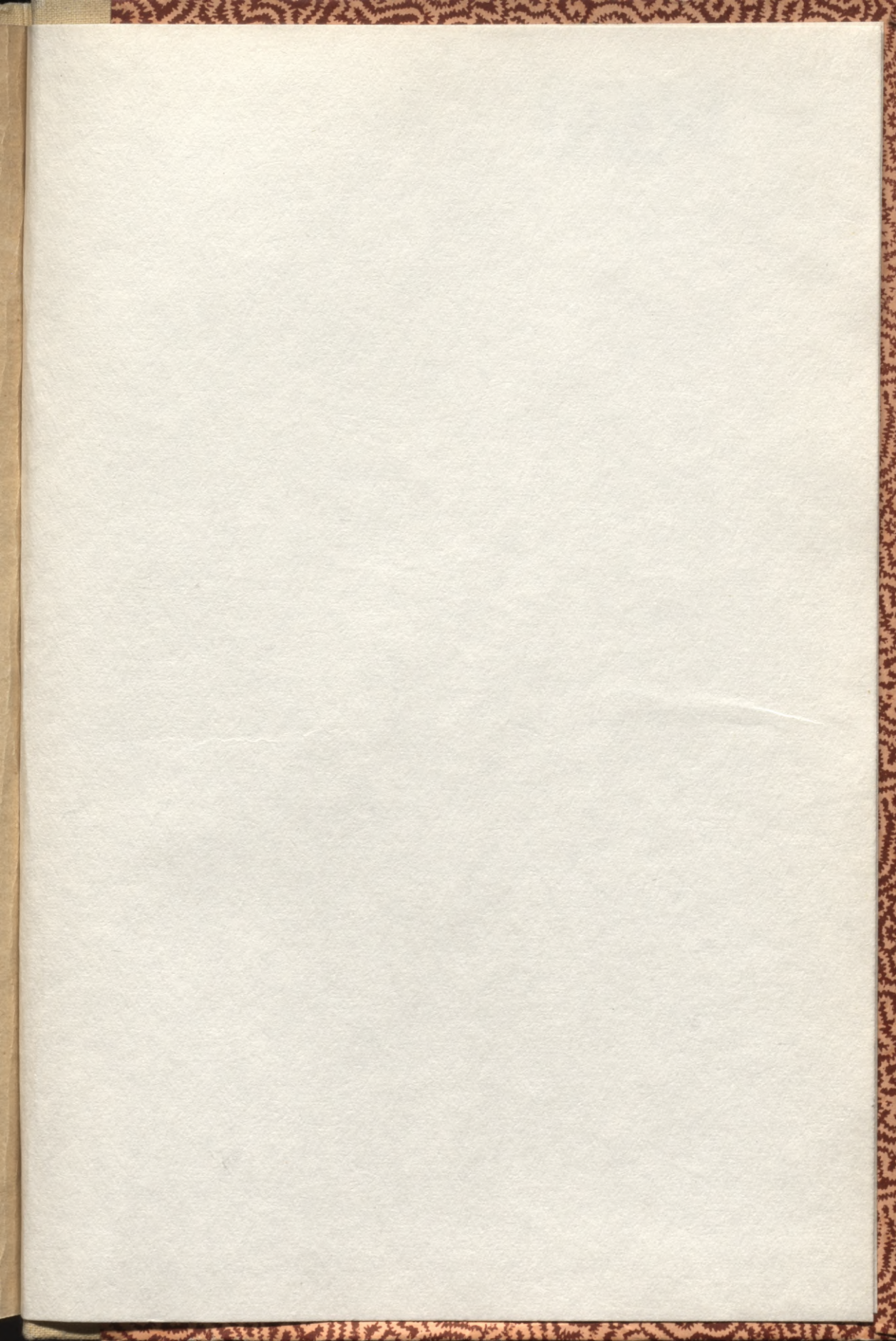
#### **Weitere Abkürzungen:**

- Brevern:** Georg v. Breverns Briefe an Theodor Baron Krüdener, mitgeteilt von Otto M. Stachelberg, B. M. 1908, 66.
- Brevern, Erinnerungen:** G. v. Brevern, Meine Erinnerungen an die Anfänge der zweiten Agrarreform in Estland 1839–1842. Ms Ms. gedruckt Berlin 1892.
- Keyserling:** Graf Alexander Keyserling. Ein Lebensbild aus seinen Briefen und Tagebüchern, zusammengestellt von seiner Tochter Freifrau H. v. Taube v. d. Zffen, I, II 1902.
- v. Dettingen:** Die Gebrüder von Dettingen. Nach den von Landrat a. D. Arb. v. Dettingen-Ludenhof verfaßten Biographien (Manuskript) bearbeitet und herausgegeben von R. v. Engelhardt. Baltisches Geistesleben 1929, I. Jahrg., 5./6. Heft.
- Rothfels:** H. Rothfels, Reich, Staat und Nation im deutsch-baltischen Denken. Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft Geisteswissensch. Klasse 7. Jahr, Heft 4, 1930.
- Samson, Tagebuch:** R. F. L. Samson von Himmelstjerna, Tagebuch 1845/46. Jahresbericht der Felliner liter. Gesellschaft f. d. Jahre 1902–04. Fellin 1905.
- Schaudinn:** H. Schaudinn, Das baltische Deutschtum und Bismarcks Reichsgründung. Königsberger Historische Forschungen Bd. I, 1932.
- Staël, Lieben:** R. Baron Staël v. Holstein, Fürst Paul Lieben als Landmarschall von Livland, 1906.
- Staël, Reformbewegungen:** R. Baron Staël v. Holstein, Reformbewegungen in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts. B. M. 1906, 62; 1907, 63.
- Staël, Freieibung:** R. Baron Staël v. Holstein, Die Freieibung des Rittergüter-Besitzrechts. B. M. 1907, 63.
- Tobien, Agr.:** A. Tobien, Die Agrargefetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert. I 1899, II 1911.
- Tobien, Ritt:** A. v. Tobien, Die Livländische Ritterschaft in ihrem Verhältnis zum Zarismus und russischen Nationalismus. I 1925, II 1930.
- F. Walter:** Bischof Dr. Ferdinand Walter. Seine Landtagspredigten und sein Lebenslauf. Leipzig 1891.



[150]

1. DEC. 1934





LATVIJAS NACIONĀLA BIBLIOTEKA



0306115768